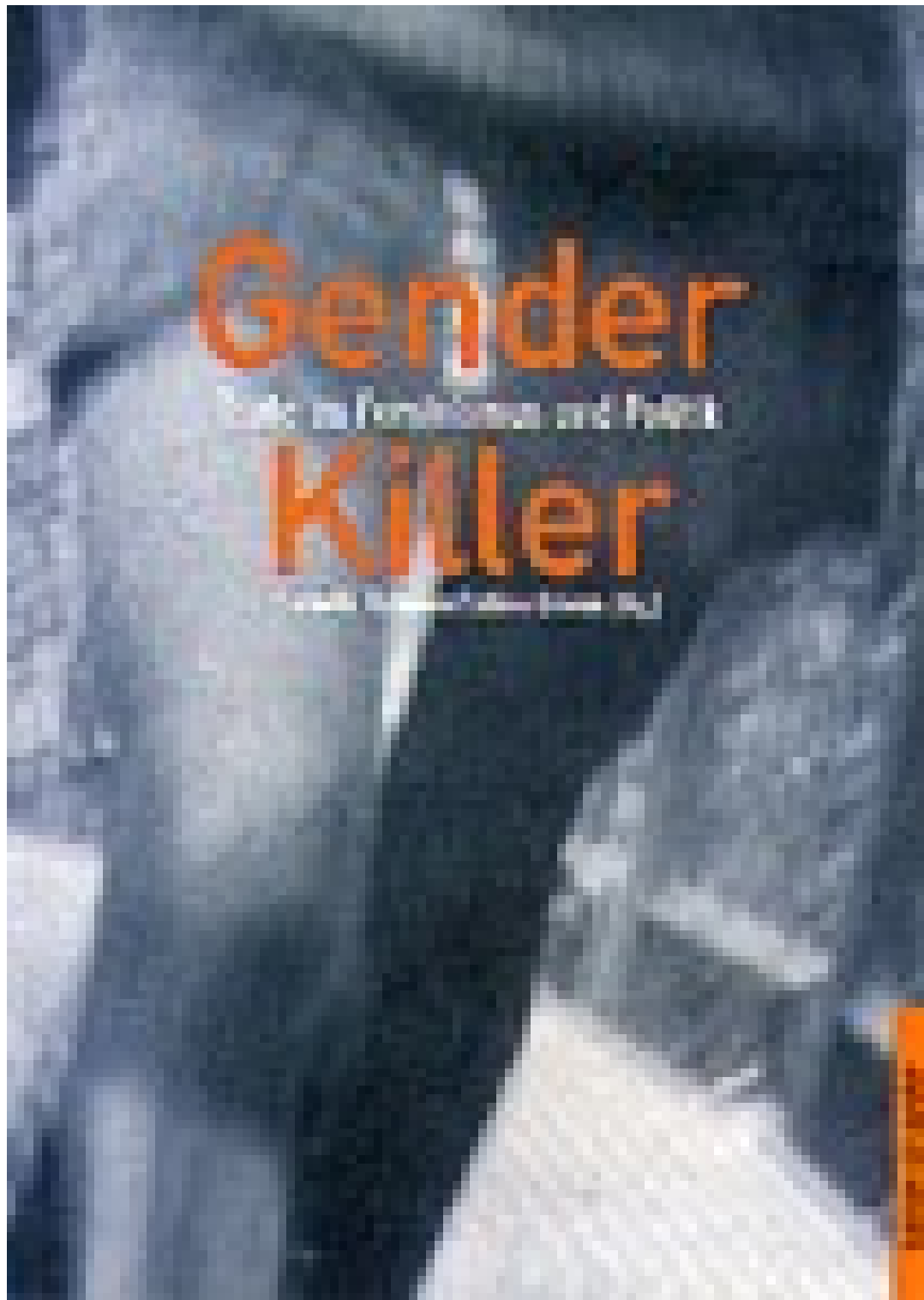


Gender Killer



Edition ID-Archiv Eichhorn/ Grimm (Hg.) **Gender Killer Texte zu Feminismus und Politik**

Edition ID-Archiv, Berlin-Amsterdam 1994
ISBN: 3-89408-041-8

Inhalt

[Vorwort](#)

Cornelia Eichhorn und Sabine Grimm

[Feministische Bevölkerungspolitik?](#)

Zur internationalen Debatte um Selbstbestimmung
Susanne Schultz

[Zurück in die Zukunft](#)

§ 218, Nationalstaat und Bio-Politik
Juliane Rebentisch

[Formkontrollen](#)

Über Biotechnologie
Sabeth Buchmann

[Wir, die Seiltänzerinnen](#)

Politische Strategien von Migrantinnen gegen Ethnisierung und Assimilation
FeMigra (Feministische Migrantinnen, Frankfurt)

[Quotierung für Migrantinnen](#)

Natascha Apostolidou

[Aufstieg und Fall der Frauenbewegung](#)

Antje Hagel und Antje Schuhmann

[Im Dienste des Gemeinwohls](#)

Frauenbewegung und Nationalstaat
Cornelia Eichhorn

[Von rechten Kämpferinnen und braven Biederfrauen](#)

Frauen und Rechtsextremismus Ein Überblick
Renate Bitzan und Beate Hans

[Flexibilisierte Frauen](#)

Historische und aktuelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt
Susanne Heeg

[Die Flintstones aufknacken: Zur Neuordnung der modernen Familie](#)

Sue Ruddick

[Nach allen Regeln der Kunst](#)

Isabelle Graw

[Über feministische Intellektuelle](#)

Sabine Grimm

[Smells Like Teen Spirit](#)

Riot Grrrls, Revolution und Frauen im Independent Rock

Joanne Gottlieb und Gayle Wald

Vorwort

Gender Killer? Wollt ihr etwa zurück zum Biologismus? fragte eine Bekannte entsetzt, als sie den Titel hörte. Der löste erstmal Verwirrung aus. Die einen hatten sich mit dem Wort gender gerade angefreundet und waren irritiert, es attackiert zu sehen, andere wußten wenig damit anzufangen. Nicht alle Frauen lesen die gleichen Bücher.

Die Unterscheidung von sex und gender, die sich nur annähernd mit biologischem und sozialem Geschlecht übersetzen läßt, spielte in der Frauenbewegung eine wichtige Rolle. Feministinnen in den USA griffen Anfang der 70er Jahre diese, bereits früher schon in Forschungen zur Transsexualität verwendete Unterscheidung auf, um mit ihr biologistische Zuschreibungen und Festlegungen abzuweisen. In der bundesrepublikanischen Frauenbewegung war zwar damals nicht von sex und gender die Rede, aber die Taktiken glichen sich. Alice Schwarzers kleinen Unterschied mit seinen großen Folgen zum Beispiel kann man als popularisierte Variante dieser Unterscheidung verstehen. Um Argumentationen abzuwehren, die Frauen zu Gefangenen und Opfern ihrer Biologie erklärten, war sie ausgesprochen nützlich. Dementsprechend machten viele Feministinnen die weibliche Sozialisation bzw. den weiblichen Lebenszusammenhang als Grundlage der Unterdrückung aus und erklärten das scheinbar Private zum Politischen Hausarbeit, Ehe, Familie, Sexualität und Kindererziehung wurden so zu öffentlich umkämpften Feldern. Die Situation, in der sich Frauen heute befinden, ist mit der vor 25 Jahren nicht mehr vergleichbar. Nicht zuletzt die Neue Frauenbewegung veränderte die Lebensformen von Frauen und ihre Interpretationen. Vieles, was früher zumindest als ungewöhnlich, wenn nicht gar als unmöglich galt, ist heute selbstverständlich. Gleichzeitig haben sich aber auch die Formen des Sexismus und vor allem ihre Legitimationen gewandelt. Antifeministische und sexistische Argumentationen beziehen sich heute nicht mehr unbedingt auf die biologische Inferiorität der Frau oder ähnlichen Unsinn, auch wenn solche Vorstellungen nicht verschwunden sind. Weitaus häufiger jedoch sind Frauen mit kulturalistischen Zuschreibungen konfrontiert, und oft beziehen sich diese ausdrücklich auf feministische Interpretationen. Sie nehmen also auf, was in der Frauenbewegung an Beschreibungen und Theoretisierungen von Weiblichkeit entwickelt wurde. Die Thesen von der natürlichen Minderwertigkeit wurden so zunehmend durch die nicht weniger wirkungsvollen Thesen von der Andersartigkeit und moralischen Höherwertigkeit der Frau ersetzt.

Das soll nicht heißen, daß die sex-gender-Unterscheidung früher angemessen war, und es nur heute nicht mehr ist. Sie verhinderte schon damals die vollständige Historisierung und Politisierung des Geschlechterbegriffs: gender bleibt durch seinen biologisch bestimmten Gegenpart sex an eine ahistorische Kategorie gebunden. Doch Sexismus

rechtfertigte sich nie allein durch den Bezug auf Biologie. Vielmehr changieren die sexistischen Zuschreibungen immer schon zwischen sex und gender. Die sex-gender-Unterscheidung selbst ist eingeschrieben in ein Bezugssystem binärer Oppositionen wie Natur vs. Kultur, Körper vs. Geist, Natur vs. Gesellschaft etc. , in dem soziale Macht- und Unterdrückungsverhältnisse in biologische und kulturelle Unterschiede übersetzt werden. Die feministische Grenzziehung zwischen sex und gender verhindert, Sexismus als durch und durch soziales Phänomen zu fassen, das in keinsten Weise mit irgendwelchen Gegebenheiten zu erklären ist.

Mit der neuen Gender-Debatte, wie sie durch die dekonstruktivistischen Ansätze ausgelöst wurde, scheint sich nun die Rede von der sozialen Konstruktion Geschlecht durchgesetzt zu haben. Doch nicht nur die Exklusivität dieser Diskussion, die weitgehend auf intellektuelle Zirkel beschränkt bleibt, zeigt, daß es dabei kaum um ein neues Emanzipationsprojekt geht. Die Geschlechterkategorie wird hier weniger politisiert als vielmehr weiter auf die Ebene kultureller Bedeutungen verschoben. Gefragt sind individuelle Strategien des Umgangs mit Zuschreibungen, wie sie mittlerweile schon fast jede 15jährige beherrscht. Im Prinzip theoretisieren die feministischen Intellektuellen jetzt lediglich das, was Madonna per MTV bereits in den 80ern vorgeführt hat: Subversion durch Affirmation (früher hieß das Listen der Ohnmacht). Einstweilen hat die Dekonstruktion der Geschlechterkategorie die Diskussionen auf die unsinnige Frage gebracht: Gibt es die Frauen oder gibt es sie nicht?, während die sexistischen Gewaltverhältnisse weitgehend aus dem Blickfeld geraten sind. Als könnte das Zauberwort soziale Konstruktion die Herrschaftsverhältnisse auflösen und die Kategorie Frau überwinden, bevor die Frauen den alltäglichen Sexismus zurückgedrängt haben.

Feminismus bewegt sich heute zwischen solchen akademischen Debatten, die zuweilen auch mal ins Feuilleton vordringen, und grundgesetzgläubiger Frauenpolitik. Politik heißt hier vor allem das, was im Rahmen der Institutionen durchsetzbar scheint, wobei sich die Forderungen oft den vorgegebenen Lösungskalkülen anpassen. Manchmal gelten da schon fünf Frauenparkplätze als Errungenschaft. Weitgehend reduziert auf seine institutionelle Bedeutung, wonach politisch ist, was in den Institutionen des Regierungssystems verhandelt wird, assoziiert sich der Politikbegriff heute schnell mit Lobbyismus, Machbarkeit oder Sachzwang. Autonome Frauenzusammenhänge, die außerhalb dieser Strukturen und gegen sie Politik machen, sind selten geworden. Gegenwärtig gibt es kaum eine feministische Öffentlichkeit jenseits von Emma und spezialistischen Fachzeitschriften, die den etablierten Feminismus und die Frauenpolitik kritisieren würde. In dieser Situation geht es den meisten Autorinnen der hier versammelten Texte zunächst einmal darum, überhaupt wieder einen Raum zu schaffen, in dem andere Positionen sich entwickeln können.

Wir haben bei der Konzeption des Bandes vor allem Frauen angesprochen, die nicht nur ein akademisches Interesse am Feminismus haben und sich auch außerhalb der Universität engagieren, sei es in Migrantinnengruppen, in autonomen und Antifa-Zusammenhängen oder auch in Zeitschriften- und Kunstprojekten. Regional begrenzt und weitgehend voneinander isoliert, gibt es zwischen den Frauenprojekten und den einzelnen, die in verschiedenen Bereichen den Beschränkungen feministischer Theorie und Praxis etwas entgegensetzen, kaum einen Austausch. Der Band ist auch ein Versuch, hier die Kommunikation (wieder) aufzunehmen.

Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm

Feministische Bevölkerungspolitik? Zur internationalen Debatte um Selbstbestimmung

Susanne Schultz

"Bevölkerungspolitik muß viele Bedingungen berücksichtigen und einbeziehen, die Einfluß auf die reproduktive Gesundheit und Rechte von Frauen und Männern haben."

Women's Declaration on Population Policies, New York, März 1993

"Es kann keine feministische Bevölkerungspolitik geben, da Bevölkerungspolitik feministische Grundprämissen verletzt und ihnen widerspricht."

Declaration of People's Perspectives on Population Symposium, Comilla, Bangladesh, 12.15. Dezember 1993

In diesen beiden Äußerungen kristallisiert sich ein Konflikt innerhalb internationaler feministischer Bewegungen zum Thema Bevölkerungspolitik, der im Vorfeld der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 zum ersten Mal offen ausgetragen wurde. Der Streit entzündete sich an der auch unter dem Titel Women's Voices 94 bekannten Erklärung aus New York, die innerhalb kürzester Zeit weltweit von über 100 bekannten Frauen(gesundheits)gruppen und Feministinnen unterschrieben wurde und beansprucht, eine gemeinsame Plattform für die Frauenforderungen in Kairo zu bilden. Die Deklaration legt nahe, daß reproduktive Selbstbestimmung von Frauen mit Bevölkerungspolitik vereinbar sei, wenn Frauenorganisationen an Familienplanungsprogrammen mitarbeiten und sogenannte ethische Richtlinien hierzu akzeptiert würden. Dementsprechend steht eine Vielzahl von Frauenorganisationen einem Dialog mit dem bevölkerungspolitischen Establishment positiv gegenüber und beteiligt sich an einer solchen Lobby-Politik.

Eine grundsätzliche Kritik an dieser Haltung formulierten mehrere internationale Frauenorganisationen Ende 1993 auf einem Treffen in Bangladesh. Diese Organisationen gehen davon aus, daß Bevölkerungspolitik als imperialistische und patriarchale Strategie grundsätzlich den Interessen von Frauen widerspricht, und wenden sich gegen eine Politik der Vereinnahmung feministischer Forderungen durch das bevölkerungspolitische Establishment.

Angesichts jahrzehntelanger Diskussions- und Organisationsprozesse gegen antinatalistische Programme in der Dritten Welt stellt sich die Frage, warum und wie es heute zu dieser Kontroverse kommt. Ein Grund für das aktuelle Interesse feministischer Aktivistinnen an einer Zusammenarbeit mit Organisationen wie der Ford Foundation, dem Population Council und

anderen ist sicherlich die Erfahrung, daß diese seit den 80er Jahren zunehmend feministische Projekte darunter auch solche, die sich gegen Bevölkerungspolitik engagierten finanziert und gleichzeitig feministisches Vokabular in ihre Diskurse integriert haben. Um an Gelder zu gelangen und weiterhin die bevölkerungspolitische Diskussion beeinflussen zu können, halten es viele Feministinnen offenbar für notwendig, sich auf das Thema Bevölkerung zu beziehen.

Die breite Zustimmung von Frauenorganisationen zu einer feministischen Reform der Bevölkerungspolitik läßt sich meiner Ansicht nach jedoch nicht allein auf solche pragmatischen Überlegungen zurückführen. Vielmehr spiegelt dieser Trend auch Probleme in der Ausarbeitung theoretischer Analysen und politischer Forderungen wider. Anscheinend reichen die bisher entwickelten gemeinsamen Forderungen der Frauenbewegungen nicht aus, um Bevölkerungspolitik als Machtstrategie des modernen Staates in ihrer ideologischen Konstruktion und als universelles Modell zu bekämpfen.

Was ist Bevölkerungspolitik?

In der aktuellen Debatte vertreten Feministinnen oftmals eine scheinbar neutrale Definition von Bevölkerungspolitik als Politik, die sich auf die Reproduktionsweise einer Gesellschaft richtet. So schlägt etwa die mexikanische Feministin Teresita de Barbieri vor, Bevölkerungspolitik als politischen Raum zu bestimmen, in dem über die gesellschaftliche Organisation von Kinderbetreuung, Mutterschaft etc., also über Verhältnisse und nicht über Zahlen diskutiert werden sollte (vgl. de Barbieri 1993). Diese Definition widerspricht jedoch schon allein der Tatsache, daß bevölkerungspolitische Programme an eine bestimmte Organisationsform der generativen Reproduktion gebunden sind. Wie dem Programmtitel Familienplanung unschwer zu entnehmen ist, streben diese Maßnahmen mit dem Konzept small family, happy family nicht nur die Verringerung der Kinderzahl auf eine sogenannte Nettoreproduktionsrate (eine Frau ersetzt sich selbst durch eine Tochter) an; sie zielen zugleich auf eine Durchsetzung des westlichen Modells der Kleinfamilie. Andere Haushalts- und Verwandtschaftsstrukturen sind nicht vorgesehen. Eine Vielzahl von Projektionen und Verhaltensanforderungen sind an diese happy family gekoppelt: Die bevölkerungspolitische Propaganda verbindet das Kleinfamilienmodell mit dem Versprechen von Konsummöglichkeiten, mit einem westlichen Ideal von Liebesbeziehungen, mit einer Vorstellung von Sexualität als natürlichem heterosexuellen Geschlechtsverkehr (vgl. Keyzers/Smyth 1989), der durch die Techniken der Verhütung nicht beeinträchtigt werden soll, mit qualitativer Mutterschaft, also der Anforderung an einen möglichst gesunden und leistungsfähigen statt zahlreichen Nachwuchs etc.

Vor allem aber greift die feministische Definition von Bevölkerungspolitik als Politik der Reproduktionsweise weder die Kriterien an, nach denen gesellschaftliche Planung in der Bevölkerungswissenschaft funktioniert, noch setzt sie sich mit der Konstruktion ihres Objekts Bevölkerung auseinander.

Die Demographie stellt Daten über Ressourcen (wie Bruttosozialprodukt, Nahrungsmittelproduktion etc.) und über die Anzahl von Menschen abstrakt gegenüber und errechnet eine optimale Bevölkerungszahl, indem sie die eigentlich von den gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmten Daten über benötigte und produzierte Ressourcen statisch setzt. Sie nehmen so die Form von Naturgesetzen an. In den demographischen Diskursen erscheint Bevölkerung als eine von Gesellschaft unabhängige Biomasse, die an diese statischen Vorgaben angepaßt werden soll. Die Bevölkerungswissenschaft trennt so die planende Menschheit als Subjekt von der zu regulierenden Bevölkerung als analog der Natur zu beherrschendem Objekt. Diese ideologische Konstruktion legitimiert die Definition einer Gruppe von Menschen als überzählige, ökonomisch und ökologisch nicht integrierbare Überbevölkerung und spricht ihnen damit die Existenzberechtigung ab. Bei der Selektion einer als überzählig definierten Gruppe kann Bevölkerungspolitik sich auf rassistische Selektionsmechanismen berufen, oft ohne diese offen auszusprechen (vgl. Aly/Heim und Pinn/Nebelung). Die feministische Kritik hat es bislang eher vernachlässigt, diese Ziele und Funktionsweisen bevölkerungspolitischer Diskurse und Praktiken zu analysieren, nicht zuletzt aufgrund ihrer Beschränkung auf die Forderung nach Selbstbestimmung über den eigenen Körper und über die Gebärfähigkeit.

Die Herausbildung allgemeiner Frauenforderungen

Die Forderungen nach Selbstbestimmung oder auch nach reproduktiven Rechten sind das Ergebnis des Versuchs von Frauenbewegungen, angesichts verschiedener Erfahrungen eine gemeinsame Grundlage für den Kampf gegen Bevölkerungspolitik zu finden. Während sich Frauen aus den westlichen Industrieländern in den 70er Jahren vor allem gegen den Gebärzwang wandten und die Legalisierung der Abtreibung und die Anerkennung von Lebensentwürfen ohne Kinder forderten, setzten sich Frauen in den Ländern der Dritten Welt mit antinatalistischen Zwängen durch bevölkerungspolitische Programme auseinander. Sie kritisierten, wie sich das vorrangige Ziel der Geburtenreduzierung auf die Praxis der Verhütungs- und Sterilisationsprogramme auswirkt: Deren Instrumentarium reichte und reicht von direkten Zwangsmaßnahmen gegen den Willen oder das Wissen der Frauen über verschiedene Methoden der Erpressung durch Anreize bis hin zu Marketingstrategien, die materiellen Wohlstand durch Geburtenkontrolle in Aussicht stellen. Auch die Erforschung und Entwicklung neuer Verhütungsmethoden ist eng mit demographischen Zielsetzungen verknüpft.

Man entwickelt in erster Linie Methoden, die möglichst langfristig wirken, möglichst wenig durch die Frauen selbst kontrollierbar und möglichst billig massenhaft einsetzbar sind. Die Ansprüche und Bedürfnisse von Frauen dagegen werden vernachlässigt, und gesundheitsschädliche Nebenwirkungen der neuen Mittel finden kaum Berücksichtigung.

Im Vordergrund der feministischen Kritik stand jedoch bis in die 70er Jahre hinein die Kritik an den imperialistischen Implikationen antinatalistischer Programme, an dem Krieg gegen die Armen statt gegen die Armut. Diese Argumentation hatte allerdings oft pronatalistische Implikationen. So lautete damals etwa ein Slogan in Brasilien: Die brasilianische Frau braucht keine Pillen, sondern Brot für ihre Kinder. Als sich ab Mitte der 70er Jahre in vielen Ländern autonome Frauenbewegungen bildeten, entstand das Konzept der reproduktiven Rechte, das sich nicht nur gegen antinatalistische Politiken, sondern ebenso gegen pronatalistische Argumente religiöser, nationalistischer und oft auch linker Provenienz richtete. Umgekehrt kamen die Frauenbewegungen der westlichen Industrieländern in den 80er Jahren von ihrem einseitigen Kampf gegen den Gebärzwang ab, wobei mehrere Entwicklungen eine Rolle spielten. Zum einen erwies sich das Versprechen einer sexuellen Befreiung durch die modernen Verhütungstechnologien als Farce, daneben bildete sich durch die feministische Politik der Neuen Weiblichkeit ein positives Bild von Mutterschaft heraus. Zum anderen richteten Teile der Frauenbewegungen ihre Aufmerksamkeit nun auch auf die weltweit unterschiedlichen Bedingungen der Frauenunterdrückung und versuchten, international gültige Forderungen aufzustellen. Der Begriff der reproduktiven Rechte schien dies zu ermöglichen. So wurde Bevölkerungspolitik in den 80er Jahren zum beliebten Objekt der Kritik im Kampf gegen ein weltweites Patriarchat, da sich hier die sonst nur als anonyme Macht vorgestellten komplexen Gewaltverhältnisse in der Gestalt eines internationalen Netzes von Institutionen verdichteten.

Um dem gemeinsamen Ziel der reproduktiven Selbstbestimmung näherzukommen, gründeten Feministinnen in den 70er und 80er Jahren Frauengesundheitsprojekte, die eine andere Praxis der Gesundheits-, Sexual-, Verhütungs- und Schwangerschaftsberatung bzw. -betreuung von den privaten und öffentlichen Diensten forderten und/oder selbst durchführten. Verschiedene internationale Treffen und Zusammenschlüsse entstanden, die einen Erfahrungsaustausch ermöglichten und versuchten, gemeinsame Fraueninteressen zu formulieren.

Selbstbestimmung, dieser zunächst gegen pro- und antinatalistische Zwänge formulierte Begriff, wurde im Zuge der internationalen Vernetzung der Frauen(gesundheits)bewegung zunehmend mit scheinbar universellen, normativen Kriterien aufgeladen, die ihn eurozentristisch an ein spezifisch westliches Modell von Frauenemanzipation banden. In der Regel setzt dieses

Selbstbestimmungsideal Emanzipation mit einer möglichst großen Planbarkeit von Zahl und Zeitpunkt der Geburten gleich eine Vorstellung, die weltweit für die Lebensentwürfe vieler Frauen irrelevant ist. Gleichzeitig erklärten Kritikerinnen der Bevölkerungspolitik den Kinderreichtum vieler armer Frauen oft allein damit, daß diese Kinder zur Altersversorgung und zur Unterstützung als Arbeitskräfte benötigen und so außerdem der hohen Kindersterblichkeit vorbeugen würden. Sie unterstellten hiermit vor allem den als Dritte-Welt-Frauen homogenisierten Frauen ein ökonomisches Kosten-Nutzen-Kalkül bei der Entscheidung über die Anzahl ihrer Kinder. Mit dieser Argumentation traten sie zwar neomalthusianischen Ansätzen entgegen, die Kinderreichtum als irrational und als Ursache für Verelendung darstellen. Implizit jedoch unterstützte ihre These die fragwürdige bevölkerungswissenschaftliche Theorie des demographischen Übergangs, die behauptet, daß eine Steigerung des individuellen Wohlstands im Rahmen industrieller Modernisierung automatisch mit einer Senkung der Geburtenrate einhergehe. Mit ihrem zweckrationalen Modell von Selbstbestimmung vernachlässigt diese feministische Argumentation kulturell und individuell unterschiedliche Vorstellungen von Mutterschaft und Kindern. Die Berliner Ethnologin Shalini Randeria kritisiert diese Haltung als utilitaristische Doppelmoral, die bei Dritte-Welt-Frauen andere Maßstäbe setzt als hinsichtlich des eigenen Kinderwunsches (Randeria 1992).

Auch was den Bezug auf Körperlichkeit betraf, setzte die Selbstbestimmungsdiskussion implizit bestimmte Normen, nach denen sich ein Mehr oder Weniger an Emanzipation bemaß. So waren die Vorstellungen über Selbstbestimmung orientiert am Subjektbegriff der Aufklärung, der zwischen einer körperlosen Vernunft und einem durch Naturgesetze bestimmten Körper trennt, über den das Individuum verfügen können soll (Mein Bauch gehört mir). Vor dem Hintergrund dieses aufklärerischen Modells der Naturbeherrschung schienen die Maßstäbe für Selbstbestimmung zum einen ein möglichst großes (naturwissenschaftliches) Wissen über Körperprozesse und die Methoden ihrer Kontrolle und Regulierbarkeit, zum anderen eine möglichst große Wahlfreiheit und ein unbeschränkter Zugang zu den verschiedenen Technologien zu sein. Auch hier ignorierten Feministinnen oft unterschiedliche Praktiken in bezug auf Körperlichkeit, Fruchtbarkeit und Sexualität und blendeten mögliche Zweifel und Unsicherheiten bei der Frage nach individuellen Lebensperspektiven aus. Planbarkeit und technokratische Verwaltung des Körpers wurden zum Zeichen von Befreiung.

Die Umarmung durch die bevölkerungspolitische Lobby

Die bevölkerungspolitische Lobby entwickelte im Laufe der letzten Jahrzehnte Argumentationsmuster, die ihr Ziel einer Senkung der Geburtenraten in den Ländern der Dritten Welt als identisch mit den individuellen Interessen der dort lebenden Frauen darzustellen versuchen. Diese Entwicklung entspricht

nicht nur einer Veränderung der Legitimationsformen, sie stellt eine Reaktion auf die Erfahrung dar, daß isolierte Programme zur Verteilung von Verhütungsmitteln oder offene Zwangsmaßnahmen, wie sie für die 50er und 60er Jahre typisch waren, nicht zu der projektierten Senkung der Geburtenraten führten. Während etwa arme Frauen in Indien trotz langjähriger Erfahrung mit drastischen Sterilisationskampagnen weiterhin mehr Kinder bekommen als von den Planern vorgesehen, hat sich bei Frauen in Brasilien, die unter ähnlichen ökonomischen Bedingungen leben, der Wunsch nach dem Kleinfamilienmodell mit zwei bis drei Kindern innerhalb kurzer Zeit durchgesetzt. Die Sterilisation ist dort inzwischen die wichtigste Verhütungsmethode, obwohl sie nicht im Zentrum der antinatalistischen Programme stand. Mit Akzeptanzforschung und der Entwicklung integrierter Projekte versuchen die BevölkerungsexpertInnen ihre Erkenntnisse über die komplexen Gründe für Kinderreichtum sozialtechnologisch umzusetzen (vgl. Spiller 1994).

Seit den 70er Jahren trat so der Vorwurf der Irrationalität an die Dritte-Welt-Frau mit vielen Kindern in den Hintergrund. Dieses Menschenbild setzt sich jedoch in der weitverbreiteten Behauptung fort, daß mangelnde Bildung ein Grund für den Kinderreichtum armer Frauen sei. Vor allem vertreten die ExpertInnen nun die Ansicht, daß die Geburtenraten nur gesenkt werden könnten, wenn sich das auch für Frauen lohnen würde. Integrierte Programme zur Frauenförderung müßten folglich gleichzeitig das Einkommen, die Bildung, die Altersversorgung und insgesamt den sozialen Status der Frauen verbessern, um die Bedeutung von Kindern für das Ansehen, die Altersversorgung und als Arbeitskräfte zu verringern. Zwar wiesen Kritikerinnen dieses Konzepts das die UNFPA 1989 im Weltbevölkerungsbericht auf die Formel Investieren in Frauen brachte immer wieder darauf hin, daß hier soziale Verbesserungen für die Senkung der Geburtenrate funktionalisiert werden und dies in der Praxis oft zu erpresserischen Methoden führt. Doch entspricht die Argumentation der Lobby einem rationalistischen Emanzipationsmodell, das zugleich von der Frauenbewegung selbst gefördert wurde.

Ähnlich verhält es sich mit der Forderung nach Gesundheit. Ende der 80er Jahre eröffnete die bevölkerungspolitische Lobby eine Kampagne gegen Müttersterblichkeit. Sie sollte einerseits gesundheitsgefährdende Abtreibungen durch Verhütungsmittelprogramme verhindern und andererseits die Geburtenzahlen senken sowie den Abstand zwischen den Geburten steigern, angeblich, um die Gesundheit von Frauen zu verbessern. Kritikerinnen wiesen darauf hin, daß sich die Kampagne gegen die Legalisierung von Abtreibungen richtete. Ebenso griffen sie den Zynismus der bevölkerungspolitischen Lobby an, die das größere Gesundheitsrisiko armer Frauen bei Schwangerschaft und Geburt keineswegs zum Anlaß nimmt, eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung zu verlangen, sondern damit oftmals sogar den Einsatz noch gesundheitsschädlicherer

Verhütungsmittel rechtfertigt. Doch entspricht das Modell reproduktiver Gesundheit, das die Senkung der Geburtenrate als gesundheitsfördernde Maßnahme darzustellen versteht, einer Vorstellung von Körperbeherrschung, die auch unter Feministinnen verbreitet ist. Die Möglichkeit, sich gegen Planbarkeit, zweckrationale Überlegungen und das herrschende medizinische Konzept von Gesundheit zu entscheiden, ist mit dieser Vorstellung von Selbstbestimmung kaum vereinbar.

Seit den 90er Jahren vereinnahmt die bevölkerungspolitische Lobby offen den Diskurs der feministischen Gesundheitsgruppen, indem sie sie an der Formulierung der bevölkerungspolitischen Programme beteiligt. Auf den Vorbereitungskonferenzen zu Kairo nahm man Begriffe wie reproductive rights oder women's empowerment bereitwillig in die offiziellen Erklärungen auf, ohne indessen das zentrale demographische Anliegen, die Senkung der Geburtenrate, zu vernachlässigen (vgl. Schneider 1994). Eigenartig doppelzünftig versichern die bevölkerungspolitischen Institutionen, daß die freie Entscheidung derjenigen gewahrt werden solle, deren generatives Verhalten gleichzeitig zur entscheidenden Ursache von Umweltzerstörung, Verarmung und weltweiter Migration erklärt wird. Man sieht darin keinen Widerspruch und beruft sich auf einen angeblich massenweise ungedeckten Bedarf von Frauen an Verhütungsmitteln, dessen Befriedigung die Geburtenraten automatisch senken werde. Ein auf technische Wahlfreiheiten reduziertes Recht auf Selbstbestimmung hat dem wenig entgegenzusetzen.

Natürliche Selbstbestimmung im ökofeministischen Diskurs

Eine Reaktion auf die bevölkerungspolitische Vereinnahmung des feministischen Diskurses stellt die ökofeministische Kritik des Selbstbestimmungsbegriffs dar. Ökofeministinnen weisen das in ihm enthaltene aufklärerische Paradigma der Naturbeherrschung zurück, reproduzieren jedoch die ebenfalls in der Aufklärung angelegte Vorstellung einer ahistorischen, der Zivilisation entgegengesetzten positiven Natur und die symbolische Zuordnung FrauNatur. Die Ableitung gesellschaftlicher Verhältnisse und Normen aus Eigenschaften, die der Natur zugeschrieben werden wie etwa Mutualität, Sozialität und Spiritualität (vgl. Holland-Cunz) wiederholt so den aufklärerischen Dualismus unter umgekehrten Vorzeichen, anstatt Natur und Körperlichkeit als sozial konstruierte und historischen Veränderungen unterworfenen Kategorien zu analysieren (vgl. Mertens 1991).

Ökofeministinnen behaupten, es gäbe ein möglicherweise verschüttetes, aber dennoch historisch durchgängiges anderes bzw. näheres Verhältnis von Frauen zu dieser von ihnen als positiv begriffenen Natur. Maria Mies, eine nicht nur in der BRD, sondern auch auf internationaler Ebene bekannte feministische Kritikerin der Bevölkerungspolitik, geht so weit, einen spezifisch

weiblichen Gegenstandsbezug zu postulieren. Sie leitet diesen als anthropologische Konstante aus der angeblich universellen Gebärfähigkeit von Frauen ab und stellt ihn einem als instrumentell beschriebenen männlichen Gegenstandsbezug gegenüber. Frauen verstehen sich weder als Eigentümerinnen ihrer Körper noch der Natur, sondern kooperieren vielmehr mit den Produktivkräften ihrer Körper und der Natur zur Produktion des Lebens. (Mies 1988, S. 71) In ähnlicher Weise spricht die in der BRD breit rezipierte Ökofeministin Vandana Shiva von einem nicht herrschaftlichen Naturverhältnis von Frauen. Obgleich sie dieses stärker historisch mit dem Widerstand gegen Kolonialisierung und Modernisierung in Verbindung bringt, bleibt sie doch auch der Vorstellung eines weiblichen Prinzips verhaftet, das sie als Überbleibsel aus einer vergangenen Kultur romantisiert (vgl. Shiva 1989).

Ökofeministinnen verstehen Mutterschaft nicht als Frage der selbstbestimmten Kontrolle über den eigenen Körper, sie mystifizieren sie als naturgegebenes Machtpotential von Frauen. Ebenso wie das rationalistische Selbstbestimmungsmodell führt diese Auffassung zur Ignoranz gegenüber unterschiedlichen symbolischen Bedeutungen und gesellschaftlichen Organisationsformen von Gebären und Kinderbetreuung. Aus der ökofeministischen Perspektive erscheinen oftmals die Dritte-Welt-Frauen als weniger verbildete, dem angeblichen weiblichen Naturverhältnis am ehesten entsprechende Beschützerinnen des Lebens schlechthin. Aufgrund seiner Mystifizierung von Natur und Weiblichkeit sind die Konsequenzen ökofeministischen Denkens für bevölkerungspolitische Fragen ambivalent. So lehnen die Ökofeministinnen zwar einen technischen Umgang mit der Gebärfähigkeit von Frauen ab und kritisieren, daß das zweckrationale Selbstbestimmungsmodell zu einer Zerstückelung und Kommerzialisierung des Körpers führe. Dabei werden allerdings oftmals Verhaltensweisen außerhalb der kapitalistischen Metropolen in Bezug auf Geburtenkontrolle seien es soziale Regeln, die sich in einer Regulierung der Geburten niederschlagen, oder Verhütungs- und Abtreibungsmittel/methoden als natürlicherer Umgang mit Fruchtbarkeit idealisiert und verteidigt. Zudem ist die auch von Ökofeministinnen vertretene Ablehnung anthropozentristischer Modelle des Naturverhältnisses in anderen ökologischen Konzepten wie zum Beispiel der Deep Ecology mit einer Befürwortung diktatorischer Maßnahmen zur Bevölkerungskontrolle verbunden. Diese fordern unter anderem den Stopp von Nahrungsmittelhilfe mit der Begründung, daß Hungerkatastrophen eine Reaktion der Natur auf ihre Überlastung darstellten (vgl. Wichterich 1992).

Demgegenüber wenden sich die in der bevölkerungspolitischen Debatte engagierten Ökofeministinnen zwar vehement gegen antinatalistische Programme, die mit dem Schutz der Natur argumentieren. Damit, so ihre Kritik, würden gerade die ökologisch wirtschaftenden Frauen in der Dritten Welt, die durch die Grüne Revolution und die Landvertreibung zu Opfern der

Naturzerstörung werden, zu deren Verursacherinnen erklärt. Zugleich gehen sie jedoch oft von einem in traditionellen oder matriarchalen Gesellschaften automatisch gegebenen unbewußten Prozeß der Selbstregulierung von Geburten aus und übernehmen dabei eine funktionalistische Gesellschaftsinterpretation. Soziale Regeln, die sich auf die Geburtenzahl auswirken, werden so nicht in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung interpretiert, sondern als unbewußter planerischer Prozeß verstanden, der der Bevölkerungsplanung eines modernen Staates entspricht. Entsprechend kritisieren Ökofeministinnen auch nicht das von der Demographie postulierte berechenbare Verhältnis von Natur und Bevölkerung, sondern schreiben solche Gleichgewichtsvorstellungen vielmehr fort.

Darüber hinaus hat der ökofeministische Diskurs über die angeblich andere, weibliche Kultur und Moral, die grundsätzlich natürlicher und ökologischer sei, dazu beigetragen, daß Frauen in bevölkerungspolitischen Fragen für die Zukunft des Planeten zur Verantwortung gezogen werden. Als Ökomanagerinnen sind sie in den entwicklungspolitischen Konzepten nun längst anerkannt. So taucht in der Debatte um eine Feminisierung von Bevölkerungspolitik auch immer wieder das Argument auf, die Partizipation von Frauen ermögliche eine von ihnen selbst getragene ökologische Planung der Geburtenzahlen.

Im Rahmen der Rassismuskritik sind beide Modelle das an Differenz und Natur orientierte ökofeministische Paradigma ebenso wie der an Gleichheit und Naturbeherrschung orientierte rationalistische Selbstbestimmungsbegriff als eurozentristisch kritisiert worden. Nimmt man die unterschiedlichen Zuschreibungen, Interessen und Handlungsperspektiven ernst, die Mutterschaft und Kinder für Frauen weltweit bedeuten, so können weder instrumentelle Rationalität noch vermeintliche Naturnähe Kriterien für einen gemeinsamen Kampf gegen Bevölkerungspolitik sein.

Verunsicherung und Trugschlüsse bei der Kritik an Selbstbestimmung

In der BRD wurde die Forderung nach Selbstbestimmung über den eigenen Körper in den letzten Jahren vor allem im Zusammenhang mit der direkten und indirekten Beteiligung von Frauen an eugenischen Programmen diskutiert. Die Auseinandersetzung entzündete sich an der medizinischen Praxis der Pränataldiagnostik, deren technische Möglichkeiten offiziell als Zugewinn an Selbstbestimmung für die schwangere Frau präsentiert werden und eugenische Indikationen nahelegen, die vor allem Behindertenbewegungen scharf kritisieren (vgl. Degener 1993). Eugenische Überlegungen haben in der deutschen Frauenbewegung eine lange Tradition.

Schon zu Beginn dieses Jahrhunderts rechtfertigten etwa die im Bund für Mutterschutz organisierten Frauen ihre Forderung nach Selbstbestimmung unter Berufung auf ihre Pflichten als verantwortungsbewußte Staatsbürgerinnen. Letztendlich galten dabei nur diejenigen als verantwortungsvoll, mündig und damit selbstbestimmt, die sich entsprechend eugenischer oder in der damaligen Terminologie rassenhygienischer Maßstäbe verhielten. Indem Frauen so die ihnen qua Geschlecht zugeschriebene Verantwortung für den Gattungsdienst akzeptierten und ihre Zugehörigkeit zu der sich rassistisch konstituierenden Gemeinschaft betonten, konnten sie sich als eigenverantwortliche Verwalterinnen dieser Politik darstellen (vgl. Zimmermann 1988).

Dieser spezifische Einsatz des Selbstbestimmungsbegriffs ist in den letzten Jahren zu Recht angegriffen worden. Zum einen wandten sich Feministinnen gegen eine Selbstbestimmung, die unter Affirmation sexistischer Zuschreibungen als Einschlußmechanismus in die rassistische Gemeinschaft fungiert. Zum anderen kritisierten sie, daß individuelle Selbstbestimmung auch im Zusammenhang mit Pränataldiagnostik normativ auf das Ausschöpfen technischer Möglichkeiten reduziert wird. Die normative Kraft des Technischen (Wichterich 1994) führt dazu, daß die Ablehnung der technischen Möglichkeiten, Kontrollverlust und Unwissen nicht gewählt werden können; ebenso schließt sie diejenigen aus, die nach dieser Logik nicht selbstbestimmt sein können. Einige veranlaßte allerdings die Einsicht, daß herrschende bevölkerungspolitische Strategien sich diesen verengten Selbstbestimmungsbegriff zunutze machen und zunehmend auf Hegemonie statt auf Zwang, also auf eine Verinnerlichung der Normen setzen, zu einem Trugschluß: Sie erklärten die Forderung nach Selbstbestimmung von Frauen über ihren Körper grundsätzlich für obsolet und schütteten das Kind mit dem Bade aus Selbstbestimmung ist selbst Herrschaftskonzept ... Selbstbestimmung als Lebensentwurf setzt die Idee des unabhängigen Individuums voraus. Diese Idee ist ein patriarchales Konstrukt. (E.coli-bri 1994, S. 27)

Statt die mit dem Selbstbestimmungsbegriff assoziierten Normen zu kritisieren und festzustellen, daß der Begriff der individuellen Selbstbestimmung zur Kritik bevölkerungspolitischer Programme nicht ausreicht, tendieren diese Kritikerinnen dazu, die Ambivalenz von Schwangerschaft und Geburt als individuelles und gesellschaftliches Ereignis zu leugnen und gegen eine individualisierende Betrachtungsweise die gesellschaftlichen Konsequenzen weiblicher Entscheidungen zu betonen. Doch nicht nur eine von gesellschaftlichen Bedingungen losgelöste individuelle Selbstbestimmungsforderung, sondern auch die Behauptung einer gesellschaftlichen Verantwortung von Frauen für die Zukunft des Planeten dient bevölkerungspolitischen Programmen als Legitimationsgrundlage.

In jüngster Zeit haben Feministinnen mit dem Konzept der

Reproduktionsweise begonnen, gegen einfache Erklärungsmuster, warum Frauen wieviele Kinder bekommen oder nicht, eine Vielzahl von Faktoren in ihre Überlegungen mit einzubeziehen: Verwandtschafts- und Haushaltsstrukturen, Vererbungssysteme, ökonomische Bedingungen, die Organisation von Kinderbetreuung und Gesundheitssysteme ebenso wie sinnstiftende Konstruktionen von Körperlichkeit, Sexualität, Fruchtbarkeit und Mutterschaft, die Rolle, die Kindern gesellschaftlich zugeschrieben wird, die Vorstellungen über Gesundheit etc. Als System aller Tätigkeiten der physischen und sozialen Reproduktion von Menschen, das vor allem durch die Geschlechterverhältnisse strukturiert sei, beeinflusse die Reproduktionsweise selbst in ihrer Dynamik auch die Produktionsweise und sei unterschiedlich mit ihr verknüpft oder auch relativ autonom (vgl. Mertens 1991, S. 106ff.). In diesem Sinne greifen allgemeine theoretische Annahmen darüber, wie sich etwa kapitalistische Modernisierungsprozesse automatisch in einer Veränderung von Geburtenraten ausdrücken, zu kurz, denn sie leiten die Reproduktionsweise ökonomistisch und funktionalistisch ab und reduzieren sie damit als selbst komplexes gesellschaftliches System auf die Frage der Geburtenzahl.

Diese analytischen Ansätze zum Verständnis von Reproduktionsweisen sollten jedoch nicht zu neuen Erklärungsmodellen vereinheitlicht werden, die sich so auch für technokratische Eingriffe eignen könnten. Sie wenden sich in erster Linie gegen eine Auffassung, die Kinderkriegen zur rein privaten Entscheidung oder für selbstverständlich erklärt, und beziehen die soziale Organisation der generativen Reproduktion in ihre Gesellschaftskritik mit ein. Auf jeden Fall sind politische Strategien und Handlungsspielräume von Frauen innerhalb der Reproduktionsweisen nicht mit einer bevölkerungspolitischen Verantwortung von Frauen zu verwechseln. Der Mangel an feministischer Auseinandersetzung mit den Prämissen von Bevölkerungspolitik und ihre unklare, neutrale Bestimmung als Politik, die sich auf die Reproduktionsweise richtet, verleitet zu solchen Trugschlüssen. Es wird damit nahegelegt, zwischen einer guten, demokratischen, weil in die Verantwortung der Staatsbürgerinnen hineinverlegten und insofern selbstbestimmten, Bevölkerungspolitik und einer schlechten, weil autoritären und auf Zwangsmaßnahmen beruhenden, unterscheiden zu können. Der tendenzielle Übergang von Zwangsmaßnahmen zu konsensuellen und integrativen Konzepten hat jedoch bislang nichts an den Zielen von Bevölkerungspolitik als Machtstrategie des modernen Staates geändert, der Bevölkerung zur Variablen erklärt, um sie zu regulieren und ihre Reproduktion zu kontrollieren.

Eine Auseinandersetzung hiermit führt auch dazu, Bevölkerungspolitik nicht nur als sexistische, sondern zugleich als rassistische Politik zu erkennen wobei eine Analyse, die beides nur addiert, deren Zusammenwirken nicht erklären kann. Die in der feministischen Diskussion postulierte Einheit von Frauen als Opfer pro- und antinatalistischer Programme ist in dieser Hinsicht

problematisch. Indem diese Sichtweise den patriarchalen Anspruch, über die Gebärfähigkeit von Frauen zu verfügen, in den Vordergrund ihrer Analyse von Bevölkerungspolitik stellt, erscheint der Unterschied zwischen Pro- und Antinatalismus als ein rein quantitativer (mehr oder weniger Kinder werden erzwungen). Diese Argumentation legt es nahe, Sexismus zum Hauptwiderspruch und die rassistische Trennung zwischen erwünschten und unerwünschten Menschen, zwischen eugenischer Vernichtung und Auswahl zur Zucht dagegen zu einem sekundären Merkmal bevölkerungspolitischer Strategien zu erklären. Wie in der Diskussion über Eugenik jedoch deutlich wurde, zielt Pronatalismus auf den Einschluß von Frauen in die rassistische Gemeinschaft, auf ihre geschlechtsspezifische Unterordnung als Gebärmachine, Antinatalismus dagegen auf den Ausschluß aus dieser Gemeinschaft. Mittel des Ausschlusses ist die Zerstörung der Fortpflanzungsfähigkeit der unerwünschten Frauen. Der Übergang nationalsozialistischer Politik von Zwangssterilisationen zum Massenmord hat gezeigt, daß antinatalistische Programme in der bevölkerungspolitischen Logik auch durch Vernichtungspolitik ersetzt werden können.

Wenn heute der Bezugspunkt eines gemeinsamen weltweiten Fraueninteresses und damit ein mit dem Begriff Selbstbestimmung verbundenes, positiv formuliertes Selbstbild problematisch geworden ist, so darf dies nicht dazu führen, die unterschiedlichen politischen Forderungen und die Entscheidungsmacht von Frauen in Frage zu stellen und die radikale Kritik an den Voraussetzungen und Bedingungen staatlicher Bevölkerungspolitik aufzugeben. Um den Kampf gegen diese aufzunehmen, ist es wie Sumati Nair sagt vor allem notwendig, zu analysieren, wie die ökonomische und nationalistische Nachfrage nach mehr oder weniger Menschen mit den sich heute zuspitzenden Problemen des Rassismus, steigender Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung verbunden ist. Wenn Vertreterinnen einer Women's Perspective diese Fragen nicht als Teil der Diskussion um Bevölkerungspolitik aufwerfen, fördern sie den Verdacht, selbst rassistisch zu sein (aus ihrem Beitrag auf der Conference on Differences and Common Perspectives am 12.-15.5.1994 in Bonn, Übers. S.S.).

Literatur

Aly, Götz/ Heim, Susanne 1991

Bevölkerungsökonomie der Aufstieg einer neuen Wissenschaft. In dies. (Hg.), Vordenker der Vernichtung, Hamburg

Barbieri, Teresita de 1993: Gedanken über Mutterschaft. In: Lateinamerikanachrichten, Schwerpunkt Bevölkerungspolitik, Nr. 231/232, September/Okttober

Degener, Theresia 1993: Zauberwort Selbstbestimmung. Parallelen und Unterschiede in der Politik der Selektion im NS und in der Gegenwart. In: Udo Sierck/Didi Danquart (Hg.), Der Pannwitzblick, Hamburg

E.coli-bri 1994: Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie Nr. 9/10, Hamburg

Eichhorn, Cornelia 1992: Frauen sind die Neger aller Völker. Überlegungen zu Feminismus, Sexismus und Rassismus. In: Redaktion diskus (Hg.), Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland, Berlin/Amsterdam

Holland-Cunz, Barbara 1994: Soziales Subjekt Natur. Natur- und Geschlechterverhältnis in emanzipatorischen politischen Theorien. Frankfurt/New York

Keyzers, Loes/Smyth, Ines 1989: Familienplanung: Mehr als Fruchtbarkeitskontrolle? In: Peripherie, Nr. 36

Mertens, Heide 1991: Wunschkinder. Natur, Vernunft und Politik. Münster

Mies, Maria 1988: Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Zürich

Pinn, Irmgard/Nebelung, Michael 1989: Das Menschenbild der Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik. In: Peripherie, Nr. 37

Randeria, Shalini 1992: Kinder als Entwicklungsdefizit? Utilitaristische Doppelmoral. In: Weltwirtschaft und Entwicklung, Sonderdienst, 29.6.1992

Randeria, Shalini 1994: Das Wunder Kerala. Eine Erfolgsgeschichte indischer Bevölkerungspolitik. In: Christa Wichterich (Hg.), Menschen nach Maß, Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Göttingen

Schneider, Ingrid 1994: Frauenrechte angetrieben. Die Blockadestrategie des Vatikans lähmte die Prepcom 3. In: iz3w Nr. 198, Juni/Juli

Shiva, Vandana 1989: Das Geschlecht des Lebens. Frauen, Ökologie und Dritte Welt. Berlin

Spiller, Ingrid 1994: Objekt Frau in Familienplanungsprogrammen. In: Christa Wichterich (Hg.), Menschen nach Maß, Göttingen

Wichterich, Christa 1992: Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio, Köln

Wichterich, Christa 1994: Menschen nach Maß Bevölkerung nach Plan Die Neue Weltordnung der Fortpflanzung. In: dies. (Hg.), Menschen nach Maß, Göttingen

Zimmermann, Susan 1988: Weibliches Selbstbestimmungsrecht und auf Qualität abzielende Bevölkerungspolitik. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 21/22

Juliane Rebentisch

Zur Neuregelung des Paragraphen 218

Nach Herstellung der deutschen Einheit war dem nun gesamtdeutschen Gesetzgeber aufgegeben, bis Ende 1992 eine Regelung zu treffen, die den Schutz vorgeburtlichen Lebens und die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen vor allem durch rechtlich gesicherte Ansprüche für Frauen ... besser gewährleistet, als dies in beiden Teilen Deutschlands derzeit der Fall ist (Brandt 1993, S. I). In den alten Bundesländern wurde der 1974 unternommene Versuch des Gesetzgebers, die ursprünglich generelle Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs durch eine Fristenlösung für die ersten zwölf Schwangerschaftswochen einzuschränken, durch das Bundesverfassungsgericht verworfen. Der Bundestag verabschiedete daraufhin 1976 das bis vor kurzem geltende 15. Strafänderungsgesetz mit Indikationsregelung. In den neuen Bundesländern dagegen galten zunächst die Vorschriften des alten DDR-Gesetzes über Schwangerschaftsabbruch von 1972 weiter, die eine Fristenregelung enthielten. Die Aufgabe, das Abtreibungsrecht in beiden Teilen Deutschlands zu vereinheitlichen, gab den 1975 in den alten Bundesländern gescheiterten Reformbestrebungen neuen Anstoß. Das daraufhin Mitte 1992 beschlossene Schwangeren- und Familienhilfegesetz sah vor, daß der Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft nach einer Beratung der Schwangeren nicht rechtswidrig ist. Auf Antrag der Bayrischen Staatsregierung und von 249 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts den Gesetzesbeschluß zur Novellierung des Paragraphen 218 samt den neuen Vorschriften zur Neuorganisation der Pflichtberatung einer abstrakten Normenkontrolle unterzogen und anschließend für nichtig erklärt: Abtreibung bleibt weiterhin für die gesamte Dauer einer Schwangerschaft und unabhängig von einer Pflichtberatung Unrecht (Vgl. Brandt 1993, S. I).

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Neuregelung des Paragraphen 218 von 1993 ist wie 1975 ein Wert-Urteil gegen den vom Parlament über die verschiedenen Parteien hinweg ausgehandelten Kompromiß. Einmalig in der Geschichte des BVerfG dürfte aber die Tatsache sein, daß der Senat bis zum Inkrafttreten einer Neuregelung detaillierte Regelungen vorgegeben und damit die Rolle des Gesetzgebers gleich mitübernommen hat. In beiden Situationen 1975 wie 1993 wurde über die Konstruktion allgemeiner Pflichten des Staates, nämlich menschliches Leben auch das ungeborene zu schützen, über eine den Gesetzen vorgängige und allgemeine Staatsziele festlegende Werteordnung das Parlament delegitimiert (vgl. Müller 1994, S. 67). Diese

Werteordnung definiert den weiblichen Körper vornehmlich als mütterlichen: Vor der Wertordnung des Grundgesetzes besteht ein grundsätzliches Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und damit eine grundsätzliche Pflicht zur Mutterschaft. Schon im BVerfG-Urteil von 1975 wurde der Entwurf des Gesetzgebers mit der Begründung verworfen, daß er den Schwangerschaftsabbruch auch dann von der Strafbarkeit ausnimmt, wenn keine Gründe vorliegen, die vor der Wertordnung des Grundgesetzes Bestand haben. Der Schwangerschaftsabbruch ist gemäß der Neuregelung des Paragraphen 218 nur bei Vorliegen bestimmter Ausnahmetatbestände erlaubt, das heißt im Falle medizinischer, embryopathischer und kriminologischer Indikationen. Nur in diesen Fällen kommt das Kriterium der sogenannten Unzumutbarkeit für die Frau zum Tragen, ein Kriterium, das nicht aus Umständen herrühren kann, die im Rahmen der Normalsituation einer Schwangerschaft verbleiben. Vielmehr müssen Belastungen gegeben sein, die ein solches Maß an Aufopferung eigener Lebenswerte verlangen, daß dies nicht von der Frau erwartet werden kann (aus dem Urteil von Mahrenholz, Böckenförde, Klein, Graßhof, Kruis, Kirchhof, Winter, Sommer, Neue Justiz 1993, S. 14).

Zwar ist nach dem 1993er-Urteil die Abtreibung bis zur 12. Woche für die Schwangere von einer strafrechtlichen Sanktion ausgenommen, bleibt aber bei Nichtvorliegen einer der drei genannten Indikationen rechtswidrig. Darüber hinaus ergibt sich aus der Rechtswidrigkeit des Abbruchs eine finanzielle Strafe für Frauen, da sie die Kosten des Abbruchs tragen müssen, weil sich der Staat nicht an einer Unrechthandlung/Tötung beteiligen will. Der neue Paragraph 218 ist somit auch ein neues Klassenrecht. Zudem bedeutet die Rücknahme strafrechtlicher Sanktionen keineswegs die Überordnung der Grundrechtsposition der Frau gegenüber der des ungeborenen Lebens. Die vorgegebenen Maßnahmen entsprechen in allen Punkten auch in dem der Straffreiheit der Maßgabe, nach der sich der Staat verfassungsgemäß schützend und fördernd vor das ungeborene Leben zu stellen hat. Der Fötus wird durch diese juristisch-staatliche Anrufung als Rechtssubjekt konstituiert, dessen Interessen auch gegen die der Schwangeren staatlich vertreten werden. Der Schutz des ungeborenen Lebens vollzieht sich in der Neuregelung des Paragraphen 218 aber nicht nur gegen die Schwangere, sondern vor allem auch mit ihr. Was im ersten Moment wie ein Widerspruch aussieht, erweist sich im zweiten als ein sich ergänzendes Konzept: In der Entkopplung von Fötus und Schwangerer, in ihrer Gegenüberstellung als zwei im Konflikt stehende Rechtsgüter ist die Pflicht zur Mutterschaft enthalten. Die normative Verbindung von Frau und Mutter wird indirekt durch die Entkopplung Fötus/Schwangere bestätigt: Der Fötus tritt der Frau als Teil und Bedingung ihres Subjektstatus entgegen. Gleichzeitig ist es gerade die Annahme einer qua Schwangerschaft gegebenen Mutter-Kind-Beziehung, die das BVerfG mit der Änderung des Schutzkonzeptes von der bisherigen Indikationsregelung hin auf eine Beratungsregelung stützt. Der Gesetzgeber hat nämlich die Einsicht

gewonnen, daß während der frühen Schwangerschaft nur die Schwangere und von ihr selbst ins Vertrauen gezogene Personen von der Schwangerschaft wissen können, der Staat sich daher vor die Aufgabe gestellt sieht, Leben zu schützen, von dessen Vorhandensein er nichts wissen kann. Die Unentdecktheit des Ungeborenen und seine Abhängigkeit von der Schwangeren durch ihr Verhältnis der Zweiheit in Einheit lassen die Einschätzung des Gesetzgebers plausibel erscheinen, daß der Staat eine bessere Chance zum Schutz des ungeborenen Lebens hat, wenn er mit der Schwangeren zusammenwirkt.

Die Innovation der Novellierung des Paragraphen 218 sah man deshalb auch in einer gewandelten Einschätzung der Schwangeren, die nun nicht mehr die mögliche Täterin, sondern eine mögliche Mutter sei. Genau in dieser argumentativen Ersetzung der Androhung von Strafe durch die Verantwortung für das Leben verschafft sich die Staatsmacht nun Zugang zum Körper. Entsprechend heißt es im Urteil, daß die im Überlassen einer Letztverantwortung zum Ausdruck kommende Achtung vor dem Verantwortungsbewußtsein der Frauen Appellfunktion haben und geeignet sein (kann), allgemein die Verantwortung von Frauen gegenüber dem ungeborenen Leben zu stärken, sofern dies vor dem Hintergrund einer wachgehaltenen Orientierung über die verfassungsrechtlichen Grenzen von Recht und Unrecht geschehe (Urteil, Neue Justiz, S. 16). Das Zentrum der vom BVerfG verfügten Regelungen bildet gemäß dieser Appellfunktion die Neuorganisation der Pflichtberatung. Die Beratungsstellen unterliegen nun strenger staatlicher Kontrolle: sie sind meldepflichtig (staatliche Anerkennung), müssen sich diese Anerkennung nach einer noch festzulegenden Frist bestätigen lassen, Beratung und Schwangerschaftsabbruch vornehmende Stellen werden getrennt (um ein materielles Interesse der Beratenden am Abbruch auszuschließen), die Beratungsstellen sind auf einen Jahresbericht (Rechenschaftsberichte) in bezug auf die ihrer Beratungstätigkeit zugrundeliegenden Maßstäbe und die dabei gesammelten Erfahrungen und auf die Führung einer Bundesstatistik verpflichtet, das heißt in Protokollen der Beratungsgespräche sind Alter, Familienstand und Staatsangehörigkeit der Schwangeren festzuhalten sowie die Zahl ihrer Schwangerschaften, ihrer Kinder und früheren Schwangerschaftsabbrüche. Darüber hinaus hat das BVerfG mit seinem Urteil detaillierte und überaus restriktive Regelungen für den Verlauf der Pflichtberatung vorgegeben. Zielorientiert (auf den Schutz ungeborenen Lebens) und ergebnisoffen sollen die Beratungsgespräche geführt werden, das heißt praktisch: Es können ärztliche, psychologische und juristisch ausgebildete Fachkräfte zum Gespräch hinzugezogen werden, die der Schwangeren zur Konfliktlösung verhelfen sollen, sowie Personen aus dem näheren Umfeld der Schwangeren, vor deren negativen Einflüssen das ungeborene Leben geschützt werden soll. Außerdem kann die beratende Person darüber entscheiden, ob das Gespräch sofern dem Inhalt des Gesprächs dienlich fortgeführt werden soll.

Die Rücknahme strafrechtlicher Sanktionen bei gleichzeitiger Verschärfung der Beratungsregelung kann als ein Beispiel für die von Foucault beschriebene Entwicklung der Bio-Macht verstanden werden, deren Folge unter anderem die wachsende Bedeutung ist, die das Funktionieren der Norm auf Kosten des juristischen Systems des Gesetzes gewinnt. Nach Foucault geht es seit dem 18. Jahrhundert nicht mehr darum, auf dem Feld der Souveränität den Tod auszuspielen, sondern das Lebende in einem Bereich von Wert und Nutzen zu organisieren (Foucault 1977, S. 171). Dazu bedarf es anderer Herrschaftsstrategien als der des (tötenden) Gesetzes: fortlaufende, regulierende und korrigierende Maßnahmen, die das Leben sicherstellen. Um diesen Eintritt des Lebens und seiner Mechanismen in den Bereich der bewußten Kalküle, in den Bereich des Politischen zu bezeichnen, spricht Foucault von Bio-Politik (Foucault 1977, S. 170). Bio-Politik beruht auf einer Vorstellung von Bevölkerung, nach der es gilt, diese als zugleich politisches, wissenschaftliches und biologisches Phänomen zu regulieren, um das Leben einer Population zu optimieren. Die seit Ende des 18. Jahrhunderts verstärkte Tendenz zur Verstaatlichung dieser als Biomasse gedachten Bevölkerung zeigt sich in den staatlichen Eingriffen zur Regulierung der generativen Reproduktion der Bevölkerung. Sie verbinden sich mit anderen, schon früher, im 17., Anfang des 18. Jahrhunderts herausgebildeten Machtformen, die durch Überwachung und Dressur auf die individuellen Körper zielen und an die Einrichtung von Institutionen wie der Schule, dem Hospital, der Kaserne gebunden sind. Aufgrund der vielfachen Verschränkungen dieser beiden biopolitischen Machtformen wurde Sexualität als Schnittstelle zwischen Körper und Bevölkerung im 19. Jahrhundert zu einem Feld von besonderer strategischer Bedeutung, war sie doch durch ihre Zeugungseffekte Schlüssel zur demographischen Entwicklung (vgl. Foucault 1977, S. 161 ff.; ders. 1992). Und sie ist es noch. Der Paragraph 218 ist ein strafrechtliches Instrument staatlicher Bevölkerungspolitik, das die Privatangelegenheit einer Schwangerschaft staatlich reguliert. Ergänzt ist es durch eine ganze Reihe staatlicher (Mutterpaß, Arbeitsschutz etc.) und substaatlicher Institutionen wie den medizinischen Einrichtungen (Pränataldiagnostik, Vorsorge, Schwangerschaftsgymnastik, die Inpflichtnahme der ÄrztInnen für die Schwangerschaftskonfliktberatung etc.), den Krankenkassen usw. Diese Institutionen wiederum wirken zusammen mit der vermeintlich privaten Institution der Familie. Entsprechend stark ist der Druck, der unter dem Motto Hilfe statt Strafe mit der Beratungsregelung des Paragraphen 218 auf das familiäre Umfeld der Schwangeren ausgeübt wird. Offensichtlich richteten sich juristische Argumentation und ein Großteil der öffentlichen Debatten auf den Erhalt der familialen Ideologie angesichts der Auflösungstendenzen der bürgerlichen Kleinfamilie. Es stellt sich daher die Frage, wie die ideologische Konstruktion der Familie aktuell im politischen Raum präsent ist.

Nationalisierung der Familie

Keine Nation, so Balibar, hat eine gegebene ethnische- Basis (Balibar 1990, S. 115). Sie muß sich daher permanent als nationale Gemeinschaft schaffen. Bei dieser Schöpfung und fortwährenden Neuschöpfung (Wallerstein 1990, S. 45) national gekennzeichneten Gemeinschaften nehmen die Institutionen Familie und Schule eine zentrale Funktion ein. Sie helfen, die einheitsstiftenden Wirkungen zu erzeugen, durch die das Volk als ein Volk erscheint. Die Schaffung einer fiktiven Ethnizität artikuliert sich nach Balibar sowohl über die Vorstellung einer Sprachgemeinschaft als auch über die einer rassistischen Gemeinschaft. Dem allgemeinen Schulbesuch kommt für die Konstituierung von Ethnizität als Sprachgemeinschaft zentrale Bedeutung zu: Hier wird kompetenter Umgang mit der Muttersprache vermittelt; eine Vermittlung, die der Unterfütterung der gesamten Sozialisation der Individuen als Subjekte einer Sprachgemeinschaft mit dem Ideal eines gemeinsamen sprachlichen Ursprungs dient. Um die Grenzen einer Sprachgemeinschaft jedoch an den Grenzen eines Volkes-als-Nation festmachen zu können, bedarf es der Ergänzung durch ein Prinzip der Ausgrenzung und Abschließung. Dieses Prinzip, so Balibar, ist die rassistische Gemeinschaft (Balibar 1990, S. 122). Mit dem Heraufkommen der Nation-Form entwickelt sich eine moderne Vorstellung von Rasse, als deren symbolischer Kern das Schema der Genealogie erscheint und die die Individuen der Fiktion eines gemeinsamen Ursprungs unterstellt. Die Vorstellung der Übermittlung einer biologischen und geistigen Substanz von Generation zu Generation wird dabei von den privaten Genealogien (traditionelle Systeme der Stammeszugehörigkeit etc.) in die Idee des Volkes als nationaler Verwandtschaftskreis übersetzt. Das Gegenstück dieser Identifikation der Individuen als Subjekte einer nationalen Gemeinschaft ist nach Balibar die Nationalisierung der Familie: Familiäres Privatleben und staatliche Familien- und Bio-Politik bilden sich gleichzeitig heraus, wobei letztere in ersterem ihren zentralen Einsatzort findet. So daß die Intimität der modernen Familie genau das Gegenteil einer autonomen Sphäre ist, vor der die staatlichen Strukturen Halt machen würden. Sie ist die Sphäre, in der die Beziehungen zwischen den Menschen unmittelbar mit einer staatsbürgerlichen- Funktion befrachtet und durch die ständige staatliche Unterstützung ermöglicht werden, angefangen bei den Geschlechterbeziehungen, die auf Fortpflanzung ausgerichtet sind. (Balibar 1990, S. 124)

Daß die alltägliche und die generative Reproduktion einer fiktiven Ethnizität untergeordnet ist, die jeder Bevölkerungspolitik immanent ist, markiert auch eine Schnittstelle, an der sich Sexismus und Rassismus unmittelbar verknüpfen. Wenn die Institution der Familie einer der zentralen Orte ist, an denen die juristischen, ökonomischen, pädagogischen und medizinischen Mechanismen zum Einsatz kommen, über die der Staat vermittelt ist, ist ihr Erhalt ein entscheidender Teil der Basis für die Hegemonie des

Nationalismus. Die heterosexistische Konstruktion der Geschlechter ist für den Erhalt der Familie konstitutiv. Dies erklärt, warum Frauenunterdrückung und Nationalismus sich so gut vertragen, warum andere sexuelle Identitäten als abnorm gekennzeichnet und tendenziell ausgegrenzt werden.

Die nationalistische Konstruktion von Rasse basiert abstrakt auf einem Ein- und Ausschlußmechanismus, der ein imaginäres Selbst als mit einem imaginären Volk identifiziertes von einem imaginären Anderen abgrenzt und über diese Abgrenzung herstellt; ein Mechanismus, der sich in den unterschiedlichen rassistischen Praxen materialisiert und konkretisiert (vgl. Müller 1992, S. 30 ff.). Auch die patriarchale Konstruktion der Geschlechter ist auf abstrakter Ebene zunächst als ein Ein- und Ausschlußmechanismus zu bestimmen, der die sexistische Unterordnung der Frau sicherstellt. Die Trennung der Geschlechter hat jedoch die Form einer einschließenden Unterordnung (vgl. Eichhorn 1992, S. 102), eine Form also, die die Frau als Anderes innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens unter das universelle Eine, den Mann, unterwirft. Die Unterordnung von Frauen vollzieht sich innerhalb der ethnisch-sprachlichen Gemeinschaft mit Männern, d.h. die Einschließung von Frauen in diese Gemeinschaft als Staatsbürgerinnen funktioniert parallel mit und ebenso effizient wie die weitgehende Ausgrenzung von Frauen aus Führungspositionen staatlicher Institutionen oder ihre Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt usw. Wie Sexismus und Rassismus zusammen ein sich verstärkendes System bilden, zeigt sich auch und besonders deutlich an der nationalstaatlichen Bevölkerungspolitik.

Der Paragraph 218 im Zusammenwirken mit der ideellen und materiellen Aufwertung des Mutterstatus und den steuerpolitischen Maßnahmen zur Abstützung der bürgerlichen Kleinfamilie ist Teil des Versuchs, die Steigerung der eigenen und das heißt der nationalen Geburtenrate zu erzielen. Dieser Versuch ist das Gegenstück einer rassistisch-nationalistischen Bevölkerungspolitik, die national unter Schlagwörtern wie Belastungsgrenze, Überfremdung etc. Abschiebungen vornimmt, die Möglichkeiten zum Nachzug der Angehörigen von MigrantInnen diskriminierenden Auflagen unterwirft und international versucht, die Katastrophe Überbevölkerung in der Dritten Welt über Verhütungsmittelprogramme in den Griff zu bekommen.

Kulturalismus und Rebiologisierung

Die Konstitution einer fiktiven ethnischen Einheit durch eine nationale Ideologie, die die imaginäre Einteilung der Menschheit in unterschiedliche Ethnizitäten betreibt, bindet staatliche Bevölkerungspolitik immer schon in das Gefühl nationaler Zugehörigkeit ein. Diese Zugehörigkeit ist ein Produkt der Übersetzung von Familie in Nation und umgekehrt. Damit diese Übersetzung stattfinden konnte, mußte sich die Familie nationalisieren, was

gleichzeitig auch die Abnahme der Bedeutung abstammungsmäßiger Verwandtschaft implizierte. Dennoch war die Reproduktion der Nation-Form bislang an das Schema der Genealogie gebunden, das in der (nationalisierten) Familie seine Basis hat. Bei den derzeit diagnostizierten Auflösungstendenzen der bürgerlichen Kleinfamilie stellt sich daher die Frage, ob die Nation-Form sich reproduzieren kann, wenn die Auflösung der traditionellen Kleinfamilie abgeschlossen ist, das heißt wenn die Beziehungen der Geschlechter und die Fortpflanzung gänzlich aus dem genealogischen Zusammenhang herausgelöst werden, kurz, die Frage ist, ob man hiermit die Grenze der materiellen Möglichkeiten erreicht hat, sich menschliche Rassen vorzustellen und diese Vorstellung in die Produktion der Ethnizität einzubringen (Balibar 1990, S. 125). Im Horizont dieser Fragestellung sind verschiedene Erscheinungen zu beobachten, die auf eine Verschiebung in der Reproduktion der Konstruktionen des Volkes-als-Nation und der rassistischen Gemeinschaft hinweisen.

Paragraph 218 kann als Effekt einer ideologischen Übergangsform begriffen werden, der einerseits die familiäre Ideologie gegenüber den oft als Wertezerrfall beklagten Auflösungstendenzen der bürgerlichen Kleinfamilie abstützt, wie er andererseits nicht inkompatibel ist mit neuen medizinischen (Wissens-)Praktiken wie Gentechnologie, Gendiagnostik, In-Vitro-Fertilisation (Reagenzglasbefruchtung) und Leihmutterschaft, die zwar rechtlich noch weitgehend in das traditionelle Familienmodell eingebunden sind, aber eine Richtung anzeigen, die die Fortpflanzung aus dem genealogischen Zusammenhang herauslöst. Diese Entwicklung kann sich auch mit der festzustellenden Feminisierung der Genealogie, das heißt mit der verstärkten Rolle, die alleinerziehende Mütter für die generative Reproduktion spielen, verbinden. Nach der nicht zuletzt durch die feministische Bewegung im Namen sexueller Selbstverwirklichung forcierten Trennung von Sexualität und Fortpflanzung sind sowohl eine verhütende Sexualität als auch eine technologisch auf den neuesten Stand gebrachte Fortpflanzung integrierte Bestandteile bevölkerungspolitischer Maßnahmen, die sich nicht mehr allein an den genealogischen Zusammenhängen der Familie orientieren.

Gleichzeitig sind Tendenzen einer Transformation der Nation-Form im Spannungsfeld zwischen Nationalisierung der Gesellschaft im Ideologischen und der Tendenz zu supra-nationalen Staatsstrukturen (EG) zu beobachten. Diese Spannung drückt sich auch in der Notwendigkeit eigenständiger kapitalistischer Entwicklungs- und Wachstumsmodelle durch den Nationalstaat einerseits und der Internationalisierung der Produktion sowie der Dominanz der multinationalen Kapitalfraktionen andererseits aus (vgl. Müller 1992, S. 163 ff.). Flexibilisierung der Produktion, weltweite Mobilität der Arbeitskraft sind Begriffe, die Faktoren dieser Entwicklung in den kapitalistischen Zentren beschreiben. Wie sich die genannten Spannungsverhältnisse auflösen werden, ist nicht zu prognostizieren. Offen bleibt, ob und auf Grundlage welcher Institutionen sich die Reproduktion der

Konstruktion Volk-als-Nation stabilisiert. Offen bleibt damit auch, ob Familie und Schule weiterhin die in diesem Zusammenhang wichtigsten ideologischen Staatsapparate sein werden oder ob eventuell andere Institutionen in Verbindung mit den neuen Gen- und Reproduktionstechnologien die Funktion vor allem der Familie übernehmen werden.

Allerdings deutet sich im Diskurs der Neuen Rechten exemplarisch in der Idee eines Rassismus ohne Rassen eine ideologische Formation an, in der sich die Konstruktion Volk-als-Nation in einer Weise reproduziert, in der das Schema der Genealogie an Bedeutung verliert. Der Gedanke eines Rassismus ohne Rassen, eines Rassismus, für den der biologistische Rassenbegriff kein wesentliches Argument ist, zeigt sich seit einiger Zeit an der kulturalistischen Argumentation der Neuen Rechten. Dieser differentielle Rassismus behauptet weniger die biologisch-rassistische Überlegenheit als die tendenzielle Unvereinbarkeit der eigenen mit der fremden Kultur. Kulturelle Unterschiede werden ausgehend von der institutionell etablierten Kultur des Staates und der herrschenden Klassen als getrennte Einheiten begriffen, die es vor Vermischung zu schützen gilt. Damit verkehrt sich in den achtziger Jahren die Forderung nach einem Recht auf Differenz in eine rassistische Pflicht zur Differenz (vgl. Müller 1992, S. 39 f.), die auf einer statischen Vorstellung kultureller Identitäten beruht und diese fixiert. Hier deutet sich die Möglichkeit einer ideologischen Formation an, in der das Wesen der rassistischen Gemeinschaft nicht mehr auf Vererbung und Verwandtschaft bezogen ist, sondern kulturell und geschichtlich definiert wird. Wenn aber, so Balibar, die kulturellen Unterschiede jeweils als getrennte Einheiten ... gedacht werden ..., verweist uns das auf die kulturelle Ungleichheit im europäischen- Raum selbst; oder, genauer, auf die Kultur- als Bildung ..., das heißt auf Strukturen der Ungleichheit, die sich in einer industrialisierten, verschulten und mehr und mehr internationalisierten, durch weltweite Einflüsse konstituierten Gesellschaft tendenziell reproduzieren (Balibar 1990, S. 34). Dabei werden die jeweils anderen Kulturen als Hindernisse für den Erwerb der über Schule und internationale Verständigung vermittelten staatlichen Kultur der herrschenden Klassen aufgebaut. Im Gegensatz zu dem offen antiegalitären Rassismus vorhergehender Epochen, der soziale Hierarchien über die Voraussetzung einer differentialistischen Anthropologie legitimierte, scheint sich heute ein neues Legitimationsmodell durchzusetzen: Als die implizit überlegenen Kulturen gelten diejenigen, die die individuelle Initiative, den sozialen und politischen Individualismus, besonders hoch bewerten und fördern, im Gegensatz zu denjenigen Kulturen, die ihn hemmen und einengen. (ebd.) Die Übersetzung der privaten Genealogien in einen nationalen Verwandtschaftskreis, in eine erweiterte Familie wird durch diese Argumentation mit einem durch Individualismus gebildeten Gemeinschaftsgeist verstärkt und rebiologisiert.

Ausgehend von der Bedeutung, die die Abgeschlossenheit der Kulturen und

Traditionen gegenüber dem biologistischen, auf Vererbung und Genealogie gerichteten Rassebegriff gewinnt, verliert auch die Fiktion eines gemeinsamen Ursprungs als Projektion einer rassischen Gemeinschaft in die Vergangenheit gegenüber der Fiktion einer gemeinsamen Zukunft, in der sich die rassische Gemeinschaft (durch die Überwindung kultureller Hindernisse) erst vollendet, an Bedeutung. Hier trifft sich der Kulturalismus der Neuen Rechten mit einem individualistischen Modell des Biologismus, in dem Gen- und Reproduktionstechnologien ihren möglichen Einsatz finden. Vermittelt über diese neuen Biotechnologien wird eine avancierte Form der Bio-Politik ausgearbeitet, in der die Kultur als externe Regulierungsform des Lebendigen funktioniert (vgl. Foucault 1977, Balibar 1990, S. 35). Die Entwicklung von differenzierten Regulierungsformen der Reproduktion, Leistungen und Gesundheit des Lebendigen, richtet sich gerade auf der Ebene des Individuums auf Fragen der Disposition zu einem normalen oder eben abnormen Verhalten und auf Fragen der psychischen, gesundheitlichen oder eugenischen Voraussetzungen, um die optimale Reproduktion der kulturellen Gemeinschaft in alltäglicher wie generativer Hinsicht zu sichern. Neue Wissenspraktiken wie Gen- und Reproduktionstechnologien werden nicht nur in dem Maße, wie sie aktiv in die Bevölkerungsstruktur eingreifen, zu politischen Interventionstechniken; sie zeigen auch eine Entwicklung hin zu einer bio-techno-politischen Selektion der Individuen an. Aktuelles Stichwort dieser Entwicklung ist Prävention.

So liefern etwa die humangenetische Beratung und die Pränataldiagnostik die Methoden, die embryopathische Indikation des Paragraphen 218 die rechtlichen Mittel, die Idee der Eugenik, die schon in der wechselseitigen Beziehung zwischen bürgerlicher Familie und Nationalstaat latent vorhanden war, in eine Strategie gesellschaftlicher Prophylaxe einzuschreiben, die auf eine zunehmend individualisierte Ebene bezogen ist. Individuelles Glück ist dementsprechend auch ein zentrales Argument, um für Gen- und Reproduktionstechnologien kulturelle Akzeptanz herzustellen. Pränataldiagnostik bedeutet unter dieser Perspektive allerdings nur den Einstieg in eine auch auf das postnatale Leben zielende Ära des biotechnologischen Bevölkerungsmanagements. In Relation zu konjunkturell bedingten sozialen Normen und Werten werden statistisch lokalisierbare Orte des Abnormen und Pathologischen als Risikofaktoren identifiziert. Nachdem so die Risikofaktoren entworfen sind, können Individuen nach bestimmten, an ihnen gendiagnostisch festgestellten Eigenheiten eingeteilt und verwaltet werden. Rabinow spricht in diesem Zusammenhang in Anlehnung an Castel von einer technokratischen Administration von Differenzen (Rabinow 1992, S. 243, Übers. JR).

Obwohl sowohl der Begriff der Rasse als auch die Konstruktion Volk-als-Nation durch die genannten Tendenzen erheblich dynamisiert worden sind, kann man feststellen, daß in den Diskursen um Reproduktion noch die Ideologie der Familie überwiegt; ebenso wie noch Versuche dominieren, dem

deutschen Nationalstaat ein Primat gegenüber der Schaffung supranationaler Strukturen einzuräumen. Die Angliederung der DDR an die BRD, die Dynamik der Annexion, die unter nationalstaatlichen Imperativen stattfand, ist ein offensichtliches Beispiel für diese Dominanz (vgl. Müller 1992, S. 163 ff.).

Nationalstaat und Frauenpolitik

Während die von Teilen der bundesrepublikanischen Frauenbewegung der 70er Jahre im Namen der Selbstbestimmung vertretene Forderung nach Streichung des Paragraphen 218 (Aktion 218) sich gegen staatliche Regulierung richtete, steht der Begriff der Selbstbestimmung seit Ende der 80er Jahre eher für die Forderung nach einem Frauenrecht. Eine Forderung, die der zunehmenden Staatsfixierung der feministischen Politik entspricht. Mehr als zwanzig Jahre nach dem Beginn der neuen Frauenbewegung sind die damals artikulierten Ansprüche längst Gegenstand einer umfassenden administrativen Regulierung geworden. Neben staatlich geförderten Organisationen im Bildungs- und Kulturbereich, in der Gesundheits- und Sozialfürsorge wurde eine Reihe von staatlichen Institutionen geschaffen, die sich in Form von Frauenministerien, Frauenbeauftragten und Gleichstellungsstellen der Lösung der Frauenfrage widmen. Fraueninitiativen der 80er Jahre beschränkten sich auf die Ebene von Eingliederungsprogrammen, Anti-Diskriminierungsgesetzen, Quotierungsforderungen und Verfassungsdebatten. Und der über die Universitäten populär gewordene Differenz-Feminismus ist in der staatlichen Administration bereits unter dem Schlagwort an der Lebensrealität von Frauen anknüpfen verbucht, unter dem nun die Geschlechterungleichheit weiter fortgeknüpft wird. Auch bei dem Import der US-amerikanischen Gender Studies in die Bundesrepublik scheint einiges auf halber Strecke liegengeblieben zu sein. So wurde etwa Judith Butlers Konzept der Maskerade und der Parodie als Möglichkeit der Subversion von Geschlechtsidentitäten in einem nicht unerheblichen Teil der Rezeption kaum in Verbindung gebracht mit der von ihr und anderen TheoretikerInnen der Gender-Debatte entwickelten Analyse der regulierenden politischen Produktion des Subjekts. Statt dessen geht diese Rezeption in Richtung auf einen individualistischen und konsumistischen Umgang mit Geschlechtsidentitäten, der nicht nur in bezug auf die sexistische Konstruktion der Geschlechter die Dimension gesellschaftlicher Machtverhältnisse ausblendet. Eine Blindheit, die gender zu einem verselbständigten Modethema werden ließ. Die im akademischen Feminismus zu beobachtende Begeisterung für das (selbst-genügsame) Spiel mit der Geschlechtlichkeit läßt die Frage vergessen, welchen Frauen die sozialen, kulturellen, institutionellen und individuellen Freiräume zur Verfügung stehen, die ein solches Spiel erfordert.

In bezug auf das Ausbleiben eines relevanten Protestes nach dem Urteil zum Paragraphen 218 sind derlei Verbindungen zwischen feministischer Theoriebildung und -rezeption und der Institutionalisierung der Frauenpolitik aufschlußreich. Die Staatsfixiertheit derzeitiger Frauenpolitik liefert eine Erklärung dafür, daß die Streichungsforderung nach dem Anschluß der DDR in der Vereinigungs-Abtreibungsdebatte keine Rolle mehr gespielt hat. Statt dessen geht es der Frauenpolitik darum, dem Gesetzgeber ein sogenanntes Frauenrecht abzurufen. Mit der Rechtsargumentation befindet man sich jedoch in der falschen Diskussionsrunde: Der Universalismus der bürgerlichen Ideologie, ihr Humanismus und nicht zuletzt die Logik des individualistischen Rechts sind durchaus mit dem System der Hierarchisierungen und Ausgrenzungen vereinbar, die sich vor allem in Form von Sexismus und Rassismus artikulieren. Sie sind ein Teil von ihnen. So beruht die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht für Frauen auf der unhinterfragten Annahme eines Subjekts vor dem Gesetz. Diese Vorstellung blendet aus, daß Subjekte, die den juridischen Machtregimen und ihren Regulierungen durch Verbot, Beschränkung, Kontrolle unterworfen sind, in Übereinstimmung mit der entsprechenden kontingenten politischen Struktur gebildet, definiert und reproduziert werden. Werden die Prozesse der Subjektkonstitution nicht in politische Überlegungen miteinbezogen, bleibt sowohl die imaginäre Konstruktion der Geschlechter unhinterfragt eine Konstruktion, die die Frau als mögliche Mutter bestimmt als auch die imaginäre Konstruktion Volk-als-Nation, die deutschen Frauen hier staatsbürgerliche Rechte sichert, während rassistisch motivierte Sexismen nationalstaatlicher Abschiebepolitik Migrantinnen diese Rechte verweigern. Anders formuliert: Eine Politik, die sich auf die Frage kapriziert, wie Frauen als Subjekte des Feminismus im gegebenen System besser repräsentiert werden können, klammert die Frage nach den Bedingungen aus, die erfüllt sein wollen, um überhaupt als Subjekt zu gelten. Die politische Konstruktion des Subjekts ist mit bestimmten Legitimations- und Ausschlußzielen verbunden; diese politischen Verfahrensweisen werden aber durch eine Analyse, die sie auf Rechtsstrukturen zurückführt, wirksam verdeckt und gleichsam naturalisiert, das heißt als natürlich- hingestellt. Unweigerlich produziert- die Rechtsgewalt, was sie (nur) zu repräsentieren vorgibt Es genügt also nicht zu untersuchen, wie Frauen in Sprache und Politik vollständiger repräsentiert werden können. Die feministische Kritik muß auch begreifen, wie die Kategorie Frau(en)-, das Subjekt des Feminismus, gerade durch jene Machtstrukturen hervorgebracht und eingeschränkt wird, mittels derer das Ziel der Emanzipation erreicht werden soll (Butler 1991, S. 17). Sobald die Ebene staatlich-juristischer Regulierung als (einzige) Ebene der politischen Auseinandersetzung anerkannt wird, werden die Ein- und Ausschlußverfahren nicht mehr mitreflektiert, über die sich das Sexismus-Rassismus-System ständig aktualisiert. Hier offenbaren sich geheime Korrespondenzen zwischen institutionalisierter Frauenpolitik und Nationalstaat. Werden diese Zusammenhänge aus der feministischen Diskussion ausgegrenzt, liefert die feministische Wahlverwandtschaft im Aufstand der Schwestern (vgl.

Schwarzer 1983, S. 40 ff.) willentlich oder unwillentlich einen Beitrag zur Reproduktion der Nation als symbolische Verwandtschaft.

Nicht zuletzt der Rassismusvorwurf von Seiten der Migrantinnen hat deutlich gemacht, daß eine Revision des feministischen Projekts in bezug auf seine eurozentrischen Grenzen notwendig ist. Das gilt auch für die Theoretisierung eines feministischen Subjekts und seiner Selbstbestimmung, eines Subjekts, das die Ausschlußmechanismen leugnet, über die es konstituiert ist. Die theoretische Setzung von Geschlecht als identifikatorischen Ausgangspunkt politischer Mobilisierung ging auf Kosten der Analyse von rassistischen, nationalistischen und kapitalistischen Faktoren. Diesen Faktoren Rechnung zu tragen, heißt nicht einfach, das Subjekt als eine Pluralität von Identifikationen zu denken, denn diese Identifikationen sind miteinander verstrickt, Vehikel füreinander: Eine Geschlechtsidentifikation kann getroffen werden, um an einer Rassenidentifikation zu partizipieren oder sie abzuweisen; was als Ethnizität- zählt, rahmt und erotisiert Sexualität oder kann selbst eine sexuelle Markierung sein. Dies impliziert, daß es keine Sache des In-Bezug-Setzens von Geschlecht, Rasse und Sexualität ist, als wenn sie völlig voneinander getrennte Machtachsen wären; die pluralistische theoretische Trennung dieser Begriffe als Kategorien- oder als Positionen- ist selbst gegründet auf ausschließenden Operationen, die ihnen eine falsche Uniformität attribuiert und den regulatorischen Zielen des liberalen Staates dient. (Butler 1993, S. 116, Übers. JR) Aus dem Verständnis von Identitätskategorien als analytisch diskreten folgt eine Praxis der prinzipiell unabschließbaren Auflistung von immer spezifizierteren Kategorien, eine fortgesetzte Aufzählung, die effektiv das trennt, was sie zu verbinden vorgibt. Verbindungen lassen sich jedoch weder durch die abstrakte Behauptung einer vermeintlichen Gleichheit der Positionen, die auf der Einsicht in den partiellen Charakter der Konstitution sozialer Identitäten basiert (vgl. Butler 1993, S. 118f.), noch über bloße Sympathie herstellen. Sympathie läuft immer Gefahr, in einen vereinnahmenden Gestus zu kippen, einen Gestus, der im Anderen das Eigene sucht und der andere Formen der Beherrschung durch Analogiebildungen eher verdeckt als kenntlich macht (vgl. Haraway 1991, S. 160). Die Analyse müßte dagegen die Schnittstellen bestimmen, an denen die Kategorien konvergieren. Fragen danach, wie Rasse in der Modalität von Sexualität, wie Geschlecht in der Modalität von Rasse gelebt wird, wie Klassenverhältnisse in der Modalität ethnischer Zugehörigkeit erfahren werden (vgl. Hall, S. 508) oder wie Geschlechterbeziehungen im nationalstaatlichen Rahmen konstruiert sind, welche Rolle sie für die Konsolidierung der Staatsmacht spielen, solche Fragen zielen auf die Artikulationsbedingungen der einzelnen Kategorien füreinander. Eine theoretische Aufgabe bestünde darin, die Strukturen zu beschreiben, in denen Identifizierungen in das verwickelt sind, was sie ausschließen. Dies könnte ein Beitrag zu einer Verbindung von Antirassismus und Feminismus sein, die sich nicht zwischen Ethnozentrismus auf der einen und Kulturrelativismus auf der anderen Seite (vgl. Kalpaka/Räthzel 1989, S. 94 ff.)

kurzschließt. Eine solche Verbindung herzustellen, könnte für eine anti-rassistische feministische Politik unter anderem den Versuch bedeuten, die Abwehr von Fremdbestimmung nicht primär als Selbstbestimmung zu denken und schon gar nicht als Recht auf Selbstbestimmung.

Die etatistische Ausrichtung der gegenwärtigen Frauenpolitik vermag den Nexus zwischen dem Paragraph 218 und nationalstaatlicher Bevölkerungspolitik nicht mehr anzugreifen, weil sie von der Position der Staatsbürgerinnen aus formuliert wird. Wenn die Kritik an der (patriarchalen) Gesellschaft nicht mehr die ihrer staatlichen Verfaßtheit mit einschließt, kann die 70er-Jahre-Parole der Selbstbestimmung in der Übertragung auf eine sehr andere gesellschaftspolitische Situation nur mehr an ein bewußt oder unbewußt national identifiziertes Subjekt mit staatlich anerkannten Rechten appellieren. Ein Appell, der leicht übersehen läßt, daß sich der vorausgesetzte frauenpolitische Konsens in dieser Sache unter anderem über die weitgehende thematische Ausgrenzung eines seit den 80er Jahren wieder erneut massiv auftretenden Rassismus im neuen Deutschland konstituiert.

Für Hinweise und Kritiken danke ich Cornelia Eichhorn, Sabine Grimm, Sabeth Buchmann, Renate Lorenz, M. Rinck.

Literatur

Balibar, Etienne 1990a: Gibt es einen Neo-Rassismus? In: Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein, Rasse Klasse Nation, Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin

Balibar, Etienne 1990b: Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie. In: Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein, Rasse Klasse Nation, a.a.O.

Brandt, Adelheid 1993: Editorial. In: Neue Justiz, Sonderheft

Butler, Judith 1991: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main

Butler, Judith 1993: Bodies that Matter. New York/London

Eichhorn, Cornelia 1992: Frauen sind die Neger aller Völker. Überlegungen zu Feminismus, Sexismus und Rassismus. In: Redaktion diskus (Hg.), Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland, Berlin/Amsterdam

Foucault, Michel 1977: Sexualität und Wahrheit, Bd. 1. Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main

Foucault, Michel 1992: Leben machen und sterben lassen: Die Geburt des Rassismus. In: diskus, Nr.1

Hall, Stuart 1980: Rasse Klasse Ideologie. In: Das Argument 122

Haraway, Donna J. 1991: Simians, Cyborgs, and Women. The Reinvention of Nature. New York/London

Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora 1989: Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. In: Otger Autrata u.a. (Hg.), Theorien über Rassismus, Hamburg

Müller, Jost 1992: Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus. In: Redaktion diskus (Hg.), Die freundliche Zivilgesellschaft, a.a.O.

Müller, Jost 1992: Agonie ohne Ende, in: Redaktion diskus (Hg.), Die freundliche Zivilgesellschaft, a.a.O.

Müller, Jost 1994: Faschismus und Demokratie. In: Die Beute, Nr.2

Rabinow, Paul 1992: Artificiality and Enlightenment: From Sociobiology to Biosociality. In: Jonathan Crary/Saynford Kwinter (Hg.), Incorporations, New York

Schwarzer, Alice 1983: So fing es an! Die neue Frauenbewegung, München

Wallerstein, Immanuel 1990: Ideologische Spannungsverhältnisse im Kapitalismus: Universalismus vs. Sexismus und Rassismus. In: Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein: Rasse Klasse Nation, a.a.O.

Formkontrollen

Sabeth Buchmann

Es reicht offenbar nicht, die Forschung und Anwendung von Gen- und Reproduktionsmedizin oder die Aufrüstung und Durchsetzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien als ideologische, ökonomische und politische Herrschaftsformen zu charakterisieren. Öffentlichkeit ist mit solchen Aufklärungsabsichten nicht zu finden. Auch ließ sich mit Technologiekritik bis heute keine breitere feministische Öffentlichkeit herstellen. Das heißt jedoch nicht, daß das, was Öffentlichkeit nicht hat, nicht existiert: Flugblätter, Broschüren und Infodienste belegen die Aktivitäten von Frauengruppen und anderen Initiativen. Sie aber bleiben in aller Regel in den großen Gentechnologie-Reportage-Serien unberücksichtigt, die sich je nach Konjunktur der Spiegel, die ZEIT oder der Stern in den Tonlagen liberalistisch-populistischer Ethikdiskussion gelegentlich leisten.⁽¹⁾ Auch exponierte AutorInnen kommen selten auf die Idee, das Spektrum feministischer Gruppen zu berücksichtigen, die zum Thema Gen- und Reproduktionstechnologie arbeiten.⁽²⁾ Und umgekehrt. Obgleich beide Seiten um ihre je spezifischen Vermittlungsprobleme wissen, die sie bei der Herstellung eines Zusammenhangs von Gen- und Reproduktionstechnologien, der Novellierung des §218, der Ideengeschichte eugenischer Praxis, der Abschiebung von AsylbewerberInnen und Sextourismus haben,⁽³⁾ bewegen sie sich weiterhin auf unterschiedlichen Ebenen.

Es stellt sich daher die Frage, warum trotz der seit den frühen siebziger Jahren in ihrer Intensität zwar diskontinuierlich verlaufenden, nie aber abgebrochenen theoretischen und politischen Aktivitäten gegen die Durchsetzung sogenannter neuer Technologien in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen keine Antiatombewegungszeiten vergleichbare Öffentlichkeit zustande gekommen ist. Liegt es daran, daß AKWs aufgrund ihrer provozierenden, unästhetischen Monumentalität als ein unmittelbareres Zeichen von Gefährlichkeit wahrgenommen wurden eine Wahrnehmung, vor der sich der weiße Techno-Appeal der Genlabors nicht fürchten muß? Aber jetzt ist die Argumentation der LobbyistInnen ja auch eine andere: Statt behaupten zu müssen, gesundheitliche Schäden durch Atomtechnologie seien ausgeschlossen, stellt sich die Gen- und Reproduktionsmedizin als Gesundheitstechnologie vor. Schon der Vergleich von Atom- und Gentechnologie hinkt jedoch gefährlich, insofern er einer veränderten Argumentationsstrategie nur zu recht kommt. Wie in dem Vorwort der Publikation Tödliche Ethik angesprochen, können die HumangenetikerInnen auf eine weitverbreitete Argumentationslinie innerhalb der

Ökologiebewegung setzen, die z.B. in ihren Widerstand gegen Atomkraftwerke die Angst vor Behinderung als ein *zentrales* (Hervorhebung S.B.) Motiv einbaut. (Bruns u.a. 1993, S. 13)(4)

Die neuen Technologien lassen sich nicht bruchlos in den methodischen Kanon klassischer feministischer Kritik einbinden. Ein Beispiel ist die vor allem unter US-amerikanischen Feministinnen verbreitete, aber auch in Deutschland vertretene Position, der Erfolg der Gen- und Reproduktionstechnologien sei zugleich ein emanzipatorischer Erfolg, der Frauen von der Reduktion auf ihren Körper und damit von Gebärfähigkeit und Mutterschaft entlaste (Texte zur Kunst 1994, S. 222). Wird damit nicht implizit die Behauptung aufgestellt, daß Frauen notwendigerweise als Opfer ihrer eigenen Fruchtbarkeit (Wajcman 1994, S. 101)(5) angesehen werden müssen?

Ein Flugblatt zu einer Veranstaltung des Frauenrates der Uni Mainz vom Februar 1988 steht m.E. stellvertretend für die Position hiesiger feministischer Gruppen, die der reproduktionstechnologischen Emanzipationsversion ausgesprochen skeptisch gegenüberstehen: So seien es vor allem US-amerikanische Feministinnen aus dem Umfeld der NOW (große nationale liberal-feministische Frauenorganisation der USA), die die Neuen Gen- und Reproduktionstechnologien wie künstliche Befruchtung, In-Vitro-Fertilisation, Embryotransfer, Leihmutterschaft, pränatale Diagnostik und Geschlechtswahl als hervorragende Möglichkeiten zur Erweiterung der Selbstbestimmung von Frauen beurteilten. Entsprechend würde Leihmutterschaft auch nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern im Rahmen des Selbstbestimmungsrechtes akzeptiert. Es würden lediglich die Bedingungen diskutiert, die Frauen innerhalb des Leihmuttergeschäftes Kontrolle zusicherten.

Die Autorin Judy Wajcman belegt mit ihrem 1994 auf Deutsch vorgelegten Buch Technik und Geschlecht, daß die Emanzipationsversprechungen der neuen Technologien weder in ihren Prämissen noch in ihren Aussichten zutreffen. Wajcman gibt zu bedenken, daß der Zugang zu den Vorteilen solcher kostspieliger Techniken wie der In-vitro-Befruchtung stark an die Zahlungsfähigkeit gebunden ist. Es habe darüber hinaus allen Anschein, daß die Gen- und Reproduktionstechnologien vielmehr dazu genutzt würden, die Mutterfunktion von Frauen zu verfestigen und ihre Rolle zu internalisieren, insofern Nichtmuttersein als eine Krankheit bzw. als ein sozialer Nachteil angesehen werde, die/der nun nicht mehr länger hingenommen werden müsse. Darüber hinaus werde der Wert des eigenen Kindes verstärkt, das genetisch mit einem selbst verwandt sei. Insofern stelle sich die Gen- und Reproduktionsmedizin als ein Weg zur biologischen Mutterschaft durch technische Intervention dar. Daß dieser Weg jetzt auch als unfruchtbar geltenden Frauen geöffnet wird, stimmt Wajcman skeptisch, da Unfruchtbarkeit bislang nur einen niedrigen Stellenwert in der medizinischen

Hierarchie eingenommen habe (vgl. Wajcman 1994, S. 77106).

Judy Wajcman geht in ihrem Buch über einen techniksoziologischen Ansatz leider kaum hinaus, so daß die verschiedenen Subjekt- und Identitätskonzepte, wie sie im Zuge postmoderner und sozialkonstruktivistischer Theorien entwickelt wurden, so gut wie nicht berücksichtigt werden. Ohne diese aber läßt sich der ideologische Kontext, in dem sich die feministische Diskussion um die Bedeutung der neuen Biotechnologien extrem polarisiert, nicht verstehen. Von welcher Art emanzipatorischen Potentials gehen in diesem Zusammenhang einerseits technikpessimistische, andererseits technikooptimistische und zum dritten technikambivalente Argumente aus? Sind es überhaupt taxierbare Stimmungswerte, die Einfluß auf die Öffentlichkeit nehmen eine Öffentlichkeit, die sich ja ihrerseits durch die Angebote der Biotechnologien ganz persönlich und daher eben nicht als Öffentlichkeit angesprochen fühlt?

Das verpersönlichte Verhältnis zwischen Gen- und Reproduktionstechnologien- zu ihren in Aussicht genommenen BenutzerInnen liegt sicherlich darin begründet, daß es sich hier nicht um eine Massentechnologie handelt, sondern um eine individuelle, den je eigenen Genen angepaßte Diagnose- und Therapieweise. Diese Vorstellung von genetisch programmierten Identitäten hält einerseits an biologistischen Modellen fest, suggeriert andererseits die Möglichkeit, Identitäten biotechnologisch umprogrammieren zu können. Daß dabei Geschlechterungleichheiten weniger abgebaut als ausgebaut werden, wurde bereits angesprochen.

Nun läßt sich aber nicht sagen, daß die unterschiedlichen Spielarten von Technomythen in irgendwelchen Laboren gleich mit irgendwelchen Krebsmäusen und Klonen mitfabriziert oder von LobbyistInnen geradewegs in die Öffentlichkeit hineinmanipuliert werden. Sie haben bereits da ihre Chance, wo TechnologiekritikerInnen unterm Strich zu dem Ergebnis kommen, die Existenz von Gen- und Reproduktionstechnologien sei nur mehr ein weiterer Beweis einer akuten Verschlimmerung bestehender, vereinnahmender Strukturen (Ernst 1994, S. 17).⁽⁶⁾ Zentral ist hierbei beispielsweise die Befürchtung einer Reihe von Gentechnologiegegnerinnen, mit den angeblichen Erfolgen der Gen- und Reproduktionstechnologien sei es um den in all seiner ausgebeuteten Nicht-Authentizität zu verteidigenden weiblichen Körper geschehen. Aber gerade der vermeintliche Entscheidungszwang zwischen Naturbewahrung und Naturbeherrschung ist der beste Beweis dafür, daß auf ihren Körper zurückgeworfene Frauen sich auf diesen Körper beziehen müssen. Alle noch so abgehalfterten Weiblichkeitsklischees haben insofern Realgehalt, als sie sich im Laufe der Geschichte gesellschaftlicher Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse an den Körpern der Frauen abgespielt haben. Daß sich also Frauen im Kontext der Diskussionen um Gen- und Reproduktionstechnologien auf ihren Körper

beziehen, ist keine theoretische Schwäche, sondern eine historische Konsequenz. Jedoch hat Judy Wajcman meiner Meinung nach zurecht darauf hingewiesen, daß die Konzentration auf die Sexualpolitik, in die die neuen Reproduktionstechnologien eingebettet sind, implizit oder explizit das Modell der Nutzung und des Mißbrauchs von Technologie übernimmt und sich des Umfanges, in dem die Technologien politische Eigenschaften haben, nicht genügend bewußt ist (Wajcman 1994, S. 87). In diesem Sinne wäre Technologie als eine von der gelebten sozialen Realität nicht abstrahierbare Denk- und Produktionsform zu analysieren, die auch als Angriff auf spezifische Lebens- und Arbeitsweisen wahrgenommen werden kann.

Daß sich Gen- und Reproduktionstechnologien in den Mutterschaftskomplex hineinkonstruieren lassen, entspricht der symptomatischen Ablenkung von sozialen Benachteiligungen der Frauen, die heute Kinder haben, und der Frauen, die heute keine Kinder haben. Von nachteiligen sozialen Unterschieden, die zwischen den Geschlechtern aufgrund kultureller Interpretationen körperlicher Merkmale gemacht werden, wird nicht erwartet, daß sie sozial, sondern daß sie mit Hilfe synthetischer Biologie überwunden werden. Technologie und Soziales werden nicht nur getrennt voneinander gedacht, Technologie bekommt nun vielmehr die Funktion zugesprochen, die bislang das Soziale innehatte: Sie verkörpert das gesellschaftspolitische, ökologische und medizinische Veränderungspotential. Jetzt von feministischer Seite ein Befreiungspotential synthetischer Biologie anzunehmen, hieße ja, den Kampf gegen die auf (alten) biologistischen Zuschreibungen beruhende Unterdrückung von Frauen in dem Moment aufzugeben, in dem er sich in seine technologische (synthetische) Form zu transformieren sucht.

Auch technologiepessimistische Interventionen neigen dazu, diesen Kampf aufzugeben, wenngleich ihr Tenor ein grundsätzlich anderer ist. Ein Beispiel ist der Text Schwangerschaftsabbruch als Verfassungsbruch. Verstaatlichung des menschlichen Genoms der Kulturwissenschaftlerin Gerburg Treusch-Dieter, die im deutschsprachigen Raum eine exponierte Position in der aktuellen Technologiedebatte einnimmt. Ihre an das Geschichtsmodell von Michel Foucault angelehnte diskurstheoretische Untersuchung des §218 ist der Versuch, seine Novellierung im Kontext von Gen- und Reproduktionstechnologien zu diskutieren. Treusch-Dieter analysiert das Bundesverfassungsgerichts-Urteil von 1993 als eine Fortsetzung der modernen Lebenskontrolle durch den Bund von fortschrittlichem- Rechtsstaat und fortschrittlichem- medizinisch-industriellen Komplex und geht dabei von der These aus, daß Genom-Würde nunmehr die gentechnologische Transformation der Menschenwürde darstelle. Insofern der Ort der Lebensentstehung im weiblichen Körper nicht mehr an die sexuelle Fortpflanzung gebunden sei, sei auch die schicksalhafte Notwendigkeit, die mit der Mutterrolle identisch war und ihre Symbolisierungen bestimmte, in jeder Hinsicht relativ geworden. Damit habe auch die sogenannte

patriarchalische Gesellschaftsstruktur abgedankt (Treusch-Dieter 1994, S. 111-119).

Schwebt Treusch-Dieter eine Art unfreiwillige Emanzipation aus patriarchalen Gesellschaftsstrukturen vor, insofern diese nun durch die Gen- und Reproduktionstechnologien auf die Abhängigkeit von Geschlechterdifferenzen nicht mehr bauen können und sei es um den Preis, den Kamikaze kostet? Ein Text der Roten Zora/ Revolutionären Zellen weist darauf hin, daß es dem Kapital bei seinem Vorstoß zur Enteignung der Gebärfähigkeit sicher nicht um die Einverleibung weiblichen Reproduktionsvermögens in eine eingeschlechtliche Welt patriarchaler Herrschaft gehe. Vielmehr solle der Einsatz von Reproduktionstechnologien gegenüber Frauen das Instrumentarium erweitern, mit dem der soziale Angriff gegen wertlose-, unnütze- Teile der Gesellschaft schon in den Mutterleib vorverlagert werde und es dem Staat erlaube, seine sozialen Investitionen in die Klasse radikal zu senken.(7)

Treusch-Dieter stützt mit ihrer These, die Bio- und Gentechnologien stellten mit ihrem Angriff auf sexuelle Fortpflanzung den vorerst finalen Schritt in der Geschichte der Lebenskontrolle dar, die Auffassung, es habe sich nun eine völlig verselbständigte Beherrschungsinstanz über die Körper herausgebildet, die diese vor allem in ihrer weiblichen Version überflüssig mache. Das öffnet einer deterministischen Verschlimmerungsthese Tür und Tor, die sich der Prämissen biologistischer Diskurse über Körper und Leben quasi negativ vergewissert. Beklagt wird nämlich, daß die ausschließlich auf das Gen-gerichtete Disziplinierung der Körper eine asexuelle sei.

Damit rekurriert Treusch-Dieter (unfreiwillig) auf einen weiblichen Wert, der der asexuellen, also von sexueller Fortpflanzung unabhängigen Disziplinierung entgegengestellt werden kann. Der Motor für gesellschaftliche Veränderungen, wie sie sich in der Novellierung des §218 niederschlagen, wird in der Technologie selber gesucht. Als Beleg für diese Motorfunktion führt Treusch-Dieter die Koinzidenzen zwischen historischen Emanzipationsschüben und den Interessen der modernen Lebensmacht- an, die wohl niemand leugnen würde, die sich jedoch in ihrer technizistischen Version geradezu defätistisch ausnehmen. So weist Gerburg Treusch-Dieter darauf hin, daß die 1972 gestarteten Experimente mit Embryonentransfers in England zu einem Zeitpunkt anfangen, als Frauen in England für Abtreibung auf die Straßen gingen (Texte zu Kunst 1994, S. 223). Soll das heißen, der emanzipatorische Kampf um Selbstbestimmung sei das Epiphänomen technologischen Fortschritts? Wer also kein Epiphänomen sein will, bleibt demnächst zu Hause. Dagegen haben andere darauf hingewiesen, daß die Biotechnologien deshalb so erfolgreich sind, weil sie auf das Selbst- der Selbstverwirklichung- exakt passen (Geene 1994, S. 7).(8) Damit wird zwar nicht abgestritten, daß sich Bio- und Reproduktionstechnologien in Begriffe wie Selbstbestimmung einklinken können, genausowenig wird aber der

Umkehrschluß gezogen, sie würden deshalb von ihnen auch gleich mitgesteuert.

Die Theorie von der technologischen Determinierung sozialer Geschlechter läßt sich in ihrer Argumentation von essentialistischen Geschlechtermodellen offenbar nicht trennscharf unterscheiden. Sowohl biologistische als auch technizistische Geschlechtermodelle versuchen sich auf der Grundlage metaphysischer Eigenschaften zu legitimieren. Eine technikdeterministische Sichtweise paßt sich der biologistischen insofern an, als sie eine (öffentlichkeitsfähige) Gegenstrategie jenseits verinnerlichter Zwänge nicht konzeptualisieren kann.

Donna Haraway, eine US-amerikanische feministische Kulturtheoretikerin, hat sich dennoch für den gegenstrategischen Weg entschieden und damit für eine optimistische Version von Technologiekritik. Nach Haraway sind Subjekt, Identität und Natur immer schon technologisch vermittelte Kategorien, für deren spezifische Eigentlichkeiten zu plädieren sehr leicht auch sexistisch und rassistisch ausgelegt werden könne (A.N.Y.P. 1994, S. 35): Sie [Haraway] ist davon überzeugt, daß wir dieses Unmöglichmachen des Denkens einer reinen Natur-, einer reinen Wissenschaft-, eines reinen Menschen- usw. durch die Technowissenschaft für einen antirassistischen Feminismus brauchen, oder zumindest nutzen können. (Ernst 1994, S. 16) Es ist aber nicht die aufgeklärte Wissenschaftskritikerin, die nun von einer Metaposition aus das Denken in unreinen Kategorien fordert; für Haraway sind diese ein Ausdruck des Bruchs der Identifikation von Subjekt und Reproduktion, wie er mit den Möglichkeiten der neuen Technologien zutage tritt, durch diese aber nicht hervorgebracht wird. Rassismus, Sexismus und Klasse werden als Modalitäten beschrieben, diesen Bruch im Konzept der Natur zu kaschieren etwas, was angesichts der neuen Technologien nicht mehr möglich sei, gerade weil sie ihre Naturidentität behaupten müssen (Haraway 1991, S. 149/183).

Mit Haraway kommt nun ein Konzept in die Debatte, das die neuen Technologien weniger in einen kohärenten Sinn technikdeterministisch zu konstruieren sucht; vielmehr wendet sie die sie stützenden Lebensformen, wie sie sich in Geschlechter-, Rassen- und Klassenverhältnissen zu naturalisieren suchen, gegen ihre eigenen ins Wanken geratenen Prämissen. Und genau hier setzt Haraways politisches Projekt an, in das sie die Zukunftsperspektiven der High Tech-Industrie genauso miteinbezieht wie die Jetzt-Perspektive alltäglicher Lebensformen. Daß mit dem biotechnologisch evozierten Bruch der Identifikation von Subjekt und (Selbst-)Reproduktion die Veränderung der alltäglichen Lebensformen denkbar sei, zeige, daß die sie stützenden gesellschaftlichen Prämissen auch nicht als zwingend vorausgesetzt werden können.

Daraus ergibt sich die Frage, warum sich diese Lebensformen trotz ihrer

brüchigen Prämissen auf der Ebene arbeitsteiliger Verhältnisse in der High Tech-Industrie fortsetzen, obwohl doch gerade diese sich dank der Biotechnologien angeblich selber zu verwerfen suchen. Donna Haraway beschreibt u.a. anhand der Alltagsbedingungen der Frauen in Silicon Valley und der Situation von Arbeiterinnen in chipproduzierenden Billiglohnländern, in welchem Maße die High Tech-Industrie die kapitalistische Differenzpraxis weiter ausbaut.

In Anlehnung an Haraway und Modifikation zu Gerburg Treusch-Dieter würde ich in bezug auf den technologisch-industriellen Komplex daher nicht nur von einer veränderten Version der Lebenskontrolle sprechen, sondern von einer ebenso manifesten Veränderung der Lebensformkontrolle, wie sie als Alltag erlebt wird. Haraway erläutert, wie sich die Anordnungen von Rasse, Geschlecht und Klasse, die ihre Wurzeln in high-tech-gestützten sozialen Beziehungen haben, in der Erhöhung der Reproduktionsanforderungen an Frauen ausdrücken. Als Billiglohnkräfte haben sie sich nun nicht mehr nur um ihre Familien zu kümmern, sie müssen darüber hinaus ihre durch Rationalisierungsmaßnahmen arbeitslos gewordenen Männer sowohl emotional als auch finanziell mitunterstützen.

Aber gerade in dieser high-tech-gestützten Verschärfung gesellschaftlicher Ausbeutungsverhältnisse sucht Haraway den Beweis ihrer Reproduktionsunfähigkeit. Im Sinne eines sozialistischen Feminismus setzt sie auf die Implosion einer in Widersprüchen verfangenen herrschenden Identitätspolitik. Mit und gegen die Bedingungen von Mikroelektronik- und Biotechnologieindustrie habe sich eine Gemeinschaft unterdrückter Frauen formiert, die sich nicht mehr in herrschende Identitätsmuster einpassen ließe. In der Vision eines futuristisch-utopistischen Szenarios kreiert Haraway die Denkfigur der/des Cyborg, die/den sie als einen Hybriden aus Maschine und Organismus beschreibt, als ein Wesen von sozialer Realität als auch von Fiktion. Die/der Cyborg sei ein Versuch, einen ironischen, politischen, postgeschlechtlichen Mythos zu bilden, der an Feminismus, Sozialismus und Materialismus glaube. Im Sinne ihrer Analyse gesellschaftlicher Veränderungen beschreibt Haraway die/den Cyborg als ein Modell zur Überwindung originaler Einheit der Identifikation mit Natur im westlichen Sinn. Den dieser Einheit zugrundeliegenden Ursprungsmythos läßt Haraway nun all die Frauen und Wesen (Maschinen, Tiere, Science Fiction-Figuren) überwinden, die im westlichen Sinn eben ohnehin nie als Subjekte identifiziert waren. Damit erweckt Haraway den gar nicht so ironischen Eindruck, der nächste Emanzipationsschub käme von den Frauen, über die die Feministin nicht nur spricht, sondern die sie unter institutionalisierten Laborbedingungen akademisch legitimierter feministischer Wissenschaftskritik für ihre eigenen Projektionen benutzt.

Angesichts der Identifizierung von unterdrückten Frauen mit der Figur eines Techno-Hybriden wird von einer Reihe von KritikerInnen zu Recht die Frage

gestellt, ob das Cyborg-Manifest sich nicht einem unfreiwillig zynischen Technologieoptimismus verdankt. Dieser Vorwurf unterschätzt Haraways Konzept insofern, als es eine politische Ironisierung auf die erkenntnistheoretische Dimension high-tech-gestützter Ingenieurs- und Laborwissenschaften sein will. Aber das ist die wissenschaftstheoretische Seite, die auf den Paradigmenwechsel antwortet, wie er sich in der akademischen Wissenschaft und Wissenschaftskritik seit Ende der siebziger Jahre abzeichnet.⁽⁹⁾ Jenseits bis dato gängiger Praxis, mit Wissenschaft Realität entdecken zu wollen, wurde nun die Auffassung vertreten, daß Wissenschaft selber als Konstruktion von Realität verstanden werden muß.

Genau dieses konstruktivistische Paradigma nimmt Haraway in einem absoluten Sinn wörtlich. Um den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht zu werden, wie sie auf der Ebene der neuen Technologien zum Ausdruck kommen, versucht Haraway über sozialdeterministische Erklärungsmuster hinauszugehen. Sie glaubt daher, daß eine tiefgreifende Kritik der Wissenschaft und ihrer Konstruktionen der Natur nur dann möglich sei, wenn gleichzeitig der fortwährende Glaube an die Kultur und die Gesellschaft als etwas Wesenhaftes aufgegeben werde (Ernst 1994, S. 15). Die Autorin Waltraud Ernst stellt bei ihrer Historisierung feministischer Wissenschaftskritik und -konstruktion die besondere Rolle Donna Haraways heraus, der gegenüber aber auch die grundsätzlich anstehende Forderung nach mehr Selbstthematisierung geltend gemacht werden muß. So weist Ernst auf die fehlende Thematisierung der sozialen Konstruktionsprozesse innerhalb des Labors und des Labors als Institution in der Gesellschaft hin (Ernst 1994, S. 14), womit das Genlabor genauso gemeint ist wie die institutionellen Produktionsstätten von (feministischer) Wissenschaft und (feministischer) Wissenschaftskritik.

Anhand dieser Forderung läßt sich auch auf die eingangs gestellte Frage nach der ausbleibenden Öffentlichkeit in bezug auf Gen- und Reproduktionstechnologie noch einmal zurückkommen. In dem Maße, in dem in Genlaboren fernab von öffentlicher Kontrolle produziert wird, in dem Maße scheint sich auch der Kanon feministischer Wissenschaftstheorie und -kritik in einer Art Labor eingerichtet zu haben. Unter Laborbedingungen ist die Attraktion offenbar groß, gesellschaftliche Veränderungen in ihrer technologischen Utopieversion zu simulieren. Ein solches Vorgehen verführt auch dazu, eine klinische Bild von einer in Aussicht genommen Zukunft auf die Gegenwart zurückzuwerfen und damit gesellschaftliche Verhältnisse von einem möglichen worst-case her zu konstruieren. In dieser Vision kommen politische Gruppen faktisch nicht (mehr) vor oder wenn, dann wie bei Haraway in der Mythosform einer hybriden Cyborggemeinschaft.

(1) Obgleich 1987 das Essener Gen-Archiv, 33 Wohnungen und das Bochumer taz-Büro in polizeilichen Großaktionen durchsucht und die GentechnologiegegnerInnen Ingrid Strobl und Ulla Penselin verhaftet wurden, blieben die Presseresonanz und das öffentliche Interesse nur spärlich. Die Durchsuchungen und Verhaftungen waren gegen die Frauen gerichtet, die sich seit längerem kritisch mit Bevölkerungspolitik, Gentechnologie und Frauenunterdrückung beschäftigten, sowie insbesondere in Köln gegen Leute, die sich gegen staatliche Politik der Aussonderung und Abschiebung von Flüchtlingen wenden. Vgl. Wer ist, bitteschön, die nächste?

In Stadt-Revue Köln 2/88. Als am 7. Oktober diesen Jahres eine Reihe von GentechnologiegegnerInnen, unter ihnen die Gruppe Kein Patent auf Leben und Beteiligte des Ausstellungsprojektes Game Grrrl, im Europäischen Patentamt eine Eingabe gegen die Krebsmaus machten, war die (Zivil-)Polizei weitaus präsenter als Presse und Öffentlichkeit.

(2) In dieser Hinsicht eine Ausnahme bildet Judy Wajcman, die in ihrem eben erschienenen Buch Technik und Geschlecht die Arbeit die Gruppe FINRRAGE (Feministisches internationales Netzwerk des Widerstandes gegen Gen- und Reproduktionstechnologien) differenziert in ihre Überlegungen miteinbezieht.

(3) Renate Lorenz und Stephan Geene haben zur Ausstellung GAME GRRRL, die im Frühjahr '94 in der Shedhalle/Zürich und im Herbst '94 im Kunstverein München zu sehen war, einen Handapparat zusammengestellt, in dem die Aktivitäten zahlreicher Initiativen seit Mitte der 80er Jahre dokumentiert sind. Besondere Berücksichtigung finden darin Texte der Roten Zora und der Revolutionären Zellen und die Maßnahmen seitens des Bundeskriminalamtes gegen GentechnologiegegnerInnen wie Ingrid Strobl und Ulla Penselin (siehe auch Anm.1). Darüber hinaus wird über die Arbeit der Züricher Gruppe Antigena, der Münchener Gruppe Kein Patent auf Leben und der Berliner Initiative GID Gen-ethischer Informations-Dienst informiert.

(4) An dieser Stelle kann die laufende Auseinandersetzung um die eugenischen Implikationen von Gentechnologie nur angerissen werden. Jedoch ist es wichtig zu bemerken, daß die willentlich durch die Atommafia zugelassenen gesundheitlichen Schäden keinesfalls neutralisiert werden dürfen; dennoch ist es aufschlußreich, wie mit der instrumentalisierten Angst vor der Aussicht auf ein behindertes Kind die Entscheidung für oder wider Gen- und Reproduktionstechnologien individualisiert wird.

(5) Meine Frage bezieht sich auf eine Bemerkung Wajcmans: Die konventionelle Sichtweise der HistorikerInnen und DemographInnen legt nahe, daß Frauen in vorindustriellen Gesellschaften das Opfer ihrer eigenen Fruchtbarkeit waren.

(6) Waltraud Ernst zitiert Baukje Prins, die den Ansatz der US-amerikanischen Wissenschaftlerin und Autorin Donna Haraway als ein Gegenkonzept gegen die Tendenz von Wissenschafts- und Technologiekritik bewertet, die immer nur bloße Momente oder Beweise der bestehenden vereinnahmenden Struktur sehen will.

(7) Der Fokus auf den Klassencharakter der Gen- und Biotechnologien birgt wieder andere Probleme, die an dieser Stelle nur angedeutet, aber nicht diskutiert werden können.

(8) Dieser Hinweis bezieht sich auf den Text im Netz der Unabhängigkeit einer Hamburger Frauen-Lesben-Gruppe zur Frage der Selbstbestimmung. In diesem Text wird der Zusammenhang zwischen dem naturwissenschaftlich-technischen Paradigma und der Konstruktion eines autonomen, vernünftigen Selbst dargestellt und gezeigt, daß die Subsumtion der Frauen unter den Selbstbestimmungsbegriff der Vereinzelung der Individuen als Arbeitskräfte entspricht.

(9) Vgl. Judy Wajcman, a.a.O., S. 16: Die radikalen politischen Bewegungen der späten 60er und frühen 70er Jahre begannen auch mit der Frage nach Anwendung und Mißbrauch von Wissenschaft. In den Kampagnen gegen eine mißbrauchte, militarisierte und umweltverschmutzende Wissenschaft vertraten sie die Auffassung, daß Wissenschaft auf Profit und Kriegsführung ausgerichtet sei. Ursprünglich wurde die Wissenschaft selbst als neutral bzw. wertfrei betrachtet und als nutzbringend, sofern sie in den Händen derjenigen war, die für eine gerechte Gesellschaft arbeiteten. Nach und nach entwickelte die Radical Science-Bewegung jedoch eine marxistische Analyse des Klassencharakters der Wissenschaft und ihrer Beziehung zur kapitalistischen Produktionsweise ... Eine der charakteristischen Formulierungen dieser mit der Radical Science-Bewegung verbundenen Auffassung war: Wissenschaft ist gesellschaftliche Verhältnisse.- (Auffällig ist hier die auch von mir praktizierte Ineinssetzung von Wissenschaft und Technologie.)

Literatur

Theo Bruns, Ulla Penselin, Udo Sierck (Hg.)

Tödliche Ethik. Beiträge gegen Eugenik und Euthanasie, Hamburg

Judy Wajcman 1994: Technik und Geschlecht. Die feministische Technikdebatte. Frankfurt/New York

Isabelle Graw und Gerburg Treusch-Dieter 1994: Briefwechsel, In: Texte zur Kunst Nr.15

Waltraud Ernst 1994: Von feministischer Wissenschaftskritik zu feministischen Wissenschaftskonstruktionen?, In: Die Philosophin. Forum für feministische Theorie und Philosophie, Nr.9

Gerburg Treusch-Dieter 1994: Genomwürde des Menschen Menschenwürde des Genoms. In: Ästhetik und Kommunikation, Heft 85/86

Stephan Geene 1994: life is mittelschön und differenz fun. das politische minusmillionen. In: A.N.Y.P., Zeitung des minimal club, Nr 6

Wir sind immer mittendrin. Gespräch mit Donna Haraway. In: A.N.Y.P., Zeitung des minimal club, Nr.6

Donna Haraway 1991: A Cyborg Manifesto: Science, Technology, and Socialist Feminism in the Late Twentieth Century. In: dies., Simians, Cyborgs, and Women. The Reinvention of Nature, New York 1991 (Meine Zitate und Paraphrasen stammen aus einer unveröffentlichten Übersetzung von Juliane Rebentisch und Stephan Geene.)

Wir, die Seiltänzerinnen
Politische Strategien von Migrantinnen gegen Ethnisierung und Assimilation

FeMigra (Feministische Migrantinnen, Frankfurt)*

1.

Während des letzten Immigrantinnen-, Frauen im Exil-, jüdische Frauen- und schwarze Frauen-Kongresses in Bonn im März 1994 wurde wieder einmal die Frage nach einer gemeinsamen politischen Identität gestellt. Diese sollte unsere Unterschiede, aber auch unsere Gemeinsamkeiten benennen. Doch zeigte sich im Laufe der Diskussion bald, daß wir keine Definition finden konnten, die alle unsere Erfahrungen und Standorte umfaßt.

Nichtsdestotrotz halten wir es für notwendig, eine politische Identität als Ausgangsbasis einer politischen Artikulation anzunehmen, um bestimmte gesellschaftliche Widersprüche deutlich zu machen. Die Bestimmung unserer eigenen politischen Identität als Migrantinnen ([1](#)) verstehen wir als Gegenentwurf, als Bezeichnung eines oppositionellen Standorts. Wir sind uns der Gratwanderung bewußt, auf die wir uns begeben, wenn wir eine strategisch gedachte Identität konstruieren, die möglicherweise für einige ausschließend und für andere wiederum einengend wirkt. Doch erscheint es uns wichtig, daß über die Position, die wir einnehmen, die Einwanderungsgeschichte und -politik dieses Landes in den Mittelpunkt rückt. Dabei geht es uns auch darum, die herrschende Kulturalisierung von sozialen Unterschieden in Frage zu stellen, die uns auf die Position der Anderen und Fremden verweist. Indem wir dagegen versuchen, eine Migrantinnen-Politik zu bestimmen, die sich nicht in nationalen oder kulturellen Räumen verortet, sondern Widerstandsmöglichkeiten innerhalb der gesellschaftlichen Widersprüche aufsucht, möchten wir die Logik der Spaltung des Eigenen vom Fremden (und umgekehrt) aufbrechen und aus der uns zugeschriebenen Objektposition heraustreten.

Die Notwendigkeit einer solchen Politik wurde uns unter anderem nach dem fünften Studienkongress Schwarzer Frauen (in Frankfurt, Bielefeld und Berlin) im Sommer 1991 klar, an dem einige von uns teilgenommen hatten. Damals kamen wir zu dem Schluß, uns als Migrantinnen zu organisieren. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die meisten von uns als Schwarze Frauen verstanden, das heißt als Frauen, die nicht nur über Sexismus Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung erfahren, sondern auch über rassistische Praktiken. Während des Kongresses wurde uns klar, daß die Kategorie Schwarz unsere spezifischen Erfahrungen nicht fassen kann.

Denn zum einen ist unsere Hautfarbe nicht schwarz und zum anderen bringt diese Kategorie den Grund für unsere Anwesenheit in Deutschland nicht zum Ausdruck. Der Begriff MigrantIn dagegen kennzeichnet den Schritt der Immigration, den zum Teil unsere Eltern oder auch wir selbst machten, vor allem aber unterstreicht er die politisch-soziale Komponente des Vergesellschaftungsprozesses. Am Beispiel der Migration wird die Funktion des Rassismus in der nationalen und internationalen Arbeitsteilung deutlich.

Unsere Entscheidung zur Selbstorganisation als MigrantInnen war auch motiviert durch unsere bisherigen Erfahrungen in feministischen und gemischtgeschlechtlichen linken Zusammenhängen.

Das Dilemma, mit dem wir uns immer wieder konfrontiert sahen und sehen, ist, daß wir einerseits wegen der Ignoranz gegenüber der völkisch-nationalen Kontinuität der BRD im Umgang mit EinwanderInnen und Flüchtlingen als Betroffene Kritik formulieren, und uns diese notwendige Kritik andererseits in die Ecke der vermeintlichen Fachfrauen und -männer in Sachen Rassismus schiebt. Damit sind wir über das Merkmal MigrantIn für andere klassifizierbar und werden darauf reduziert und funktionalisiert. Gleichzeitig sagt man uns politische Unreife, Sentimentalität und emotionale Betroffenheit nach, was zu einem Lächerlichmachen und zu einer weiteren Entmündigung unserer politischen Artikulation führt.

Unseres Erachtens haben weite Teile der Linken es lange Zeit nicht für notwendig befunden, die Kontinuitäten der deutschen Geschichte im Umgang mit Minderheiten, wie sie sich etwa im Gastarbeiterkonzept oder in der Asylpolitik zeigen, zum Schwerpunkt ihres Widerstands zu machen. Bis Ende der 80er Jahre wurde auch innerhalb gesellschaftskritischer Kreise Rassismus in der BRD meist nur im Zusammenhang mit Antisemitismus wahrgenommen. Die ausschließliche Verortung des Rassismus in der NS-Zeit und das Ausblenden der Kolonialgeschichte Deutschlands bewirkten und bewirken ein Verdrängen der Kontinuitäten und somit der Opfer rassistischer Diskriminierung in der Vergangenheit wie in der Gegenwart. Wenn von rassistischen Strukturen die Rede war, ging es in der Regel um die USA, Großbritannien oder Südafrika; die Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraktiken gegenüber EinwanderInnen, Flüchtlingen und Schwarzen Menschen hier bezeichnete man dagegen eher als Ausländerfeindlichkeit oder Fremdenhaß. So gab es für viele in der BRD lediglich die Gastarbeiterproblematik oder im Pädagogikbereich die defizitären Ausländer. Entsprechend waren für diese Leute MigrantInnen auch als politische Subjekte, die gegen die rassistische Diskriminierung in diesem Land Widerstand leisteten, nicht existent. Doch Widerstand von MigrantInnen gibt es nicht erst seit Solingen. Schon 1973 organisierten ArbeitsimmigrantInnen wilde Streiks bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen und bei Karmann in Osnabrück (Huth-Hildebrandt 1992) und

auch im Frankfurter Häuserkampf Anfang der 70er Jahre kämpften ImmigrantInnen für den besetzten Wohnraum (Häuserkampf Frankfurt 1974) um nur einige Beispiele zu nennen. Dies wird bis heute nicht als spezifischer Widerstand von ImmigrantInnen realisiert.

2.

Seit Solingen wird Widerstand von MigrantInnen verstärkt wahrgenommen, ironischerweise jedoch vor allem von herrschender Seite. Schnell haben Politiker und Exekutive bemerkt, daß sich hier ein Potential auftut, das nun durch Kriminalisierung massiv bekämpft werden soll. Sobald MigrantInnen sich gegen die Angriffe organisieren, werden sie in der Öffentlichkeit als unkontrollierbare aggressive Gruppen stigmatisiert.

So wurden etwa die Proteste nach den Morden an Hülya Genc, Gülüstan Öztürk, Hatice Genc, Gürsun Ince und Saime Genc in Solingen von herrschender Seite als Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden türkischen und kurdischen Jugendlichen dargestellt (und das auf friedlichem deutschen Boden!). Auf der anderen Seite haben einige Linke in diesem Protest eine durchweg reaktionäre Kraft gesehen, weil viele der Protestierenden die türkische Flagge schwenkten. Daß sich darin vor allem auch ein Mangel an eigenen Symbolen zeigt, blieb unberücksichtigt.

Die Ausgrenzung von AusländerInnen auch der zweiten und dritten Generation aus dieser Gesellschaft und ihre Kriminalisierung ermöglichen eine restriktivere und repressivere Politik. Ihre Ausdrucksmöglichkeiten werden in verschiedenster Hinsicht eingeschränkt und unterdrückt, vor allem dann, wenn sie sich gegen die sogenannten Interessen der Bundesrepublik richten. Das Verbot vieler kurdischer Organisationen und Vereine im Herbst 1993 ist in diesem Kontext zu verstehen. So ist es nicht verwunderlich, daß im Juli dieses Jahres ein 16jähriger kurdischer Plakatkleber, Halim Dener, auf der Flucht von der Polizei einfach erschossen wurde. Noch muß sich die Polizei offizielle Versionen ausdenken, die ein Versehen simulieren. Doch scheint es nur noch eine Frage der Zeit, bis selbst das nicht mehr nötig ist.

Die Kriminalisierung von MigrantInnen fand ihren vorläufigen Höhepunkt in Magdeburg, als die Staatsanwaltschaft das erste Ermittlungsverfahren zu den Vorfällen am Vatertag gegen einen türkischen Staatsbürger, der sich gegen Angriffe von Skinheads gewehrt hatte, einleitete, während die Angreifer zunächst alle freigelassen wurden. Ebenso zeigen die Verhaftung und der Prozeß gegen fünf MigrantInnen der Berliner antifaschistischen Gruppe AntifasM-8ist GenM-glik ([2](#)) die klare Intention, die Selbstorganisation von MigrantInnen zu kriminalisieren und damit zu zerschlagen. Trotz dieser Entwicklung sind einige Linke immer noch der

Ansicht, daß die staatliche Bekämpfung und Kriminalisierung von MigrantInnen mit derjenigen deutscher Linker vergleichbar oder daß beides gar das gleiche sei. Was sich seit der deutschen Vereinigung für uns verändert hat, in unserem Selbstverständnis und in unserem alltäglichen Leben, wird nur mühselig und spärlich ernstgenommen.(3)

Unsere Objektivierung, (4) die nicht erst seit den Anschlägen und Morden auf der Tagesordnung steht, ermöglicht es auch der bundesrepublikanischen Linken, Politik über uns zu machen. Es ist interessant, wenn wir uns Schriften von Albert Memmi (Memmi 1954) anschauen und feststellen müssen, daß wir, Menschen ohne deutschen Paß, in diesem Land im Zustand von Kolonisierten gehalten werden, während jene, die die hegemoniale Stellung innehaben, sich wie Kolonisatoren aufführen. Sie mischen sich in unsere Befreiungskonzepte ein, spielen sich als wohlwollende Gönner auf und reproduzieren und zementieren dabei ihre Privilegien.

Mehrheitlich werden Menschen ohne deutschen Paß und Menschen schwarzer Hautfarbe als Fremde behandelt. Diese Ausgrenzung als Fremde, als Gäste oder einfach als Andere entspricht der binären Logik der okzidentalen philosophischen Tradition. Sie erfolgt über die Trennung von Innen und Außen, über die Spaltung eines Selbst vom Anderen, die durch diskursive Praktiken konstituiert wird. Menschen als Fremde zu bezeichnen, ermöglicht es der herrschenden Bevölkerung, ihre Ängste und Vorurteile auf sie zu projizieren. Die Entmenschlichung bzw. Naturalisierung der auf diese Weise Ausgeschlossenen und Unterdrückten erfolgt vor allem über das Absprechen von Individualität. Wir werden nicht als autonome Individuen gedacht, sondern gehen in der Anonymität eines konstruierten Kollektivs die Ausländer, die Türken oder die Asylanten unter.

Die Bilder, die von uns entworfen werden, zeigen uns als Unterlegene, Unterwürfige und Passive. Entsprechend vermittelt uns auch das Bildungssystem in diesem Land kein Selbstbewußtsein. Das fängt schon mit der Zuschreibung mangelndes Deutsch an, die als Abwertungskriterium für die Einstufung auf dem Arbeitsmarkt fungiert und gleichzeitig als Maßstab für Intelligenz einsetzbar ist. So kommt es, daß aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse ein großer Teil der Kinder von ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlingen von ihren so wohlmeinenden LehrerInnen für die Sonder- oder Hauptschule eingestuft wird. Das Verbot des Bilinguismus im öffentlichen Bereich bedeutet für uns einen Zwangszustand, der uns den Weg in entscheidende gesellschaftsgestaltende Bereiche erschwert. Sprache funktioniert neben der Nationalität als bevorzugtes Regulationskriterium auf dem Arbeitsmarkt. Diese Ausschließung von Machtpositionen und von der Öffentlichkeit bewirkt bei vielen von uns ein Gefühl der Nichtzuständigkeit für diese Bereiche und führt zur Herausbildung von

Ersatzwerten, wie der Suche nach nationaler Identität, dem Rückzug ins Private oder in die sogenannte ethnische Community.

3.

Die Migration der 50er und 60er Jahre von den ökonomisch peripheren Staaten in die Metropolen hat zwar den Rassismus nicht erst produziert, kristallisiert ihn jedoch in einer neuen Konfiguration. Der gegenwärtige Rassismus steht in einer engen Verbindung zum Nationalismus und ist unabhängig von diesem nicht zu erklären.

Der Nationalstaatsgedanke in den westlichen Gesellschaften, insbesondere der deutschen, impliziert einen doppelten Prozeß der Ein- und Ausschließung. Die Nationenbildung in Europa rekuriert hierbei auf zwei wesentliche Momente ihrer Geschichte Antisemitismus und Kolonialismus. So haben sich die Nationalstaaten in Europa in Abgrenzung zu anderen Bevölkerungsgruppen, zu anderen Nationen und Kontinenten formiert. Die nationalen bzw. kulturellen Unterschiede, die zum Teil biologisch erklärt werden, fungieren im Herrschaftsverhältnis als Legitimation für Ausbeutung und Diskriminierung.

Im modernen Staat wird das Verhältnis zwischen nationalstaatlichen Institutionen und der nationalen Gemeinschaft über die Bildung eines sozialen Staates hergestellt, der in die Reproduktion der Wirtschaft, in die Bildung und Ausbildung der Menschen, in die Strukturen der Familie und die alltäglichen Praxen der Reproduktion eingreift. Die national-ethnische Gemeinschaft wird über diese Institutionen konstruiert und bietet dem Individuum eine kollektive Geschichte, die Anerkennung eines gemeinsamen Namens und Spuren der Vergangenheit. Gleichzeitig geht mit der Konstituierung von nationalen Bezügen, die staatlich homogenisiert und garantiert werden, das Aufkommen von Minderheiten einher, das heißt von solchen Gruppen, die im staatstragenden Nationenbild nicht miteinbezogen sind (Balibar 1990).

Diese Gruppen werden heute vor allem über die Ausländerbehörde und das Ausländergesetz reguliert und kontrolliert. Dies allein ist per definitionem Ausdruck von institutionalisiertem Rassismus. Er bestimmt eine Gruppe von Menschen, die von demokratischen Rechten ausgeschlossen werden. Dieser Widerspruch der Demokratie ist ihrer historischen Garantie, dem Nationalstaat, immanent. Der nationalstaatlich-völkische Kern des deutschen Grundgesetzes wird besonders dadurch hervorgehoben, daß im Ausländergesetz Deutsche/r vor allem die/der ist, die/der eine deutsche Abstammung nachweist. Nach Paragraph 1 Abs. 2 AuslG ist ein Ausländer jede/r, die/der nicht Deutsche/r im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist. Art. 116 Abs. 1 legt fest: Deutscher im Sinne dieses

Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31.12.1937 Aufnahme gefunden hat. Das Ausländergesetz operiert ebenfalls mit nationalen Unterschieden, die innerhalb der eingewanderten Bevölkerung aufgrund des gewährten Rechtsstatus Hierarchien schaffen. Der Staat konstruiert somit einerseits eine nationale Gemeinschaft, andererseits rassifiziert und minorisiert er zugleich andere Bevölkerungsgruppen innerhalb des Nationalstaates über deren Sonderbehandlung (Ausländergesetze) und Sonderstellung (Gastarbeiter, Asylbewerber). Rassisierung und Minorisierung der Gesellschaft haben die Funktion der Hierarchisierung, eine Funktion, die auch der Sexismus erfüllt, jedoch in unterschiedlicher Weise.

Die Sexualisierung bzw. Vergeschlechtlichung vollzieht sich nicht allein, aber maßgeblich über die ideologische Ebene, das heißt über die Zuschreibung von weiblichen und männlichen Eigenschaften, die diskursiv produziert sind, wie etwa die Gebärfähigkeit der Frau und die damit verbundenen Folgen für die Konstituierung der Familie und die Positionierung der Frauen im Reproduktions- und Produktionsbereich.⁽⁵⁾ Frausein bedeutet in diesem Zusammenhang die Absprache bestimmter Fähigkeiten und einen erschwerten Zugang zu Ressourcen und Macht. Diese Zuschreibungen verschieben sich jedoch im Verhältnis einer weißen, deutschen Frau zu einem Flüchtling oder zu einer Migrantin, da der deutschen Staatsangehörigen gegenüber diesen einige Rechte und Privilegien zugesprochen werden. Der Nationalstaat bedient sich einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die von einer rassistischen Arbeitsteilung überlagert und dadurch transformiert werden kann. Neue feministische Studien aus Italien haben beispielsweise ergeben, daß die Professionalisierung einiger Italienerinnen auf dem Rücken philippinischer Migrantinnen stattfindet. Der Reproduktionsbereich, in diesem Fall die Hausarbeit, wird Filipinas zugewiesen. Die klassische Trennung zwischen männlichen und weiblichen Tätigkeiten verschiebt sich in diesem Zusammenhang, sie vollzieht sich hier nicht mehr primär zwischen den Geschlechtern, sondern zwischen Frauen unterschiedlicher Klassenzugehörigkeit und Herkunft. Die Reproduktionsarbeit wird nicht unter den verschiedenen Gesellschaftsmitgliedern gleichwertig verteilt, sondern mehrheitlich von den Gruppen übernommen, denen aufgrund ihres Ausländerinnen- oder Flüchtlingsstatus der Zugang zu anderen Arbeitssektoren versperrt bleibt.

Über die Kategorien Ausländer und Inländer werden unterschiedliche Gruppen in das Produktionsverhältnis integriert, ohne daß der Staat sich

verpflichtet sieht, den Ausländern auch die gleichen Arbeitsbedingungen zu garantieren. So besetzen MigrantInnen und Flüchtlinge Arbeitsplätze auf den untersten Lohn Ebenen. Vor allem in der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungsbereich sind die meisten ausländischen Arbeitskräfte zu finden. Auch unter ihnen nehmen Bezahlung und Rechte ihrem sozialen Status entsprechend zu oder ab. Die nicht anerkannten Flüchtlinge werden daher in vollkommen entgarantierten Arbeitsverhältnissen gehalten. Der informelle Arbeitsmarkt kommt ohne diese billigen Arbeitskräfte nicht aus. Wie soll sonst ein Bordellbesitzer hohe Gewinne erzielen und den Prostituierten ihren Stundenlohn überlassen?(6) Der Handel mit Frauen aus anderen Ländern und der Arbeiterstrich, auf dem vorrangig aus Osteuropa kommende Männer sich für einen minimalen Stundenlohn anbieten, indem sie sich früh morgens an den Straßenrand stellen und warten, bis ein Angebot vorbeifährt, sind nur einige Beispiele dafür, wie die Ausbeutung der Arbeitskraft eng mit der Hautfarbe und der Herkunft aus Afrika, Asien, Lateinamerika oder aus Osteuropa verknüpft ist.

Die Arbeitsimmigranten der 50er und 60er Jahre, die erst Kurzverträge erhalten hatten und rotierend ausgetauscht werden sollten, blieben aufgrund konjunktureller Überlegungen der deutschen Unternehmen in der BRD. Mit der Familienzusammenführung 1973 und dem gleichzeitigen Aufnahmestopp wurde die BRD für viele EinwanderInnen zum Bleibeort. Mittlerweile ist eine zweite und dritte Generation in diesem Land aufgewachsen, die nicht mit denselben Mitteln wie ihre Eltern und Großeltern diskriminiert werden kann. MigrantInnen treten nun auf dem Arbeitsmarkt auch in Bereiche ein, die ihren Eltern verwehrt blieben und für die sie auch nicht angeworben wurden. Aufgrund ihrer Schulausbildung besetzen einige von ihnen im Angestelltenbereich Arbeitsplätze, andere haben studiert. Nach dem Studium eröffnen sich ihnen jedoch kaum Möglichkeiten, in Führungs- oder Entscheidungspositionen zu gelangen. Ihr Ausschuß geht weitgehend unbemerkt und indirekt vonstatten, da es sich nur um sehr wenige handelt. Einige von uns entscheiden sich für den sozialpädagogischen Bereich, da in diesem Feld mittlerweile zum Teil MigrantInnen nachgefragt werden. Jedoch bestimmen weiterhin Deutsche, welche Stelle an wen vergeben wird. Auch im universitären Bereich kommen MigrantInnen über die unterste Stufe der Karriereleiter kaum hinaus. Sie sind allenfalls in den besonders entgarantierten Arbeitsplätzen zu finden, das heißt sie arbeiten als TutorInnen oder als wissenschaftliche Hilfskräfte. Dabei erfüllen MigrantInnen und schwarze Menschen an der Universität wie auch in außeruniversitären Frauenprojekten oft nur eine Alibi- und Vorzeigefunktion. Die Forschung der weißen inländischen Bevölkerung über AusländerInnen dient vorrangig der Förderung der eigenen wissenschaftlichen Karriere. Bundesweit sind die ausländischen wissenschaftlichen MitarbeiterInnen an einer Hand abzuzählen, von ProfessorInnen ganz zu schweigen. Auch hier wird man/frau allenfalls zur

Ausländerthematik eingestellt. Eine Erziehungswissenschaftlerin aus Köln z.B. sucht verzweifelt eine stinknormale Pädagogikstelle; angeboten werden ihr lediglich Stellen im Bereich Ausländerpädagogik. Anscheinend trauen ihr die deutschen Arbeitgeber nichts anderes zu. Und dies ist kein Einzelfall.

4.

Wir haben bereits auf die Dynamik hingewiesen, die die ökonomische Verwertung der nationalen Unterschiede in Gang setzt. Auf der einen Seite werden diese Unterschiede gemacht, um Hierarchien zu schaffen und Ausbeutung zu legitimieren. Auf der anderen Seite zeigt sich in den letzten Jahren die Tendenz, eben diese produzierten Unterschiede als kulturelle wohlwollend anzuerkennen, um sie sogleich wieder zu verwerten, ohne daß dies die Ordnung durcheinanderbrächte. Die Objektivierung und Unterdrückung von MigrantInnen verkleidet sich hier als Toleranz und etikettiert sich selbst als antirassistisch.

Dieses vieldiskutierte Konzept, das unter dem Werbeslogan Multikultur bekannt geworden ist, fand 1989 mit der Gründung des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) in Frankfurt am Main seine institutionelle Umsetzung. Das AMKA macht darüber Politik, daß es nationale und kulturelle Unterschiede immer wieder herausstellt und sie als Bereicherung der deutschen Gesellschaft verkauft. Mittlerweile ist an dem marktpolitischen Interesse dieses Amtes zur Genüge Kritik geübt worden. Was uns heute interessiert, sind die Wirkungen seiner Politik.

Die ambivalente Beziehung des AMKA zur eingewanderten und einwandernden Bevölkerung (wie auch umgekehrt) ist einerseits dadurch bestimmt, daß das Amt sich die Unmündigkeit und Unsichtbarkeit der MigrantInnen zunutze macht und nur den Schein ihrer Sichtbarkeit produziert, etwa indem über ein Marionettenkabinett wie die Kommunale Ausländervertretung (KAV) die Illusion einer politischen Partizipation vermittelt wird. Andererseits hatte das Amt auch einen Mobilisierungseffekt. Während anderen Institutionen eine Bewegung vorausging, die diese erkämpfte, um sich eine Lobby zu sichern, entstanden nach der Einrichtung des AMKA Einwanderervereine, die sich der herrschenden Politik unterordneten, indem sie kulturelle Identitäten einklagten. Zunächst schien es jedoch so, als bestünde auch für Gruppen, die nicht im Einklang mit der Konzeption des Amtes standen und eigene Vorstellungen hatten, die Möglichkeit, in diesen Prozeß einzugreifen und sichtbar zu werden. Dann zeigte sich aber, daß nur bestimmte Konzepte gefördert wurden. Andere blieben am Rande, mehr denn je unsichtbar. Die Spaltung der MigrantInnen zwischen jenen, die sich vor den Karren spannen ließen und vereinnahmt wurden, und denen, die draußen blieben, verschärfte sich. Im Rückblick läßt sich sagen, daß das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten einer

Bewegung, die sich allein schon durch die Zunahme von Artikulationen der sogenannten zweiten Generation abzeichnete, vorausgegriffen und befriedend gewirkt hat. Im Prinzip verfolgt das Amt eine weiterentwickelte Integrationspolitik, die mehr Effektivität dadurch verspricht, daß sie sich liberal gibt und eine vermeintliche Toleranz gegenüber dem Andersartigen propagiert. Durch diese Politik werden MigrantInnen weiter in statischen Kulturkonzepten gehalten und eine von ihnen selbst getragene emanzipatorische Interessenspolitik wird verhindert.

Die auch vom AMKA betriebene Ethnisierung gesellschaftlicher Probleme läßt sich exemplarisch an einer im diesem Jahr erschienenen Studie über marokkanische Jugendliche (Titel: Junge Marokkaner zwischen Schule, Betrieb und Konstabler Wache(7)) verfolgen. An keiner Stelle der Studie wird die Eigenschaft marokkanisch als vermeintlich wissenschaftliches Kriterium plausibel. Die vom Amt durchgeführte Studie ist nur im Kontext einer seit Jahren anhaltenden medialen und lokalpolitischen Debatte über Jugendkriminalität zu verstehen, in der Drogenkriminalität mit dem Bild des herumlungernenden ausländischen Jugendlichen verknüpft wurde. Im September 1992 legte Oberbürgermeister von Schoeler dem Stadtparlament seinen Bericht zur Sicherheitspolitik vor, in dem unter anderem zu lesen steht: Der Anteil von Ausländern an bestimmten Straftaten in dieser Stadt ist auch unter Berücksichtigung ausländerpezifischer Straftaten signifikant. Bei der Beurteilung der ausländerrechtlichen Reaktionen ist jedoch eine differenzierte Betrachtung geboten. Ausländer mit illegalem oder nicht verfestigtem Aufenthalt sind nach Strafverbüßung oder Verzicht der Staatsanwaltschaft auf Strafverfolgung grundsätzlich auszuweisen und abzuschieben. Hier aufgewachsene oder sogar hier geborene straffällig gewordene ausländische Jugendliche sind grundsätzlich mit den Mitteln der schulischen und beruflichen Bildung und der Jugendhilfe zu integrieren und zu stabilisieren. (OB v. Schoeler, 11.9.1992) Das heißt im Klartext: Während sich um die einen die Ausländerbehörde kümmert und ihre Abschiebung organisiert, kümmern sich um die anderen das Jugendamt, das Arbeitsamt und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten. Zwecks Integration in das Bestehende, versteht sich. Da es sich bei Marokko um ein Land handelt, mit dem in den 60er Jahren Anwerbeverträge abgeschlossen wurden, so daß folglich eine zweite Generation von marokkanischen EinwanderInnen hier aufgewachsen ist, erklärt sich auch das besondere Augenmerk des Amtes auf diese Gruppe. In der Studie jedoch werden die Jugendlichen lediglich in ihren kulturellen Besonderheiten (Islam!) und den damit verbundenen Problemen (für wen?) gesehen und erklärt. Sie richtet sich nicht gegen ihre Kriminalisierung und greift zum Beispiel nicht die polizeiliche Schikane an, der sie zunehmend ausgesetzt sind. Das sicherheitspolitische Programm der Stadt wird vom AMKA vielmehr unterstützt und um die kulturelle Komponente ergänzt (etwa um die Forderung nach einer ethnienpezifischen Jugendarbeit, die den angeblichen kulturellen Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechen und sie so vor einem

Abrutschen in die Kriminalität bewahren soll). Den möglichen Interessen der Jugendlichen jedoch, sich ohne polizeiliche Schikane und Kontrolle an den Orten in der Stadt aufhalten zu können, die ihnen passen, wird in keinsten Weise entsprochen. Statt dessen reproduziert die Studie das rassistische Stereotyp, Marokkaner seien tendenziell Drogenverkäufer.

Ein anderes Beispiel multikultureller Politik: Die jüngsten Ereignisse im Kasseler Abschiebegefängnis verdeutlichten auf prägnante Weise die effektvolle Entpolitisierung durch den Einsatz multikultureller Toleranz gegenüber dem Anderen. Hier ging es um die Gruppe der Asylbewerber, die nicht, wie die MigrantInnen der sogenannten zweiten Generation, Objekte staatlicher Integrationsmaßnahmen sind, sondern denen das Recht, hier zu leben, von vornherein bestritten wird. Mehrheitlich algerische inhaftierte Flüchtlinge(8) revoltierten im Juli 1994 gegen ihre lange Inhaftierung und nahmen dabei auch einen deutschen Polizisten als Geisel, um ihre Forderung nach Ausreisevisa für andere europäische Länder durchzusetzen. Zur Verhandlung mit ihnen bemühte sich ein grüner Stadtdezernent um einen marokkanischen Imam, der vermitteln sollte. Danach waren die Forderungen nicht mehr Ausreisevisa, kürzere oder besser gar keine Inhaftierungen, sondern nur noch Gebetsräume und original arabisches Essen. Die vielleicht tatsächlich vorhandene Religiosität der Flüchtlinge und die damit einhergehende Ehrfurcht vor religiösen Autoritäten wurden bewußt eingesetzt, um die weltlichen Forderungen abzuwenden. So konnten sich die multikulturellen Grünen als diejenigen profilieren, die den diskriminierenden Alltag von Flüchtlingen aufdecken und berücksichtigen. Gleichzeitig jedoch nahmen sie dem Konflikt die politische Brisanz und begrenzten die Kritik an den Auswirkungen der restriktiven Asylpolitik.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß die ökonomischen, politischen und sozialen Konsequenzen, die aus der nationalstaatlichen Politik beziehungsweise dem deutschen Nationalismus erwachsen, in linker Politik zumeist ausgeblendet blieben. Dies betrifft auch unsere Erfahrungen in der deutschen Frauenbewegung.

5.

Als wir uns 1991 zu einer feministischen Migrantinnengruppe zusammenschlossen, trafen wir uns anfänglich in einem internationalen Frauenzentrum, wo wir ziemlich bald auf Ressentiments und Abwehr stießen. Das Frauenzentrum, das in seiner Führung vorwiegend mehrheitsdeutsch(9) und durch die Unterstützung des kommunalen Frauenreferats(10) finanziell und lobbyistisch abgesichert war, empfand unsere Präsenz schnell als lästig.

Als die Frauen uns die Mitgliedschaft in ihrem Verein verweigerten, hatten

wir die Nase voll und veröffentlichten einen offenen Brief (FeMigra 1992), in dem wir diesen Vorfall zum Anlaß nahmen, eine breitere Diskussion über institutionalisierten und verinnerlichten Rassismus in der deutschen Frauenbewegung anzuregen. Wir klinkten uns in institutionelle Foren ein und forderten ein Ende der Bevormundung von MigrantInnen. Unsere Einmischung in die institutionelle Politik verstanden wir als Versuch, unseren Forderungen Stärke zu verleihen.

Ein paar Monate später wurde uns über die Presse bekannt, daß das von uns kritisierte Frauenzentrum nach wie vor den üblichen Jahresetat zugeteilt bekam, der immerhin doppelt so hoch ist wie der für die restlichen Frauenprojekte der Stadt. Das Adjektiv international verkauft sich eben gut im multikulturellen Frankfurt. Unserer ebenfalls in dem offenen Brief formulierten Kritik am gängigen Bild der unqualifizierten Ausländerin begegnete das Frauenreferat mit dem Versprechen, sich beim Land Hessen für eine verstärkte Einstellung von Migrantinnen in den Polizeidienst einzusetzen. Wenn's nicht so ernst wäre, würden wir lachen. Unsere Arbeit blieb weiterhin unbezuschußt.

Wir hatten einfach kein Glück. Die Frauen, die schon lange im Geschäft sind, standen uns skeptisch gegenüber. Wir waren zu autoritär, sprich zu aufmüppig. Tatsächlich handelte es sich um Ungeduld unsererseits angesichts der müßigen Frage, ob ein Thematisieren rechtsextremer Gewalt wichtiger sei als die Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft.

Auch hatten wir kein Interesse an einem freundlichen Austausch über die gegenseitigen Vorurteile. Uns ging es von Anfang an um den Kampf für eine rechtliche Gleichstellung von MigrantInnen; unser Verhältnis zu jenen Frauen war ein funktionales. Wir plädierten für eine Beteiligung an der damals gerade stattfindenden feministischen Debatte um eine Verfassungsänderung. Denn auch hier wurde nie ernsthaft die Ausgrenzung von Frauen, die nicht dem Bild der Mehrheitsdeutschen entsprechen, kritisiert und bekämpft. Die debattierenden Feministinnen fühlten sich anscheinend umstandslos als deutsch. Zumindest wurde der Vorschlag für eine nichtrassistische Verfassung (Agha/Emme/Wildt/Magiriba Lwanga 1992), den eine Gruppe Berliner Feministinnen ausgearbeitet hatte, von den offiziellen und offiziellen Feministinnen völlig ignoriert. Dieser Vorschlag kritisiert das aktuelle Staatsbürgerrecht in seinen Fundamenten und fordert als radikale Alternative nicht eine doppelte Staatsbürgerschaft, die die juristische Kopplung von Nationalität und Bürgerrechten in keinsten Weise aufheben würde, sondern vielmehr die Trennung dieser beiden Elemente. Die BürgerInnenrechte sollten so der Vorschlag schon bei einer ständigen Aufenthaltsdauer von z.B. zwei Jahren erteilt werden, ohne zuvor Deutsche oder Deutscher werden zu müssen. Damit wäre die Definition deutsch obsolet und es hätten mehr Menschen einen leichteren Zugang zur politischen und gesellschaftlichen Mitbestimmung.

Doch bislang hat die Kritik am deutschen Staatsbürgerrecht in der Geschichte der Frauenbewegung nicht nur keine Rolle gespielt, im Gegenteil wurde es teilweise sogar durch den politischen Kampf von Frauen gestärkt und fortgeschrieben. So setzte beispielsweise die Initiative der mit Ausländern verheirateten Frauen (IAF) in den 70er Jahren durch, daß auch deutsche Mütter, trotz ausländischem Vater, die deutsche Staatsbürgerschaft an die gemeinsamen Kinder vererben können. Dies wurde als Errungenschaft in Sachen Gleichstellung gefeiert. Daß damit das in der Verfassung verankerte Abstammungsprinzip der deutschen Volkszugehörigkeit nicht nur nicht kritisiert, sondern im Gegenteil gefestigt und bestätigt wurde, ist die Kehrseite dieser Errungenschaft.

Kaum anders sieht es beim Thema Quotierung aus. Die deutsche Frauenbewegung hat sich über ihre Zugehörigkeit zum deutschen Staat in die Institutionen eingeklagt. Mittlerweile kann davon ausgegangen werden, daß Quotierung für deutsche Frauen gesellschaftlich akzeptiert ist sogar die CDU debattiert schon darüber. Die ausländischen Männer und Frauen dagegen bleiben weiterhin von jeglichen Forderungen beziehungsweise Rechten ausgeschlossen. Die etablierte deutsche Frauenbewegung zielte mit ihrer Forderung nach Quotierung auf den Gleichheitsgrundsatz des Sozialstaates. Doch ließen die Feministinnen die nationale Basis, von der aus sie ihre Forderungen stellten, unhinterfragt. Frauen ohne deutschen Paß oder Frauen, die aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe mit den rassistischen Ausschließungsmechanismen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert waren, wurden nicht gesehen. Rassistische Herrschaftsverhältnisse blieben weitgehend ausgeblendet und die wenigen Ansätze, die darauf abzielten, Migrantinnen in die Quotierungsforderung einzubeziehen, fielen im Laufe ihrer Durchsetzung institutionellen Kompromissen zum Opfer.

6.

Wir möchten mit unserer Kritik keine Schuldbekennnisse aus den Reihen der deutschen Frauenbewegung provozieren. Vielmehr geht es uns um eine Neubestimmung des Feminismus. Feministische Politik zeichnet sich für uns nicht nur durch den Kampf gegen männliche Vorherrschaft aus, sondern auch durch das Erkennen der Komplexität von Herrschafts- und Machtverhältnissen. Gayatri Chakravorty Spivak (1989) spricht in diesem Zusammenhang von global feminism, von einem Feminismus, der sich geopolitisch situiert am Ort der Arbeit. Es geht um die Formulierung einer feministischen Gesellschaftskritik, die sich innerhalb der internationalen Arbeitsteilung verortet und die heterogenen antisexistischen Kämpfe auf der Welt miteinbezieht. Die gesellschaftlichen Positionen, die Frauen voneinander unterscheiden, sind auch darüber bestimmt, welcher Klasse sie

zugehören, auf welchem Kontinent und in welchem Land sie leben und wo sie herkommen. Wie das Beispiel der Italienerin und der philippinischen Putzfrau zeigt, besteht zwischen diesen Frauen per se keine Solidarität.

Wir wollen nicht die These einer multiplen Unterdrückung stark machen, sondern verdeutlichen, daß Rassismus und die internationale arbeitsteilige Gesellschaft die Beziehungen unter Frauen strukturieren. Es geht nicht nur darum, Migrantinnen einen Raum für das Ansprechen ihrer Betroffenheit zuzuerkennen, sondern auch darum, die Privilegien deutscher Frauen zu hinterfragen. Diese stellen sich über ihre Einschließung in eine national-rassistische Gemeinschaft her, die ihnen erst den Zugang zu Machtressourcen und zur Öffentlichkeit gewährt.

Wenn wir nun die Forderung nach Quotierung für MigrantInnen in allen gesellschaftlichen Bereichen stellen, dann vor allem deshalb, weil sie den nationalen Konsens bricht. Die Gefahr einer Reethnisierung über die Forderung nach Quotierung ist uns bewußt, doch hält uns dies nicht davon ab, sie im gegenwärtigen deutschen Kontext zu stellen, denn sie ist eine Provokation der national-rassistischen Gemeinschaft. Unsere Politik als Migrantinnen zielt auf ein Aufbrechen nationaler und völkischer Gefüge über den Prozeß der Wanderung, der in unserem Verständnis als Metapher für die Auflösung nationalstaatlicher Gebilde steht.

In diesem Sinne folgen wir Spivak, die rät, erst einmal zu sehen, was an einem universellen Diskurs nützlich sein könnte, um dann weiter zu gehen und festzustellen, wo dieser Diskurs seine Grenzen hat, und Veränderungen innerhalb dieses Feldes voranzutreiben. Das heißt, wir müssen uns für einen strategischen Diskurs entscheiden, der von Zeit zu Zeit auch essentialistisch sein kann (Spivak 1989). Unser Kampf muß sich auf unterschiedlichen Ebenen abspielen, die jedoch alle die Aufhebung von Ausbeutung und Diskriminierung zum Ziel haben.

Wir müssen unsere eigene Lobby entwickeln und Bündnisse schließen mit Menschen, mit denen wir uns an wichtigen Punkten treffen, so daß wir auch Kraft spüren im Kampf. Neben den Forderungen nach einer gerechten Weltordnung und der Abschaffung einer rassistischen und sexistischen internationalen Arbeitsteilung setzen wir uns für eine Veränderung der Vorstellungswelten ein. Unsere Utopie ist das Aufbrechen von dualen Denken, das Ausbrechen aus kulturellen Mustern; wir erahnen die Vielfältigkeit unserer Lebensformen.

Gloria AnzaldM-za, eine Chicana-Feministin aus den USA, beschreibt diese Politik als Prozeß der disidentification (Entidentifizierung) (AnzaldM-za 1990). Sie plädiert für ein neues Bewußtsein: das der mestiza. Ein Bewußtsein, das Verschmelzungen denkt, das aus den vielen schmerzlichen Erfahrungen eines widersprüchlichen Lebens erwächst wie etwa dem

Konflikt einer Chicana-Lesbe mit ihrer machistischen Community, auf die sie sich wiederum bezieht, sobald sie merkt, daß sie sich in einer weißen Frauenbewegung nicht wiederfindet, ohne auf diese doch verzichten zu wollen in einer homophoben Gesellschaft ... Dieses Bewußtsein hält sich nicht mehr bei Äußerlichkeiten auf, sondern sucht die Praxis dort, wo sie sich, wenn auch nur punktuell, anbietet.

Die stete Gratwanderung von einem Ort zum anderen und die permanente Neudefinition im politischen Szenario repräsentieren unser Selbstverständnis und die strategische Funktion unserer politischen Forderungen. Cherrie Moraga, eine Kollegin von Gloria, hat dieses Selbstverständnis folgendermaßen formuliert: Our strategy is how we cope how we measure and weigh what is to be said and when, what is to be done and how, and to whom ... daily deciding/risking who it is we can call an ally, call a friend (whatever that person's skin, sex or sexuality). We are women without a line. We are women who contradict each other.(11)

(1) Wir sprechen im folgenden von Migrantinnen im Sinne eines konzeptionellen Begriffs, der unsere politische Strategie bezeichnet, von MigrantInnen im Sinne eines empirischen Begriffs, den wir gebrauchen, um Menschen meist ohne deutschen Paß, die selbst, deren Eltern oder Großeltern aus anderen Ländern in die BRD gekommen sind, zu bezeichnen und von AusländerInnen im Sinne eines Statusbegriffs, der bezeichnet, zu was MigrantInnen hier staatlicherseits gemacht werden.

2) Seit November 1993 sitzen Abidin, Mehmet, Fatma, Erkan und Bahrettin in Haft. Ihnen wird gemeinschaftlicher Mord an dem Nazi G. Kaendl vorgeworfen. Diese höchste juristische Anklage wurde auf seiten der Rechten bisher nur gegen die Nazis erhoben, die die fünf Türkinnen in Solingen verbrannten. Während sich ihr Prozeß als verständnisreicher Szenario erweist, soll den MigrantInnen von AntifasM-8ist GenM-glik ohne Umschweife, mit wenig Öffentlichkeit und wackeligen Beweisen der kurze Prozeß gemacht werden.

(3) Dies manifestierte sich auch im Umgang mit unserem Protest und unserer Kritik am Einigungsprozeß der deutschen Staaten. Während Teile der deutschen Linken euphorisch in die Hände klatschten und keine Gelegenheit ausließen, ihren Brüdern und Schwestern zu begegnen, waren wir in keinster Weise überzeugt, daß es sich bei diesem Ereignis um eine emanzipative Bewegung handelte. Die Befreiung, die sie propagierten, sollte auch bald auf Kosten derer gehen, die sowieso aus dieser Gemeinschaft ausgeschlossen sind. Es war eine Feier unter Deutschen, unter Eingeschlossenen. Der deutschen Geschichte konnte man/frau sich nun endlich entledigen, das deutsche Volk sollte nun frei zusammenwachsen.

(4) Als Objektivierung bezeichnen wir das Verhältnis der deutschen Gesellschaft zur eingewanderten Bevölkerung. Wir werden als Objekte bestimmt. Über uns wird Politik gemacht. Wir sollen uns nicht selbst politisch äußern und uns statt dessen mit den offiziellen Angeboten wie etwa dem Multikulturamt, der Kommunalen Ausländervertretung etc. zufrieden geben.

(5) Dabei ist zu beachten, daß diese Zuschreibungen nicht auf alle Gesellschaften zu übertragen sind. Sie sind nicht universal. Angela Davis analysiert dies in ihrem Buch Rassismus und Sexismus. Sie weist darauf hin, daß die Grundlage westlicher feministischer Gesellschaftskritik, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, sich in der Sklavengesellschaft unterschiedlich darstellt. Die Feminisierung schwarzer Frauen war über ihre Nützlichkeit bestimmt. Sie waren genderless in dem Moment, wo der Master sie für bestimmte Tätigkeiten einsetzte. Bei Vergewaltigung oder bei der Nutzung ihrer Gebärfähigkeit wurden sie als Frauen funktionalisiert. Diese Tatsache schafft ein völlig anderes Familienbild und somit unterschiedliche Geschlechterbeziehungen unter den Sklaven. Vor dem Hintergrund dieser Geschichte stellt sich der Entwurf einer universalen Kategorie Frau als Subsumtion dar, die Unterschiede negiert und herrschende Machtmechanismen reproduziert.

(6) Das Thema Prostitution ist hier von anderen beschriebenen Beschäftigungsverhältnissen nochmals zu unterscheiden, da es sich um einen Arbeitsbereich handelt, der durch die sexistische gesellschaftliche Doppelmoral geprägt ist. Einerseits gesetzlich verboten, andererseits willkürlich geduldet sind die beschäftigten Frauen sowieso einer unkontrollierten Ausbeutung ausgesetzt

(7) Konstabler Wache ist eigentlich der Name eines Platzes in der Frankfurter Innenstadt, der aber in den letzten Jahren durch Medien und Politik zum Synonym für einen Drogenumschlagsplatz, auf dem vorwiegend Nordafrikaner ihr Revier haben sollen, und zum Synonym für einen Ort sozialen Sprengstoffs geworden ist.

(8) Algerien war kein Anwerbeland, weshalb aus diesem Land kaum MigrantInnen der zweiten Generation kommen.

(9) Wir beziehen uns hier auf den Hilfsbegriff, den Gotlinde Magiriba Lwanga (1993) vorgeschlagen hat, um Aufzählungen wie weiß, deutsch, christlich säkularisiert usw. zu vermeiden, die wieder nur ein Nebeneinander suggerieren, und die Betonung mehr auf die soziale Position (der Mehrheit oder der Minderheit angehörig) zu legen.

(10) Neben dem AMKA ist das Frauenreferat das zweite Vorzeigeprojekt der Grünen.

(11) Unsere Strategie ist, wie wir es bewältigen wie wir einschätzen und abwägen, was zu sagen ist und wann, was zu tun ist und wie, und wem ... täglich entscheidend/riskierend, wen wir eine Verbündete nennen können, einen Freund (egal welche Hautfarbe, welches Geschlecht und welche Sexualität diese Person auch immer haben mag). Wir sind Frauen ohne eine gerade Linie. Wir sind Frauen, die einander widersprechen. (Moraga/AnzaldM-za 1981)

Literatur

AnzaldM-za, Gloria 1990 La Conciencia de la Mestiza. Toward a New Consciousness. In Gloria AnzaldM-za (Hg.), Making Face, Making Soul. San Francisco

Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel 1990: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg

Davis, Angela 1982: Rassismus und Sexismus. Berlin

FeMigra (Feministische Migrantinnen) 1992: Offener Brief an den Magistrat. In: diyalog Nr.2, Frankfurt am Main

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 1993: Frauenpolitik im Kleide der Herrschaft. In: Perspektiven Zeitschrift für Migrationsfragen und Kultur, Nr. 2, Frankfurt am Main

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 1993: Los inmigrantes en los nichos de la prosperidad alemana. In: Conyuntura Nr. 41, México

Huth-Hildebrandt, Christine 1992: Germanozentrismus oder interkulturelles Denken?, in: Marion Schulz (Hg.), Fremde Frauen, Frankfurt am Main Initiative für eine nicht-rassistische Verfassung (Agha/Emme/Wildt/Magiriba Lwanga) 1992: Vorschlag für eine Neufassung der Artikel 116, 16 und 3 für eine nicht-rassistische Verfassung. Berlin

Magiriba Lwanga, Gotlinde 1993: Deutsch, nein danke? In: Ika Hügel u.a. (Hg.), Entfernte Verbindungen, Berlin

Memmi, Albert 1954: Portrait du colonisateur. Paris Moraga, Cherrie/AnzaldM-za, Gloria 1981: This Bridge Called My Back. Writings by radical Women of Color. New York

Schoeler, Andreas von 1992: Zehn Leitlinien zur Sicherheitspolitik der Stadt Frankfurt. Rede vom 11.9.1992 vor der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung

Spivak, Gayatri Chakravorty 1989: The Post-Colonial Critic. London/New York

Quotierung für Migrantinnen
- eine ambivalente, aber notwendige Forderung

Natascha Apostolidou

Es war 1980. Ich saß als ausländische Studentin im Frauenplenum, ich und noch eine andere. Svetlana habe ich nicht als Ausländerin empfunden, sie sprach ja perfekt deutsch. Wir kämpften für die Frauenprofessur, für Quotierung. Quotierung hieß, jede zweite Stelle für eine Frau.

In der Bundesrepublik hat die Diskussion um Quotierung Ende der 70er Jahre begonnen, als Frauen aus dem Kontext der Frauenbewegung die Hälfte aller Stellen an den Universitäten für Frauen forderten. Eine Forderung, die mit langjährigen Kämpfen verbunden war, bis Quotierung zumindest im öffentlichen Dienst teilweise durchgesetzt werden konnte. Dieser Erfolg hatte allerdings zugleich eine weitgehende Integration in etablierte Strukturen zur Folge und bezieht sich ausschließlich auf deutsche Frauen, während Migrantinnen in unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlicher Begründung außen vor bleiben.

Schon seit den 60er Jahren hatte sich die reale Lebenspraxis vieler Frauen entscheidend geändert. Erwerbstätigkeit war zu einem kontinuierlichen Bestandteil ihres Lebens geworden, sie war nicht mehr lediglich Zusatz zum Familienleben. Die Unabhängigkeit von Frauen breiter Schichten durch ihre Einbeziehung in die Erwerbstätigkeit, ihre zunehmende Qualifikation, ihr politisches Engagement machten die Unterrepräsentanz von Frauen in allen Entscheidungsstrukturen deutlich.

Die Diskussionen, die ersten Förderungsmaßnahmen und die kleinen Schritte in Richtung Quotierung waren auch eine Reaktion auf diese Ungleichheit. In der Bundesrepublik hat neben der Frauenbewegung vor allem die Partei der Grünen die Auseinandersetzung um Quotierung vorangetrieben; sie sieht eine Frauenquote für alle Ämter in ihren Statuten vor. Andere Parteien sind in unterschiedlicher Weise dem Vorbild der Grünen gefolgt, und heute fordern selbst die Frauen der CDU eine Quotenregelung innerhalb ihrer Partei. Seit den frühen 80er Jahren gibt es in zahlreichen Institutionen und Kommunen Frauenbeauftragte, und seit den späten 80er Jahren sind in einigen Ländern entsprechende Antidiskriminierungs- bzw. Frauenförderungsgesetze für den öffentlichen Dienst in Kraft.

Viel früher als in der Bundesrepublik hat die Auseinandersetzung um Quotierung in den USA angefangen. Ende der sechziger Jahre gab es dort die ersten Programme zur bevorzugten Berücksichtigung von Frauen und

von Angehörigen diskriminierter ethnischer Minderheiten (affirmative action) etwa in den Colleges. In der Bundesrepublik dagegen wurde und wird die Quotenregelung bislang nur in bezug auf Frauen diskutiert. Eine Quotendiskussion bezüglich weiterer diskriminierter Gruppen, wie der ethnischen Minderheiten, fand bisher nicht statt.

Zu der Zeit, als ich nach Deutschland kam, gab es wenige ausländische Studentinnen in Deutschland, die nach dem Examen hier bleiben wollten. Wir kamen nach dem Abitur zum Studieren, die meisten gingen zurück. Als Migrantinnen haben wir uns damals nicht verstanden, eher als Ausländerinnen, als Frauen, die nicht dazugehören. Diese Situation hat sich zwischen 1980 und heute geändert. Jetzt leben viele ausländische Frauen in Deutschland, die hier geboren sind oder als Kinder in die Bundesrepublik kamen, hier studiert und eine Qualifikation erreicht haben. Viele von ihnen sind arbeitslos, andere müssen auf Stellen arbeiten, die oft unter ihrem Qualifikationsniveau liegen. Dies hat nicht allein mit der existierenden hohen Arbeitslosigkeit zu tun, sondern auch mit der Tatsache, daß sie Migrantinnen sind, die zweite oder dritte Generation von ausländischen Frauen, die bei gleicher Qualifikation ausgegrenzt werden nach dem Prinzip: zuerst die Deutschen, dann die EU-Bürgerinnen, dann der Rest der Ausländerinnen. Als wir 1980 die Forderung nach Quotierung stellten, wollten wir die Hälfte aller freier Stellen für Frauen. Migrantinnen wurden damals nicht in die Quotierungsüberlegungen einbezogen. Jetzt ist die Zeit gekommen, daß auch sie gleich behandelt werden, daß sie bei gleicher Qualifikation den Anspruch und das Recht auf einen qualifizierten Arbeitsplatz haben. Jetzt, wo es um eine neue Form des Teilens geht, begegnen uns Verlegenheit und Sprüche wie Meine Stelle könnt ihr nicht haben.

Die Forderung nach Quotierung für Migrantinnen ist verbunden mit dem Wissen, daß sie auch zur Integration in existierende Strukturen und zum Verlust von Radikalität führen kann. Quotierung heißt immer: zähe Verhandlungen und Kompromisse; sie birgt die Gefahr der Institutionalisierung, der Abkehr von gesellschaftlichen Veränderungen, des Hineingleitens in systemstabilisierende Funktionen in sich. Andererseits eröffnet sie Chancen, weil Migrantinnen ihre politischen Forderungen in verschiedene gesellschaftliche Bereiche einbringen und die etablierte Ordnung in Frage stellen können. Die Einmischung von Migrantinnen in die Institutionen der Politik und ihre Forderungen nach Gleichberechtigung sind begleitet von der Hoffnung, auch die Orte der Einmischung verändern zu können.

Quotierung für MigrantInnen kann jedoch ebenso bedeuten, daß ihre gesellschaftliche Definition als MigrantInnen fortgeschrieben wird und damit die Möglichkeit, sie je nach kapitalistischer Konjunkturphase hin und herzuschieben. Eine andere Ambivalenz der Quotierungsforderung hat sich am Beispiel der Frauenquote gezeigt. Mit der Forderung nach 50% der

freiwerdenden Stellen für Frauen war keineswegs klar, welche Frauen die Quotenstellen bekommen würden, ob sie der Frauenbewegung nahe stehen, selbst feministische Inhalte vertreten, kurz, wie sie auf diesen Stellen agieren würden. Darauf hatten wir keinen Einfluß und mußten nicht selten erleben, wie Frauen Karriere machten, die ganz und gar nicht unseren Vorstellungen entsprachen.

Als ich an der Frankfurter Universität arbeitete, traf ich nach und nach ausländische Studentinnen im Seminar. Die zweite, die dritte Generation? Die Studentinnen sprachen mich an, ob ich Interesse hätte, in einer Antirassismusgruppe mitzuarbeiten. Ich machte mit.

Politisch hat sich zwischen 1980 und heute viel verändert. Neue konservative Regierungen, der Zerfall des Ostblocks, der Golfkrieg, die vielen Kriege jetzt auch in Europa und die zunehmenden rassistischen Angriffe und Morde. Rassismus und Nationalismus wurden zu Alltagsbegriffen. Nach über zwanzig Jahren in der Bundesrepublik realisiere ich, daß ich trotz meiner Integration eine Migrantin bin, eine, die jederzeit ausgegrenzt werden kann. Jetzt, wo wir nicht mehr nur Fälle für die Sozialarbeit sind wie die Generation unserer Eltern, wo wir Ansprüche auf qualifizierte Arbeitsplätze und politische Partizipation erheben, bemerken wir die verschiedenen Formen und Ebenen des Rassismus. Gut, solange wir die unterlegenen Ausländerinnen sind, denen geholfen werden soll. Schwierig, wenn wir über uns selbst bestimmen wollen. Auch in den politischen Gruppen und an den Orten, wo wir als Linke schon immer Politik gemacht haben, sind Rassismusnuancen anzutreffen. Etwa, wenn wir den aufklärerischen Charakter eines Films wie Beruf Neonazi einsehen sollen, den wir rassistisch fanden. Unsere Perspektive als Migrantinnen ist heute eine andere, weil es uns um die Selbstbestimmung unserer Interessen geht, die wir gegen die herrschenden Strukturen und auch gegen die deutschen linken und feministischen Zusammenhänge definieren. Wenn es stimmt, daß die Verhältnisse nicht nur Anpassung und Widerstand hervorbringen, sondern auch die Formen des Widerstands bestimmen und daß aus der genauen Kenntnis und Analyse der Verhältnisse brauchbare Strategien entwickelt werden können, so gilt es für Migrantinnen, zumindest im Ansatz zu wissen, wie die Verhältnisse heute aussehen, welche Widerstandsformen möglich sind, was sie versprechen und was sie einlösen können.

Literaturhinweis der Herausgeberinnen

Natascha Apostolidou: Entstehungsbedingungen der neuen Frauenbewegungen in der Bundesrepublik und in Griechenland. Frankfurt am Main 1994 (im Erscheinen)

Aufstieg und Fall der Frauenbewegung

Antje Hagel und Antje Schuhmann

Es war einmal eine Frauenbewegung, so oder ähnlich fatalistisch könnte eine Beschreibung angesichts der momentanen Situation lauten. Heute erschöpfen sich die Aktivitäten der Frauenbewegung darin, daß Frauen als Frauen Frauenpolitik machen und dabei viel zu oft nicht über den weißen Mittelschichtstellerrand hinausblicken. Eine kritische Zustandsbeschreibung im Kontext der historischen Entwicklung von feministischer Theorie und Praxis führt uns zu der These, daß sich die sogenannte Neue Frauenbewegung immer wieder inkorporieren ließ.

Aus der Studentenbewegung kommend, entstanden Ende der sechziger Jahre die ersten Frauengruppen im studentischen Milieu, wie etwa der Aktionsrat zur Befreiung der Frau in Berlin oder der Weiberrat und die Frauengruppe im Revolutionären Kampf (RK) in Frankfurt. Der Mief von tausend Jahren,⁽¹⁾ der Krieg in Vietnam und die Erfahrungen der wilden Streiks Mitte/Ende der sechziger Jahre in der Bundesrepublik hatten die Universitäten zum Tanzen gebracht. Die antiautoritäre Studentenbewegung ebnete sozusagen den Weg zur Kritik am autoritären Gehabe der männlichen Kommilitonen und späteren Lebenspartner oder Ehemänner. Insofern ist die Rede der heutigen Filmemacherin Helke Sander auf der SDS-Konferenz 1968 als Spiegel zu verstehen, den die Frauen des Aktionsrates für die Befreiung der Frau ihren Genossen vorhielten. In dieser Rede forderten sie die Erweiterung bzw. Erneuerung des politischen Ortes (Alltag, Bett etc.) und der Kampfformen. Bloße ökonomistische Erklärungsmuster reichten ihnen nicht mehr aus, um das System der Ausbeutung zu erklären. Die Analyse und Kritik der Herrschaftsverhältnisse in ihren alltäglichen und für Frauen spezifischen Ausprägungen sollten entwickelt werden.

Diese Forderung faßte die Neue Frauenbewegung in dem Slogan Das Private ist politisch. Schon früh richteten sich die Aktivitäten der Frauen auf Bereiche des weiblichen Lebenszusammenhangs: gewollte und ungewollte Schwangerschaft, Mutterschaft und (Haus)Arbeit. Insofern spielte die Auseinandersetzung um den §218 eine zentrale Rolle. Vielen Frauen, nicht nur im studentischen Milieu, erschien die Abschaffung des Abtreibungsverbots längst überfällig. Bereits 1969 hatte die SPD einen Gesetzesentwurf zur Reform des §218 vorgelegt. Spätestens seit diesem Zeitpunkt hatten Frauen aus dem sozialliberalen Umfeld sich aktiv für die Fristenregelung eingesetzt und verschiedene Initiativen gegründet. Im Kampf gegen den §218 trafen sich Frauen aus unterschiedlichen Spektren. Im Juli 1971 auf der zweiten Deligiertenkonferenz aller am Kampf gegen

den §218 interessierten Gruppen in Frankfurt einigten sie sich auf die Forderung nach einer ersatzlosen Streichung des §218. Sie brachte zum Ausdruck, daß sie nicht mehr gewillt waren, sich von Staat und Kirche auf die Tische der KurpfuscherInnen oder ins Ausland zwingen zu lassen.

Die Frauen richteten sich mit medienwirksamen Aktionen an die Öffentlichkeit, hofften sie doch, über diesen Weg mehr Frauen erreichen und zur gesellschaftlich relevanten Kraft werden zu können. Öffentliche Regelverletzung war nicht nur eines der medienwirksamsten Propagandamittel, sondern auch Ausdruck der Ablehnung staatlicher Normsetzung. Die Selbstbezeichnung Wir haben abgetrieben, im Juni 1971 im Stern veröffentlicht, wie auch die öffentlichen Massenfahrten nach Holland in die dortigen Abtreibungskliniken sind in diesem Kontext zu verstehen. Und selbst nachdem gegen das Frankfurter Frauenzentrum Anzeige wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129 erstattet worden war, betonten die Frauen, mit ähnlichen Aktionen weiterhin die Machtfrage(2) stellen zu wollen.

Zu dem alten Argument der sozialen Ungerechtigkeit, die eine Zwei-Klassen-Abtreibungspraxis hervorbrachte, gesellten sich Analysen des kapitalistischen Gesundheitswesens und der internationalen Bevölkerungspolitik, die einerseits die Völkermordpraxis der imperialistischen Länder an Frauen der 3.Welt(3) anklagten und andererseits den Zwang zur Mutterschaft in den Metropolen aufzeigten. In diesem Zusammenhang wurden auch die gesundheitsschädlichen Verhütungsmittel und die Vergabe- und Beratungspraxis der FrauenärztInnen angegriffen. Außerdem erkannten die Frauen, daß der Mythos von der Frau als dem Mann untergebenen, dem Haus zugeordnetes und zur Mutterschaft geborenes Wesen in den Zwang zur Heterosexualität mündet. Zwangsheterosexualität wurde als Teil der patriarchalen Ideologie entlarvt.

Viele Gruppen begannen mit Selbstuntersuchungen und ließen sich nicht mehr länger von den Göttern in Weiß einschüchtern. Um die Monopolstellung der FrauenärztInnen aufzubrechen, publizierten einige Frauengruppen Frauengesundheitsbücher, während andere Informationen über ÄrztInnen und deren Untersuchungs- und Beratungspraxis sammelten. Zu diesem Zweck konzipierten sie Ärztefragebogen, die dann in den neu entstehenden Frauenzentren zusammengetragen wurden. Die §218-Gruppen propagierten medizinische Neuerungen wie die heute übliche Absaugmethode, aber auch Verhütungsmethoden, wie das Diaphragma oder die Portio-Kappe. Die dann am 6.5.1975 nach einigem juristischen Hin und Her und dem Eingreifen des Bundesverfassungsgerichts erlassene Indikationslösung entsprach in ihrer Formulierung am ehesten den Argumentationen der gemäßigten Frauenbewegung. Sie regelte die Abtreibung in kriminologischen,

medizinischen/eugenischen und sozialen Notlagen, gestattete ambulante Abtreibungen, sicherte die Finanzierung durch die Krankenkassen und sah ein Beratungsgespräch vor. Die ersatzlose Streichung des §218 konnten die Frauen also nicht durchsetzen. Vielmehr behielt sich der Staat das Recht vor, die Entscheidung der Frau zu kontrollieren und gegebenenfalls einzuschreiten.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts markierte einen wichtigen Einschnitt in der weiteren Entwicklung der Frauenbewegung. Fast alle Frauen fanden sich mit dem Scheitern der Streichungsforderung ab, viele zogen sich daraufhin zurück, andere richteten ihre Energien auf unterschiedliche Frauenprojekte, die nun überall entstanden.

Sie gründeten Frauenverlage und -zeitschriften, eröffneten Frauenbuchläden, -cafés und -bildungsstätten, richteten Notrufe und Häuser für geschlagene Frauen ein und vieles mehr. In diesen frauenbestimmten Räumen sollten Frauen die Möglichkeit haben, frei von patriarchalen Zwängen neue, andere Erfahrungen mit Frauen zu machen. Sei es über die literarische Vermittlung neuer Frauenbilder (welche erinnert sich nicht an Häutungen von Verena Stefan), sei es als Fluchtborg vor dem grauen Alltag des Patriarchats. Ohne Zweifel veränderten sich die Beziehungen unter Frauen, öffneten sich Türen, die ihnen vorher verschlossen waren, wurden Wege aufgezeigt und eingefordert, die es ihnen erlaubten, sich zumindest teilweise den verschiedenen direkten Zwängen zu entziehen. Mit den Projekten verband sich auch die Hoffnung, den Aufbau eines Gegenmilieus [zu] ermöglichen, in dem Frauen unbeeinflusst von Männern eigene Lebensformen entwickeln [können]. Darüber hinaus hofften die Frauen, sich Arbeitsmöglichkeiten in selbstbestimmten Räumen schaffen und sich so der patriarchalen Arbeitswelt entziehen zu können.⁽⁴⁾ Doch schon damals wurden diese selbstbestimmten Räume oft zu Nischen, in denen viele sich in ihrem Frausein gemütlich einrichteten.

Bei den öffentlich agierenden Gruppen und Projekten dieser Zeit stand das Autonomiegebot als zentraler Organisationsansatz im Mittelpunkt. Es beinhaltete die von Staat, Parteien und sonstigen Institutionen unabhängige Finanzierung und Trägerinnenschaft und setzte auf die unbezahlte Arbeit der Projekte-Frauen, die in Abgrenzung zur klassischen karitativen Arbeit von Frauen in Verbänden und Kirchen auf die Veränderung der Gesellschaft und des eigenen Alltags zielte. Die staatlichen Institutionen und caritativen Verbände wurden wegen ihrer männlich-dominierten und hierarchischen Strukturen kritisiert. Dem glaubten die Frauen das Konzept der Frauenselbstbestimmung entgegenzusetzen zu können.

Die seit Anfang der siebziger Jahre entstandenen Selbsterfahrungsgruppen waren der Versuch, gemeinsam die gesellschaftlichen

Vereinzelungstendenzen aufzubrechen. Das Private wurde in dem Moment politisch, in dem sich Frauen über die scheinbar individuellen Erfahrungen im Reproduktions- und Lohnarbeitsbereich austauschten und diese als kollektive Erfahrungen struktureller Gewalt erkannten. Verbanden viele zu Beginn der Frauenbewegung ihre subjektiven Erfahrungen mit den gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Unterdrückung und wandten sich gleichermaßen gegen Kapitalismus und Patriarchat, so löste sich dieser radikale Ansatz im Laufe der siebziger Jahre mehr und mehr auf hin zu einer Umkehrung der Parole Das Private ist politisch. Wenn aber das Politische privat wird, verändert sich auch die Perspektive. Es scheint dann, als ob nicht mehr die materielle Welt zu verändern [ist], sondern zuallererst das Selbst, ... so daß heute nur noch das Persönliche als politisch relevant und legitim erachtet wird.(5)

Ganz unter diesem Zeichen stand die in den achtziger Jahren verstärkt einsetzende Suche nach der eigenen Identität und Ganzheitlichkeit. Alles wurde wieder zum persönlichen Dilemma. Die Lösung ihrer Probleme konnte frau in einem der nun zahlreich erscheinenden How-to-do-Bücher nachschlagen: Ich bin OK, du bist OK; Ich bin Ich usw.

Die Marktlücke Frauenemanzipation wurde entdeckt und erschlossen. Frauenmagazine im Fernsehen, Frauenbuchreihen in jedem Verlag, Frauenbuchecken in jedem Buchladen, die emanzipierte Frau in der Werbung, die den Mann mit dem neuen Spülmittel spülen läßt, Vorzeigefrauen in leitenden Positionen etc. Da nun offensichtlich nicht einmal mehr der Mainstream am Frauenthema vorbeikam, schien der Frauenbewegung die Möglichkeit zur öffentlichen Einflußnahme sicher.

Die achtziger Jahre waren von einem Reorganisationsprozeß der Ausbeutung von Arbeitskraft geprägt, der die Zerstörung von Lebensgrundlagen und die gesellschaftliche Vereinzelung forcierte. Angesichts verstärkter Repressions- und Assimilierungstendenzen unter der neuen konservativen Regierung sahen sich sowohl die Alternativbewegungen als auch die Frauenbewegung gezwungen, gegen einen verstärkten Zugriff auf die neu geschaffenen Nischen zu reagieren. Unter Berufung auf eine angeblich aus der Frauenbewegung gewonnene, spezifisch weibliche Identität erhoben sich nun viele Frauen in den Status einer Hüterin der wahren Wert: Schutz von Mutter Erde, Intuition, Naturverbundenheit, wahre Liebe ... So kam der Frauenbewegung eine enorme Innovationskraft für die achtziger und neunziger Jahre zu, da Frauen ihre moralische Überlegenheit in die patriarchale Welt heilend einbringen durften und wollten.

Nicht nur im Feminismus veränderte sich die Perspektive weg von der Kritik der Ausbeutungsverhältnisse hin zum Aufzählen vielfältiger Mißstände. Das Resultat war und ist noch heute, daß alle irgendwo und irgendwann

unterdrückt werden und nur noch Opfer von irgendwas sind. Das Engagement beschränkte sich immer mehr auf den Kampf gegen die Symptome der Unterdrückung, beispielsweise für kosmetische Verbesserungen in der Sprache. Neue Soziale Bewegungen wie die zahlreichen BürgerInnenbewegungen und Stadtteilinitiativen oder auch die Ökologiebewegung verfolgten zunehmend eine Einpunktpolitik. Die meisten verband nicht nur eine gemeinsame ökologische Ethik, oft ging damit auch der Glaube an die Reformierbarkeit dieser Gesellschaft durch das Vorleben einer individuellen Alternative einher.

Manche glaubten nun, Frauenidentität endlich selbst füllen zu können, weshalb Zuschreibungen qua Geschlecht plötzlich nicht mehr verdammenswert erschienen, sondern teilweise sogar gewünscht und produziert wurden. Damit bewegten sie sich auf einer Argumentationsebene, auf der Ungleichheiten festgeschrieben werden. In den achtziger Jahren hatten dann auch Differenzfeministinnen wie Luce Irigaray das Wort. Ihrer Forderung nach Anerkennung des weiblichen Andersseins wurde nur zu gerne nachgekommen, verhinderte doch eine universalistische Politik der Differenz alle Frauen sind eben ganz anders (besser) als alle Männer die Analyse bestehender Unterschiede zwischen Frauen, beispielsweise aufgrund von Rassismen oder Klassismen.

Die Integration des Themas Frauenemanzipation in die öffentliche Diskussion und in die staatliche Politik führte zur Etablierung feministischer Theorien im akademischen Bereich (vor allem in den Sozial-, Gesellschafts- und Geisteswissenschaften) und förderte die Entstehung eines Expertinnentums. Ende der achtziger Jahre wurde der Differenzfeminismus im Rahmen der Genderdebatten durch den dekonstruktiven Feminismus angegriffen. Dies verhinderte jedoch nicht, daß feministische Theorie als Teil einer Politik der Befreiung sich hin zu feministischen Kulturtheorien verschob, die auf dem freien Markt gehandelt und deren jeweilige Repräsentantinnen einfach nur ausgewechselt werden. Die Avantgarde akademischer Fachfrauen für Feminismustheorie mit teilweise internationalem Renommee entfernte sich immer mehr von der Analyse der gesellschaftlichen Ausbeutungsverhältnisse, deren Auswirkungen auf den Alltag von Frauen und der Neubestimmung feministischer Praxis. Die feministische Avantgarde wurde Teil einer Politik der Repräsentation durch einzelne Superfrauen und beschränkte sich zunehmend auf Identitätspolitik.

Um so pragmatischer war der Weg eines anderen Teils der Frauenbewegung. Seit Beginn der achtziger Jahre wurde versucht, die Probleme der Frauen (oft genug auch das Frauenproblem genannt) mittels staatlicher Politik zu lösen. Dieser Anspruch an den Staat erforderte, daß sich Frauen als unterdrückte Gruppe definierten und ihre Gemeinsamkeiten im Frausein suchten. Die Selbstbeschränkung auf der ideologischen Basis einer Frauenidentität nährte die Hoffnung, eine Verbesserung der

Lebenssituation (nur) für Frauen zu erreichen, ohne das System, das auf vielfältigen Ausbeutungsmechanismen basiert, zu bekämpfen. Aus der Hilfe zur Selbsthilfe von Frauen für Frauen hatte sich ein dichtes Netz sozialpädagogischer Dienstleistungen entwickelt, die nun von professionellen Sozialarbeiterinnen und Expertinnen betrieben wurden. Die Frauen begannen massiv aus den Sozialtats von Bund, Ländern und Gemeinden zu schöpfen: ABM-Stellen wurden eingerichtet, neue Stellen mit gesicherter Finanzierung geschaffen, und die großen Wohlfahrtsverbände übernahmen häufig die Trägerschaft vormals unabhängiger Frauenprojekte.

Aus dem feministischen Engagement war ein neuer Zweig der Sozialarbeit entstanden, das Berufsfeld der Sozialarbeit für Frauen. Um die Tatsache der Frauenunterdrückung zu belegen, praktizierte man mit Unterstützung der Medien das Herausgreifen und Skandalisieren einzelner Frauenschicksale und erreichte damit eine Form öffentlicher Anerkennung des Sozialen Problems Frau. Das entsprach der gesellschaftlichen Tendenz zur Individualisierung und blieb damit im Rahmen gängiger Symptombekämpfung. Das Soziale Problem Frau wurde zum Gegenstand administrativer Handlungsansätze. Doch sozialpolitische Maßnahmenkataloge können gesellschaftliche Gewaltverhältnisse nicht beseitigen, sie lassen sie vielmehr unangetastet. Die Fortschreibung patriarchaler Strukturen wird durch die Einrichtung von Institutionen verschleiert, die in ihrer politischen Rhetorik vorgeben, die Sache der Frauen zu vertreten. Es entstanden die unzähligen Gleichstellungsstellen und Frauenbeauftragten, deren Aufgabe es ist, gesellschaftliche Konflikte in und durch die Institutionen zu befrieden und die damit zur Entpolitisierung des Sozialen beitragen. Die Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft wurde und wird so kanalisiert. Kritik an einer Gesellschaft, die sich durch die Fähigkeit auszeichnet, Protestpotentiale abzuspalten und einzubinden und einen Gutteil ihrer Kompetenz für innovative Veränderungen am System zu nutzen.⁽⁶⁾ Viele Frauen deuteten diese Integration allerdings als Fortschritt und bemerkten nicht, daß sie zu einem Modernisierungsfaktor innerhalb der patriarchalen Gesellschaft wurden.

In welchem Maße sich die positive Bezugnahme auf den Staat durchgesetzt hat, zeigte sich zum Beispiel an der Inszenierung des internationalen Frauen(kampf)tages am 8. März 1994. Die Verpackungsaktionen M-` la Christo, mit lila Schleifen ums Rathaus, oder besser noch mit Sektempfang drinnen beim Bürgermeister, organisiert durch die örtliche Gleichstellungsbeauftragte, wurden in den großen Tageszeitungen in ganzseitigen Reportagen abgefeiert. Der bundesweite Aufruf ging davon aus, daß Frauen all diejenigen sind, die nicht Mann sind und subsumierte kurzerhand alle Differenzen zwischen Frauen einem gemeinsamen Wir.

Die Frauengruppe Schlaflose Nächte aus München war eine der wenigen Kritikerinnen dieser Konzeption. Sie forderte ein, Rassismus, Sexismus und

Klassenunterdrückung als Mechanismen zu begreifen, die weltweit Herrschaft und Ausbeutung konstituieren und absichern.

Gesellschaftlicher und politischer Einfluß, soziales Ansehen und materieller Reichtum sind auch unter Frauen/Lesben weltweit hierarchisch aufgeteilt. Während die einen politische und ökonomische Macht ausüben und die Möglichkeit haben, in Luxusläden ihre Konsumbedürfnisse zu befriedigen, stehen andere am Fließband, müssen sich mit dem Einkauf in Billigläden wie zum Beispiel Aldi begnügen und berücksichtigen dabei nicht, daß diese Waren unter miesesten Bedingungen von Frauen/Lesben in Südkorea produziert werden, die einen existentiellen Kampf darum führen, sich gewerkschaftlich organisieren zu können.(7)

Ein radikalfeministischer Ansatz, der den Bezug auf andere soziale Bewegungen einfordert, scheint jedoch zugunsten reformistischer Emanzipationsbestrebungen, die lediglich auf öffentliche Repräsentation, Staatsfeminismus und Stellvertreterinnen-Politik setzen, auf der Strecke geblieben zu sein. Statt der Abschaffung des Geschlechterverhältnisses wurde eine Verstaatlichung des Frauenproblems erfolgreich abgewickelt.

(1) Unter den Talaren steckt der Mief von tausend Jahren lautete eine Parole, die sich gegen die ungebrochene nationalsozialistische Tradition in Justiz und Universitäten richtete.

(2) Vgl. Frauenjahrbuch 1976, S. 175

(3) Vgl. Marie-Theres Knäpper: Feminismus Autonomie Subjektivität: Tendenzen und Widersprüche in der neuen Frauenbewegung. Bochum 1984, S. 57f.

(4) Vgl. Marie-Theres Knäpper, a.a.O., S. 122

(5) Jenny Bourne: Für einen antirassistischen Feminismus. In: Jenny Bourne/A. Sivanandan/ Liz Fekete, From Resistance to Rebellion, Texte zur Rassismus-Diskussion, Berlin 1992, S. 111

(6) Autonome l.u.p.u.s.-Gruppe: Der Faschismusvorwurf. Die linke Illusion vom bürgerlichen Staat. In: Die Beute. Politik und Verbrechen 1/94, S. 116

(7) Schlaflose Nächte: Die Metapolitik des Frauenstreiks 1994 oder: Am 8.März koche ich nur für meinen Deserteur. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, FrauenStreik Streitfragen, 36/1994, S. 86

Im Dienste des Gemeinwohls Frauenbewegung und Nationalstaat

Cornelia Eichhorn

In der neuen Frauenbewegung hat bislang kaum eine Diskussion über das Verhältnis von Frauenbefreiung und Nationalstaat stattgefunden.⁽¹⁾ Vielmehr galt die Sache der Frauen als etwas Internationales. Vorstellungen wie Frauen aller Länder seien von einer patriarchalen Weltzivilisation unterdrückt (Jansen-Jurreit 1979, S. 255), ließen von vornherein eine Auseinandersetzung mit dem spezifischen Einschluß von Frauen in die nationale Gemeinschaft und der Einbettung der Frauenbewegung in nationalstaatliche Strukturen hinfällig erscheinen. Im Gegensatz zu dieser scheinbaren Abwesenheit des Nationalstaats im feministischen Diskurs ist es zugleich eine Selbstverständlichkeit, von der deutschen, der amerikanischen, der englischen etc. Frauenbewegung zu sprechen und sie damit national zu kennzeichnen. Diese Kennzeichnung entspricht der Beobachtung, daß sich die Frauenbewegungen in den kapitalistischen Metropolen historisch in enger Verbindung mit der Etablierung der Nationform entwickelt haben, sich in ihrer Ausrichtung von den politischen Konjunkturen und Auseinandersetzungen innerhalb der einzelnen Nationalstaaten bestimmt zeigten und in ihren Artikulationsformen von den jeweiligen nationalstaatlichen Strukturen abhängig waren.

Auch in den Darstellungen zur Geschichte und Entwicklung der ersten Frauenbewegung dominiert diese Zweideutigkeit: Einerseits ist es hier ebenfalls selbstverständlich, zwischen der englischen, der amerikanischen, der deutschen usw. Frauenbewegung zu unterscheiden und sie in den Kontext der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen der jeweiligen Nationalstaaten zu stellen, während genauso selbstverständlich ein Ausschluß der Frauen aus diesen nationalen Gemeinschaften postuliert wird. Die nationale Anbindung der Frauenbewegung, die sich nicht zuletzt in ihrem Kampf um Teilhabe an der Nation zeigt, bleibt damit von vornherein aus der Bewertung ihrer Politik ausgeblendet.

1.

Ein Blick in die Geschichte der ersten Frauenbewegung in Deutschland⁽²⁾ macht deutlich, daß sie sich zumindest in ihren dominanten Strömungen explizit als nationale Bewegung verstand, oder, wie es Gertrud Bäumer, zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine der einflußreichsten Vertreterinnen des sogenannten gemäßigten Flügels, ausdrückte, als eine Bewegung, die in dem

Gefühl einer nicht mehr an die Schranken der Familie gebundenen, persönlichen Anteilnahme am Geschick der Nation wurzele (Gertrud Bäumer 1901, S. 34 f.). Beginnend mit den ersten Versuchen einer eigenständigen, an den Interessen bürgerlicher Frauen orientierten Organisation während der 48er Revolution über die Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins 1865 und die Gründung des Bundes Deutscher Frauenvereine 1894 bis hin zum Nationalen Frauendienst im ersten Weltkrieg hat sich die Frauenbewegung in Deutschland als Teil der nationalen Gemeinschaft konstituiert. Allerdings zielte die nationale Ausrichtung, die während der 48er Revolution die politische Position der Frauenrechtlerinnen kennzeichnete, auf die Überwindung der feudalen Machtverhältnisse. Louise Otto etwa hatte ihre apodiktische Aussage: Die Teilnahme der Frauen an den Interessen des Staates ist nicht allein ein Recht, sie ist eine Pflicht der Frauen,(3) noch unter das Motto Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen(4) gestellt. Der politische Kampf für die Frauenemanzipation war hier nicht den bestehenden staatlichen Strukturen untergeordnet, sondern im Horizont einer künftig anderen Gesellschaft verortet. Mit der Niederschlagung der Revolution fanden auch die ohnehin spärlichen Ansätze eigenständiger Frauenorganisationen ein Ende. Die demokratischen Frauenvereine lösten sich auf, und die von Louise Otto herausgegebene Frauen Zeitung stellte ihr Erscheinen ein. Fortan war es Frauen durch die zunächst in Preußen und Braunschweig, dann auch in den anderen Staaten des Deutschen Bundes erlassenen Vereinsgesetze verboten, Mitglieder in politischen Vereinen zu werden oder auch nur ihre Versammlungen zu besuchen. In Preußen dauerte es fast 60 Jahre, bis dieses politische Betätigungsverbot schließlich 1908 wieder aufgehoben wurde. Als 15 Jahre nach der gescheiterten Revolution einige Frauen um Louise Otto erneut begannen, sich zu organisieren und den ersten Allgemeinen Deutschen Frauenverein (ADF) gründeten, war von der gesellschaftsverändernden Perspektive der Achtundvierzigerinnen nur noch wenig übrig geblieben.

Die wesentlichen Ziele des ADF bestanden in der Erweiterung der Frauenbildung und der Beseitigung aller der weiblichen Arbeit im Wege stehenden Hindernisse.(5) Explizit politische Forderungen, insbesondere die nach einer republikanischen Verfaßtheit der Gesellschaft, hingegen wurden weitgehend ausgeklammert. Dies ist sicherlich größtenteils den engen Grenzen geschuldet, die jeder legalen öffentlichen Tätigkeit von Frauen gesetzt waren. Es ist aber auch Ausdruck eines Arrangements mit den bestehenden Machtverhältnissen, einer einsichtsvollen- Resignation, eines bürgerlich geläuterten Bescheidens- (Clara Zektin 1928, S. 47). Nur in Bezug auf die Bildung eines deutschen Nationalstaates blieben die Frauen offensiv. Ihre Entscheidung, einen gesamtdeutschen Verein zu gründen, verstanden sie als Bekenntnis zur nationalen Einheit. Das Reich der Freiheit drohte auf die Phrase Das ganze Deutschland soll es sein(6) zusammenzuschnurren.

Doch in mehrfacher Hinsicht zeichnete sich der ADF in seiner Anfangsphase noch durch eine emanzipatorische und im damaligen deutschen Kontext fortschrittliche Haltung aus, die sich zwar weniger in den offiziellen Proklamationen und Forderungen als vielmehr in der organisatorischen Arbeit ausdrückte. So hatten sich die Frauen darauf verständigt, ihre Vereinsgeschäfte alleine zu führen. Männer konnten nur Ehrenmitglieder sein. Es war vermutlich vor allem diesem Grundsatz zu verdanken, daß der ADF 1869 einen Zusammenschluß mit dem nationalliberalen Lette-Verein ablehnte. Dieser wenige Jahre zuvor gegründete Verein stand in seiner praktischen Zielsetzung, der Förderung der weiblichen Erwerbsarbeit, dem ADF nahe, unterschied sich aber von diesem sowohl in seinen Organisationsprinzipien Männer führten die Vereinsgeschäfte als auch in seinem Verständnis der Frauenfrage. Hier galt die Frauenfrage lediglich als Auswirkung des wirtschaftlichen Elends unversorgter (also nicht verheirateter) Frauen der gehobenen Stände, dem durch die Förderung der Berufstätigkeit abzuhelpen sei. Doch schon zu Beginn der 70er Jahre kommt es zu einer verstärkten Zusammenarbeit, und 1877 gingen beide Organisationen schließlich sogar dazu über, ihre Verbandstage abwechselnd auszurichten und den jeweiligen Delegierten Stimmrecht einzuräumen.

In seinen Aktivitäten für die Erwerbsarbeit von Frauen zielte der ADF auch hierhin in klarem Gegensatz zum Lette-Verein zunächst auf die Frauen aller gesellschaftlichen Klassen. Er stand dabei in lockerer Kooperation mit den sich konstituierenden sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbildungsvereinen und initiierte die Gründung verschiedener Arbeiterinnenorganisationen. Vor allem wiederum Louise Otto, die schon 1848 in der Leipziger Arbeiter-Zeitung für die Rechte von Fabrikarbeiterinnen eingetreten war (vgl. Louise Otto 1848), forderte den Zusammenschluß der Frauen zu einer weiblichen Fortschrittspartei des 5. Standes (Louise Otto 1876(7)). Doch dieser Ansatz scheiterte schon bald an der sogenannten Dienstbotenfrage, als aus den Reihen des ADF Stimmen für eine Verschärfung der Gesindeordnung zugunsten der Hausfrauen und zu Lasten der Dienstmädchen laut wurden. Im ADF setzten sich zunehmend die Frauen durch, deren Verhältnis zu den Arbeiterinnen sich auf sozialkaritative Fürsorge für die ärmeren Schwestern beschränkte und die sich ausschließlich nach den Interessen bürgerlicher Frauen ausrichteten. Auch wenn es erst 1894 mit der Gründung des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF) zur formellen Spaltung zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung kam, weil die Initiatorinnen des neuen Dachverbandes den Bund der Arbeiterinnenvereine nicht zum Beitritt aufforderten, war sie faktisch schon Anfang der 70er Jahre vollzogen.

Schließlich trat auch in den philosophischen Anschauungen, die die politischen Bestrebungen des ADF legitimieren sollten, eine signifikante Verschiebung ein. Zunächst basierte die Politik des ADF auf der eher egalitären, an naturrechtlichen Positionen angelehnten Vorstellung

prinzipieller Gleichheit der Geschlechter im Menschsein. Zwar ist in den programmatischen Aussagen von Anfang an eine positive Bezugnahme auf das Ewig-Weibliche (Louise Otto) zu finden, diese war aber noch der allgemeineren Zielsetzung der Menschwerdung der Frauen (Louise Otto) untergeordnet. Anfang der 70er Jahre setzten sich schließlich jene Kräfte durch, die dem Spezifisch-Weiblichen den Vorrang gaben. Sie erhoben Dienen und Pflichterfüllung zu den wichtigsten weiblichen Attributen und sorgten mit ihrem Konzept der geistigen Mütterlichkeit (Henriette Goldschmidt) dafür, daß die bürgerliche Frauenbewegung ihre Bemühungen endgültig dem nationalen Staat eingliederte. Schon während des Krieges gegen Frankreich 1870/71, in dessen Folge die Reichseinigung unter Bismarck vollzogen wurde, erschien in den Neuen Bahnen, dem Vereinsorgan des ADF, neben einer zögerlichen Kriegsverurteilung auch eine Stellungnahme, die den von der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga in Genf an die deutschen und französischen Frauen gerichteten Friedensappell zurückwies. Das hiermit einsetzende Staatsdienerinnentum sollte bis zur Selbstauflösung des BDF 1933 für die bürgerliche Frauenbewegung richtungsgebend bleiben.

Mitte der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts waren die demokratischen und egalitären Positionen vollkommen marginalisiert, sie verstummten und, von wenigen Ausnahmen abgesehen (z.B. Hedwig Dohm, die ihre publizistische Tätigkeit 1872 beginnt), meldeten sich erst im wilhelminischen Staat, etwa ab 1890 wieder vermehrt Frauen zu Wort, denen die Politik der Frauenvereine zu angepaßt war und die erneut Gleichheitsforderungen aufstellten. Mit ihrem Engagement für das Frauenstimmrecht, mit ihrer Forderung nach Abschaffung staatlicher Reglementierung der Prostitution und mit ihren Vorstellungen von einer neuen Sexualmoral konnten sie das politische Interventionsfeld der bürgerlichen Frauenbewegung wesentlich erweitern. So gelang es ihnen zwar punktuell wie beispielsweise in der Stimmrechtsfrage die Politik des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF) zu dynamisieren, in aller Regel teilten sie jedoch dessen erklärte Zielsetzung, die Arbeit der Frauenvereine erfolgreich in den Dienst des Familien- und Volkswohls zu stellen.(8)

2.

Die Politik der geistigen Mütterlichkeit, die die erste Frauenbewegung trotz mancher auch heftig ausgetragener Kämpfe dominierte, hat sich in mehrfacher Hinsicht als wichtiger Motor zur Nationalisierung der Gesellschaft erwiesen. Die Frauen selbst verstanden ihre Bewegung als Versuch, einen Platz in der nationalen Gemeinschaft zu erhalten. Sie sahen das Aufkommen der sogenannten Frauenfrage als Ausdruck einer Ungleichzeitigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, in der familiäre, auf der Einheit von Produktion und Reproduktion basierende Gemeinschaften aufgelöst, die

Funktionen der Familie zusehends verengt und verstaatlicht (Helene Lange 1914, S. 142) würden, gleichzeitig aber den Frauen die Partizipation an der sich außerhalb der Familien konstituierenden Gesellschaft verweigert bleibe (vgl. Helene Lange 1893 und 1914). Die Frauenbewegung sollte den Einfluß der Frauen dort stärken und sie als Teil des Volksganzen organisieren, der seine besonderen Funktionen zu erfüllen, seine besonderen Aufgaben zu lösen habe (Lange 1914, S. 46). Oder wie es Henriette Goldschmidt, eine der intellektuellen Wegbereiterinnen der geistigen Mütterlichkeit bereits 1871 formulierte: Wie die sittliche Kraft der Frau gerade den Schwerpunkt für das sittliche Gedeihen der Familie bildet, so muß die Frau fortschreitend in menschlicher Erkenntniß ihre Bestimmung auch für die Volksfamilie erfüllen. (9) Indem die Protagonistinnen der ersten Frauenbewegung die Interessen der bürgerlichen Frauen, Zugang zu höheren Berufen zu erhalten und ihre öffentlichen Betätigungen auszubauen, unmittelbar mit den vermeintlichen Interessen des Volkes verknüpften, rechtfertigten sie nicht nur ihre Verbandspolitik, sondern stellten sie auch in das Zentrum der nationalen Ideologie. Über ihre Konstruktion des Volkes als einer erweiterten Familie, die die Individuen in eine Volksgenealogie eingliedert, wird die individuelle Existenz der Frauen in das Geflecht der kollektiven Geschichte der nationalen Formation projiziert. (10) Eine Projektion, die Voraussetzung dafür ist, daß die Individuen im Namen der Nation angerufen werden können und sich jederzeit als deutsche Frauen wiedererkennen. Die führenden Protagonistinnen der ersten Frauenbewegung konnten als Intellektuelle den nationalen Konsens zumindest unter den bürgerlichen Frauen organisieren. Sie banden ihr Emanzipationsprojekt ideologisch und praktisch an die Herstellung der Einheit des Volks-als-Nation (Poulantzas). In ihren programmatischen Aussagen stellten sie jene Bedeutungen zur Verfügung, die auf diskursiver Ebene eine permanente Übersetzung von Familie in Nation und Nation in Familie erlaubten. Mit ihrer praktischen Arbeit, die der Erziehung der Frauen zu jenen verantwortlichen Bürgerinnen des Staates galt, die die Pflicht haben, ihre Arbeitskraft nicht nur dem engsten Kreise der Familie, sondern dem Vaterlande und dem Volke zu widmen (Anna Pappritz 1914(11)), versuchten sie diese Einheit des Volks-als-Nation durch ihren persönlichen Einsatz in der Sozialfürsorge herzustellen. Sie sahen eine der wichtigsten Aufgaben der Frauenbewegung darin, die sozialen Gegensätze abzumildern, jenen furchtbaren Spalt, der in unserem Volke klafft (Gertrud Bäumer 1901, S. 161), durch soziale Hilfstätigkeit und persönlichen Verkehr mit den unbemittelten Klassen (aus dem Aufruf des Gründungskomitees der Mädchen und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit 1893(12)) zu überbrücken. Ihre Arbeit sollte der Pflege des häuslichen Lebens der Armen, dem Schutz der notleidenden und gefährdeten Jugend, der Fürsorge für die Volksgesundheit, der Verpflegung der Kranken (Alice Salomon 1908(13)) dienen. Sie organisierten Volksküchen, Krippen, Kindergärten, Horte für Schulpflichtige, Anstalten für verwahrloste Kinder, Begegnungstätten für die schulentlassene Jugend und engagierten sich in der Haus- und Wohnungspflege wie in der Ausbildung von Pflegepersonal. Bei all diesen Tätigkeiten ging es neben den

konkreten Dienstleistungen immer auch darum, erzieherisch auf die unteren Klassen einzuwirken, über Koch-, Flick- und Haushaltungsschulen die im Bürgertum vorgeprägten Praxisformen der alltäglichen Reproduktion zu verallgemeinern, sie den Anforderungen, die in hygienischer und sittlicher Beziehung gestellt werden müssen (Alice Salomon 1901, S. 115), anzupassen. Theoretisch und praktisch hat die erste Frauenbewegung die Professionalisierung, Rationalisierung und Effektivierung der staatlichen Fürsorge vorbereitet, auf deren Grundlage die alltägliche Reproduktion der Individuen nationalisiert, in die Obhut des Nationalstaates überführt werden konnte, so daß die Existenz der Menschen aller Klassen ihrem Status als Bürger des Nationalstaats ... völlig untergeordnet wurde (Balibar 1990, S. 114).

Die Bemühungen der bürgerlichen Frauenbewegung um die Einheit des Volks-als-Nation erreichten schließlich im ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt. In uns sprach, fühlte, wollte Deutschland, unsere persönliche Seele ging auf in der Seele unseres Volks, kommentierte Gertrud Bäumer, [\(14\)](#) damals Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine, 1914 den Beginn des Krieges. Bereits kurz zuvor hatte sie für den BDF einen Plan zur Einrichtung eines Nationalen Frauendienstes vorgelegt, durch den alle mit der Frauenbewegung verbundenen Organisationen für den Heimatdienst zusammengefaßt und die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und den Wohlfahrtsverbänden koordiniert werden sollte. Mit Unterstützung der staatlichen Stellen entstanden in den ersten Kriegswochen in allen größeren Städten des Deutschen Reiches Untergliederungen des Nationalen Frauendienstes, an denen sich neben den zum BDF gehörenden Gruppen auch konfessionelle Frauenvereine und einige sozialdemokratische Frauenorganisationen beteiligten. In seinen Aktivitäten orientierte sich der Nationale Frauendienst an den jeweiligen Erfordernissen der kommunalen Kriegsfürsorge oder ließ sich mancherorts seine Aufgaben direkt von den kommunalen Behörden zuteilen. [\(15\)](#) Auf diese Weise wurde der Nationale Frauendienst zum wichtigsten Organisator der Wohlfahrts- und Fürsorgepflege, die in Folge der ausgeweiteten Sozialleistungen wie Familienunterstützung der zum Kriegsdienst eingezogenen Ehemänner und Väter, Hinterbliebenenrente und Kriegsbeschädigtenfürsorge erstmals große Bevölkerungsteile einschloß. Getreu der von Gertrud Bäumer ausgegebenen Parole Heimatdienst ist für uns die Kriegsübersetzung des Wortes Frauenbewegung-, [\(16\)](#) nahmen Frauen aus dem BDF ab 1916 führende Positionen in den Kriegsämbtern ein, vor allem in den dort unter der Bezeichnung Frauenreferat eingerichteten Stellen, die die Aufgabe hatten, weibliche Arbeitskräfte für die kriegswichtigen Industrien zu rekrutieren. Mit dem Dienst in der Kriegsmaschinerie, wie Alice Salomon, die als intellektuelle Wegbereiterin der professionellen Sozialarbeit in Deutschland gilt und die während des ersten Weltkrieges selbst ein solches Frauenreferat leitete, die Arbeit des BDF rückblickend selbstkritisch nannte, erreichten die bürgerlichen Frauenorganisationen endlich das, wofür sie sich seit Jahren

eingesetzt hatten: die staatliche Anerkennung der Frau und ihrer tätigen Anteilnahme als Volksgenossin (Frieda Ledermann 1918([17](#))). Friedensinitiativen dagegen, wie beispielsweise der Internationale Frauenkongreß von 1915 in Den Haag, die nur von einigen wenigen Frauenrechtlerinnen aus Deutschland unterstützt wurden, erklärte die Mehrheit des BDF für unvereinbar mit der vaterländischen Gesinnung und der nationalen Verpflichtung der deutschen Frauenbewegung (Beschluß des Gesamtvorstandes des BDF 1915([18](#))).

3.

In den Reihen der neuen Frauenbewegung und der aus ihr hervorgegangenen Frauenforschung ist die nationale Ausrichtung der ersten Frauenbewegung in Deutschland zumeist als Reflex der Zeit dargestellt worden. Hier ist vom national-chauvinistischen Taumel, der das deutsche Reich ergriffen hatte und der auch die bürgerliche Frauenbewegung nicht unberührt ließ (Brinker-Gabler 1980, S. 21) oder schlicht vom Ausdruck des Zeitgeistes (Gerhard 1990, S. 293) die Rede. Solche Formulierungen dienen der Verharmlosung der nationalistischen Ausrichtung der bürgerlichen Frauenbewegung; sie blenden ihren spezifischen Beitrag zur Herstellung der nationalen Gemeinschaft und zur Ausarbeitung der nationalistischen Ideologie aus. Zwar gilt der erste Weltkrieg gemeinhin als Einschnitt, Jansen-Jurreit etwa spricht von der historischen Unschuld, die die erste Frauenbewegung durch ihren Kriegsdienst verloren habe (Jansen-Jurreit 1979, S. 255), meist geht es bei der kritischen Bewertung der bürgerlichen Frauenbewegung jedoch weniger um ihre Unterstützung der imperialistischen Machtbestrebungen und ihre Fürsorgetätigkeiten, durch die sie die soziale Einheit (Helene Lange) Deutschlands schaffen wollte. Im Mittelpunkt der Kritik steht vielmehr, daß die Frauenbewegung nun es gilt, die Nation durch die schwere Krisis hindurchzubringen ihre Sonderinteressen zurückstellte (Helene Lange, 1914([19](#))). Sie habe damit endgültig aufgehört, die Interessen der Frauen gegenüber dem Staat zu vertreten (Clemens 1988, S. 110), und so sei von der feministischen Programmatik kaum noch etwas übriggeblieben (Greven-Aschoff 1981, S. 153). Eine solche Sichtweise macht vergessen, daß die feministische Programmatik der bürgerlichen Frauenbewegung weitgehend mit der Forderung nach Teilhabe an den Geschicken der Nation und nach staatlicher Anerkennung ihrer Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit zusammenfiel und sie sich in diesem Sinne gerade in der durch die staatlichen Apparate abgesegneten Arbeit des Nationalen Frauendienstes verwirklichte.

Es ist ein weit verbreitetes Schema, die erste Frauenbewegung im Spannungsfeld zwischen zwei mit den Schlagwörtern Gleichheit oder

Differenz umschriebenen Emanzipationskonzepten zu analysieren. Während die sogenannte gemäßigte Richtung, deren Programm auf dem Postulat eines Geschlechterdualismus beruhte, gemeinhin als Wegbereiterin der nationalistischen Ausrichtung des BDF gilt, erscheint die sogenannte radikale Strömung, der eher egalitäre Positionen zugeschrieben werden,⁽²⁰⁾ als staatskritisch. Bestätigt scheint diese Zuordnung durch die Tatsache, daß diejenigen Frauen, die während des ersten Weltkrieges die Politik des BDF kritisierten und Friedensinitiativen unterstützten, sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl dem radikalen Flügel zurechneten.

Das Primat der Teilhabe an der Nation galt jedoch gleichermaßen für den gemäßigten wie den radikalen Flügel. Sie unterschieden sich weniger in der grundsätzlichen Zielsetzung der Teilnahme der Frauen am Staatsleben als in der Frage, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Charakteristisch für den gemäßigten Flügel war dabei eine Kulturalisierung der Politik. Die angestrebte Partizipation der Frauen stellt sich bei ihnen nicht als politische Forderung oder als Frage der politischen Auseinandersetzung dar, sondern wurde in zweifacher Hinsicht als eine Frage der Kultur artikuliert. Zum einen faßten sie die Partizipation selbst wie bereits im Konzept der geistigen Mütterlichkeit vorgeprägt als Beitrag zur Kultur, als Kultursendung der Frau auf (Helene Lange 1915⁽²¹⁾). Demnach gelte es, den Kultureinfluß der Frau zu voller innerer Entfaltung und freier sozialer Wirksamkeit zu bringen.⁽²²⁾ Zum anderen verstanden sie auch die konkreten Bedingungen, die die Formen der Partizipation bestimmten, als Frage der Kulturentwicklung. In ihrem organizistischen Staats- und Gesellschaftsbild, wie es vor allem Helene Lange ausgearbeitet hat, erschien der Staat als eine aus den wirtschaftlichen und geistigen Kulturbedingungen eines Volkes organisch erwachsene Form, die nur im Verhältnis zu jenen tatsächlichen Kulturbedingungen beurteilt werden könne. Es lag deshalb bei den Frauen, durch ihren tätigen Einfluß auf die Kulturentwicklung die Voraussetzungen für ihre Beteiligung am Staatsleben zu schaffen (Lange 1914, S. 139 ff.). Demgegenüber haben die Radikalen, denen wie Anita Augsborg 1895 ausführte die Frauenemanzipation nicht nur eine Kulturfrage, sondern vor allem eine Rechtsfrage war,⁽²³⁾ die Partizipation der Frauen als Frage der vollen politischen Gleichberechtigung begriffen. Sie sahen im Staat jene Instanz, die für einen Ausgleich verschiedener, im Konflikt miteinander stehender Interessen innerhalb der nationalen Gemeinschaft zu sorgen habe. Er war ihnen Männerstaat (Lida Gustava Heymann 1977, S. 53), insofern er der einen Hälfte (und in ihrem Verständnis durchaus der besseren) der Nation die bürgerlichen Partizipationsrechte verweigerte. In dieser Hinsicht sahen sie in den Bürgerrechten die Voraussetzung, um hierin in völliger Übereinstimmung mit dem gemäßigten Flügel überall im öffentlichen Leben mitwirken und Schulter an Schulter mit dem Manne an den mächtigen Kulturaufgaben arbeiten zu können (Minna Cauer 1898⁽²⁴⁾).

Beide Strömungen stellten folglich ihre Kämpfe von vornherein in den

Horizont des deutschen Nationalstaates, den sie angesichts der Existenz anderer Staaten als den ihrigen anerkannten und den sie, entweder durch politische Reform oder durch Kulturalisierung, umwandeln und verbessern wollten.⁽²⁵⁾ In bezug auf die Frage der nationalen Einbindung erscheint folglich auch die feminismusinterne Kontroverse um Gleichheit oder Differenz sekundär: sowohl die an naturrechtlich-egalitären Positionen orientierten Forderungen nach politischer Gleichberechtigung als auch die auf der Vorstellung einer essentiellen Geschlechterdifferenz basierenden Forderungen nach Anerkennung des spezifisch weiblichen Kultureinflusses verbinden sich mit der nationalen Ideologie, knüpfen ihr politisches Projekt unmittelbar an den Nationalstaat.

Ebensowenig lassen sich die unterschiedlichen Positionen, die Frauenrechtlerinnen in Deutschland zum Krieg eingenommen haben, mit Verweis auf das Paradigma Gleichheit oder Differenz erklären. Lida Gustava Heymann etwa, die wegen ihrer Antikriegspropaganda staatlicherseits mit Redeverbot belegt und aus dem Bund Deutscher Frauenvereine ausgeschlossen wurde, war wie viele ihrer Kampfgenossinnen überzeugt, daß weibliches Wesen, weiblicher Instinkt ... identisch mit Pazifismus sei (Heymann 1917, S. 66). Nur wenn das aufbauende weibliche Prinzip zum herrschenden wird im Verkehr der Menschen und im Zusammenleben der Völker (ebenda, S. 68), könne es dauerhaft Frieden geben. Wie die Vertreterinnen einer Politik der geistigen Mütterlichkeit geht auch sie von spezifischen weiblichen Eigenschaften aus, die den Frauen eine besondere Mission in der Gesellschaft zuweisen. Darüber hinaus bleibt auch der Internationalismus der Kriegsgegnerinnen, das heißt ihre Vorstellung, daß Frauen nationenüberspannend für die Durchsetzung dieses pazifistischen weiblichen Prinzips zusammenarbeiten müßten, dem Primat des Nationalstaats untergeordnet: zum einen, weil die Forderung nach Völkerverständigung und dauerndem Frieden unter den Völkern jene für die nationale Ideologie konstitutive Vorstellung affirmiert, die jedem Individuum eine ethnische Identität und nationale Zugehörigkeit zuschreibt, zum anderen, weil sie selbst in den Dienst der Nation gestellt war, als der eigentliche Weg zum Wohle und Aufstieg unseres Vaterlandes (aus einem Flugblatt des nationalen Frauenausschusses für dauernden Frieden 1915⁽²⁶⁾).

4.

Im Unterschied zur alten Frauenbewegung kann für die neue, wie sie Ende der 60er Jahre im Kampf gegen den §218 in der Bundesrepublik entstand, von einer positiven Bezugnahme auf den Staat zunächst kaum die Rede sein. Sie zeichnete sich eher durch eine antietatistische Haltung aus. Während die erste Frauenbewegung noch für die Erlangung der bürgerlichen Rechte eintrat und dabei den Nationalstaat als quasi natürlichen Rahmen ihrer Politik

akzeptierte, formierte sich die zweite Frauenbewegung, als Frauen den Männern formalrechtlich bereits gleichgestellt waren. Hielten etwa die Radikalen der ersten Frauenbewegung die sogenannte Frauenfrage in erster Linie für eine Rechtsfrage, so traten in der neuen Frauenbewegung vor allem die strukturellen Bedingungen patriarchalischer Gewalt trotz formalrechtlicher Gleichstellung der Geschlechter in den Vordergrund der Aktionen und theoretischen Reflexionen. Titel wie die des erstmals 1973 in deutscher Sprache erschienen Aufsatzes Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft von Mariarosa Dalla Costa deuteten an, daß die radikalen Frauen bereit waren, auf die Gesetzesebene zu pfeifen und die Machtfrage zu stellen (Frauenjahrbuch 1976, S. 174). Die Welt stellte sich als ein einziges Patriarchat dar, das alle Frauen gleichermaßen treffe und zu Opfern von Männergewalt mache, der Staat als ein Männerbund, der die Vorherrschaft des ersten Geschlechts absichere, und die Frauen als Leibeigene, Sklaven, Ausgeschlossene. Schlagwörter wie Frauenpower und Schwesterlichkeit, Losungen wie Frauen haben kein Vaterland und Frauen aller Länder vereinigt euch waren Ausdruck der Auffassung, daß Frauen über alle Grenzen und Spaltungen hinweg eine gemeinsame Identität und ein gemeinsames Ziel hatten: Selbstbestimmung. In dieser Perspektive schien es kaum denkbar, daß die Frauen in den Schoß der Nation zurückkehren, ihre Politik erneut in den Horizont des Nationalstaates stellen würden. Doch über 20 Jahre nach Beginn der neuen Frauenbewegung ist der damalige Aufbruch nur noch Gegenstand nostalgischer Erinnerungen. Die Rede von der weiblichen Solidarität und dem feministischen Internationalismus machte nicht nur die existierenden Unterschiede zwischen Frauen unsichtbar, vor allem täuschte sie darüber hinweg, daß die Frauenbewegung in ihrer praktischen Politik meist auf den Nationalstaat orientiert blieb. So lassen sich im Rückblick schließlich doch auf vielen Ebenen signifikante Ähnlichkeiten zur ersten Frauenbewegung ausmachen. Hatte die erste Frauenbewegung proklamiert, daß zuerst die Frauen selbst durch die allseitige Entwicklung ihrer Persönlichkeit und die Entfaltung ihrer Sittlichkeit den Grundstein für ihre Befreiung legen müßten, drohte die Neue Innerlichkeit der 70er Jahre diese Perspektive noch zu verengen. Die Veränderung des eigenen Selbst wurde zum Dreh- und Angelpunkt einer Politik, die die gesellschaftlich virulent gewordenen Bedürfnisse von Frauen in Ansprüche und Anforderungen an das Leben jeder einzelnen zurückübersetzte und deren Einlösung dort (unter dem Motto wir müssen bei uns selbst anfangen) zur Voraussetzung jeglicher Gesellschaftsveränderung machte. Aus dieser Selbstbezüglichkeit erwuchs jene Stilisierung des Weiblichen, jene Rückbesinnung auf eine weibliche Natur, die es gegen die androzentristischen Assimilierungstendenzen zu bewahren gelte. Der von der alten Frauenbewegung beschworene Geschlechterdualismus kehrte so in der modernisierten Variante des Differenzfeminismus wieder. Was dann Ende der 80er Jahre intellektuell ausgearbeitet als die andere Moral der Frau, als weibliche Ethik der Verantwortung und Fürsorge propagiert wurde, ist nichts anderes als eine Neuauflage des Konzepts der geistigen Mütterlichkeit. Selbst

noch die unzähligen Frauenprojekte im Bildungs- und Fürsorgebereich lassen sich als Fortsetzung jener sozialen Hilfstätigkeit (Alice Salomon) begreifen, die die erste Frauenbewegung mit so viel Engagement betrieben hatte. Schließlich entstand gar ein neuer Staatsfeminismus, der sich darauf kapriziert, Bedürfnisse von Frauen staatsbürgerlich geltend zu machen, sie durch rechtliche, sozialstaatliche und therapeutische Maßnahmen zu befrieden.

In dieser Hinsicht kann folglich davon ausgegangen werden, daß alte und neue Frauenbewegung entlang sehr ähnlicher Konfliktlinien hervorgetreten sind. Im Zentrum ihrer Kämpfe stand die Trennung zwischen öffentlichem beziehungsweise politischem und privatem Bereich, die Einschließung der Frauen im Privaten und die damit einhergehende Reglementierung ihres Tätigkeitsfeldes im Öffentlichen. Die erste Frauenbewegung stellte die Trennung zwischen Privatem und Öffentlichem durch den Versuch infrage, das Private ins Öffentliche zu übersetzen. Ihr Konzept der geistigen Mütterlichkeit etwa sollte die tendenzielle Beschränkung der bürgerlichen Frauen auf den Bereich der Familie aufheben, indem die Frauen das ihnen in der Familie zugewiesene Tätigkeitsfeld auf die Öffentlichkeit ausdehnten. Demgegenüber hat die neue Frauenbewegung zunächst den bis dahin der öffentlichen Auseinandersetzung entzogenen, scheinbar selbstregulativen Bereich des Privaten zum Gegenstand ihrer politischen Kämpfe gemacht und die vermeintlich privaten Institutionen und Praxen, Ehe, Familie, Hausarbeit, Kindererziehung, Sexualität etc. attackiert. Im Rahmen einer materialistischen Staatstheorie, wie sie etwa Nicos Poulantzas formuliert hat, läßt sich sagen, daß beide Frauenbewegungen am Schnittpunkt jener doppelten Bewegung entstanden, durch die der moderne Staat die Individualisierungen und Privatisierungen schafft und sich gleichzeitig als ihre Einheit und Homogenisierung konstituiert (Poulantzas 1978, S. 62). Die Familie, als institutionelles Zentrum dessen, was als privat gilt, bildet sich nicht nur in Abhängigkeit vom Entstehen des modernen Staats heraus, sondern der Staat umreißt zur selben Zeit wie er öffentlich wird, den Ort, den er der Familie mit beweglichen Zwischenwänden zuweist (ebenda, S. 64). Es ist diese Konstituierung des privaten Raums durch den modernen Staat, die sich beispielsweise Helene Lange als Verengung des familiären Praxisfeldes und als Verstaatlichung der Familie darstellte und die die neue Frauenbewegung mit ihrer Parole das Private ist politisch zu markieren versuchte. In dieser Perspektive ist das Aufkommen beider Frauenbewegungen selbst an den Nationalstaat gebunden, es ist eine Folge der durch ihn erzeugten Spaltungen, in der sich der Einschluß der Frauen in die nationale Gemeinschaft in Form ihrer Unterordnung unter den Mann realisiert. Die Unterordnung der Frau ist nationalstaatlich reguliert, sie vollzieht sich in und durch die vom Nationalstaat umrissenen Räume der Familie, des Privaten und des Öffentlichen, des Produktions- und Reproduktionsbereichs. Derzeit arbeiten Frauen in verschiedensten staatlichen Apparaten und Institutionen daran, jene beweglichen

Zwischenwände, von denen Poulantzas spricht, zu verschieben. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur sozialen Absicherung der sogenannten Einelternfamilien, staatlicher Diskriminierungsschutz sind nur einige Beispiele, in denen sich die neuen Grenzverläufe andeuten. Obgleich es keine Anzeichen dafür gibt, daß das sich hier herausbildende neue Arrangement von einer Abschwächung oder gar Auflösung der sexistischen Arbeitsteilung begleitet sein wird, kristallisiert sich bereits ein neuer Konsens heraus: die Gleichwertigkeit der Frau als Staatsdoktrin, der Nationalstaat als Garant des bisher Erreichten und als Mentor einer fortschreitenden Veröffentlichung der bisher dem Privaten vorbehaltenen weiblichen Tugenden.⁽²⁷⁾ Wird auf diese Weise das eigene Emanzipationsprojekt im Nationalstaat wiedererkannt, scheint auch der Weg vorgezeichnet, wie noch im Namen der Verteidigung von Fraueninteressen nationalstaatliche Machtpolitik legitimiert werden kann. Dieses drohende Arrangement zu bekämpfen, kann heute nicht mehr alleine bedeuten, die Kritik der Nationform zu forcieren, sondern es muß auch heißen, endgültig mit jener Frauenpolitik zu brechen, die derzeit die Nationalisierung der Emanzipation betreibt.

⁽¹⁾ Erst in den letzten zwei Jahren ist im Kontext der Rassismuskussion auch die nationale Situierung der Frauenbewegung Gegenstand der Auseinandersetzung geworden. Allerdings steckt die Diskussion noch in den Anfängen. Vgl. exempl. Uremovic/Oerter 1994 und Kappeler/Renka/Beyer 1994

⁽²⁾ Zur Geschichte der ersten Frauenbewegung vgl. u.a. Bussemer 1985, Clemens 1988, Frevert 1986, Gerhard 1990, Greven-Aschoff 1981, Guttmann 1989, Sachße 1986, Schenk 1980, Twellmann 1976. Einen Überblick über den Forschungsstand geben: Engelhardt 1985, Evans 1982, Friesler/Schulz 1991, Paletschek 1993

⁽³⁾ Louise Otto 1844, zitiert nach Bäumer 1901, S. 34

⁽⁴⁾ So das Leitmotiv der von ihr herausgegebenen Frauenzeitschrift

⁽⁵⁾ So im Gründungsprotokoll des ADF von 1865 zitiert nach Bäumer 1901, S. 50

⁽⁶⁾ Vgl. Louise Otto, Das erste Vierteljahrhundert des Allgemeinen deutschen Frauenvereins, Leipzig 1890, zitiert nach: Gerhard 1990, S. 79

⁽⁷⁾ zitiert nach: Bussemer 1979, S. 40

⁽⁸⁾ so im Gründungsdokument des BDF 1894, zitiert nach Bäumer 1901, S. 132

⁽⁹⁾ zitiert nach: Bussemer 1985, S. 246

⁽¹⁰⁾ Vgl. Balibar 1990, insb. S. 123 ff.

⁽¹¹⁾ zitiert nach: Clemens 1988, S. 108

⁽¹²⁾ zitiert nach: Sachße 1986, S. 116

⁽¹³⁾ zitiert nach: Sachße 1986, S. 140

⁽¹⁴⁾ zitiert nach: Clemens 1988, S. 103

(15) Zu den Tätigkeiten des Nationalen Frauendienstes gehörten u.a. Arbeitsvermittlung und -beschaffung, Vermittlung freiwilliger Hilfskräfte, Kinder- und Jugendfürsorge, die zumindest nach 1916 unmittelbar dazu diente, Frauen für eine Tätigkeit in der Kriegsindustrie freizustellen, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge, die auch Beitrag zur qualitativen Bevölkerungspolitik sein sollte, Organisation von Speisungen und Lebensmittelverteilungen, Truppenspeisungen, Lebensmittelpreiskontrolle, Schulungsprogramme für einen ökonomischen Umgang mit Nahrungsmitteln, Beratungs- und Auskunftsdienste.

(16) zitiert nach: Clemens 1988, S. 105

(17) zitiert nach: Gerhard 1990a, S. 22

(18) zitiert nach: Greven-Aschoff 1981, S. 155

(19) zitiert nach: Gerhard 1990, S. 296

(20) Einschränkung ist festzuhalten, daß der radikale Flügel egalitäre Positionen meist nur im Hinblick auf die Forderung nach gleichen Rechten bezog, während in allen anderen Fragen eher das Postulat des Geschlechterdualismus dominierte.

(21) zitiert nach: Clemens 1985, S. 50

(22) So im Programm des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins von 1905 zitiert nach: Lange 1914, S. 165

(23) zitiert nach: Gerhard 1990, S. 225 f.

(24) zitiert nach: Clemens 1985, S. 52

(25) Vgl. Balibar 1990, insb. S. 115

(26) abgedruckt in: Brinker-Gabler 1980, S. 186 ff.

(27) Vgl. auch Grimm 1992, S. 41

Literatur

Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel 1990

Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten

Bäumer, Gertrud 1901: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. In: Lange, Helene/Bäumer, Gertrud (Hg.): Handbuch der Frauenbewegung Teil I: Die Geschichte der Frauenbewegung in den Kulturländern (fotomechanischer Nachdruck der Originalausgabe, Weinheim und Basel 1980)

Brinker-Gabler (Hg.) 1980: Frauen gegen den Krieg, Frankfurt

Bussemer, Herrad-Ulrike 1979: Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung (1865/1914). In: Kuhn, Annette/Schneider, Gerhard (Hg.): Frauen in der Geschichte, Düsseldorf

Bussemer, Herrad-Ulrike 1985: Frauenemanzipation und Bildungsbürgertum. Sozialgeschichte der Frauenbewegung in der Reichsgründungszeit, Weinheim/Basel

Clemens, Bärbel 1985: Bürgerin im Staat oder Mutter in der Gemeinde? Zum Politik- und Staatsverständnis der bürgerlichen Frauenbewegung. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 13

Clemens, Bärbel 1988: Menschenrechte haben kein Geschlecht! Zum Politikverständnis der bürgerlichen Frauenbewegung, Pfaffenweiler

Clemens, Bärbel 1990: Die bürgerliche Frauenbewegung im Deutschen Kaiserreich. Vater Staat und die Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter. In: Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.): Vater Staat und seine Frauen. Beiträge zur politischen Theorie, Pfaffenweiler

Engelhardt, Ulrich 1985: Noch im Dunkeln der Geschichte? Neuere Bücher zu einigen Voraussetzungen und Manifestationen der frühen Frauenbewegung in Deutschland. In: Archiv für Sozialgeschichte XXV

Evans, Richard J. 1982: Zwischen feministischer und traditioneller Geschichtswissenschaft: Zur Geschichte der deutschen Frauenbewegung. In: Archiv für Sozialgeschichte, 22

Fiesler, Beate/Schulze Birgit (Hg.) 1991: Frauengeschichte gesucht gefunden? Auskünfte zum Stand der Historischen Frauenforschung, Köln, Weimar, Wien

Frevert, Ute 1986: Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt

Gerhard, Ute 1990: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek

Gerhard, Ute 1990a: Frauenwahlrecht in Deutschland: Bedeutungen, Meinungen, Folgen. In: Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.): Vater Staat und seine Frauen. Beiträge zur politischen Theorie, Pfaffenweiler

Greven-Aschoff, Barbara 1981: Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894-1933, Göttingen

Grimm, Sabine 1992: Befreiung zur Weiblichkeit? In: diskus, Frankfurter StudentInnenzeitung, Nr.3

Guttmann, Barbara 1989: Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914-1918, Weinheim

Heymann, Lida Gustava 1917: Weiblicher Pazifismus. In: Brinker-Gabler (Hg.): Frauen gegen den Krieg, Frankfurt 1980

Janssen-Jurreit, Marielouise 1979: Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage, Frankfurt

Heymann, Lida Gustava/Augsburg, Anita 1977: Erlebtes Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940, Meisenheim

Kappeler, Susanne/Renka, Mira/Beyer, Melanie (Hg.) 1994: Vergewaltigung, Krieg, Nationalismus, München

Lange, Helene 1893: Was wir wollen (Leitartikel in Die Frau. Monatszeitschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit) In: Frederiksen, Elke (Hg.): Die Frauenfrage in Deutschland 1865-1915. Texte und Dokumente, Stuttgart 1981

Lange, Helene 1904: Das Endziel der Frauenbewegung. In: Frederiksen, Elke (Hg.): Die Frauenfrage in Deutschland 1865-1915. Texte und Dokumente, Stuttgart 1981

Lange, Helene 1914: Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen, zweite überarbeitete Auflage, Reprint, Münster 1980

Otto, Louise 1848: Adresse eines Mädchens. In: Möhrmann, Renate (Hg.): Frauenemanzipation im deutschen Vormärz. Texte und Dokumente, Stuttgart 1978

Paletschek, Sylvia 1993: Das Dilemma von Gleichheit und Differenz. Eine Auswahl neuerer Forschungen zur Frauengeschichte zwischen Aufklärung und Weimarer Republik. In: Archiv für Sozialgeschichte 33

Poulantzas, Nicos 1978: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg

Sachße, Christoph 1986: Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871/1929, Frankfurt

Salomon, Alice 1901: Die Frau in der sozialen Hilfstätigkeit. In: Lange, Helene/Bäumer, Gertrud (Hg.): Handbuch der Frauenbewegung Teil II: Frauenbewegung und soziale Frauentätigkeit in Deutschland nach Einzelgebieten (fotomechanischer Nachdruck der Originalausgabe, Weinheim und Basel 1980)

Schenk, Herrad 1980: Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland, München

Twellmann, Margrit 1976: Die deutsche Frauenbewegung. Ihre Anfänge und erste Entwicklung 1843/1889, Kronberg

Uremovic, Olga/Oerter, Gundular (Hg.) 1994: Frauen zwischen Grenzen. Rassismus und Nationalismus im feministischen Diskussions, Frankfurt/New York

Yuval-Davis, Nira 1992: Die ethnischen Prozesse, die Frauen und der Staat. In: Rassismus und Migration in Europa. Beiträge des Hamburger Kongresses Migration und Rassismus in Europa (25.29. September 1990), Hamburg/Berlin

Zetkin, Clara 1928: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands. Frankfurt 1971

Von rechten Kämpferinnen und braven Biederfrauen Frauen und Rechtsextremismus - Ein Überblick

Renate Bitzan und Beate Hans

Ein Beitrag über Frauen und Rechtsextremismus: Es wäre möglich, all die Drohungen, Übergriffe und Morde aufzuzählen, bei denen Frauen/Lesben(1) Opfer rechtsextremistischer Gewalt geworden sind. Es wäre möglich, über unsere eigenen Ängste vor Übergriffen zu schreiben. Es wäre möglich, die Täterschaft von Männern bei gewalttätig rechtsextremen Straftaten über 95% anzuklagen und Theorien über die Zusammenhänge zwischen Faschismus und Patriarchat vorzutragen. Wir haben uns aber in den letzten Jahren vor allem mit einer anderen Seite des Themas befaßt: mit der Täterinnenschaft von Frauen in diesem Bereich. Da wir antifaschistisch und feministisch orientierte (weiße, westdeutsche) Frauen sind, fühlen wir uns gewissermaßen zuständig für die Analyse und Aufklärung über den Anteil von Frauen an den rechtsgerichteten Entwicklungen in diesem Land.

Wir wollen zunächst zusammenfassen, welche Diskussionen in den vergangenen Jahren von Soziologinnen zu diesem Thema geführt wurden und sie kurz kommentieren. Als zweites stellen wir eine Auswahl rechtsextremer Frauengruppen (DFF und Reenes) vor. Anschließend werden wir die (äußerliche und einstellungsmäßige) Vielfalt im Lager der rechten Frauen verdeutlichen anhand von Positionen zu Berufstätigkeit, Abtreibung etc., die sie in Reportagen/Interviews äußerten. Des weiteren gehen wir auf die Frage ein, welchen Stellenwert sog. frauenspezifische Themen für rechte Frauen haben und inwieweit ihre Haltungen dazu mitunter Ähnlichkeiten zu bestimmten feministischen Positionen aufweisen. Wir hoffen, daß die Verwirrung den Erkenntnisgewinn nicht übertrifft ...

Soziologische Diskussion

Der Mainstream der soziologischen und politologischen Forschung betrachtete Rechtsextremismus bis vor kurzem als ein allgemeines Problem. Durch den vorherrschend androzentrischen Blick geriet es somit unwillkürlich zu einem männlichen meistens jedoch, ohne als solches benannt zu werden.

Wenn sich die Forschung jedoch explizit auf Männer beschränkt, werden dafür meist zwei Begründungen angeführt. Zum einen seien Mädchen/Frauen schwerer zu erforschen, denn so Heitmeyer auf einer Veranstaltung in Kassel 1992 Mädchen haben so viele Brüche in ihren Biographien. Da kann man

schlecht Langzeitstudien machen. Zum anderen wird davon ausgegangen, daß Mädchen/Frauen kaum in rechtsextremen Zusammenhängen involviert und deshalb für die Forschung auch nicht relevant seien. Sprich: Rechtsextremismus ist ein Männerproblem (vgl. z.B. Hoffmann-Göttig).

Erst Anfang der 90er Jahre setzte eine vor allem von Sozialforscherinnen getragene Diskussion ein, die versuchte, sich dem Thema Frauen und Rechtsextremismus differenzierter zu nähern. Vorab: So schmeichelhaft die These von der Abstinenz der Frauen auch sein mag, sie ist und das offenbart sich immer stärker nicht haltbar, selbst wenn einige (Däubler-Gmelin, die Emma) daran festhalten.

Die gegenwärtige Diskussion über Frauen und Rechtsextremismus kann sich auf folgende Daten aus den 80er Jahren stützen:

- a) Was die Einstellungen betrifft, stehen Mädchen/Frauen den Jungen/Männern letztlich in nichts nach. Allerdings kommen die vorliegenden Untersuchungen im Detail zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. So bescheinigt etwa die Heitmeyer-Studie von 1987 Frauen mehr Resistenz als Männern gegenüber rigoros autoritär nationalisierendem Denken. Birgit Meyer schließt, ausgehend von der Shell-Studie 1981, daß Frauen zwar weniger Autoritarismus, deutschnationales Denken und Befürwortung des NS als politische Idee zeigten, aber dafür Führeridee und Rassismus häufiger befürworteten als Männer. Die Polis-Studie von 1993 kommt hingegen zu dem Ergebnis, autoritäres Denken sei offenbar die weibliche Variante des Rechtsextremismus. Dieter Roth (vgl. Ottens 1993) behauptet, Frauen wollten in geringerem Maße als Männer Aussiedler aufnehmen, häufiger die Zahl der Asylsuchenden begrenzen und seien abweisender in der Frage des Wahlrechts und der Einbürgerung von MigrantInnen. Insgesamt läßt sich feststellen, daß einzelne Fragen zwar von Männern und Frauen unterschiedlich bewertet werden, doch so, wie es in diversen Umfragen rechtslastige Aussagen gibt, die eher von Männern als von Frauen geteilt werden, gibt es umgekehrt solche, die mehr Frauen als Männer bejahen.
- b) Im Wahlverhalten hielt sich in etwa das Verhältnis 1/3 Frauen zu 2/3 Männern bei RechtswählerInnen (vgl. Klär et al. 1989).
- c) Für den Bereich der organisierten Rechten galt, daß der Frauenanteil deutlich niedriger als der Männeranteil war (höchstens 1/4 bis 1/3, in Führungspositionen unter 1/5, vgl. Oltmanns 1990, Siller 1991).
- d) Im Kreis derjenigen, die sich an gewalttätigen Aktionen beteiligten, lag der Mädchen/Frauen-Anteil bei 3,7% (lt. Verfassungsschutzbericht von 1993).

Zunächst mußte also gefragt werden, ob sich aus diesen Daten tatsächlich eine geringere rechtsextreme Orientierung von Frauen ableiten läßt.

Feministisch orientierte Autorinnen gingen zudem der Frage nach, welche geschlechtsspezifischen Motive eine Rolle für rechtsextreme Einstellungen

von Frauen spielen könnten und in welchen Formen sie sich äußern. Thesenartig seien hier einige Argumente dieser Diskussion zusammengefaßt(2)

Politik- und Gewaltformen

Das Bild von der geringeren rechtsextremen Aktivität von Frauen ist vermutlich verzerrt, da entsprechende Untersuchungen von einem traditionellen Politikbegriff ausgehen. Dieser zielt in erster Linie auf männlich-tradierte Politikformen (Öffentlichkeit, Organisationen, Wahlen etc.). Die geringe Präsenz von Frauen innerhalb dieser Formen ist jedoch nicht mit politischer Apathie gleichzusetzen (Meyer 1991). Vielmehr nehmen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern ab, wenn Alltagsorientierungen berücksichtigt werden (vgl. Oltmanns 1990, Siller 1991). Dieser latente Faschismus ist einzubeziehen, denn Rückzug ins Private und Schweigen sind der traditionellen [weiblichen] Rolle ebenso adäquat wie Gewaltbereitschaft der männlichen. Dieses Schweigen jedoch als eine Nichtzustimmung zu rechtsextremistischen Einstellungen zu deuten, nur weil es nicht den zum Maßstab erhobenen männlichen Kriterien entspricht, wäre fatal. Vor allen Dingen gilt es, auch nichtöffentliches Verhalten als politische Kraft nicht zu unterschätzen (Schweele 1990, S. 25). Gemeint sind hier Äußerungen und Verhaltensweisen von Frauen in alltäglichen sozialen Interaktionen (z.B. Meinungsäußerungen innerhalb der Familie oder im Freundinnenkreis), die auf diesem Wege Einfluß auf das politische Klima haben.

Ein Kriterium, Frauen eine größere Immunität gegenüber Rechtsextremismus zuzuschreiben, ist vor allem ihre vorwiegend ablehnende Haltung gegenüber Gewalt (jüngstes Beispiel: die Polis-Studie im Auftrag des Gleichstellungsministeriums von NRW, vorgelegt im Januar 1994). Während offene und öffentlich ausgetragene Gewalt Bestandteil der männlichen Rolle sei, lasse das traditionelle Bild von der rücksichtsvollen fürsorglichen Frau kein offen aggressives Verhalten zu. Beides Gewaltbereitschaft und Gewaltablehnung resultiere aus der geschlechtsspezifischen Sozialisation. Unseres Erachtens haben die meisten Frauen dieses ihnen auferlegte Bild verinnerlicht. Sich selbst und anderen gegenüber benötigen sie in der Regel enorme Rechtfertigungen, wenn sie den Rollenzuschreibungen zuwiderhandeln,(3) während Männer sich mit aggressivem Verhalten innerhalb der ihnen zugeschriebenen Rolle bewegen. Zudem, und hierauf weist z.B. Claudia Flesch hin, erlebten Frauen Gewalt in erster Linie als Opfer. Als Konfliktlösungsstrategie werde sie darum von ihnen nicht favorisiert. Selbstzerstörerische Tendenzen seien wesentlich häufiger anzutreffen als Gewalt nach außen. Gertrud Siller, Birgit Meyer und Cornelia Lohmeier ziehen daraus den Schluß, daß rechte Politik als Möglichkeit, verunsicherte Selbstbilder zu kitten, für Jungen/Männer besonders attraktiv und für Mädchen/Frauen besonders unattraktiv sei.

Entgegen diesen Einschätzungen, die einem männlich-tradierten Politikverständnis geschuldet seien, ist nach Rommelspacher/Holzcamp davon auszugehen, daß Frauen nicht weniger gewalttätig sind, sondern lediglich andere Gewaltformen wählen. Und zwar solche, die weniger auffallen und den gängigen Rollenzuschreibungen eher entsprechen: subtilere und indirektere, etwa Ignorieren, Vermeiden, Ausschließen, Zurückweisen. Auf diese Weise geben auch Frauen ihre Gewalterfahrungen an die ihnen Unterlegenen weiter (z.B. an Ausländerinnen). Die behauptete Sensibilität (Einfühlungsvermögen, Empathie) von Frauen steht dominantem Verhalten nicht entgegen (vgl. dazu Rommelspachers Konzeption der Dominanzkultur(4)).

Ein weiteres frauentypisches Verhalten ist, die direkte Gewaltausübung zu delegieren, also durch Männer kämpfen/siegen/durchgreifen zu lassen, was die Zustimmung der Frauen zu rassistisch motivierten Gewalttaten aber nicht schmälert (vgl. Oltmanns 1990). Ursula Birsl konstatiert, daß Frauen zwar weniger personelle Gewalt, dafür aber umso mehr strukturelle Gewalt herbeiwünschen. Das heißt zum Beispiel, daß sie eher bereit sind, die repressiven Staatsapparate anzurufen, schärfere Gesetze zu verlangen etc.

Motivationen

Die These, (junge) Frauen lehnten rechte Parteien wegen ihres antiemanzipatorischen Gehalts ab (vgl. Lohmeier 1991), konnte nicht bestätigt werden. Es ist vielmehr zu vermuten, daß frauenpolitische Aussagen der Parteien für die Sympathie oder Antipathie der meisten Frauen nicht ausschlaggebend sind. Selbst wenn sie die frauenpolitischen Positionen ablehnen, können sie die rechtsextremen Parteien und Organisationen wegen ihrer nationalistischen und rassistischen Forderungen unterstützen (vgl. die Untersuchung von Annette Skrzydlo, Barbara Thiele und Nicola Wohllaib zu Berliner REP-Frauen 1992).

Wie bereits angedeutet, stehen Empathie und Beziehungsorientierung als ansozialisierte Weiblichkeitsmerkmale diskriminierendem Verhalten nicht entgegen. Sie können es im Gegenteil sogar fördern. Wie Rommelspacher/Holzcamp ausführen, beziehen sich Mitmenschlichkeit und Fürsorge von Frauen in der Regel nur auf die ihnen unmittelbar Anempfohlenen (eigener Mann, eigene Kinder). Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung sind darin strukturell angelegt. Diese Grenzen der Fürsorge ergeben sich aus der relativen Machtlosigkeit von Frauen und der Begrenzung des familiären Raumes. Die subtile Machtausübung gegen Schwächere ist die Kehrseite unbegriffener Selbstunterwerfung und unreflektierter gesellschaftlicher Zustände. Das Verhalten von Frauen läßt sich jedoch nicht allein auf ihre unterprivilegierte Situation zurückführen

(Ablehnung der Defizitthese(5)), vielmehr gibt es ein eigenes Interesse von Frauen an Macht und Privilegien. Zum Beispiel könnte, so Rommelspacher, die Mächtigkeit, zu gebären und sich in der Abtreibungsfrage als Richterin über Leben und Tod, über lebenswert und lebensunwert zu erfahren, als Aufwertung der eigenen Person und des eigenen Geschlechts empfunden werden (zur Problematik dieses Beispiels s.u.).

Ein von rechten Frauen oft selbst genanntes Motiv für ihre rassistischen Einstellungen ist die Angst vor sexuellen Übergriffen durch ausländische Männer. Die Sexismuskritik bekommt hier eine rassistische Logik, indem die Bedrohung durch weiße deutsche Männer ausgeblendet und gänzlich auf die fremden Männer projiziert wird. So kann die Scheinharmonie in der Eigengruppe gewahrt bleiben (vgl. Rommelspacher/Holzcamp 1991). Vielfach wurde interpretiert, daß die Angst vor sexueller Gewalt die Law-and-order-Politik der Rechten für Frauen ansprechend mache (vgl. z.B. Hoffmann 1990). Dies wird auch durch entsprechende Aussagen rechter Frauen untermauert (vgl. ebd. sowie Scherer 1986). Die REP-Frauen-Studie bestätigt dies allerdings nicht: Die Befragten stellen keinen Zusammenhang zwischen gewünschter Kriminalitätsbekämpfung und eigenen Bedrohungsgefühlen her (vgl. Skrzydlo/Thiele/Wohllaib 1992).

Die meisten Autorinnen vermuten, daß die traditionelle Hausfrauen- und Mutterrolle für junge Frauen wieder an Attraktivität gewinnt. Sie verspreche geordnete, überschaubare und sichere Lebensverhältnisse; sie schütze vor Doppel- und Dreifachbelastung und den widersprüchlichen Bemühungen, Frustrationen und Herausforderungen eines um Emanzipation ringenden Lebensentwurfs. Rechte Gruppierungen böten an diesem Punkt eine ideologische Aufwertung und eine weniger leistungsabhängige Akzeptanz des Frauendaseins an, eine positive Identität.

Daneben sei vorstellbar, daß Frauen durch Erfahrungen im Berufsleben verstärkt Ellenbogentaktik, Konkurrenz- und Ausgrenzungsstrategien gegen Schwächere entwickelten und sich damit männlich konnotierten Verhaltensmustern anließen (vgl. Siller 1991). Auch hier könne rechte Ungleichheits- und Ausgrenzungsideologie ansetzen.

Die Frage, ob Individualisierung und Orientierungsverlust Gründe für Rechtsorientierungen sind (eine These, die von etlichen SozialforscherInnen z.B. Heitmeyer vertreten wird), ist strittig. Siller stimmt dem grundsätzlich zu, fordert aber, auf geschlechtsspezifische Verarbeitungsweisen zu achten. Gäbe es diese unterschiedlichen Verarbeitungsweisen nicht, müßten deutlich mehr Frauen als Männer rechtsorientiert sein, da sie aufgrund größerer historisch-sozialer Kontinuitätsbrüche im weiblichen Lebensentwurf stärkere Identitätskonflikte aufwiesen als Männer. Rommelspacher/Holzcamp dagegen halten Milieuverlust und Orientierungslosigkeit insgesamt für einen fragwürdigen Erklärungsansatz.

Vielmehr zeigt die deutsche Geschichte, daß auch verbindliche Orientierungen und Einbindung in Familie, Milieu und Verbände faschistische Orientierungen nicht verhindern. Solche Defizitthesen dienen vor allem der TäterInnenentlastung. Der Blick muß statt dessen auch auf die eigenen Interessen von Frauen an Unterwerfung und Macht gerichtet werden.

Wir denken, daß in der Diskussion über Frauen und Rechtsextremismus künftig auf zum Teil veränderte Prämissen einzugehen ist: Die bisher noch geringe Präsenz von Frauen in den organisierten Formen des Rechtsextremismus bleibt keine Konstante. Die These vom Nachzugs-Effekt, (6) die insbesondere in feministischen Kreisen auf Widerwillen stieß reproduziert sie doch das Bild von Frauen als Nachahmerinnen männlicher Impulse, wird von der derzeitigen Entwicklung leider bestätigt. Immer mehr insbesondere junge Frauen werden in rechten Gruppierungen aktiv. Im Herbst 1993 wurde ihr Anteil in den organisierten Kreisen bereits auf ein Drittel geschätzt, Tendenz: rapide steigend (vgl. taz vom 13.10.1993). Zunehmend scheint jedoch der Einstieg in die rechte Szene nicht mehr an männliche Bezugspersonen gekoppelt zu sein.

Die Frage ist also, ob es sich hier um einen Nachzug von Frauen handelt oder aber um eine Auswirkung von Brüchen im weiblichen Rollenmuster, nämlich eine erstarkende Eigenständigkeit und Raumnahme von Frauen in politischen Fragen. Diese Entwicklung ist in linken, ökologischen und feministischen Bereichen und selbst bei den bürgerlichen Parteien längst nichts Neues mehr, im rechten Lager aber durchaus. Stichwort: Emanzipation in braun?

Eine Frage, die sich ebenfalls aufdrängt, ist, ob sich die rechten Aktivitäten von Frauen tatsächlich verstärken, oder ob dies nur in der dafür sensibilisierten Wahrnehmung von außen so erscheint. Stichwort: Rechtsextreme Frauen als In-Thema?

Wir gehen davon aus, daß die Aktivitäten von Frauen tatsächlich zunehmen und zwar in den verschiedensten Handlungsfeldern. Deshalb sind wir der Auffassung, daß in der Diskussion über Frauen und Rechtsextremismus eine alleinige Konzentration auf die sogenannten frauentypischen Verhaltensformen ebenso zu einer Sackgasse werden kann wie die frühere Ausklammerung dieser Bereiche aus Analysen politischen Verhaltens. Beides institutionelle, öffentlich gemachte Politik inkl. offenes Gewaltverhalten und politisches Alltagsverhalten muß im Blick bleiben, um das Spektrum rechtsextremer Aktivitäten von Frauen analysieren zu können.

Nach wie vor wesentlich finden wir die geschlechtsspezifische Differenzierung im Hinblick auf die Motivationen. Den Hintergrund bilden weibliche Biographien, die zur Zeit äußerst heterogen sind und deren Gemeinsamkeit und Spezifität gegenüber männlichen Biographien

beachtet werden müssen. Maßgeblich erscheint uns die Mehrfachorientierung von Frauen, die sich etwa in der Gleichzeitigkeit von Familien- und Berufsorientierung, von Selbständigkeits- und Sicherheitswünschen ausdrückt, und deren jeweilige Anforderungen nicht selten kollidieren. Was kann diese spezifische Konfliktlage bewirken? Auf welche verschiedenen Weisen gehen Frauen damit um? Was erwächst aus den jeweiligen Strategien? Welche verschiedenen Selbst- und Weltbilder entwickeln sie daraus, und welche verschiedenen Handlungsfelder eröffnen sie sich daraufhin? So kann z.B. eine vermeintliche Lösung der aus der Mehrfachorientierung erwachsenden Konflikte in einer dauerhaften Konzentration auf Familie bestehen, deren Aufwertung dann auch gewünscht wird. Daß Frauen die Aufwertung des Mutterseins annehmen, ist angesichts der Situation von Müttern in unserer Gesellschaft durchaus nachvollziehbar. Auch bezogen auf die Doppelt- und Dreifachbelastung hat die Perspektive auf ein Nur-Hausfrauen-Dasein, das ein streßfreieres Leben signalisiert, sicher für viele Frauen Ausstrahlungskraft.

Ebensogut kann aber auch eine schnelle politische Karriere den Selbständigkeitswünschen entsprechen und als emanzipativer Ausbruch empfunden werden. Für beides haben rechte Parteien Angebote auf Lager. Den Hinweis von Birgit Rommelspacher, auf eigene Machtwünsche von Frauen als Motivation für ihre Einstellungen zu achten, finden wir in diesem Zusammenhang grundsätzlich richtig. Aber das Beispiel, mit dem sie argumentiert die Macht, über Leben und Tod zu entscheiden (bez. Geburt/Abtreibung) , finden wir problematisch: Zum einen wird nicht deutlich genug, was sie in diesem Fall unter Macht versteht und zum anderen grenzt sie den Entscheidungsanspruch der rechten Frauen nicht gegenüber Forderungen nach dem Selbstbestimmungsrecht der Frau aus der Frauenbewegung ab. Hier bedarf es noch genauerer Diskussionen.

Rechtsextreme Einstellungen und ein traditionelles weibliches Rollenverständnis von Frauen müssen nicht Hand in Hand gehen. Sowohl Rommelspachers Dominanzkultur-Konzept als auch bestimmte Interviewpassagen und Artikel von rechten Frauen geben Hinweise, daß Frauen gleichzeitig patriarchatskritisch und rassistisch/nationalistisch orientiert sein können. Zugespitzt findet sich diese Kombination zum Beispiel bei der neurechten Theoretikerin Sigrid Hunke, die sich vehement gegen die Geschlechterhierarchie, gegen die Auffassung von den Geschlechtern als polaren oder komplementär gegensätzlichen sowie gegen die geschlechtliche Arbeitsteilung ausspricht. Als wegweisend am Anbruch des neuen Zeitalters dient ihr die (nicht haltbare) These von der Gleichgestellttheit von Mann und Frau bei den GermanInnen. Und so bezieht sie ihre Forderung auch nur auf die nordischen Menschen. Kulturrelativistisch verbrämt reserviert sie das Gleichheitsmodell für diese als eingeborene Wesensart und grenzt andere Kulturen, andere Rassen aus ihrer Zukunftsvision bewußt aus (vgl. Hunke 1987). Das gleiche Konzept

vertraten bereits in den 20er und 30er Jahren die von Christiane Wittrock sogenannten oppositionellen Faschistinnen wie Pia Sophie Rogge-Börner. Sie versuchten mit ihren national-feministischen Utopien darauf Einfluß zu nehmen, daß der sich formierende NS-Staat nicht noch einmal wieder als Staat des Mannes geordnet werde (Rogge-Börner 1933), sondern daß an den höchsten, den führenden Stellen in allen Ministerien und Behörden Männer und Frauen in gleicher Verantwortlichkeit stehen müssen (Rogge-Börner 1933/34). Diese Haltung bildet für sie keinerlei Widerspruch zu ihren massiv völkischen, nationalistischen, elitären, antisemitischen und rassistischen Positionen (vgl. Crips 1990). Daß solche Konzepte nicht tot sind und zumindest in weiten Teilen an die neurechte Rhetorik vom Ethnopluralismus sowie an New-Age-Vorstellungen angeglichen werden können, hat Hunke bewiesen, deren Werke (z.B. über arabische Kultur) mancherorts selbst in feministischen Buchläden zu finden sind.

Insbesondere selbstbewußte Frauen, die sich einen Platz in der Elite sichern wollen, können über eine rassistisch dominierte und motivierte Patriarchatskritik Anbindung an rechte Gruppierungen finden. Wir müssen damit rechnen, daß modernisierte Formen von Faschismus flexible Antworten auf die Fragen nach ihren Frauenbildern liefern und weibliche Potentiale differenziert zu nutzen verstehen. So könnten mehrere Prototypen nebeneinander stehen: die weiße, leistungsstarke, rechte Karrierefrau in Elitepositionen des Volkes, die gesunde weiße Mehrfach-Nur-Mutter zur Arterhaltung und die minderwertige Frau (nicht-weiße, behinderte, kranke, sozial geächtete usw.) in mannigfachen Ausbeutungspositionen.

Nicht unwesentlich finden wir in diesem Zusammenhang folgende Überlegung von Gudrun Axeli Knapp: Innerhalb des rechten Spektrums schafft das Primat der rassistischen Trennlinien vielleicht gerade den Freiraum, in dem das Geschlechterverhältnis modernisiert werden kann. Dies gilt insbesondere dann, wenn ein Bezug zu einer angeblichen natürlichen Gleichberechtigung von Mann und Frau bei den Germanen hergestellt wird. Die Vielfältigkeit der lebbareren Frauenbilder könnte gerade das Attraktive an rechten Gruppierungen sein. Die Akzeptanz des So-sein-wie's-mir-entspricht allerdings immer im rassistisch determinierten Rahmen macht es (weißen deutschen) Frauen vielleicht leichter, sich einer rechten Gruppierung zuzuordnen, als wenn sie mit der Erwartung, einem bestimmten Frauentyp zu entsprechen, konfrontiert sind. Eine Festlegung auf ein ganz bestimmtes Frauenbild und vor allem seine stärkere Setzung und Durchsetzung als Norm könnte demnach die Attraktivität rechter Gruppen für Frauen mindern.

Was die vermeintliche Gewaltabstinenz von Frauen betrifft, gehen wir in Anlehnung an Knapp davon aus, daß sie nur zum Teil durch eine verinnerlichte weibliche Sozialisation begründet ist. Zum Teil werden

Frauen aber auch gegen ihren Willen durch die Männer ihrer eigenen Szene an Gewaltausübung gehindert. Dies zeigen zum Beispiel die Auseinandersetzungen in der Deutschen Frauen Front (DFF), in denen es um eine Beteiligung von Frauen am Straßenkampf ging (siehe auch weiter unten). Knapp verweist unter Bezug auf Maya Nadig darauf, daß es sich dabei um ein Ringen um den Zugang zu Männlichkeitsritualen handele, die die Frauen mit ihrer Beteiligung zu entwerten drohen. Die Männer würden dadurch einer Initiation, eines Aktes der Mannwerdung und der Trennung vom Weiblichen/Mütterlichen beraubt und gleichzeitig ihrer männlichen Rolle als Helden im Kampf und Beschützer der Frauen. Klar scheint jedenfalls, daß die Delegationsthese, nach der Frauen Gewaltausübung auf die Männer delegieren, nicht hinreichend ist. Der Wunsch von Frauen, sich an Gewalttätigkeiten zu beteiligen, trifft aber u.E. bislang nur auf eine relativ kleine Szene zu. Für die anderen könnten sozialisationsbedingte Abstinenz und/oder Delegationsprinzip durchaus gelten. Wir vermuten jedoch, daß in der jüngeren Generation die Gewaltbereitschaft zunimmt. Dies hängt möglicherweise auch damit zusammen, daß viele Mädchen inzwischen dazu angehalten werden, sich durchzusetzen. Das soll keineswegs heißen, daß wir einer traditionellen Mädchenerziehung das Wort reden wollen. Vielmehr muß eine nicht-geschlechtsspezifische Erziehung u.E. so gut es geht gekoppelt werden mit der Entwicklung eines klaren Unrechtsbewußtseins darüber, gegen wen und aus welchen Gründen die neuerworbenen Durchsetzungsmittel gerichtet werden sollen.

Weitere empirische Forschungen sind notwendig, vor allem mit Schwerpunkten auf bestimmte Szenen (Organisationen o.ä.) und auf bestimmte Verhaltensbereiche. Nur dadurch können die bislang relativ pauschalen und dadurch unzureichenden Vorstellungen von den rechten Frauen aufgelöst und durch differenziertere Studien ersetzt werden. Hierbei finden wir es unerläßlich, auf eigene Äußerungen von Frauen einzugehen und sich weniger an Programmatiken oder Führerreden zu orientieren, die mit den Lebensrealitäten und Ansichten der Frauen oft wenig zu tun haben. (7)

Rechte Frauenorganisationen

Ansätze zu eigenen Frauenorganisationen im rechtsextremen Spektrum gibt es bislang zwar wenige, aber es gibt sie.

Seit den fünfziger Jahren ist beispielsweise die Wiking-Jugend in Jungen- und Mädchengruppen (Fähnlein und Mädlering) unterteilt. Neben der für alle geltenden körperlichen Ertüchtigung und deutsch-nationalen Gesinnungsschulung verfolgt die Organisation das Ziel, den Kindern eine geschlechtsspezifisch traditionelle Erziehung zu polarisierten Wesenseigenschaften angedeihen zu lassen. Ähnliches gilt für den Freibund

(früher Bund heimatstreuer Jugend), wo Kinder und Jugendliche zwar in gemischten Gruppen organisiert sind, aber hin und wieder reine Mädchen- oder Jungenaktivitäten angeboten werden.

Das Paradeexemplar rechter Frauengruppen in den achtziger Jahren ist die Deutsche Frauenfront (DFF). Hier sind die persönlichen Beziehungen der aktiven Frauen zu den führenden Männern der Szene deutlich abzulesen. So ging auch die Initiative zur ihrer Konstituierung von Michael Kühnen(8) aus, der sich ausdrücklich am organisatorischen Aufbau der NSDAP mit ihrer NS-Frauenschaft orientierte. Das vertretene Frauenbild ist entsprechend nationalsozialistisch geprägt. Beschworen wird die edle, reine, tatkräftige Frau und Mutter, die sich auf ihre Weise ganz für die Sache des deutschen Volkes aufopfert. Als Trägerin des deutschen Blutes wird ihr eine besondere Verantwortung für die Reinerhaltung der Rasse zugeschrieben usw. Gleichzeitig ringen die in der DFF aktiven Frauen teilweise um ihre Gleichstellung und berufen sich dabei auf das Bild der germanischen Kämpferin, die dem Mann gleichberechtigt zur Seite steht.

Die Vorläufer der DFF waren der Bund Hamburger Mädels als Frauenorganisation der 1977 von Michael Kühnen und Christian Worch gegründeten Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) und der Bund Deutscher Mädels (kurz BDM, auch Mädelsbund genannt). Dieser war die nun bundesweite Frauenorganisation der ANS/NA, zu der sich die Leute um Kühnen/Worch einerseits und Brehl/Marx andererseits im Januar 1983 zusammengeschlossen hatten. Die Leitung des BDM lag bei Andrea Kron und Veronika Alten. Nach dem Verbot der ANS/NA im Dezember 1983 organisierten sich ihre Mitglieder in der FAP und in der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF). Die dazugehörige sich jedoch als unabhängig bezeichnende Frauenorganisation hieß nun Deutsche Frauenfront (DFF). 1984 gegründet von Michael Kühnen, übernahm Ursula Müller, die sogenannte Mutter der Kompanie, ihren Vorsitz. Sie betreibt seit längerem in Mainz-Gonsenheim mit ihrem Mann Curt eine Gärtnerei, auf deren Gelände bis heute wichtige Treffen und Feiern der rechten Szene stattfinden. Daneben ist sie auch in anderen Organisationen an führender Stelle aktiv, wie etwa in der Hilfsorganisation für nationale Gefangene (HNG).

Als Mitteilungsorgan der DFF diente zunächst die Rubrik DFF informiert innerhalb der Zeitung Die Neue Front. Nachdem die Neue-Front-Redaktion angeblich Artikel zensiert hatte, erschien ab Juli 1985 unter demselben Titel eine selbständige Zeitschrift, die im Jahr darauf umbenannt wurde in Die Kampfgefährtin. Schriftleitung: Ursula Worch.

Bereits im Sommer 1985 hatte es Diskussionen über die formelle Unabhängigkeit der DFF gegeben. Später verschärfte sich der Streit zu diesem Thema, aber auch zu der Frage, ob Mädchen am Straßenkampf

teilnehmen sollten bzw. dürften. Als dritter Konfliktpunkt kam noch die Schwulendebatte hinzu, die nach Kühnens Schrift Nationalsozialismus und Homosexualität die gesamte FAP zerrüttete. Die Quellen sind zum Teil widersprüchlich, doch kann mit Sicherheit festgestellt werden, daß es zwischen 1986 und 1988 in der DFF zwei Spaltungen um diese Themen gab. Dabei trennte sich zunächst die Jugendorganisation Mädelsbund um die Hannoveranerin Sabine Wasilewski (spätere Heidel) von der DFF. Diese Fraktion bezog eine klar antischwule Position, begriff sich ausdrücklich als nicht-autonome Gruppe und orientierte sich eng an der Führung des Anti-Kühnen-Flügels der FAP um Jürgen Mosler und Volker Heidel. Die in ihr aktiven Frauen nannten sich nun FAP-Frauenschaft und gaben den Mädelsbrief heraus. In der DFF verblieben die Kühnen-treuen Mitglieder. Bei der zweiten Spaltung wurde die bisherige Vorsitzende Ursula Müller, die sich nun auch gegen Homosexualität und Kühnen aussprach, abgesetzt und ausgeschlossen. Ursula Worch übernahm nun den Vorsitz. Es erschienen über Monate parallel zwei verschiedene Versionen der Kampfgefährtin, eine vom Worch-, eine vom Müller/Malcocci-Flügel. Worch trat 1989 zurück, und auch die Konkurrenz scheint ihr Wirken eingestellt zu haben, denn die Quellen sprechen nachträglich von einer Zeit, in der die DFF gänzlich inaktiv war.

1990 versuchte die Kühnen-Verlobte Esther Lisa Wohlschläger die DFF neu zu beleben. Dadurch, daß sämtliche weiblichen Mitglieder der Deutschen Alternative (DA), der neuen Massenorganisation der GdNF um Kühnen, automatisch in die DFF eintreten mußten, wuchs sie schnell auf 100 bis 150 Frauen an. Inzwischen existiert die DFF nicht mehr. In einem Spiegel-Artikel von 1992 heißt es, sie sei in anderen Rechtsparteien aufgegangen. Esther Lisa Wohlschläger ließ Anfang 1994 verlauten, sie habe es wegen der Trauer um ihren verstorbenen Verlobten nicht mehr geschafft, die Organisation aufrechtzuerhalten. Die FAP-Frauenschaft wurde am 28.3.1990 von Sabine Heidel geb. Wasilewski offiziell aufgelöst. Dennoch wird Sabine Bliesmer im Index vom Januar 1991 als FAP-Frauenschaftsvorsitzende von Hamburg bezeichnet. Zumindest der Flügel der FAP um Friedhelm Busse hat an einer eigenen Frauenorganisation offenbar kein Interesse.⁽⁹⁾ Der Mädelsbrief wurde von Dajana Riefing geb. Pahlke als überparteiliches Blatt weitergeführt und zunehmend zu einem Fanzine für Renees (s.u.) umgestaltet.

In den neunziger Jahren gewinnt eine weitere Gruppe rechter Frauen an Bedeutung: die sogenannten Renees. Sie fanden bisher in der Forschung wenig Beachtung; in der Regel wird ihre Form des Rechtsextremismus als pubertäre Phase abgetan. Dabei wäre es unserer Ansicht nach sehr wichtig, sich genauer mit ihnen zu beschäftigen, nicht zuletzt auch deshalb, weil es mehr Renees gibt als etwa DFF-Frauen. Renees sind faschistische Skinhead-Frauen. (Die Skinbewegung entstand Mitte der siebziger Jahre in Großbritannien. Die Skins begriffen sich als Working Class Kids-, also als

Kinder der ArbeiterInnenklasse und waren der Ausdruck einer rebellierenden Jugend, die sich gegen die herrschenden Verhältnisse richtete. Das ursprünglich vorhandene Klassenbewußtsein änderte sich bei vielen aber bald in ein Rassenbewußtsein. Zu dieser Entwicklung trugen hauptsächlich faschistische Skins, die sogenannten Boneheads, bei. (Antifa Info Nr. 22, S. 20) Bei den Renees existiert kein einheitliches Frauenbild und ihr jeweiliger Status innerhalb der rechten Szene ist sehr unterschiedlich. Manche Renees bewegen sich in Bonehead-Zusammenhängen, in denen sie nur die Funktion der Freundin von ... haben, manche sind Mitglieder in neofaschistischen Organisationen und Parteien oder auch organisierte Skingirls, etwa in der Skingirl Front Deutschland (SFD).

Bei den Boneheads herrscht ein übersteigerter Männlichkeitswahn und offener Sexismus. Frauen werden entweder gar nicht oder als Sexualobjekt erwähnt. In einem Portrait der Band Männer in dem Skin-Fanzine Force of Hate heißt es: Die Männer lassen ungeniert die Sau raus, singen vom Bumsen und Saufen, also von all den netten Dingen, die Männern halt so Spaß machen ... Weiter so, ihr kernigen Männer. (zitiert nach Schwarzmeier 1993) Und die Band Radikahl singt: Weiber sind bei uns nichts wert, auch wenn man sie nicht gern entbehrt ... (zitiert nach Volkstreue). Auch in anderen Skin-Fanzines wird immer wieder dargestellt, daß Frauen hier zum Spaß haben da sind und sich unterzuordnen haben. Die Verknüpfung von Sex und Gewalt kommt ebenso auf Plattencovern mit gefesselten Frauen und Kinderpornos zum Ausdruck. Vergewaltigung wird so nicht nur legitimiert, sondern zum festen Bestandteil des Bonehead-Weltbildes gemacht. Bei einigen Gruppen gehört Vergewaltigung sogar zum Aufnahme-ritual.

Wie stehen die Renees dazu? Monique zum Beispiel, deren Nacktfotos unter anderem in Fanzines und im Skingirlkalender zu finden sind, stellt sich gern als williges Objekt für geile Boneheads dar. Sie findet es geil, für etwas Dominantes das Objekt sein zu dürfen (vgl. Moderne Zeiten). Es gibt ihr vielleicht ein gewisses Machtgefühl, denn ohne sie beziehungsweise ihren Körper könnte der Mann seine sexuellen Phantasien nicht ausleben. Er braucht sie, und diese Situation hat sie mit in der Hand, sie kann mit ihm spielen, sich über das Gebrauchtwerden aufwerten und sich in einer Position der Macht imaginieren auch wenn der Mann in ihr nur das willige Objekt sieht und sie sich dieser Rolle gerne freiwillig unterzieht. Das verdeckte Machtgefühl gehört ihr, der Typ bekommt davon nichts mit. Für sie steht dieses Gefühl vermutlich im Vordergrund und nicht die sexuelle Befriedigung. Es ist anzunehmen, daß Renees, die keine Lust dazu haben, williges Objekt zu sein, sich stillschweigend unterordnen und die sexuelle Gewalt in den Gruppen, über die mehrere Fälle bekannt geworden sind, über sich ergehen lassen (vgl. Schwarzmeier 1993). Für sie ist Vergewaltigung der Preis, den sie zahlen, um zu einer starken Gruppe zu gehören.

Die Skingirl-Front-Deutschland (SFD), in der viele Renees organisiert sind, wurde 1991 gegründet. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Tugenden der deutschen Frau in die Renee-Szene zu tragen und dem vorherrschenden Selbstverständnis, reines Objekt für die Männer zu sein, entgegenzuwirken. Es soll mehr Zusammenhalt unter den Renees erreicht und gegen Frauen angegangen werden, die ihre Kameraden verführen.

Die SFD ist keine Organisation im Sinne eines Verbandes oder einer Partei, sondern eher eine Art Kaderngemeinschaft, deren Struktur auf bundesweiten persönlichen Kontakten basiert. SFD-Gruppen gibt es in Heidelberg, Freiburg, Stuttgart, Nürnberg, Gelsenkirchen, Burscheid, Hamburg und Berlin. Ihre Fanzines Schlachtruf(10) und Volkstreue versuchen, Öffentlichkeit zu schaffen und weitere Frauen zu werben. In ihnen finden sich neben Berichten von Aktionen oder Konzerten und Band-Interviews auch Artikel zum Weltbild des Nationalsozialismus, zur Rolle der Frau gemäß der NS-Ideologie und Interviews mit führenden Neonazis. Die Herausgeberinnen verfügen über internationale Kontakte und sind auch in anderen Gruppen organisiert. Die SFD ist Teil eines internationalen Netzwerks von Reneegruppen, dessen Ursprung in Canada/USA liegt. Von dort aus wird auch das gesamte Schulungsmaterial der Women for Aryan Unity (WAU) verschickt. Die WAU ist die Schwestergruppe des Aryan Resistance Movement, einer Ku-Klux-Klan-Gruppe, die aus militanten Boneheads besteht. WAU-Organisationen gibt es in der BRD, in der Schweiz, in Italien, Spanien, Großbritannien und Irland.

Ähnlich wie bei der DFF ist die politische Aktivität bei den organisierten Renees nicht im Frauenbild begründet. Sie orientieren sich allgemein an NS-Ideologien. Um die Rolle der Frau geht es erst in zweiter Linie. Denken und Verhalten der Männer werden dabei nicht in Frage gestellt (Wir arbeiten mit unseren Männern und nicht gegen sie). Im Vordergrund steht die gute Zusammenarbeit für die weiße Rasse. Renees organisieren sich nicht in Frauengruppen, weil sie sich von den Männern unterdrückt fühlen oder andere Themenschwerpunkte vertreten, sondern weil sie Probleme untereinander haben wegen ihrer Beziehungen zu (ihren) Männern. Die zugewiesene Position der schwächeren, unterlegenen Frau wird von den meisten angenommen und auch nach außen vertreten.

Dennoch sind wichtige Positionen in der Boneheadszene von Frauen besetzt. Sie organisieren Treffen und Konzerte, eine Aufgabe, die sie offenbar verlässlicher erfüllen als die Männer. Als Herausgeberinnen von Fanzines (s.o.) werden sie zu wichtigen Kontaktpersonen. Bei neofaschistischen Aufmärschen sind sie in letzter Zeit vermehrt präsent; bei Übergriffen und Anschlägen auf AsylbewerberInnen-Unterkünfte stehen sie in der ersten Reihe, unterstützen die Kameraden schlagkräftig und betätigen sich als Aufheizerinnen.

Wie sich zeigt, sind Mädchen und Frauen mit rechter Ideologie in den genannten Gruppen stark vertreten. Sicherlich sind sie auch noch an anderen Orten zu finden, doch treten sie hier am deutlichsten hervor, was es einfacher macht, ihre jeweilige Rolle einzuschätzen. Eine pauschale Übertragung der von uns dargestellten Aspekte auf Frauen in anderen rechten Gruppierungen wäre aber falsch.

Interessant erscheint uns, daß sich Frauengruppen ausgerechnet in dem Spektrum bilden, daß als extremstes und militantestes gilt. Doch bevor frau darin eine Widerständigkeit gegen das extreme Männlichkeitsgehebe ihrer Kameraden entdeckt, ist zu bedenken, daß dieses Phänomen in das dualistische Weltbild, das Frauen und Männern unterschiedliche Sphären zuweist, bestens hineinpaßt. Und selbst bei denjenigen, die diese Auffassung nicht explizit teilen, muß die Motivation zu einer separaten Frauen/Mädchenorganisation nicht automatisch einen emanzipativen Charakter haben. Sie kann auch dem reibungsloseren Funktionieren der allgemeinen Struktur dienen. Etwa wenn wie im Falle der SFD die Gründung einer separaten Organisation darauf abzielt, die ständigen Feinden zwischen Mädchen wegen Bettgeschichten und die daraus resultierenden Konkurrenzen beizulegen, oder auch darauf, in diesem Zusammenhang gewisse Normen für das Sexualverhalten durchzusetzen.

Positionenvielfalt

Frauen als Beteiligte und Täterinnen ins Blickfeld zu rücken, hat sich inzwischen über den Kreis feministischer Sozialwissenschaftlerinnen hinaus etabliert. Nach Artikeln in Brigitte, Spiegel und Bild der Frau beschäftigten sich auch zwei Fernsehbeiträge anhand von Interviews mit dem Thema Frauen in der rechten Szene. Auf VOX lief im Februar 1993 der Film Kameradinnen die rechte Frauenfront von Barbara Kernbach und Rainer Fromm. Sat 1 sendete zu dem Thema im November 1993 einen Spiegel-TV-Beitrag von Sonja Balbach. Aufschlußreicher ist unseres Erachtens der erste Film. Der zweite Beitrag zeigt zahlenmäßig weniger Frauen, dafür allerdings mehrere aus der Ex-DDR und zusätzlich einige Männerköpfe.

Eines jedoch wird an beiden Filmen deutlich: "Die" rechte Frau existiert nicht, es gibt viele rechte Frauen, die entweder verdeckt oder öffentlich sichtbar ihre rechte Ideologie leben: in jedem Alter, mit verschiedenen Lebensformen, unterschiedlichem Äußeren, mit unterschiedlichen Meinungen zu bestimmten Themen eben vielfältig und teilweise auch nicht gleich als rechte Frau identifizierbar.

So gehen die Meinungen zum Thema Familie und Beruf bei Frauen aus unterschiedlichen Gruppen auseinander. Für die eine stehen Studium und anschließende Karriere im Vordergrund, und, sofern Kinder eingeplant sind,

vertritt sie die Vorstellung, daß der Vater des Kindes den Erziehungsurlaub nehmen kann, oder auch die Idee vom Jobsharing, mit dem zugleich noch mehr Arbeitsplätze geschaffen würden. Für die andere ist die Familie wichtiger Bestandteil ihres Lebens; sie hält es für ihre Pflicht, neue gute Deutsche zu erziehen, und ist der Meinung, daß eine Mutter selbstverständlich zu ihren Kindern gehört diese Aufgabe wolle sie sich nicht nehmen lassen.

Die Ansichten zum Thema eigener Nachwuchs sind auch recht unterschiedlich. So setzt sich etwa eine Vertreterin der Wiking-Jugend (WJ) für die Arterhaltung ein, was für ihr Leben bedeute, selber mehrere Kinder in die Welt zu setzen. Im Gegensatz dazu vertritt Ursula Worch von der Nationalen Liste (NL) den Standpunkt, daß es ja schon genügend Kinder gebe und frau nicht unbedingt selber welche bekommen müsse, da dies sicherlich nicht den politischen Umsturz befördern würde.

Inhaltlich divergieren die Filmbeiträge über die rechte Frauenszene vor allem an einem Punkt: der Abtreibungsfrage. Im Kameradinnen-Beitrag gilt als der gemeinsame Nenner, bei sonst unterschiedlichen Auffassungen (etwa zur Berufstätigkeit von Frauen, s.o.), daß ein freies Entscheidungsrecht der Schwangeren indiskutabel sei. Demgegenüber kommt die Balbach-Reportage zu dem Schluß, daß genau diese Frage das rechte Lager in Aufruhr versetze. In der Tat reichen die hier in den Interviews vertretenen Positionen von Ansichten wie Das sollte jede Frau für sich entscheiden über die strikte Ablehnung jeder Abtreibung bis hin zu der klassischen rechtsextremen Auffassung, gesunde deutsche Frauen dürften grundsätzlich nicht abtreiben, ausgenommen, es werde eine Behinderung festgestellt oder die Schwangerschaft sei durch eine nachgewiesene Vergewaltigung entstanden im Falle einer zu erwartenden Behinderung müsse abgetrieben werden.

Ob diese Diskrepanz in der Beurteilung der Abtreibungsfrage als Konsens- oder Streitthema der Rechten auf eine Entwicklung in der Zeit zwischen den beiden Beiträgen verweist, ob sie sich aus der Befragung unterschiedlicher Frauen ergibt, oder aber auf die Bearbeitung durch die Filmautorinnen zurückzuführen ist, läßt sich nicht entscheiden. Wir halten es jedoch für nicht unwahrscheinlich, daß mit dem stärkeren Hervortreten DDR-sozialisierter Frauen neue Bewegung in der Auseinandersetzung um diese Frage entstanden ist.

Dennoch wird an beiden Filmbeiträgen deutlich, daß die bislang in der soziologischen Diskussion weitgehend unhinterfragte Prämisse, derzufolge in rechten Kreisen ein extrem traditionelles Frauenbild herrscht, so nicht zutrifft. (In der soziologischen Diskussion ging es lediglich um die Frage, ob dieses vorausgesetzte traditionelle Frauenbild ausschlaggebend für die Sympathien von Frauen für rechte Politik sei oder wenig Relevanz habe.)

Daß dieses Bild zumindest in der platten Heimchen-am-Herd-Version teilweise auch in rechten Kreisen überholt ist, konnte ich (R.B.) ebenso bei meiner Analyse rechter Zeitschriften feststellen.

Stellenwert von Frauenthemen und Nähe zu feministischen Forderungen

Welche Bedeutung haben Frauenthemen für die rechten Frauen? Gemeint sind damit Fragen des Geschlechterverhältnisses, Themen wie Mutterschaft und Familie, Abtreibung, Gewalt gegen Frauen, Vergewaltigung und andere Formen sexistischer Diskriminierung et cetera also auch feministische Themen, die mittlerweile in den allgemeinen politischen Diskurs Eingang gefunden haben. Daß sie nicht im Zentrum des Interesses rechtsextremer Frauen stehen, hat sich sowohl in den Interviews mit Berliner Republikaner-Frauen (vgl. Skrzydło/Thiele/Wohllaib 1992) bestätigt als auch in meiner (R.B.) Untersuchung der Beiträge von Frauen in rechtsextremen Zeitschriften zwischen 1985 und 1993.

Aus den Interviews ging hervor, daß die programmatischen Aussagen der Republikaner zur Frauenrolle irrelevant für den Eintritt der Frauen waren. Zum Teil lehnten sie diese sogar ab. Da sie andere politische Schwerpunkte für sich setzten, führte diese Ablehnung jedoch nicht zu innerparteilichen Auseinandersetzungen oder gar zu Veränderungen der Programmatik. Ebenso wenig aber führte sie zu Veränderungen in den Lebenskonzepten der Frauen, die von den oben genannten Forscherinnen teilweise als berufsorientiert und halb-emanzipiert bezeichnet werden.

Die Zeitschriftenanalyse umfaßt 513 Beiträge([11](#)) von Frauen in 16 Zeitschriften über 9 Jahrgänge (insgesamt 678 Ausgaben). Die Beiträge von Frauen in diesen Blättern machen durchschnittlich 2-3% des Gesamtvolumens aus, außer im Mädelbrief (60%) und in der Kampfgefährtin (bis zu 100%). Bei einer Analyse der Themenstreuung anhand einer Auswahl von 312 Texten aus sieben Zeitschriften([12](#)) ergab sich folgendes Bild: Ein personeller, organisatorischer oder inhaltlicher Bezug auf Frauen findet sich schwerpunktmäßig in 19,55% der Beiträge, am Rande in 17,63% und gar nicht in 63,14%. Das Aufkommen inhaltlicher Bezüge (Frauenthemen) wurde von mir verglichen mit dem Aufkommen anderer Themenkreise([13](#)): Nationales 44,87%, Gegnerschaften 33,33%, Frauenthemen 29,17%, Rassismus 20,83%, Feuilleton 20,83%.

Die Auswertung bestätigt demnach die These, daß auch bei Frauen der Nationalismus im Zentrum ihrer rechten Haltung steht. Die Erwartung, daß Rassismus ein mindestens ebenso dominantes Thema für die schreibenden rechtsextremen Frauen sei, erwies sich jedoch zumindest nach den bisherigen Ergebnissen als Irrtum. Rassismus wird seltener thematisiert als

Frauenfragen (und beide seltener als Gegnerschaften). Selbst wenn die speziell an Frauen gerichtete Zeitschrift herausgelassen wird, sinkt der Anteil der Frauenthemen auf 18,2% und damit nur knapp unter den Anteil von Rassismus (19,1%). Das Aufkommen nationaler Themen bleibt aber konstant (44,87%). Somit kann der Schluß gezogen werden, daß für die Autorinnen rechtsextremer Zeitschriften Frauenfragen nicht irrelevanter sind als Fragen der ethnischen Abgrenzung bzw. Rassismus, daß eine stärkere Gewichtung der Frauenfragen aber nur in speziell an Frauen gerichteten Zeitschriften zu finden ist. Den Hauptteil bilden jedoch die Äußerungen zum Themenkreis Nationales. Bei diesen Ergebnissen ist zu berücksichtigen, daß in der Zeitschriftenanalyse nur jene Äußerungen von Frauen erfaßt werden können, die innerhalb eines eher männlich tradierten Politikverhaltens (Verschriftlichung und Veröffentlichung) angesiedelt sind. Sie müssen also nicht repräsentativ für alle rechts orientierten Frauen sein.

Erwartungsgemäß tauchen eine Menge klassisch rechter Positionen in den Zeitschriftenartikeln auf. Inhaltlich bedenkenswert für feministische Leserinnen dürften aber unter anderem diejenigen Beiträge sein, die eine Nähe zu eigenen Positionen aufweisen. Eine kleine Auswahl:

Cora Braune regt sich in der FAP-Intern (3/89) über den Nationalsexismus des Dr. Frey auf. Er hatte eine Ausgabe der National-Zeitung mit sexistischen Lolita-Bildchen ausgeschmückt.

In einer Glosse in der Jungen Freiheit (6/92) macht sich Claudia Spranger über die männlichen TV-Zuschauer lustig, die sich die RTL-Erotikfilme zu Gemüte führen.

Empörung, Entsetzen und Hilfsappelle angesichts der Massenvergewaltigungen in Ex-Jugoslawien finden sich bei Johanna Grund (zuerst in Junge Freiheit 3/93, S. 19) und bei Rosemarie Heckmann (Deutschland-Magazin 3/93, S. 34f).

Frauen, die aufgrund von Scheinehen in Schwierigkeiten geraten sind, empfiehlt Carola Berger in der Jungen Freiheit (4/92) ein Beratungsangebot in Berliner Frauenzentren.

Das relativ hohe Maß an Bewegungsfreiheit und Rechten für Frauen im Irak gilt Ilse-Carola Salm in Nation & Europa (3/93, S. 6164) als Grund, das dortige Regime als fortschrittlich zu bezeichnen.

Frauenhandel wird angeprangert (Ruth Winkler in Nation & Europa 8/88, S. 55).

Heimattreue Mädels schwärmen von einem eigenen Mädchenlager, in dem sie unter sich sind und Einblicke in autogenes Training und Selbstverteidigung vermittelt bekommen (na klar! Nr. 54, 30.6.91, S. 13f).

In Hexenverkleidung feiert frau exzentrisch selbstbewußt die Walpurgisnacht (na klar! Nr. 50, 30.6.90).

Auch Flugblätter etwa von der FAP-Frauenschaft wenden sich massiv gegen sexuelle Gewalt, Kinderprostitution etc.

Die Liste könnte fortgesetzt werden ...

Es handelt sich hier selbstverständlich bewußt um Ausschnitte und oftmals aber nicht immer rückt der Kontext diese Äußerungen in ein anderes Licht. Sie werden relativiert oder in den Dienst einer rassistischen Argumentation gestellt. So gilt etwa der Frauenhandel als Beispiel für AusländerInnenkriminalität. Oder sie stehen im Kontext interner Grabenkämpfe, wie etwa einer umfassenderen Abgrenzungskampagne eines Teils der Szene gegen Frey.

Doch zeigt sich deutlich, daß Anliegen und Themen der Frauenbewegung zum Teil Eingang gefunden haben in einen allgemeinen gesellschaftlichen Wertekodex, auf den wiederum auch Rechte sich beziehen und bestimmte Aspekte aufgreifen. Das Frauenbild der Rechten ist entsprechend facettenreich geworden. Äußerungen wie die oben aufgelisteten dürfen uns nicht als Belege dafür gelten, daß die Frau o.k. ist. Etwas mehr Wachsamkeit ist gefragt.

Umgekehrt heißt das für uns als linke Feministinnen, daß es nicht reicht, lediglich bestimmte frauenparteiliche Positionen zu äußern, um unmißverständlich die eigene politische Haltung zu kennzeichnen. Auch hier gilt es, eigene Hintergründe und Motivationen untereinander und nach außen zu klären. Noch dürfte es die Ausnahme sein, daß sich Faschistinnen in unseren Räumen bewegen, doch Anknüpfungspunkte, die sie nutzen könnten ähnlich wie die NationalrevolutionärInnen dies bei der Friedensbewegung getan haben, gäbe es durchaus. Nicht nur auf plakativer Forderungsebene, sondern auch in der intellektuellen und in der spirituellen/esoterischen Szene.

Es ist schwierig, genau zu ergründen, aus welchen Motivationen heraus sich Frauen rechts orientieren, aber zunächst einmal halten wir es für wichtig, sich klarzumachen, daß es eben nicht nur rechte Männer, sondern auch viele rechte Frauen gibt, die ihre Einstellungen teilweise nur anders leben. Die in diesem Beitrag diskutierten Thesen zeigen ja, daß es viele Motivationen für Frauen geben kann wahrscheinlich auch noch mehr als die von uns angeführten -, die alle nebeneinander bestehen können, ohne einen eindeutigen Zusammenhang aufweisen zu müssen. Ähnlich widersprüchlich ist, wie wir gesehen haben, das Frauenbild, welches die organisierten rechten Frauen vertreten. Wir führen diesen Umstand jedoch nicht auf ihre Toleranz im Sinne eines angestrebten internen Pluralismus zurück, sondern deuten ihn eher als wenig beachtete Heterogenität und Widersprüchlichkeit, die möglicherweise sogar die Rekrutierungschancen rechter Gruppen verbessert.

Die neue soziologische Diskussion zum Thema Frauen und Rechtsextremismus hat eine Reihe bedenkenswerter Thesen hervorgebracht. Sie sollten aber nicht als endgültige Einsichten verstanden werden, sondern als erste Ergebnisse einer Forschung, die noch vertieft

werden muß.

Daneben ist es an der Zeit, endlich zu fragen, wie wir mit rechten Frauen umgehen wollen und welche Strategien wir entwickeln können. Jahrelang praktizierte Frauensolidarität und auch der gesamtgesellschaftliche frauenpolitische Rollback sollten uns nicht daran hindern, klare Trennlinien gegen rechtsgerichtete Frauen inner- und außerhalb unserer Räume zu ziehen und sie als politische Gegnerinnen anzugehen.

(1) Im folgenden benennen wir Lesben nicht explizit, da sie 1. in unserem Material sowohl von als auch über rechtsextreme Frauen so gut wie nie sprachlich oder inhaltlich auftauchen, und 2., da wir selbst auch noch keine hinreichende Auseinandersetzung darüber geführt haben, in welchen Fragen eine Nennung richtig, in welchen aber möglicherweise auch verfälschend wäre. Da wir in diesem Artikel viel mit direkten oder indirekten Zitaten arbeiten, benutzen wir durchgängig den Begriff Frauen.

(2) Eine etwas ausführlichere Zusammenfassung gibt Svenja Ottens in Widersprüche Nr.46 von 1/93. Wir teilen übrigens ihren Hinweis, daß sich die meisten Autorinnen, wenn sie von Frauen sprechen, auf weiße deutsche Frauen beziehen, ohne dies zu benennen. Die wichtigsten Texte der Diskussion sind in dem Reader Auch Sie, Frau Mustermann ...?! Ein Reader zu Mädchen/Frauen und Rechtsextremismus, hrsg. von der Fantifa Kassel, komplett wiedergegeben (incl. umfassenderes Literaturverzeichnis). Eine Literaturliste der Fantifa Kassel ist auch abgedruckt in Widersprüche, Heft 45, Dezember 1992.

(3) Claudia Heyne läßt in ihrem Buch Täterinnen (Zürich: Kreuz-Verlag 1993) das Bild von der gewaltlosen Frau ins Wanken geraten und stellt anhand zahlreicher Beispiele die These auf, daß Frauen in Situationen, die ihnen die notwendige Macht zur Verfügung stellen (z.B. gegenüber Kindern), in ihrem destruktiv aggressiven Verhalten anderen gegenüber Männern in nichts nachstehen.

(4) Dominanzkultur bedeutet, daß es innerhalb einer Gesellschaft, die sich insgesamt als höherwertig gegenüber anderen begreift, ein bestimmtes Konfliktlösungsschema gibt: Dominanz und Unterwerfung. Das Schema hat drei Merkmale: 1. Einrichtung von Hierarchie (Verschiedenheit ist nicht einfach verschieden, sondern wird in eine Rangordnung einsortiert); 2. In materieller Hinsicht wird eine Lage nicht erst als bedrohlich eingeschätzt, wenn ein tatsächlicher Mangel vorliegt, sondern wenn Privilegien (Reichtum, Vorrechte) bedroht zu sein scheinen, von denen mensch ausgeht, daß sie einer/m zustehen; 3. Sich selbst als Norm zu setzen, als das einzig wahre, richtige, gesunde etc. Alles Fremde und Andere erinnert dann schmerzlich an die nichtgelebten Möglichkeiten, stellt die Selbstgerechtigkeit in Frage und stellt somit eine narzißtische Kränkung dar. Diese wird durch Ausgrenzung und Diskriminierung abgewehrt. Diese Merkmale erkennt Rommelspacher sowohl im Geschlechterverhältnis als auch als Muster von Rassismus. Sowohl Männer als auch Frauen haben in ihrer vielfältigen Identität unterschiedliche Rollen innerhalb dieses Schemas inne (als Frauen gehören wir zur diskriminierten Gruppe, als Weiße zur dominanten etc.).

(5) Unter Defizithese werden soziologische Ansätze gefaßt, die rechtsextremes Verhalten auf soziale Defizite zurückführen (Stichworte: Orientierungslosigkeit, Milieuverlust, Individualisierung, ModernisierungsverliererInnen).

(6) These aus der Wahlforschung, wonach Frauen neue Parteien zunächst nur in geringem Maße wählen, später aber nachziehen.

(7) In diesen Überblick konnten aus terminlichen Gründen nicht alle Neuerscheinungen einbezogen werden. Es sei aber zumindest hingewiesen auf das Heft zum Themenschwerpunkt Frauen und Rechtsextremismus der Zeitschrift für Frauenforschung, Heft 1 und 2, 12. Jg., hrsg. v. Forschungsinstitut Frau und Gesellschaft, Bielefeld 1994.

(8) Für allgemeine Informationen zu den im folgenden genannten Organisationen und zu den meisten ihrer führenden Köpfe s. Edition ID-Archiv 1992: Drahtzieher im braunen Netz.

(9) vgl. Busses Äußerungen in dem Film Kameradinnen die rechte Frauenfront.

(10) Schlachtruf erscheint inzwischen nicht mehr (lt. Antifa-Info Nr. 25, Dez/Jan 93/94). Die ehemalige Herausgeberin Martina Janssen aus Freiburg erwartet ein Prozeß.

(10) Schlachtruf erscheint inzwischen nicht mehr (lt. Antifa-Info Nr. 25, Dez/Jan 93/94). Die ehemalige Herausgeberin Martina Janssen aus Freiburg erwartet ein Prozeß.

(11) Beiträge, die wahrscheinlich nur unter weiblichem Pseudonym von einem Mann verfaßt wurden, habe ich nicht mit einbezogen. So soll sich etwa hinter Jutta Winckler bei der Jungen Freiheit Theo Homann verbergen.

(12) CriticM-sn, Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Elemente, Junge Freiheit, Kampfgefährtin, Na klar!, Nation und Europa

(13) Nationales = deutsche Geschichte, insb. NS bis 1945, GermanInnen, nordeuropäische Frühgeschichte; Deutsche Einheit (DDR, Ex-DDR, Wiedervereinigung, dt. Ostgebiete, Österreich, Sudeten, Südtirol etc.); Deutschtum (Pflege der dt. Kultur, Sprache etc.). Rassismus = unverblünte rassistische Äußerungen; Ethnopluralismus; AusländerInnen, AsylbewerberInnen, Einwanderung als Problem, Antisemitismus und Judentum; (süd)afrikanische Politik, AfrikanerInnen. Gegnerschaften = Linke, 68er, Antifa, AnarchistInnen; militante Konflikte; Polizei, Justiz; Grabenkämpfe innerhalb der rechten Szene.

Literatur

Balbach, Sonja 1993

Spiegel-TV-Reportage zu rechtsextremen Frauen (o.T.), Sat 1, 30.11.

Birsel, Ursula 1992: Frauen und Rechtsextremismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 10.1.

Bitzan, Renate 1994: Rechter Geist aus Frauenfedern. Beiträge von Frauen in rechtsextremen Zeitschriften 1985-93. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, Februar

dies. 1994: Rechter Geist aus Frauenfedern. Zur Positionenvielfalt publizierender rechter Frauen, insbesondere zur Konstruktion des Geschlechterverhältnisses und zu sozialpolitischen Frauenfragen (Zeitschriftenanalyse 1985-1993). Magistra-Arbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Gesamthochschule Kassel

Crips, Liane 1990: National-feministische Utopien. In: Feministische Studien, Heft 1

Däubler-Gmelin, Herta/ Kiessler, K. 1989: Die Rechtsaußen-Parteien und die Frauen. Warum die Republikaner eine Männerpartei sind. In: Konservative und Rechtsextremismus, München

Die Deutsche Frauenfront (Hg.): DFF informiert. Verschiedene Ausgaben

Die Deutsche Frauenfront (Hg.): Die Kampfgefährtin. Verschiedene Ausgaben

FAP-Frauenschaft (Hg.): Der Mädelbrief. Verschiedene Ausgaben

Filter, Cornelia 1993: Ein (Männer)Volk. In: Emma, Jan/Feb.

Flesch, Claudia 1991: Gewalt bei Mädchen/jungen Frauen. In: Hessische Jugend. Zeitschrift des hessischen Jugendrings. Heft 7

Fromm, Rainer/ Kernbach, Barbara 1993: Kameradinnen die rechte Frauenfront. TV-Reportage, Vox, Februar

Hans, Beate 1992: Mädchen, Frauen und Rechtsextremismus. Diplomarbeit im Fach Sozialwesen, Gesamthochschule Kassel, November

Hoffmann, Florentine 1990: Wir sind dazu da, dem Mann das Leben schön zu machen. In: Brigitte 5

Hoffmann-Göttig, Joachim 1989: Die neue Rechte: Die Männerparteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 6.10.1989

Holzkamp, Cristine/ Rommelspacher, Birgit 1991: Frauen und Rechtsextremismus. In: Päd. Extra. Heft 1

Hunke, Sigrid 1987: Die Zukunft unseres unvergänglichen Erbes in Mann und Frau. In: Elemente, 2. Ausgabe (Juni/Sept.)

ID-Archiv im internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam (Hg.) 1992: Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP. Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs Berlin, Berlin/Amsterdam

Jakobs, W. 1993: Rechtsextreme Jugend? Studie: Mädchen sind weniger anfällig. In: taz vom 14.12.93

Knapp, Gudrun-Axeli 1993: Frauen und Rechtsextremismus: Kampfgefährtin oder Heimchen am Herd? In: Harald Welzer (Hg.): Nationalsozialismus und Moderne, Tübingen

Lohmeier, Cornelia 1991: Wie immun sind Mädchen gegen Rechtsextremismus? In: deutsche jugend, Heft 1

Meyer, Birgit 1991: Mädchen und Rechtsradikalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5

Ministerium für die Gleichstellung von Mann und Frau des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) 1994: Rechtsextremismus und Gewalt: Affinitäten und Resistenzen von Mädchen und jungen Frauen. Ergebnisse einer Studie, vorgelegt von Hilde Utzmann-Krombholz, Januar

Moderne Zeiten Nr.3 und 4, Juni/Juli 1993

Möller, Kurt 1991: Mädchen, Frauen und Rechtsextremismus. In: Sozialmagazin, Heft 10

Oltmanns, Hilke 1990: Siegen, kämpfen, durchgreifen lassen. Rechtsextremismus bei Mädchen. In: Widersprüche Nr.35, Heft 6

Ottens, Svenja 1993: Zur Auseinandersetzung um das Verhältnis von (jungen) Frauen und Rechtsradikalismus. In: Widersprüche, Heft 1

Rogge-Börner, Sophie 1933: Denkschrift an den Kanzler des deutschen Reiches, Herrn Adolf Hitler, und den Vizekanzler Herrn Franz von Papen. In: Annette Kuhn/Valentine Rothe: Frauen im deutschen Faschismus, Band 1, Düsseldorf 1987

dies. 1933/34: Volksgemeinschaft als Blutsgebot. In: Die Frau, 41. Jg.

Schwarzmeier, Antje 1993: Organisierte Neofaschistinnen. Deutsche Frauenfront und Skingirlfront Deutschland. Studienbegleitende Prüfungsarbeit im Fach Politikwissenschaft, Universität Marburg

Schweele, Sabine 1990: Rechtsextremistische Orientierungen auch ein Frauenproblem? In: Rundbrief der Senatsverwaltung für Frauen, Jugend und Familie, Berlin, Nr.1

Siller, Gertrud 1991: Junge Frauen und Rechtsextremismus Zum Zusammenhang von weiblicher Lebenserfahrung und rechtsextremistischen Gedankengutes. In: deutsche jugend, Heft 1

Skrzydlo, Annette/Thiele, Barbara/Wohllaib, Nicola 1992: Frauen bei den Republikanern in Westberlin ein empirisches Projekt. FU Berlin

Wittrock, Christine 1983: Weiblichkeitsmythen. Das Frauenbild im Faschismus und seine Vorläufer in der Frauenbewegung der zwanziger Jahre. Frankfurt am Main

Flexibilisierte Frauen Historische und aktuelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt

Susanne Heeg

Frauen profitieren jetzt stärker vom Arbeitsmarkt, so ein Sprecher der Bundesanstalt für Arbeit anlässlich der Kommentierung der Arbeitsmarktdaten vom April 1994. Sie sind vor allem im Dienstleistungssektor und viele in Teilzeit tätig, genau in den Bereichen, in denen die Beschäftigung expandierte. (vgl. taz vom 11. Mai 1994) Die Statistiken scheinen ihm Recht zu geben angesichts 9,3% arbeitsloser Frauen, aber 9,4% arbeitsloser Männer im April 1994, obwohl doch die Arbeitslosenquote der Frauen immer über der der Männer lag.

Allerdings handelt es sich bei der Zunahme von Frauenjobs im Dienstleistungssektor und der Ausdehnung von Teilzeitarbeit zumeist um schlechtbezahlte und ungesicherte, kurz, prekäre Arbeitsverhältnisse und keinesfalls um die Durchsetzung von Forderungen der Frauenbewegung nach gleichem Lohn und gleichen Aufstiegschancen. Im Gegenteil, die gegenwärtige Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen scheint die soziale Polarisierung auch unter Frauen zu verschärfen.

Vergeschlechtlichung von Lohnarbeit

Im historischen Rückblick stellt sich die Entwicklung der Frauenlohnarbeit als Geschichte eines spezifischen Problems dar, das es zu regeln galt. Lohnarbeit von Frauen war bis in die 50er Jahre dieses Jahrhunderts hinein umstritten. Der vorherrschenden Auffassung zufolge widersprach sie der biologischen Bestimmung der Frauen und sollte dem Mann als Familienernährer vorbehalten bleiben.

Bekanntermaßen gab es im 19. Jahrhundert gleichwohl Frauenlohnarbeit. Vor allem im Bürgertum jedoch diskutierte man seit der Industrialisierung viel über ihre schädlichen Wirkungen auf das Familienleben, die Sittlichkeit und eine gesunde Nachkommenschaft. Durch die Begrenzung auf den häuslichen Reproduktionsbereich sollten Frauen ihrem Wesen gerecht werden, sprich: für ihren Mann und ihre Kinder sorgen.

Zwar konnte das Verbot der Fabrikarbeit für (verheiratete) Frauen nicht durchgesetzt werden, doch erfolgten schon relativ früh rechtliche Reglementierungen: 1878 das Verbot der Frauenarbeit unter Tage, 1891 das

Verbot der Nachtarbeit, 1910 ein zehnstündiger Maximalarbeitstag für Fabrikarbeiterinnen (nicht jedoch für Dienstmädchen oder landwirtschaftliche Arbeiterinnen, vgl. Frevert 1986, S. 91).

Diese juristischen Umsetzungen der Diskurse über das Wesen der Frau wurden allerdings nicht allein von bürgerlichen Kreisen getragen. Auch Teile der sich formierenden Gewerkschaftsbewegung unterstützten eine Einschränkung der Frauenlohnarbeit nicht nur aus philanthropischen Gründen, sondern um einer weiblichen Schmutzkonkurrenz vorzubeugen. Man befürchtete, daß Frauen aufgrund ihrer niedrigeren Löhne Männer von ihren Arbeitsplätzen verdrängen und so die natürliche geschlechtliche Arbeitsteilung auf den Kopf stellen würden. Daß die Haltung der Gewerkschaften zur Frauenerwerbstätigkeit lange Zeit ambivalent war, zeigt sich auch in der Forderung nach einem Familienlohn, der es dem männlichen Arbeiter ermöglichen sollte, eine ausschließlich mit der Reproduktionsarbeit beschäftigte Frau und Kinder zu ernähren. Eine Position, die gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und verstärkten ökonomischen Drucks auf die Lohnabhängigen die gewerkschaftliche Politik dominierte und egalitäre, an der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit orientierte Positionen marginalisierte.

Die rechtlichen Einschränkungen der Frauenlohnarbeit basierten unter anderem auf der Vorstellung, daß Frauen sofern sie industrielle Arbeit leisteten wegen ihrer vermeintlich schwächeren körperlichen Konstitution zu schützen seien. Dieser weitverbreiteten Auffassung entsprach auch die Forderung nach spezifischen Arbeitsinhalten für Frauen. So bekamen sie die scheinbar leichteren Arbeiten in Fabrik, Verwaltung und Handel zugewiesen. Überdies galt ihre Erwerbstätigkeit allgemein nur als vorübergehend, da man annahm, daß sie irgendwann in ihre Familie zurückkehren bzw. eine gründen würden. Frauen wurden daher auf dem Arbeitsmarkt durch eine Vielzahl von Faktoren wie etwa geringere Körperkraft und Leistungsfähigkeit oder eine wesensmäßige Prädestiniertheit für die Familie als negativ belastet angesehen.

Im Rückblick auf die Geschichte der Frauenerwerbsarbeit ist festzuhalten, daß der hier nur angedeutete Geschlechterdiskurs das Problem Frauenlohnarbeit in zweifacher Hinsicht erst generierte: Zum einen unterlag und unterliegt Lohnarbeit generell einer historischen Vergeschlechtlichung, die zu einer Differenzierung in männliche Normalarbeitskräfte und weibliche Problemfälle führte. Männliche Arbeit gilt demnach als kontinuierlich und stetig, weibliche als diskontinuierlich. Zum anderen erfolgte über diese Vergeschlechtlichung zugleich eine geschlechtliche Codierung von Berufs- und Arbeitsfeldern. Das scheinbar spezifisch weibliche Arbeitsvermögen wurde in Tätigkeitsfeldern organisiert, die in einem hierarchischen Verhältnis zu männlichen Arbeitsbereichen standen und stehen (vgl. Wetterer 1992).

Als Männerarbeit gelten bis heute technische, handwerkliche und/oder führende und planende Tätigkeiten, während weibliche Tugenden in der Arbeitswelt komplementär zu männlichen Fähigkeiten gedacht werden wie etwa die Frauen zugeschriebene Fingerfertigkeit, Resistenz gegen Routine, Einfühlungsvermögen und Kommunikationsbereitschaft (vgl. Cockburn 1988, S. 169 ff.). Weiblich codierte Arbeit steht damit in einem Ergänzungs- bzw. Unterstützungsverhältnis zur männlich codierten Arbeit. So arbeiten Frauen häufig als Sekretärinnen und Assistentinnen eines Mannes, als Zuarbeiterinnen eines Facharbeiters oder in Mechanisierungslücken und -sperrern (z.B. Verkaufstätigkeiten im Einzelhandel, Verpackung, Montage, Informationsverarbeitung in weiten Bereichen des Dienstleistungssektors). Dabei sind allerdings die Arbeitsinhalte selbst historisch und geschlechtlich variabel([1](#)): wurde etwa die Arbeit der Schriftsetzerei zu Anfang dieses Jahrhunderts unter Verweis auf die sitzende Tätigkeit und die Nähe zum Klavierspielen (als Tätigkeit bürgerlicher Frauen) abwertend als weibliche bezeichnet, so wandelte sie sich später zur männlichen Arbeit. Ohne daß sich der Arbeitsablauf oder der technische Standard großartig geändert hatten, galt sie nun als Arbeit mit einer hohen Anforderung an die technische Qualifikation (vgl. Schmidt 1993). Ein weiteres Beispiel ist das Berufsbild der Röntgenassistenz: arbeiten vorwiegend Männer in diesem Bereich, wird dies mit dem dafür nötigen technischen Know-How begründet, sind dagegen mehr Frauen als Röntgenassistentinnen tätig, so gilt ihre höhere soziale Kompetenz und ihr Einfühlungsvermögen im Umgang mit Patienten als Voraussetzung (vgl. Cockburn 1988, S. 116 ff.). Allgemein ist zu beobachten, daß die Feminisierung von Arbeit als eine Form ihrer Vergeschlechtlichung mit einer generellen Geringschätzung und Abwertung bestimmter Arbeitsfelder und ihrer Qualifikationsanforderungen einhergeht; in hauptsächlich von Frauen getragenen Bereichen wie etwa der Sozialarbeit ist dies offensichtlich (vgl. Teubner 1992). So ist die Geschlechterhierarchie in der Organisation und Normierung von Lohnarbeit zwar historisch Transformationen unterworfen, aber dennoch bis heute prägend.

Historische Veränderungen der Arbeitsorganisation

Eine historisch bedeutsame Veränderung in der Erwerbstätigkeit von Frauen ergab sich während der Weimarer Republik infolge einer zunehmenden Zerlegung, Standardisierung und Maschinisierung der Arbeitsabläufe in der industriellen Produktion. Diese Prozesse führten unter anderem zu einer Ausdehnung der Dienstleistungs- und Verwaltungstätigkeiten und zu einem verstärkten Einsatz weiblicher Arbeitskräfte auf dem Feld der einfachsten und schematischsten Arbeiten im Büro, während Männer dort zumeist qualifizierte Tätigkeiten übernahmen. Spätestens in den 20er Jahren wurden Sekretariats-, Schreib- und Verkaufstätigkeiten zu weiblichen Arbeitsfeldern,

das heißt, die sitzenden und ausführenden Tätigkeiten in Verwaltung und Dienstleistungsbereichen galten von nun an als weibliche (vgl. Schmidt 1993).

Auch der Bund Deutscher Frauen (BDF), das Sprachrohr der bürgerlichen Frauenbewegung in der Weimarer Republik, stützte damals die Vorstellung, Frauen besäßen grundsätzlich andere Fähigkeiten, Interessen und Bedürfnisse als Männer. Wie schon in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg propagierten sie die Fingerfertigkeit von Frauen bzw. Pflege und Erziehung als spezifisch weibliche Arbeitsfelder, um Frauen mehr Optionen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen, die allerdings ihrer Natur und ihren Pflichten entsprechen sollten. Ihre Bemühungen konzentrierten sich entsprechend auf den gesundheitsdienstlichen, erzieherischen und karitativen Bereich sowie auf Büroarbeiten.

Zwar eröffneten sich in der Weimarer Republik neue Arbeitsfelder für Frauen, doch galt dieser erweiterte Zugang zur Erwerbstätigkeit, zumal bei den Angestellten, nur für Ledige. Verheiratete Frauen, die arbeiten mußten oder wollten (sofern sie nicht als mithelfende Familienangehörige tätig waren), waren meist zu Fabrikarbeit oder Heimarbeit gezwungen.

Versuche, die Erwerbstätigkeit von Frauen quantitativ und qualitativ einzuschränken, kennzeichneten die nationalsozialistische Arbeitsmarktpolitik in den ersten Jahren nach der faschistischen Machtergreifung. Die unter der Parole Kampf dem Doppelverdienertum geführte und durch sozialpolitische und rechtliche Maßnahmen abgestützte Kampagne hatte jedoch kaum Auswirkungen, das heißt, der Anteil der lohnabhängig beschäftigten Frauen blieb von kleineren Schwankungen abgesehen zwischen 1933 und 1945 konstant. Gänzlich aufgegeben wurden die Bestrebungen zur Einschränkung der Frauenerwerbstätigkeit mit der forcierten Aufrüstung ab 1935/36. Seit dieser Zeit und verstärkt noch nach dem Kriegsbeginn versuchten die faschistischen Machthaber Frauen als Arbeitskräfte für die industrielle Produktion vor allem im Rüstungsbereich zu gewinnen. Dies gelang allerdings nicht und auch die gegen Ende des Krieges erlassenen Zwangsmaßnahmen zur Rekrutierung weiblicher Arbeitskräfte zeigten nur geringe Effekte. Ungeachtet der Kehrtwendungen in der nationalsozialistischen Arbeitsmarktpolitik wurde insgesamt im faschistischen Deutschland die Vergeschlechtlichung der Lohnarbeit mit biologistischen Begründungen forciert (vgl. Siegel 1991).

Als bedeutsam für die weitere Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit erwiesen sich die in der Weimarer Republik einsetzenden und während des Faschismus verstärkten Bestrebungen zur Einführung tayloristischer Arbeits- und Organisationsprinzipien. Unter staatlicher Kontrolle wurden Versuche zur Massenproduktion vor allem in Bereichen der Stahlproduktion und des Wohnungsbaus vorangetrieben (vgl. Siegel/Freyberg 1991). In der

Bundesrepublik setzte sich die Massenproduktion von standardisierten Gütern in stark zergliederten Arbeitsschritten an Fließbändern schließlich durch und wurde zum vorherrschenden Produktionsmodell. Die hiermit verbundene striktere Trennung von ausführenden und planenden Tätigkeiten in den Unternehmen führte unter anderem zur Ausdehnung von Organisations-, Management- und Verwaltungstätigkeiten abseits der eigentlichen Produktion.

Infolge des wirtschaftlichen Booms im Nachkriegsdeutschland und den Veränderungen in der Arbeitsorganisation kam es Ende der fünfziger Jahre zu einem Arbeitskräftemangel. Sowohl im Produktions- als auch im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich bestand nun die Notwendigkeit, Arbeitskräfte zu rekrutieren, die nicht mehr dem Bild der männlichen Normalarbeitskraft entsprachen: ausländische Arbeitskräfte wurden angeworben und Frauen mit Teilzeitarbeit gelockt. Im Zuge dieser Entwicklung wurde Lohnarbeit für Frauen zunehmend normal, allenfalls durch die Geburt von Kindern unterbrochen.

Vor allem deutschen Frauen boten sich im Dienstleistungssektor(2) gut entlohnte und sichere Beschäftigungsmöglichkeiten. Angelika Willms erklärt dies mit der immer unvollständig gebliebenen Integration von Frauen in den gewerblichen Sektor (vgl. Willms 1985, S. 169). Sie standen demnach zu dem Zeitpunkt als Arbeitskräfte zur Verfügung, als die Expansion des Dienstleistungssektors einsetzte. Im Zuge dieser Entwicklung war es ihnen auch möglich, in bislang männlich codierte Arbeitsfelder einzudringen (z.B. kaufmännische Tätigkeiten). Gleichzeitig übernahmen nun zunehmend MigrantInnen die schlechtbezahlten Arbeitsplätze in der industriellen Produktion oder im Gastgewerbe.(3) Frauen egal ob in- oder ausländische füllten jedoch weiterhin die betriebliche Hierarchie von unten auf. Trotz tiefgreifender ökonomischer Veränderungen setzte sich die Vergeschlechtlichung von Beschäftigungs-, Berufs- und Karrierechancen fort (vgl. z.B. Willms 1985, 228 ff.).

Legitimiert und erklärt wurde die fortbestehende Geschlechterhierarchie auf dem Arbeitsmarkt allerdings nicht mehr (explizit) mit der wesensmäßigen Bestimmung der Frauen, den Haushalt zu führen und Kinder zu versorgen, das heißt, die biologistische Begründung verlor an Bedeutung. Vielmehr sah man die schlechtere Position von Frauen und ihre Ausgrenzung aus bestimmten Arbeitsmarktsegmenten nun in einem mangelnden Engagement bzw. Interesse für den Beruf und ihrer vermeintlich stärkeren Familienorientierung begründet. Daß viele Frauen sich mehr oder weniger freiwillig für Teilzeitarbeit entschieden, diene und dient hierbei oft als Beleg für ihren angeblichen Wunsch, noch Zeit für die Familie zu haben (Eckart 1986). Aufgrund dieser verbreiteten Vorstellung haftet Frauen, ob sie nun halbtags oder ganztags beschäftigt sind, das Etikett der halben Arbeitskraft an.

In einer gewendeten Form unterstützten auch breite Teile der Neuen Frauenbewegung diese Annahmen. So versuchten Feministinnen in der Hausarbeitsdebatte der siebziger Jahre unter anderem die gesellschaftlich vorherrschende Abwertung der Hausarbeit zu durchbrechen und die angeblichen Qualitäten der Hausfrauen als spezifisch weibliche Fähigkeiten bzw. als weibliches Arbeitsvermögen aufzuwerten (vgl. z.B. Beck-Gernsheim/Ostner 1978 und kritisch hierzu Gildemeister/Wetterer 1992). Auch in diesem feministischen Diskurs wurden Frauen bestimmte Tugenden zugewiesen, nun jedoch unter Bezugnahme auf ihre weibliche Sozialisation, aus der andere, positive Qualitäten wie Empathie, Fürsorglichkeit, Einfühlsamkeit etc. resultieren sollten. Daß sie über solche Zuschreibungen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin auf bestimmte Positionen verwiesen und von anderen ausgeschlossen blieben, kurz, daß die Konstruktion von Andersartigkeit sich in dieser Gesellschaft in Hierarchien umsetzt, vermochte die feministische Aufwertungspolitik nicht anzugreifen.

Auch für weite Teile der Gewerkschaften waren und sind Frauen mit spezifischen Problemen belastet: ihre zusätzlichen Pflichten in der Familie bewirken einen niedrigeren Organisationsgrad. Dies zog nur teilweise ein verstärktes Bemühen um Frauen oder gar Maßnahmen gegen ihre Ausgrenzung nach sich; oft wurde es als gegeben hingenommen. Man betrachtete Frauen als eine weitere Minderheitengruppe unter vielen (z.B. MigrantInnen) und vertrat die Ansicht, daß die Ursachen ihrer Probleme außerhalb des gewerkschaftlichen Eingriffs-, Regelungs- und Gestaltungsbereiches lägen. Ähnlich wie im Falle von MigrantInnen wurde ein Rückzugsbereich (bei den MigrantInnen das Herkunftsland, bei den Frauen die Familie) unterstellt, der sie lediglich als sekundäre Arbeitskräfte erscheinen ließ.

Flexibilisierungstendenzen

Die überwiegend niedrig qualifizierten Arbeitsplätze, die (deutsche wie ausländische) Frauen zu Zeiten des Wirtschaftswunders ausfüllten, waren häufig in krisengefährdeten Bereichen von Unternehmen angesiedelt (vgl. Gensior/Lappe 1990, Gottschall 1989a/b). Ab Mitte der siebziger Jahre setzte ein verstärkter Abbau von Industriearbeitsplätzen ein, im Zuge dessen auch viele Arbeitsbereiche von Frauen Rationalisierungsstrategien zum Opfer fielen.

Diese Entwicklungen standen und stehen unter anderem im Zusammenhang mit der Krise der fordistischen Arbeits- und Unternehmensorganisation. Die kontinuierlichen Produktivitätszuwächse im Rahmen des technologischen Paradigmas Fließbandproduktion schienen sich zu erschöpfen, nicht zuletzt

auch wegen des zunehmenden Widerstands gegen die tayloristische Arbeitsorganisation, die einen Prozeß der Zergliederung, Routinisierung und Dequalifizierung von Arbeit in Gang gesetzt hatte (vgl. Lipietz 1994, Leborgne/Lipietz 1990a und 1990b, O'Connor 1984). Die unternehmerischen Reaktionen auf diesen Rückgang der Produktivitätszuwächse und auf die Widerstände gegen eine Verschärfung des Taylorismus führten zu einer Veränderung der Arbeits- und Unternehmensorganisation und zur Ausbildung neuer Managementstrategien.

Um ihre Profitraten wieder zu erhöhen, begannen viele vor allem größere Unternehmen in den siebziger Jahren mit der Verlagerung von meist routinisierten Fertigungsabschnitten in Gebiete mit geringerem Lohnniveau und dem Einsatz von Mikroelektronik, der häufig sogenannte Automatisierungslücken in der Produktion schließen konnte. Diese Maßnahmen trafen zuallererst un- und angelernte Frauen in der industriellen Massenproduktion, wenngleich die Computerisierung der Produktion teilweise auch eine Entwertung der Fähigkeiten männlicher Facharbeiter nach sich zog (vgl. Gensior/Lappe 1990, Krebsbach-Gnath 1988).

Darüber hinaus sind seit den achtziger Jahren Strategien einer Verschlinkung von Unternehmen zu beobachten. Verschlinkung (lean production) meint unter anderem Strategien wie Auslagerung, das heißt die Vergabe von Teilabschnitten der Produktion an Zulieferer bzw. Subunternehmer. Solche Maßnahmen zielen auf die Reduzierung der Stückkosten und in der Konsequenz auf die Reduzierung der Löhne der ArbeiterInnen in den formell selbständigen, häufig jedoch dem Diktat der Kernunternehmen unterworfenen Zuliefererunternehmen. Dieser Druck auf die Zulieferer unterstützt die Tendenz zu einer Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse (Lipietz 1994, Sauer 1994). Flexibilisierung und Prekarisierung bezeichnen die Zunahme ungeschützter Arbeitsformen wie Teilzeitarbeit, Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Werkverträge, freie Mitarbeit, Provisionskräfte und kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit. Unternehmen aus allen Branchen nutzen seit einiger Zeit diese Arbeitsformen, denen gemeinsam ist, daß sie den Beschäftigten auf Dauer keine sicheren Existenzbedingungen garantieren (vgl. Möller 1988). Schicht- und Nachtarbeit, zeitlich befristete Verträge, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse usw. ermöglichen es den Unternehmen, mit den geringstmöglichen Verbindlichkeiten gegenüber den Arbeitskräften einen größeren oder kleineren Arbeitsanfall flexibel, das heißt auf Kosten der ArbeiterInnen bewältigen zu können.

Auch auf die Verwaltungen der Unternehmen wirken Tendenzen der Verschlinkung: Zum einen werden zunehmend Tätigkeiten an Fremdfirmen vergeben, die zuvor noch Teil der Unternehmensaufgaben waren, wie etwa Kantinen-, Reinigungs-, Hausmeister- und Ingenieurstätigkeiten, oder auch

Arbeiten im Bereich von Informatik, Buchführung und Werbung. Auf diese Entwicklung ist das enorme Wachstum unternehmens- und produktionsorientierter Dienstleistungen innerhalb der letzten fünfzehn Jahre zurückzuführen, das vor allem den städtischen Arbeitsmarkt nachhaltig verändert hat. Der Zuwachs an Arbeitsplätzen im Reinigungsgewerbe und in der Gastronomie, bei den Sicherheitsdiensten oder auch in der Rechts- und Unternehmensberatung etc. ist in erster Linie ein Ergebnis dieser Umschichtung in der Arbeitsorganisation, das heißt der Auslagerung von Unternehmenstätigkeiten an Fremdfirmen.

Zum anderen basiert diese Expansion verschiedenster Dienstleistungen auch auf Konzentrationstendenzen im Unternehmenssektor bzw. auf der Notwendigkeit, eine Vielzahl unterschiedlicher Zulieferer und Tochterfirmen an verschiedenen Standorten kontrollieren zu müssen. So stellen die unternehmensorientierten Dienstleistungen die Voraussetzungen dafür bereit, daß weitere Verschlankungsbestrebungen von Unternehmen realisiert und Absatzmärkte über den nationalen Raum hinaus erschlossen werden können.

Der Expansion des Dienstleistungssektors in der Weimarer Republik vergleichbar, scheint sich auch das erneute Wachstum dieses Sektors positiv auf die Frauenerwerbstätigkeit auszuwirken: mehr als die Hälfte der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten sind Frauen, während ihr Anteil im produzierenden Gewerbe nur ein Viertel beträgt (vgl. taz v. 11.5.1994). Die Positionen, die Frauen im Dienstleistungssektor einnehmen, verbieten allerdings eine positive Einschätzung (vgl. Möller 1988, Gensior/Lappe 1990, Gottschall 1989b). So ist die Beschäftigungszunahme von Frauen im Einzel- und Großhandel sowie in Banken und Versicherungen vor allem der Ausdehnung von Teilzeitarbeit geschuldet, die den Unternehmen eine flexiblere Zeitgestaltung und eine kapazitätsorientierte Personaleinsatzplanung ermöglicht. Auch bei der Post arbeiten überdurchschnittlich viele Frauen in Teilzeit und werden zur flexiblen Bewältigung von Spitzenlasten eingesetzt. Unsichere Beschäftigungsformen dominieren ebenso im Reinigungsgewerbe und in der Gastronomie beides extrem belastende Arbeitsbereiche mit ungeregelten Arbeitszeiten, in denen das Einkommen der Beschäftigten häufig auch bei Vollzeit unter dem Existenzminimum liegt und keine sozialversicherungsrechtliche Absicherung gewährleistet ist (vgl. Möller 1988, S. 48 ff.). Derartige Arbeitsbedingungen sind in ähnlich starkem Ausmaß in fast allen Bereichen mit großem Frauenanteil zu finden.(4)

Frauen als Gewinnerinnen bei der Dienstleistungs- und Teilzeitbeschäftigung haben also de facto mit eher schwierigen Arbeits- und Lebensverhältnissen zu kämpfen. Zudem ist es ein offenes Geheimnis, daß ein umfangreicher Teil der Arbeit im Reinigungsgewerbe und in der Gastronomie (und wahrscheinlich auch in anderen Bereichen wie etwa dem

Baugewerbe) Schwarzarbeit bedeutet und mit Abhängigkeitsverhältnissen und existenzieller Bedrohung verbunden ist. Gerade in diese äußerst prekären Bereiche werden viele MigrantInnen abgedrängt,(5) nicht zuletzt aufgrund ihres rechtlichen Status in einem Staat, der AusländerInnen lieber draußen als drinnen sieht.

Während die Arbeitskraft von Migrantinnen ebenfalls einer Vergeschlechtlichung unterliegt, sind sie in der Bundesrepublik zugleich verschiedenen rechtlichen Reglementierungen und Diskriminierungen unterworfen. Eine Arbeitserlaubnis ist an einen legalen Aufenthalt in Deutschland gekoppelt und umgekehrt. Dieser wird vor allem durch das verschärfte Asylrecht erschwert und durch das Schengener Abkommen, mit dem die EU-Staaten gemeinsame Maßnahmen beschlossen haben, um die Einreise von MigrantInnen zu verhindern. So ist der legale unbefristete Aufenthalt in Deutschland nur wenigen Gruppen von Nicht-EU-MigrantInnen möglich: anerkannten AsylbewerberInnen; MigrantInnen, die längere Zeit mit einem deutschen Partner verheiratet waren und erwerbstätig sind; MigrantInnen (und ihren Kindern), die schon vor dem Anwerbestopp von Arbeitskräften eingereist sind und eine existenzsichernde Beschäftigung haben.(6) Hinzu kommt die seit März 1993 gültige Dienstanweisung der Bundesanstalt für Arbeit, derzufolge eine Arbeitserlaubnis erst dann erteilt werden soll, wenn vier Wochen lang geprüft wurde, ob es für den Arbeitsplatz keine deutschen oder EU-Bewerber gibt. Mit dieser Anweisung werden die Chancen von Nicht-EU-MigrantInnen auf einen qualifizierten und besser entlohten Arbeitsplatz weiter minimiert. Arbeiten müssen sie trotzdem, denn der Bezug von bzw. Antrag auf Sozialhilfe ist ein möglicher Ausweisungsgrund. Aufgrund dieser rechtlichen Rahmenbedingungen werden Nicht-EU-MigrantInnen (und MigrantInnen, die sich illegal in Deutschland aufhalten) in die prekärsten Arbeitsfelder und -formen abgedrängt, wie etwa in die Gastronomie, ins Reinigungsgewerbe oder in andere personenbezogene Dienstleistungen.

Die Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen dominiert vor allem in Bereichen, in denen Arbeitskräfte schnell ersetzbar sind, da in nur kurzer Zeit anlernbare Fähigkeiten nachgefragt werden. Daß MigrantInnen zu einem großen Teil in diesen Bereichen arbeiten, ist jedoch nicht durch ihre angebliche mangelnde Qualifikation zu erklären. Es handelt sich vielmehr um eine Konstruktion von Anderssein, die bestimmten Gruppen spezielle Fähigkeiten zu- oder abspricht, das heißt, die ungleiche Stellung von MigrantInnen ist auf die Stigmatisierungen und Ausgrenzungen durch das Ausländerrecht und auf die diskursive Generierung des Problemfalls Ausländer zurückzuführen. Ihnen gegenüber haben deutsche Frauen auf dem Arbeitsmarkt eine wesentlich bessere Position, da sie nicht durch Dienstanweisungen, Ausländerrecht etc. rechtlich ausgegrenzt werden.

Die rechtliche, soziale und politische Ausgrenzung von Migrantinnen stellt

eine Voraussetzung der Polarisierung unter Frauen dar. Nicht alle Frauen haben schlecht entlohnte und niedrig qualifizierte Jobs. Der Kampf um gleiche Qualifizierungs-, Aufstiegs- und Einstellungschancen beseitigte zwar keinesfalls die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, erleichterte jedoch einer Reihe von Frauen den beruflichen Aufstieg. Einer eher (noch) kleinen Schar von Managerinnen, Professorinnen, Anwältinnen, Ingenieurinnen, Werberinnen, kurz, gutbezahlten weiblichen Arbeitskräften stehen heute überwiegend Migrantinnen gegenüber, die als Putz- und Zugehfrauen, als Kinder- und Hundebetreuerinnen nicht selten für eben diese Frauen arbeiten. Die Erledigung der Reproduktionsarbeit durch Dritte, insbesondere Migrantinnen, scheint zum unerläßlichen Bestandteil ihrer Karriere zu werden. Denn wer erfolgreich sein will, muß auch Überstunden machen und am Wochenende arbeiten können. Mit anderen Worten, von diesen Frauen wird die Einsatzbereitschaft und -möglichkeit eines Mannes mit einer Hausfrau im Hintergrund erwartet. Dabei ist das Verhältnis von Werberin und Zugehfrau nur ein Beispiel für die soziale Polarisierung unter Frauen, die mit der Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen generell einhergeht und sich in einer zunehmenden Hierarchisierung von Arbeits- und Lebensbedingungen niederschlägt.

Die hier beschriebene Flexibilisierung und Hierarchisierung von Arbeitsverhältnissen stellt jedoch keineswegs eine sich natürlich oder zwangsläufig ergebende Entwicklung dar, die etwa aus einer abstrakten Kapitallogik abzuleiten wäre; sie ist vielmehr das Ergebnis politischer und sozialer Auseinandersetzungen. Abgesehen von der Forcierung flexibler Beschäftigungsverhältnisse durch Arbeitgeber und Unternehmen tragen auch andere kollektive Akteure wie Teile der Gewerkschaften und der Frauenbewegung zu dieser Entwicklung bei.

Die Gewerkschaften stützen solche Tendenzen, indem sie der Unterteilung der Beschäftigten in Kern- und Randbelegschaften nichts entgegensetzen. Gerade die Randbelegschaften, die sich vorwiegend aus geringqualifizierten Beschäftigten zusammensetzen, können aufgrund der niedrigen Qualifikationsanforderungen schnell ausgewechselt werden und sind deshalb gezwungen, prekäre Arbeitsverhältnisse zu akzeptieren. Indem sich die Gewerkschaften statt gegen die Stigmatisierung von Gruppen wie MigrantInnen und Frauen anzugehen in erster Linie auf die Sicherung vorhandener Besitzstände hin orientieren, das heißt, die sozialen Errungenschaften der fest angestellten Arbeitskräfte zu garantieren versuchen, verstärken sie ihrerseits den Flexibilisierungsdruck auf befristet angestellte Arbeitskräfte, Provisionskräfte etc.

Auf die Bedeutung bestimmter politischer Strategien der Alten wie auch der Neuen Frauenbewegung für die Vergeschlechtlichung von Lohnarbeit wurde bereits hingewiesen. Auch in den achtziger und neunziger Jahren trugen feministische Diskurse dazu bei, die Beschränkung von Frauen auf

unterstützende, pflegende, erzieherische und ausführende Tätigkeiten innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu zementieren (Stichworte: weibliches Arbeitsvermögen, Differenz, Ethik der Fürsorge etc.). Feministische Diskurse beförderten darüber hinaus direkt Prekarisierungstendenzen. Die Fixierung auf den weiblichen Lebenszusammenhang(1) zog eine Präferenz für Teilzeitarbeit nach sich, die nun von vielen Feministinnen als emanzipatorische Arbeitsform angepriesen wurde. Unter dem Stichwort Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellten diese die Zuständigkeit von Frauen für Kindererziehung, Hausarbeit etc. nicht mehr grundsätzlich in Frage. Teilzeitarbeit und andere zeitlich begrenzte Arbeitsformen, so die Vorstellung, sollten es ihnen vielmehr ermöglichen, Berufs- und Reproduktionsarbeit miteinander verbinden und ihre Weiblichkeit voll und ganz leben zu können (vgl. z.B. Eckart 1990). Diese Idealisierung unterstützte die Verbreitung und Normalisierung von flexibilisierten Arbeitsformen unter Frauen, ohne den damit einhergehenden prekären Lebensverhältnissen und der zunehmenden sozialen Polarisierung entgegenzutreten.

Mit der feministischen Fixierung auf den weiblichen Lebenszusammenhang war auch die Annahme einer universellen Kategorie Frau verbunden, die die sozialen Ungleichheiten und Machtverhältnisse zwischen Frauen ausblendete. In der Bundesrepublik haben erst in den letzten Jahren kritische Untersuchungen (vgl. z.B. die Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 27/1991) darauf hingewiesen, daß die hierbei imaginierten Frauen deutschen Mittelstandsfrauen entsprechen, denen aufgrund ihrer höheren Bildung am ehesten Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung offenstehen. Vor allem Migrantinnen sind dagegen in der feministischen Diskussion mit einem tendenziellen Ausschluß konfrontiert sowohl in der Diskussion selbst, wo ihre Stimmen oft überhört werden, als auch bezüglich der Inhalte.

Nicht zuletzt im Hinblick auf ihre indirekte und direkte Abstützung der gegenwärtigen Flexibilisierungs- und Hierarchisierungstendenzen bedürfen die Strategien der Gewerkschaften wie der Frauenbewegung einer kritischen Hinterfragung und Überarbeitung.

(1) und sagen weder etwas über das Qualifikationsniveau der Arbeitsplätze noch über das der Frauen aus.

(2) In erster Linie bei Banken, Versicherungen, im Großhandel und in gesundheitsdienstlichen und kommunalen Bereichen.

(3) Noch 1987, nachdem schon viele Industriearbeitsplätze abgebaut worden waren, arbeiteten in Frankfurt 24,2% aller ausländischen Frauen im verarbeitenden Gewerbe, aber nur 11,8% aller Frauen (deutsche und ausländische zusammen). In den unternehmerischen und freiberuflichen Dienstleistungssparten, wie Gastgewerbe, Gebäudereinigung, Körperpflege, Gesundheitswesen, Steuerberatung etc. waren 1987 42,1% der ausländischen Frauen in Frankfurt, aber nur 26,5% aller Frauen beschäftigt (Daten aus eigenen Berechnungen auf der Basis der Arbeitsstättenzählung 1987 und Schmid 1992).

(4) Möller kommt in ihrer Untersuchung über den Kölner Dienstleistungsarbeitsmarkt zu dem Ergebnis, daß von den erwerbstätigen Frauen (57,8% aller Beschäftigten) nur ein Drittel existenzsichernde, tariflich und sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Arbeitsplätze hatte. Bei den Männern hingegen standen zwei Drittel in abgesicherten Arbeitsverhältnissen.

(5) Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Erwerbsmöglichkeiten ausländischer Frauen generell zurückgegangen sind. So schreibt Hausmann für Frankfurt: Die sich beständig verschlechternde Beschäftigungssituation der Ausländer in Frankfurt a.M., insbesondere bei den ausländischen Frauen, zeigt sich auch im langfristigen Vergleich seit 1970 ... Noch 1970 fanden von 100 in Frankfurt wohnenden Ausländern im erwerbsfähigen Alter 76,6% dort auch Beschäftigung; 1987 waren es nur noch 66,2%. Bei den ausländischen Frauen sieht es noch düsterer aus: Kamen 1978 auf je 100 Frauen im erwerbsfähigen Alter noch 75,3 beschäftigte Frauen, so waren es 1987 nur noch 61,7%. (Hausmann 1991, S. 441) Zurückzuführen ist dies unter anderem auf den Abbau industrieller Arbeitsplätze.

(6) Hinsichtlich der komplizierten und umfangreichen rechtlichen Einschränkungen einer Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis vgl. Toksöz 1991, S. 59 ff.

(7) Dieser Begriff wurde in den 70er Jahren von Ulrike Prokop geprägt, um die kollektive Betroffenheit der Frauen durch die ihnen aufgezwungene Reproduktionsarbeit und ein entsprechendes gesellschaftliches Frauenbild deutlich zu machen und so das Gemeinsame im Leben von Frauen hervorzuheben (vgl. Prokop 1976).

Literatur

Beck-Gernsheim, Elisabeth/Ostner, Ilona 1978

Frauen verändern Berufe nicht? Ein theoretischer Ansatz zur Problematik von Frau und Beruf.
In

Soziale Welt 29, S. 257-287

beiträge zur feministischen theorie und praxis 1991: Geteilter Feminismus, Heft 27, 2.
Auflage, Köln

Cockburn, Cynthia 1988: Die Herrschaftsmaschine. Geschlechterverhältnisse und
technisches Know-how. Berlin/Hamburg

Eckart, Christel 1986: Halbtags durch das Wirtschaftswunder. In: H.Kramer/Ch.Eckart u.a.
(Hg.): Grenzen der Frauenlohnarbeit, Frankfurt am Main/New York

Eckart, Christel 1990: Preis der Zeit. Eine Untersuchung der Interessen von Frauen an
Teilzeitarbeit. Frankfurt am Main/New York

Frevert, Ute 1986: Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer
Weiblichkeit. Frankfurt am Main

Gensior, Sabine/Lappe, Lothar 1990: Neue Techniken. Auswirkungen auf Arbeit,
Beschäftigung und Weiterbildung. Ein frauenspezifischer Problem- und Literaturbericht.

Dokumente und Berichte 13 der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Mann und Frau

Gildemeister, Regina/Wetterer, Angelika 1992: Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: G.-A. Knapp/A. Wetterer (Hg.): Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie, Freiburg

Gottschall, Karin 1989a: Frauen auf dem bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt: Integrationsprozesse mit Widersprüchen und Grenzen. In: U. Müller/H. Schmidt-Waldherr (Hg.): FrauenSozialKunde, Bielefeld

Gottschall, Karin 1989b: Frauenerwerbsarbeit und Tertiarisierung. Zur Erosion und Rekonstruktion geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in der Dienstleistungsgesellschaft. In: Arbeitskreis sozialwissenschaftlicher Arbeitsmarktforschung (SAMF), Arbeitsmarkt und Frauenerwerbsarbeit, Arbeitspapier 16, Göttingen

Hausmann, Bernd 1991: Marginalisierung statt multikultureller Gesellschaft? Ausländer in Frankfurt am Main. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8, S. 439-445

Krebsbach-Gnath, Camilla 1988: Neue Technologien in der Produktion Doppelte Barrieren für Frauen. In: Christiane Schiersmann (Hg.): Mehr Risiken als Chancen? Frauen und neue Technologien, Bielefeld

Kurz-Scherf, Ingrid 1989: Teilzeitarbeit: Individuelle Notlösung und/oder Vorboten einer neuen Zeitordnung. In: U. Müller/H. Schmidt-Waldherr (Hg.): FrauenSozialKunde, Bielefeld

Leborgne, Daniele/Lipietz, Alain 1990a: How to Avoid a Two-Tier Europe. In: Labour and Society, Vol. 15, No. 2, 1990

Leborgne, Daniele/Lipietz, Alain 1990b: Neue Technologien, neue Regulationsweisen: Einige räumliche Implikationen. In: R. Borst/S. Krätke u.a. (Hg.): Das neue Gesicht der Städte, Basel/Boston/Berlin

Leborgne, Daniele/Lipietz, Alain 1994: Falsche Vorstellungen und offene Fragen zum Post-Fordismus. In: Peter Noller u.a. (Hg.): Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus, Frankfurt am Main/New York

Mason, Timothy W. 1988: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Opladen

Möller, Carola 1988: Flexibel in die Armut. Empirische Untersuchung und theoretische Verortung ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Forschungsbericht des Hamburger Instituts für Sozialforschung

O'Connor, James 1984: Accumulation Crisis. New York

Prokop, Ulrike 1976: Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche. Frankfurt am Main

Sauer, Dieter/Döhl, Volker 1994: Arbeit an der Kette. Systemische Rationalisierung unternehmensübergreifender Produktion. In: Soziale Welt, Heft 2

Schmid, Thomas 1992: Nicht-Deutsche in einer deutschen Großstadt. Über die Entwicklung der ausländischen Population in Frankfurt am Main. Untersuchung im Auftrag des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt am Main

Schmidt, Dorothea 1993: Die Herren der Technik und die feine Hand der Arbeiterinnen. In: Prokla 93, 23. Jahrgang, Nr.4

Siegel, Tilla 1991: Wenn Frauen gebraucht werden. Ein Lehrstück aus dem Nationalsozialismus. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 14. Jahrgang, Heft 29, Köln

Siegel, Tilla/Freyberg, Thomas v. 1991: Industrielle Rationalisierung unter dem Nationalsozialismus. Frankfurt am Main/New York

Teubner, Ulrike 1992: Geschlecht und Hierarchie. In: A. Wetterer (Hg.): Profession und Geschlecht. Über die Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen. Frankfurt/New York

Toksöz, Gülay 1991: Immigration aus der Türkei: ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt und ihr gewerkschaftliches Verhalten. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 14. Jahrgang, Heft 29, Köln

Wetterer, Angelika 1992: Theoretische Konzepte zur Analyse der Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen. In: A. Wetterer (Hg.) 1992: Profession und Geschlecht. Über die Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen, Frankfurt/New York

Willms-Herget, Angelika 1985: Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Frankfurt am Main/New York

Die Flintstones aufknacken Zur Neuordnung der modernen Familie

Sue Ruddick

Im Juli 1994, also einen ganzen Monat bevor der Film The Flintstones (Die Familie Feuerstein) in den Kinos Nordamerikas und Europas anlief, ließ sowohl das kanadische als auch das US-amerikanische Statistische Bundesamt verlautbaren, daß der Begriff der Familie, mit dem beide Behörden etwa vierzig Jahre lang gearbeitet hatten, nicht mehr angemessen sei, um die vielfältigen Formen bestehender Haushalte, die sich während des letzten Jahrzehnts entwickelt hatten, zu erfassen. Es schien, als müßten jetzt Fred Flintstone und seine moderne Steinzeitfamilie, wenn sie schon nicht ganz in die Steinzeit verbannt würden, so doch zumindest einem verwirrendem Aufgebot neuer Familienmodelle weichen.

Für Soziologen kam dieser Wandel keinesfalls überraschend. Seit den 50er Jahren hatten verschiedene Veränderungen in den Haushalten der westlichen kapitalistischen Staaten die Dominanz des Modells Kernfamilie mit einem Ernährer-([1](#)) ins Schwanken gebracht. Wissenschaftler sahen sich mit neuen Familien- und Haushaltsmodellen konfrontiert, die weit davon entfernt, rein temporäre Abweichungen von der Norm darzustellen zu einem wachsenden Prozentsatz aller Haushalte wurden. Wenn überhaupt irgendetwas, dann ist das Aufkommen neuer Familienmodelle dafür verantwortlich, daß viele Wissenschaftler heute die Position vertreten, daß die Familie keine statische Kategorie, nicht die grundlegende soziale Einheit oder ein essentieller Baustein der Gesellschaft, sondern eine dynamische Strategie([2](#)) sei, über die sich die Individuen selbst aktiv und reaktiv organisieren, je nach den variierenden Erfordernissen und Möglichkeiten am Arbeitsplatz und den wechselnden Bedingungen sozialstaatlicher Leistungen.

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen, die wachsende Zahl alleinerziehender Mütter und Väter, sinkende Geburtenraten, späteres Erstgebären und das Aufkommen neuer Arrangements bei der Kinderbetreuung gehören zu den demographisch auffälligsten Entwicklungen, die die inzwischen allgemein konstatierten Veränderungen in den Haushaltstrukturen begleitet und bestimmt haben. In Kanada, auf dessen Entwicklung ich mich im folgenden exemplarisch beziehen werde, hat sich die Anzahl der Haushalte mit alleinerziehendem Elternteil, denen zu über 90% Frauen vorstehen, zwischen 1951 und 1981 verzehnfacht. Die Gründe für Einelternschaft haben sich ebenfalls geändert. 1951 waren etwa zwei Drittel aller Einelternhaushalte durch den Tod des Ehepartners bedingt, während eine Generation später Verwitwung nur noch ein Drittel

ausmachte und etwa 60% aus Trennung oder Scheidung hervorgegangen waren, den Rest bildeten Haushalte mit außerehelichen Kindern.(3) 1991 gingen beinahe 70% aller kanadischen Frauen aus Haushalten mit Kindern (auch aus denen mit Kleinkindern unter 6 Jahren) einer Erwerbsarbeit nach, und bei 65% der verheirateten Paare waren beide Ehepartner berufstätig. Die durchschnittliche Familienwochenarbeitszeit außerhalb des Hauses stieg von 76 Stunden 1973 auf 86 Stunden in Jahre 1986.(4)

Man könnte das Aufkommen neuer Haushaltsstrukturen für einen Sieg der Frauen halten und es als Beweis für die Risse im patriarchalen Familienmodell nehmen, die durch die neuen Abmischungen und Spielarten offenkundig geworden sind. In diesem Sinne wurde oft betont, daß diese Veränderungen für Frauen in vielerlei Hinsicht einen Zugewinn bedeuteten: vor dem Hintergrund ihrer steigenden Erwerbsarbeitsquoten, einer wachsenden Anzahl von gebilligten Formen der Haushaltsführung und erweiterter Möglichkeiten der Kinderbetreuung hätten sie einerseits für mehr Wahlmöglichkeiten gekämpft, andererseits seien ihnen diese auch zahlreicher als der Generation ihrer Mütter angeboten worden. Aber mit der Zeit hat sich der durch den verbesserten Zugang zur Erwerbsarbeit und die liberalisierten Familienmodelle erreichte Zugewinn verbraucht. Mehr und mehr zeigt sich, daß dieser Wandel den Frauen kaum reale Wahlmöglichkeiten, geschweige denn neue Emanzipationsstrategien eröffnet hat, er ist vielmehr durch eine Reihe von Feminisierungen gekennzeichnet. Die Infragestellung der Geschlechterrollen, die verstärkte Einbindung von Frauen in die Erwerbstätigkeit und die Umorganisierung der Rollen im Haushalt schlug von einer progressiven Forderung in eine defensive Strategie um. In den späten 80er Jahren wären schätzungsweise 40% der kanadischen Familien unter die Armutsgrenze gefallen, wenn nicht beide Elternteile gearbeitet hätten. Ein weiterer Pyrrhussieg, der mit dem Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit verbunden war, ist die Zunahme eines vor allem von Eltern aus der Arbeiterklasse praktizierten Arrangements von zeitlich aufeinander abgestimmter Lohnarbeit. Hier koordinieren Mann und Frau ihre Arbeitszeiten meist durch eine Aufteilung in Tag- und Nachtschichten, damit rund um die Uhr eine/r zuhause bei den Kindern sein kann.(5)

Im Gegensatz zu der Zeit unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, als Frauen in großer Zahl aus der Erwerbsarbeit verdrängt wurden, hat die verstärkte Abhängigkeit der kanadischen Ökonomie von bezahlter Frauenarbeit einen eher normalisierenden denn pathologisierenden Blick auf die neuen Familienmodelle gefördert. Rein rhetorisch wird diesen neuen Arrangements mittlerweile liberal begegnet, doch in ökonomischer Hinsicht geht es Unter- und Mittelschichtsfamilien in den 90er Jahren weitaus schlechter als ihren Vorgängern in den 50ern: gegenwärtig lebt in Kanada eines von fünf Kindern unter der Armutsgrenze. In urbaneren Gegenden, wo der Wandel von der Produktion zur Dienstleistungsökonomie schon weiter

fortgeschritten ist, betrifft die Kinderarmut fast jedes dritte Kind.(6) Die ökonomische Restrukturierung hat sowohl die Feminisierung als auch die Verjugendlichung von Armut vorangetrieben. Während es sozial akzeptabler geworden ist, alleinerziehend zu sein, sind die Armutsraten unter Familien mit nur einem Elternteil (die sich ihrerseits vor allem um Frauen gruppieren) hoch: über die Hälfte der Familien alleinerziehender Mütter leben deutlich unter der Armutsgrenze. Die forcierte Feminisierung der Haushaltstrukturen bedeutet für Frauen, wie Donna Haraway feststellt, vor allem auch, extrem verwundbar gemacht zu werden; spaltbar, neu zusammenfaßbar und als Arbeitskräfte-Reservearmee ausbeutbar zu sein, weniger als Arbeitskraft denn als Dienende betrachtet zu werden; innerhalb und außerhalb des bezahlten Jobs einer Zeiteinteilung unterworfen zu sein, die der Begrenzung des Arbeitstages Hohn spricht; ein Leben zu führen, das immer auf der Kippe zum Obszönen steht, deplaziert und auf Sex reduzierbar (Haraway 1991, S. 166).

Von den Flintstones zu den Simpsons: die Feminisierung der Autorität in der Familie

Man kann die Veränderungen des normativen Konzepts der Familie während der letzten vierzig Jahre auch an ihrer Darstellung in den populären Medien nachzeichnen. In den 50er und 60er Jahren diente die mediale Präsentation der Kernfamilie als eine Art Bedienungsanleitung für Millionen von Eltern und Kindern, die an die zahlreichen wöchentlich verabreichten Interpretationen der fordistischen Familie glaubten. Vorschulkindern stellten die Zeichentrickfilme samstags morgens die Kernfamilie als etwas eigentlich zeitloses, die gesamte Menschheitsgeschichte umfassendes dar, vor allem wenn man den kombinierten Effekt der Serien The Flintstones und The Jetstones bedenkt. Auf der einen Seite die in den westlichen Staaten wohlbekannte Geschichte der modernen Steinzeitfamilie, die den traditionellen Mustern von Hausfrau-mit-Kind-zuhause und Vater-geht-arbeiten gehorcht und mit einer Reihe fordistischer, in das prähistorische Zeitalter einmontierter Details angereichert wurde; andererseits The Jetstones, eine ins Raumzeitalter verlegte Version der Flintstones. Für ältere, also Schulkinder, konzipierte man TV-Shows mit echten Schauspielern, um das aufzufangen, was in den späten 50er und den frühen 60er Jahren als das Problem der abwesenden Väter bekannt wurde. Diese Shows dienten dazu, die sich auflösende Autorität der Väter im wirklichen Leben auszugleichen, die als Brötchenverdiener sehr viel weniger Zeit mit den Kindern verbrachten als die Hausfrauen-Mütter. Hier konnten die Kinder zwischen 16 und 18 Uhr sehen, wie lächelnde, paternalistische Mittelklasse-Fernseh-Papis in Situationskomödien wie Father Knows Best, Leave it to Beaver und Ozzie und Harriet routiniert die Familiensorgen behoben. In den 90ern haben diese

alten TV-Shows für viele Leute einen nostalgischen Beiklang, da sie an eine angeblich einfachere und weniger sorgenvolle Zeit erinnern. Die Umwandlung der Flintstones in einen abendfüllenden Spielfilm ist ein Beispiel dafür; sie spekuliert auf diese Nostalgie.

Doch wurden mittlerweile neue Fernsehfamilien in die kanadischen und amerikanischen Wohnzimmer gesendet, die häufig angemessener, wenngleich mit einer Überdosis an freudestrahlendem Optimismus, die sich ändernden Lebensverhältnisse des Fernsehpublikums thematisierten. Father Knows Best, der Favorit unter den 50er-Jahre-Darstellungen des netten und paternalistischen Vaters und Hauptes der traditionellen Einzelverdiener-Familie, ist Situations-Komödien wie Grace under Fire gewichen, einer Serie über eine alleinerziehende Mutter dreier Kinder, die um ihren Lebensunterhalt kämpft, nachdem sie sich von einem sie mißhandelnden Ehemann getrennt hat, oder Roseanne, eine andere Komödie über eine Arbeiterfamilie, in der beide Elternteile arbeiten und die Ehefrau, weit davon entfernt, sich der Besserwisserei ihres Ehemannes unterzuordnen, die familiären Angelegenheiten bestimmt. Auch auf anderen Fernsehkanälen kann man eine steigende Zahl von Nicht-Kernfamilien finden: Kinder mit zwei Vätern (einem biologischen und einem später angeheirateten), die alle in einem gemeinsamen Haushalt leben oder eine Situationskomödie über eine alleinstehende Karriere-Mutter mit Haushälter. Andere Porträts der zeitgenössischen Kernfamilie zeichnen diese als inhärent dysfunktional und dennoch irgendwie funktionierend. Die bei Kindern wie bei Erwachsenen unglaublich beliebte Zeichentrickserie The Simpsons beispielsweise ist nur wenig bemüht, eine idyllische Vorstellung von der Kernfamilie wieder zu stärken. Hier findet man den weißen Arbeiterklasse-Vater mittleren Alters, den Bier saufenden, Fernseh glotzenden Homer Simpson, der bei der Arbeit entweder schläft oder damit beschäftigt ist, sich das Maul mit Donuts vollzustopfen, wobei er seine Verantwortung als Sicherheitsüberwacher im örtlichen Atomkraftwerk völlig vernachlässigt. Homer ist vom väterlich wohlwollenden Papa mit Aktenkoffer, wie er immer in Anzug und Krawatte in Father Knows Best gezeigt wird, meilenweit entfernt. Er wird ständig von seinem jungen, kriminellen Sohn Bart verhöhnt. Tatsächlich könnten die Simpsons mit Daughter Knows Best untertitelt werden, denn es ist Homers begabte, Saxophon spielende, klassenbeste, sensible und verständnisvolle, junge vorpubertäre Tochter, der die Rolle des moralischen Gewissens und der Hauptstütze dieser Familie zufällt. Mit Donna Haraway kann man diese zeitgenössischen Familienporträts als weitere Feminisierung interpretierten, allerdings als eine, die versucht, eine wachsende Anzahl von jungen und alten Frauen wieder aufzurichten und zu versöhnen, indem sie ihre Rolle glorifizieren und ihre Klugheit anpreisen.

Auch in der Massenkultur läßt sich die Liberalisierung der Haltungen gegenüber neuen Formen der Haushaltsführung und der Kindererziehung an einer Vielzahl von how to do-Büchern ablesen, die über neue

institutionalisierte Modelle wie Kindertagesstätten und Schülerläden oder über private Betreuungsarrangements aufklären. Bücher über die Themen Haushalten und Hausarbeit kann man bis zur Jahrhundertwende zurückverfolgen. Bis weit in die 50er Jahre hinein war hier die offene Propagierung und Unterstützung des Kernfamilienmodells und der Hausfrauenehe obligatorisch. In den 60ern begannen sie einer anderen Reihe von Lebenshilfebüchern Platz zu machen, die sich damit beschäftigten, wie der Aufwand bei der Hausarbeit gering gehalten werden kann (etwa Peg Brackens' *I Hate to HouseKeep* der Favorit meiner Mutter). In den 90er Jahren schließlich kommen auch Bücher auf den Markt, die die Errungenschaften neuer Familienmodelle anpreisen, wie etwa die partnerschaftlich bewerkstelligte Kinderbetreuung (*Mom's House Dad's House*). Orientiert an der neuen Mittelklasse mit einem deutlich anderen Drumherum in Sachen Wohnverhältnisse und Arbeitsplatzgestaltung als bei ihren Vorläufern, dienen diese how to do-Büchern gleichzeitig dazu, anzuleiten und Strategien und Anschauungen zu normalisieren, die vorher als dysfunktional oder abweichend betrachtet wurden.

Verändertes Familienkonzept

Im Zusammenhang mit den neuen Haushaltstrukturen haben sich auch die wissenschaftlichen Konzepte über Familie verändert. Sowohl in der europäischen wie auch in der nordamerikanischen Literatur galt bis Mitte der 60er Jahre Durkheims Konzeption von der ehelichen Familie, nach der diese zuallererst über das Eheverhältnis definiert wurde, als allgemein akzeptierte Norm.⁽⁷⁾ Die Dominanz dieses Konzepts zeigt sich vor allem darin, wie und in welchen Ausmaß alle möglichen Formen des Zusammenlebens an diesem Modell gemessen, als Abweichung registriert oder ihm einverleibt werden. Nach den Maßstäben der kanadischen Volkszählung wurde seit 1941 die Ehe- oder Blutsverwandtschaft der Kernfamilie betont und definiert, daß die Familie aus Ehemann und Gattin mit oder ohne unverheirateten Kindern, oder einem Elternteil mit einem oder mehreren unverheirateten Kinder, die im selben Haushalt leben bestehe. Gleichzeitig gelten Adoptiv- und Stiefkinder als leibliche Kinder, ebenso Pflegekinder unter 21 Jahren. Sobald sich ein Kind jedoch verheiratet, hört er oder sie nach diesen Maßstäben auf, Teil der elterlichen Familie zu sein, selbst wenn er oder sie weiterhin im selben Haushalt lebt.⁽⁸⁾ Wie Emily Nett in ihrer Untersuchung *Canadian Families, Past and Present* dargelegt hat, unterstellt die kanadische Gesellschaft, daß Adoptiv- und Stiefkinder so seien wie Blutsverwandte und in manchen Provinzen werden nach dem Gesetz unverheiratete, aber zusammenlebende Paare behandelt, als ob sie durch Heirat verbunden seien.⁽⁹⁾ Der Schritt, nicht-traditionelle Familienmodelle als gewohnheitsrechtliche Vereinbarungen mit der traditionellen Kernfamilie zu analogisieren, hatte

einen doppelten und gleichzeitig widersprüchlichen Effekt. Mit den wertenden Wendungen wie, als ob und gelten als wurden diese Familien als Ersatz-Normalfamilien identifiziert, ohne jemals ernsthaft die traditionelle Einzelverdienerfamilie als definitionsmächtige Norm zu entthronen. Einerseits normalisierten diese Neudefinitionen die abweichenden Arrangements, indem sie sie zu Äquivalenten der sozial akzeptierten und rechtlich sanktionierten Formen machten. Andererseits konservierten diese Neudefinitionen auf einer subtilen Ebene den Status nicht-traditioneller Familien als weniger erstrebenswerte Formen der Familienbildung, indem sie die Kernfamilie noch stärker als Standard, an dem alles andere zu messen sei, verankerten.

Die Anerkennung alternativer Familienstrukturen bewahrt somit nicht nur die Norm der Kernfamilie, sondern ist gleichzeitig auch die Grundlage, auf der sämtliche anderen Modelle faktisch als Problem bzw. als dysfunktional pathologisiert werden können.

Die in den letzten Jahren auch seitens der offiziellen Politik zunehmende Anerkennung nicht-traditioneller Haushaltsarrangements drückt sich vor allem darin aus, daß die Pflege und Betreuung von Kindern gegenüber der in erster Linie die Eigentumsrechte regelnden ehelichen Gemeinschaft zwischen Mann und Frau stärker in den Vordergrund getreten ist. Dies zeigt sich am deutlichsten in der gewandelten Haltung gegenüber den verschiedenen Betreuungsvereinbarungen zwischen geschiedenen oder getrennt lebenden Eltern. In vielen Provinzen Kanadas sind die staatlichen Institutionen eher dazu bereit, solche Betreuungsabsprachen, die den Zugang von Kindern zu beiden biologischen Eltern verbessern, anzuerkennen, als das Sorgerecht Müttern in vaterlosen Familien zu übertragen. Diese Veränderungen der Definition von Familie weg von Eigentumsfragen und hin zum Versorgungsverhältnis hat eine Reihe von Auseinandersetzungen über die Frage einer gesetzlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare als Familien losgetreten. Dabei ging es sowohl um die Frage des angemessenen Geschlechts von Kinderbetreuenden als auch um die gesetzlichen Bestimmungen, die den Zugang zu Versicherungen und andere Formen der Unterstützung gleichgeschlechtlicher Ehe-PartnerInnen regeln. In dieser Angelegenheit kämpfen derzeit Frauen in lesbischen Haushalten (von denen etwa ein Drittel Kinder haben) um die Anerkennung ihrer gleichgeschlechtlichen Partnerinnen als Versorgungsleistende und Sorgeberechtigte und für formale und gesetzliche Vereinbarungen, die den Zugang zum Kind regeln. Insgesamt jedoch ist dieser Prozeß der Neudefinition von Familie sehr widersprüchlich. Einerseits zeichnet er sich durch einen liberaleren Blick auf Familie aus, der sich auch in politischen Maßnahmen, wie beispielsweise in der Anerkennung neuer Betreuungsarrangements niederschlägt. Andererseits ist er von einer Rückkehr zu Familienwerten begleitet. Bei dieser erneuten Betonung der Familienwerte geht es vor allem darum, sozial- und finanzpolitische Maßnahmen zu legitimieren, die die

wohlfahrtsstaatlichen Versorgungsleistungen einschränken und von den Familien (und das heißt den Frauen) die Übernahme eines Großteils der Pflegeleistungen (für Kinder, Alte und Kranke) fordern.

In den Vereinigten Staaten hat diese Rückkehr zu Familienwerten eine besonders extreme Form angenommen, bei der versucht wird, grundlegende Menschenrechtsfragen mit Familienstrukturen zu verknüpfen. In Kalifornien beispielsweise versuchten die Gesetzgeber Mitte der 80er Jahre auf Bundesstaatsebene Eltern strafrechtlich für die Bandenaktivitäten ihrer Kinder verantwortlich zu machen: kriminelle Verstöße von Kindern sollten auch zur Verurteilung ihrer Eltern führen können. Glücklicherweise wurde die Verfassungsmäßigkeit dieses Schrittes bezweifelt und der Entwurf von der Legislative zurückgewiesen. Ein anderer Indikator für diese Entwicklung ist die Einführung des Gesetzes gegen Straßenterrorismus (Street Terrorism Enforcement and Prevention Acts) im Bundesstaat Kalifornien im Jahre 1989. Ein Beispiel für die produktive Anwendung dieses Gesetzes (für das zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels noch keine gerichtliche Überprüfung stattgefunden hat) ist die Klageerhebung gegen eine Mutter, der bis zu ein Jahr Haft und eine Geldstrafe von 2500 Dollar drohen, weil sie in die Mitgliedschaft ihres Sohnes bei einer Jugendgang eingewilligt habe.

Was die Verknüpfung von Menschenrechten und Familienstrukturen betrifft, ist ebenso an die Kriminalisierung von obdachlosen Eltern zu erinnern, die in Kalifornien bis in die späten 80er hinein forciert wurde: man bezichtigte Obdachlose der kriminellen Vernachlässigung ihrer Kinder, sie wurden inhaftiert und ihre Kinder wurden ihnen weggenommen und in staatliche Obhut verbracht.

In der kanadischen Debatte konzentrierten sich die politischen Veränderungen stärker auf Fragen von Ansprüchen und Rechten im öffentlichen wie im privaten Bereich. Die konservative Rückkehr zu Familienwerten hat hier eine sanftere Form als in den USA angenommen. Sie ist eingebettet in das Gerede von Community und der Notwendigkeit der Rückkehr zur kommunitären Formen der Fürsorge, die in den letzten Jahren in der Verantwortung des Staates lagen. In Kanada ist dies in den Debatten um die Altenpflege am offensichtlichsten, die darauf zielt, die kostenaufwendige Unterbringung in Pflegeheimen dadurch zu vermeiden, daß die Vorzüge der Pflege zu Hause angepriesen werden. Neben dieser Rückverlagerung reproduktiver Tätigkeiten in die Familie wird aber auch weiterhin die außerhäusliche Erwerbsarbeit von Frauen forciert. Bis vor kurzem erhielten alleinstehende Mütter in der Form von Wohlfahrtszahlungen einen knappen Staatszuschuß für den Unterhalt ihrer Kinder. Hier übernahm der Staat gerade weil solche Familien als zerrüttet gelten die Rolle des väterlichen Familienernährers, gewappnet mit einem Arsenal von Beschränkungen und Kontrollmaßnahmen, die gewährleisten

sollten, daß die Mütter, die diese Unterstützung erhielten, auch wirklich alleinerziehend waren. Heute jedoch, da die Zahlen alleinerziehender Eltern ebenso stetig steigen wie die verheirateter berufstätiger Frauen mit Kindern und Formen außerhäuslicher Kinderbetreuung akzeptiert sind, wird auch der Zweck dieser Form der Unterstützung überdacht. In vielen kanadischen Provinzen ist man dazu übergegangen, alleinerziehenden Müttern kleinere, nicht zweckgebundene Geldbeträge auszuhändigen. Angestrebt wird hier, daß die Frauen wieder arbeiten gehen und ihre Sprößlinge in subventionierte Kindertagesstätten geben.

Oberflächlich betrachtet scheinen viele dieser Veränderungen positiv zu sein, und sei es nur, weil sie die altbekannten Normen vom normalen Familienleben in Frage stellen. Aber die Auflösung der alten Familienform vollzieht sich unter ökonomischen und finanzpolitischen Bedingungen, die diese Errungenschaft in ihr Gegenteil zu verkehren drohen. In ökonomischer Hinsicht waren die Siege Pyrrhussiege. Das heißt selbstverständlich nicht, man solle zur steinzeitlichen Einzelernährer-Familie zurückkehren, wie es von vielen Neuen Rechten gefordert wird, die den Untergang der Familie beklagen, oder von einigen Altlinken, die in der steigenden Erwerbsarbeit von Frauen die Grundlage für die Zerschlagung der Gewerkschaften und das Ende des goldenen Zeitalters des Fordismus sehen. Vielmehr sollte, wie Haraway schreibt, mit der naheliegenden Aufgabe begonnen werden, sich diese neuen Verbindungen und Kombinationen anzueignen, um eine neue Arbeitsorganisation zu schaffen, die die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung beseitigt und jeglichen Formen der Feminisierung entgegentritt.

Übersetzung aus dem Amerikanischen: Dagmar Ganßloser

¹⁾ Die Form der Einzelverdienerfamilie impliziert eine spezifische Arbeitsteilung, bei der der Vater außer Hauses arbeitet und die Mutter sich um Haus und Kinder kümmert.

²⁾ B. Bawin-Legros/M. Sommer: Famille/Familles: Difficiles et mouvantes typologies In: Revue Internationale d'Action Communautaire/International Review of Community Development, 18/58, Herbst 1987

³⁾ Emily Nett: Canadian Families Past and Present. Toronto and Vancouver: Butterworths, 1988

⁴⁾ Forum Directors Group Keynote Paper. In: The National Forum on Family Security (Hg.), Family Security in Insecure Times. Ottawa: Canadian Council on Social Development, 1993, S. 15. Diese Entwicklung war von einem bemerkenswerten Anstieg der Produktivität begleitet: zwischen 1970 und 1990 wuchs Kanadas Bruttosozialprodukt um mehr als die Hälfte,

wobei sich die geleistete Arbeitszeit jedoch nur in wesentlich geringerem Maße erhöhte. Dies führte zu dem, was neuerdings als Aufschwung ohne Arbeitsplätze bezeichnet wird, und sich einerseits durch eine prosperierende Wirtschaft und andererseits durch ein dauerhaft hohes Niveau der Arbeitslosenrate auszeichnet.

(5) Geraldine Pratt und Susan Hanson 1991: On theoretical subtlety, gender, class and space. A reply to Huxley and Winchester, *Environment and Planning D: Society and Space* 9(1) 241-246

(6) Social Planning Council of Metro in Toronto: *New Perspectives on Child and Family Support*, SPC NEWS October 1993, S. 8

(7) Vgl. z.B. Bawin-Legros und M. Sommer, a.a.O., S. 47-48

(8) S. Wargon: Using Census Data for Research on the Family in Canada. In: *Journal of Comparative Family Studies* 3,1 (Frühling 1972): S. 150

(9) vgl. Emily Nett: *Canadian Families, Past and Present*, a.a.O.

Nach allen Regeln der Kunst

Isabelle Graw

Hauptverfahren

Kunst von Frauen scheint etwas zu sein, dem nur stereotyp und reflexhaft begegnet werden kann. Dieser Eindruck drängt sich jedenfalls auf, wenn man die Reaktionen des Kunstbetriebs([1](#)) auf Künstlerinnen untersucht. Entweder die Kunstkritik schlägt Verallgemeinerungen vor, die auf Vorstellungen von Weiblichkeit basieren. Wobei unter weiblich auch feministisch verstanden werden kann. Oder eine vollständige Abwehr der Frauenfrage flüchtet sich in die Formel, daß gute Kunst kein Geschlecht habe. Vor diese Alternativen sehen sich nicht nur Künstlerinnen gestellt, auch Ausstellungskonzepte und Theorierezeptionen sind von ihnen geprägt. Welche Strategien und Definitionen als jeweils angemessen empfunden werden, das hängt von dem (länderspezifischen) Stand der Theorie, dem Pool der zur Verfügung stehenden Gedanken ab. Es gibt aber auch Motive, wie das der Weiblichkeit, die mit einer für die Kunstwelt spezifischen Hartnäckigkeit beibehalten werden und von neueren Forschungen (gender studies) relativ unbeeindruckt bleiben.

Kaum ein Text, der sich mit Kunst von Frauen befaßt, kommt ohne die Erwähnung von Weiblichkeit aus. Das gilt nicht nur für die 70er Jahre, in den 80ern hört die Suche nach einer spezifisch weiblichen Ästhetik nicht auf. Wenn Lucy Lippard, eine für die feministische Kunstkritik wichtige Figur, 1975 behauptete, daß sich die weibliche Erlebniswelt soziologisch und biologisch von der des Mannes unterscheide, dann hatte das mit den Möglichkeiten des damaligen Denkens zu tun. Es trägt nicht zum Verständnis der Bedingungen dieser Aussage bei, wenn man sie aus heutiger Sicht gleich als essentialistisch abkanzelt. Schließlich gingen ihr wissenschaftliche Dogmen, soziologische Studien, persönliche Erfahrungen und ein tiefsitzendes Gefühl von Andersheit voraus. Die Betonung von weiblicher Besonderheit hat auch immer die Funktion, den männlichen Universalismus anzuzweifeln. Das scheint in der Kunstwelt durchaus angebracht zu sein. Wo Männer dominieren, da wird der Bezug auf Weiblichkeit zu einer Strategie, die sich als praktikabel erweisen kann.

Dennoch verblüfft die Beharrlichkeit, mit der an spezifisch weiblichen Erfahrungen, Sehweisen und Sensibilitäten (Jochimsen 1977) festgehalten wurde. Die Vorstellung von weiblicher Besonderheit war und ist wohl so

eingefleischt, daß auch die Frauen ihr anhängen, die sich als feministisch verstehen. Selbst als sich die Angst vor Festschreibungen durchsetzte, hörte die Beschwörung von Weiblichkeit nicht auf. Es war z.B. möglich, eine Ausstellung Typisch Frau (1981) zu nennen, und gleichzeitig zu hoffen, mit ihr eine Festschreibung von weiblichen Eigenschaften verhindert zu haben. (2)

Silvia Bovenschen hat 1977 einen Text geschrieben, der diese Doppelstrategie geradezu exemplarisch vorführte. Eigentlich war sie zu dem Schluß gekommen, keine weibliche Ästhetik formulieren zu können. Das hinderte sie aber nicht daran, das Wort weiblich weiter zu benutzen, ohne es in Anführungszeichen zu setzen. (3) Bovenschens Text machte für Kunstkritiker die Verneinung einer weiblichen Ästhetik obligat, die aber mit Beschreibungsversuchen von Weiblichkeit durchaus einhergehen konnte. Peter Gorsen (Kunsthistoriker) verfuhr nach diesem Prinzip in seinem 1985 geschriebenen Katalogbeitrag. Zuerst lobte er Bovenschen für ihre richtige Prognose, denn eine einheitliche weibliche Ästhetik würde es nicht geben. Dann fuhr er fort, die weibliche Kunstpraxis als eine zu beschreiben, die männliche Formgesetze in Frage stellt. (4) Manchmal ging er vom Weiblichen zum Feministischen über, was Austauschbarkeit implizierte. Für viele Kunstkritiker haben weiblich und feministisch die gleiche Bedeutung, als ob schon das Frausein für eine feministische Einstellung garantiere.

Von dem Begriff, den sich die Kunstkritik vom Feminismus und von feministisch macht, wird später noch die Rede sein. Fürs erste reicht es, festzustellen, daß das Feministische und das Weibliche im Imaginären der Kunstakteure dicht beinander liegen. Deshalb ist Frauenkunst auch ein Begriff, der entweder Abwehr auslöst oder abwertend gemeint ist. Er läßt das Bild von einer Kunst aufkommen, die penetrant und buchstäblich Frauenprobleme übersetzt. Diese auch Tamponkunst genannte Richtung war in den 80ern gar nicht vorstellbar.

Heute finden in New York wieder Frauenausstellungen statt, die Binden- und Penisplastiken zeigen. Die Angst vor Reduktion ist einem strategischen Essentialismus gewichen. Jedenfalls gibt es einige junge, amerikanische Künstlerinnen (Nicole Eisenman, Sue Williams), die offensiv ihr Frausein betonen und mit den Klischees von Weiblichkeit operieren, die sie ohnehin für wirksam halten. In ihren Arbeiten stellen sie die Frau als Opfer (von Schönheitsindustrie oder Gewaltverhältnissen) dar und ignorieren die Kritik, die es an der Behauptung von einem allgemeinen Opferstatus der Frau gegeben hat. Diese Künstlerinnen bezeichnen ihre Kunst ganz umstandslos als Women's Art und sorgen dafür, daß der Aspekt Frau in ihr eine tragende Rolle spielt. Das wiederum hängt mit dem guten Ruf der identity politics zusammen es gilt als legitime künstlerische Technik, die eigene Identität bzw. das, was diese hauptsächlich auszumachen scheint, zum Dreh- und Angelpunkt der Arbeit zu machen. In Deutschland hingegen legen junge

Künstlerinnen Wert darauf, daß ihre Arbeit nicht vorrangig als die einer Frau diskutiert wird. Irgendwann kommt ihr Frausein dann aber doch als wichtiger Faktor zur Sprache, mit dem sich ihre Kunst erklären oder einordnen läßt. Niemand käme aber auf die Idee, von Männern gemachte Kunst als Kunst von Männern zu beschreiben. Der männliche Produzent gilt als Normalfall, seine Männlichkeit ist für die Kunst nicht ausschlaggebend. (5)

Die Kategorie Kunst von Frauen möchte ich aber schon in meinem eigenen Interesse als notwendige Kategorisierung verteidigen. Kein Kunstkritiker kann auf Kategorien verzichten, und traditionell wehren sich die Künstler dagegen. In fast jedem Künstlerinterview lassen sich Stellen finden, wo der Künstler nichts mit dem Label zu tun haben will, mit dem man ihn identifiziert. Es macht aber einen Unterschied, ob jemand auf Frausein festgelegt oder dem Neokonzeptualismus zugeordnet wird. Genauso kommt es darauf an, ob der Bezug intern oder extern lanciert wurde. Nehmen die Künstlerinnen selbst eine Stigmatisierung vor, wie Valie Export, die sich als feministische Künstlerin bezeichnete, oder versieht man sie mit einem Etikett (Körperkunst)?

Verallgemeinerungen, die von außen kommen, wie Scatter Art oder Neo-Konzeptualismus, haben auch die Funktion, die künstlerischen Einzelproduktionen mit Bedeutung auszustatten. Kann eine Arbeit mit einer künstlerischen oder sozialen Bewegung in Verbindung gebracht werden, dann ist ihre Durchsetzung wahrscheinlich und vor allem dann naheliegend, wenn sie über diese Bewegung hinausgeht, aus ihr als Einzelleistung herauszuragen scheint. Ich denke dabei an die Stellung von Jackson Pollock im abstrakten Expressionismus, (6) muß aber sofort einräumen, daß Bewegung nicht gleich Bewegung ist und daß die Gruppenzugehörigkeit zu feministischer- oder Frauenkunst (in den Augen der Kunstkritik austauschbar) eher Schrecken verbreitet und nichts von der Strahlung besitzt, die die Popart oder der abstrakte Expressionismus besaßen. Jedenfalls haben Popart und abstrakter Expressionismus nach anfänglicher (obligatorischer) Unpopularität einen dauerhaft guten Ruf genossen, weitaus stabiler als die schwankende Beliebtheit der Kunst von Frauen. (7)

Vielleicht ist eine Charakterisierung als Frau aber doch vorzuziehen, wenn man sich die klassische Gegenposition anguckt. Deren VertreterInnen bestehen darauf, daß gute Kunst kein Geschlecht habe und nur nach ihrer künstlerischen Qualität zu bemessen sei. Auch Künstlerinnen (Meret Oppenheim z.B.) teilen diese Meinung, von der sie glauben, daß sie eine Reduktion auf Frau verhindern kann. Wenn mir die Behauptung von Geschlechtslosigkeit guter Kunst entgegengeschleudert wurde, dann immer als eine letzte Waffe des Connaisseurs. Kunst soll wertfrei und für sich sprechend sein, sie hat nur mit sich selbst etwas zu tun. Die rhetorische Opposition zwischen Kunst und Geschlecht suggeriert, daß es sich um etwas

Gegensätzliches handele. In Wirklichkeit nimmt aber niemand ein Kunstwerk wahr, ohne sich nach Name (und Geschlecht) des Autors zu erkundigen. Das Wissen um das Geschlecht ist ein Faktor, der die Rezeption und Interpretation von Kunst (meist unbewußt) steuert. Wenn an der Auffassung von geschlechtsloser Kunst nicht nur von Kunstliebhabern, sondern auch von Künstlerinnen festgehalten wird, dann drücken sich darin die schlechten Marktchancen von den Künstlerinnen aus, die ihr Geschlecht betonen.

Frauen sind auf dem Kunstmarkt keine harte Währung, in ihre Namen wird weniger vertrauensvoll investiert. Das mag zum einen an der Vorstellung des Sammlers liegen, daß eine Frau jederzeit aufhören und Kinder kriegen kann. Natürlich gibt es Ausnahmen, wenige Künstlerinnen in Deutschland (Rosemarie Trockel, Rebecca Horn), deren Werke hohe Preise erzielen. Ihre Namen werden gerne von Sammlern und Galeristen zitiert, wenn es darum geht, zu beweisen, daß es auch Frauen auf dem Kunstmarkt jederzeit schaffen können. Künstlerinnen kann es für Galeristen und Sammler nur als Ausnahme geben, und es ist als Kompliment gemeint, wenn es heißt, daß ihr Bild auch ein Mann gemalt haben könnte. Die Künstlerin kann dieses Kompliment schlecht zurückweisen, wenn sie ihre Kunst als gute Kunst durchsetzen und nicht auf Frauenkunst beschränkt wissen will. Vielleicht gelingt es ihr, andere Lektüren zu forcieren, jenseits von geschlechtsloser Qualität und tiefender Weiblichkeit.

Sie muß aber auch mit der Rolle rechnen, die Institutionen und deren Mitarbeiter für Sinnstiftung spielen. Ausstellungen und Katalogtexte stellen Bedeutungen her, sind eventuell an der Reduktion auf Frau beteiligt. Viele Frauenausstellungen sind z.B. so aufgebaut, daß nicht die einzelne Künstlerin, sondern Vertreterinnen eines Geschlechts in Erinnerung bleiben. Dazu tragen hauptsächlich die Kataloggestaltungen bei: Jede Frau erhält eine Seite, für biographische Angaben, Atelierphoto und Künstlerarbeit. Alphabetisch geordnet, wird es den Künstlerinnen unmöglich gemacht, im Katalog ihre spezielle Vorgehensweise zu präsentieren.⁽⁸⁾ Nachdem ich mehrere solcher Kataloge durchgeblättert hatte, konnte ich die Haltung mir bekannter Künstlerinnen gut verstehen, die bei derartigen Veranstaltungen nicht mitmachen wollen. Sie möchten verhindern, daß man ihre Kunst als ein weiteres Exemplar einer Gattung zeigt.

Oft genug laufen Initiativen, die feministisch gedacht waren, auf eine Betonung der Kategorie Frau hinaus, wenn sich z.B. eine Ausstellung primär als Frauenausstellung versteht. Für den Separatismus als Strategie, den Nancy Fraser als eine kurzfristige Notwendigkeit beschrieben hat, lassen sich Künstlerinnen schon deshalb schwer begeistern, weil sie an dem langfristigen Wert ihrer Kunst interessiert sind. Ist ihre Arbeit einmal als Frauenkunst gebrandmarkt, dann wird diese Zuordnung schwer aufzuheben sein. Einer anderen Avantgarde zugerechnet zu werden, kann

Marginalisierung und Wertminderung bedeuten.

Frauenausstellungen sind aber nicht ausschließlich als fatale Reduktionen zu betrachten, die eine Aberkennung von künstlerischer Besonderheit erleichtern. Jede verallgemeinernde Zusammenfassung kann auch das Vorspiel zur Individualisierung sein. Entweder die Künstlerinnen entziehen sich selbst oder aber es kommt der Punkt, wo die vereinheitlichende Charakterisierung wegen ihrer widerstrebender Einzigartigkeiten fallen gelassen werden muß. Vielleicht sind die vielen Versuche, die von Frauen gemachte Kunst über einen Kamm zu scheren, auch als Test gemeint. Wird sich die einzelne Künstlerin zu wehren wissen und damit ihre Singularität demonstrieren?(9)

Starke Filter

Zwischen den Polen Affirmation und Negation von Geschlecht findet im Kunstbetrieb auch Feminismus statt. Die Vorstellungen von feministisch und Feminismus sind vor dem Hintergrund dieser Alternativen zu sehen. Schon wie Künstlerinnen zu dem Attribut feministisch kommen, ist eine Widerspiegelung dieser Wahl. Künstlerinnen wägen ihre Strategien im Hinblick auf die gängigen Einordnungen ab, deren Logik sich einschätzen, aber nicht gänzlich kontrollieren läßt. Die englische Künstlerin Mary Kelly hat z.B. selbst einen großen Anteil daran, daß ihre Arbeit als prototypisch feministisch gilt und von feministischen Kunsthistorikerinnen (wie Griselda Pollock) gerne besprochen wird. Kelly hat nämlich wiederholt zu verstehen gegeben, daß ihre Kunst von Feminismen durchdrungen sei (Catherine Lupton 1994). So maßgeblich ist die künstlerische Intention aber selten Aussagen von KünstlerInnen werden schon deshalb häufig übergangen, weil sie als privilegierte Informationsquelle nicht mehr angesehen werden. Das wiederum hat mit dem auch unter Kunstspezialisten längst etablierten Zweifel am Subjekt- und Autorstatus zu tun, der in künstlerische Arbeiten wie die von Cindy Sherman durchaus hineingelesen werden kann.

Sherman ist im Gegensatz zu Kelly eine Künstlerin, die von sich sagt, an feministischen Ideen gar nicht interessiert zu sein. Noch so oft kann sie ihre theoretische Absichtslosigkeit betonen, ihre Arbeit wird mehrheitlich als eine interpretiert, die mit den Mitteln der Maskerade und des Rollenspiels eine feministische Kritik an dem Bild der Frau bewirke (Gen Doy 1994). Shermans Photos fielen nämlich genau in die Zeit (die frühen 80er), als amerikanische Kunstkritiker das Motiv des gespaltenen Subjekts, der Nicht-Identität und subversive Strategien in ihr Denken aufnahmen. Dieser Input wirkte sich auf ihre Wahrnehmung von zeitgenössischen Kunstwerken aus, die das frisch assimilierte Gedankengut zu bestätigen schienen. Konnte die Arbeit einer

Künstlerin als subversive Überschreitung gedacht werden, dann wurde sie als feministisch aufgefaßt.

Ungefähr zur gleichen Zeit fingen KunstkritikerInnen damit an, von künstlerischen Arbeiten zu sagen, daß sie etwas dekonstruiert oder verschoben hätten. Der Gedankengang war immer der gleiche: Künstler wie Sherrie Levine würden eine Appropriation betreiben und das angeeignete Material leicht abändern. In dieser Abänderung lag die kritische/feministische Intervention, die Lob und Respekt verdiente. Niemand schien an dem kritischen Wert dieser Eingriffe zu zweifeln. Eine Sicherheit, die man aus der Dekonstruktion bzw. einer assoziativen Auslegung von ihr bezog. Der Feminismus wurde also in dem Moment zu einer kunsttauglichen Idee, als er mit Dekonstruktion zusammenfiel.(10) Denn wenn unter feministisch eine kritische Methode, eine individuelle Textzerlegung verstanden werden kann, dann kann dieser dekonstruktive Feminismus durchaus akzeptabel sein.

Während mit feministisch in den 80ern also individuelle Künstlerstrategien bezeichnet werden konnten, war es für feministische Künstlerinnen in den 70ern selbstverständlich, darunter ein Bekenntnis zur gesellschaftsverändernden Richtung der Frauenbewegung zu verstehen. Valie Export ist z.B. eine Künstlerin, die sich immer sehr explizit auf die Frauenbewegung bezog. 1975 stellte sie die erste europäische Frauenausstellung mit feministischem Anspruch zusammen und schrieb dazu in einem Manifest, daß sie von Berichten über den Elan der amerikanischen Frauenbewegung zu diesem Vorhaben angeregt worden sei. (11) Was Export als eine Aufgabe von Kunst allgemein formulierte, mußte wohl auch das Ziel ihrer Arbeiten beschreiben: Befreiung der Wirklichkeit von männlichen Ideologien (Export 1975). Heute erzählt sie, daß gerade die Kunstfreunde ihr damals geraten hätten, sich doch für das eine oder das andere zu entscheiden, sie könne nicht gleichzeitig Feministin und Künstlerin sein (Export 1994).

Damit wäre das Problem beschrieben, daß der Kunstbetrieb mit dem Feminismus hat. Wie läßt er sich in ein künstlerisches Anliegen integrieren, ohne den Rahmen der Kunst zu sprengen? Indem man künstlerische Schritte zu feministischen erklärt und die Definition von feministisch ganz allgemein und unverfänglich hält. Feministische Kunst kann dann hilflos redundant als eine beschrieben werden, die feministisches Engagement zum Ausdruck bringt (Jochimsen 1981). Oder aber der Feminismus wird wie schon beschrieben mit Weiblichkeit gleichgesetzt.

Dann gibt es noch die Möglichkeit, eine feministische Kunst auf bestimmte Medien zu verpflichten. Ganz bewußt übergang Margarete Jochimsen (1977) z.B. die Malerei, als sie die Medien nannte, welche von feministischen Künstlerinnen bevorzugt würden.(12) Malerei kam im feministischen Kanon

der 80er grundsätzlich nicht vor, weil geglaubt wurde, daß es für Künstlerinnen strategisch klüger und erfolgsversprechender sei, mit Photographie oder Video zu arbeiten. Die Malerei ging mit einer Ideologie (Authentizität und Unmittelbarkeit) einher, an der Frauen kein Interesse haben konnten. Malerinnen war oft nichts anderes übrig geblieben, als ihr Frausein zu verleugnen, um sich mimetisch dem männlichen Malerhabitus anzugleichen. (So hatten es jedenfalls Lee Krasner, die Frau Jackson Pollocks, und viele andere getan.) Die Bewertungskriterien der Malerei waren so fest in Männerhand, daß es sinnvoller schien, sich auf andere Gebiete zu begeben. Im nachhinein mutet es natürlich problematisch an, ein Medium für nicht frauengeeignet oder frauenfeindlich zu halten. Wäre es nicht besser gewesen, ganz selbstverständlich weiterhin auf Malerei zu bestehen? Stattdessen gingen viele Künstlerinnen (Barbara Kruger, Louise Lawler) in den 80ern strategisch als Fotokünstlerinnen vor. Was angesichts des Erfolgs und der absoluten Definitionsmacht von männlichen Künstlern (Julian Schnabel, Markus Lüpertz) auch im nachhinein noch verständlich ist. Daraus folgt aber nicht, daß bestimmte Medien per se feministisch sind. (13)

Lesefrüchte

An welchen feministischen Theorien haben nun Kunstakteure ein Interesse, welche Topoi werden wann stark?

Das hängt sowohl von der Informiertheit des Theoriebenutzers als auch von seiner Position bzw. davon ab, was er mit Theorie bezweckt. Handelt es sich um einen Ausstellungsmacher, dann hat er andere als wissenschaftliche Prioritäten. Seine Geldgeber sind nicht nur mit Inhalten zu überzeugen. Entschiedenes Auftreten und gute Beziehungen zu Künstlern sind mindestens genauso wichtig. Dennoch trägt es zur Stärkung seines Vorhabens bei, wenn er sich auf eine wissenschaftliche Erklärung beruft. Von dem Ruf, den eine Analyse unter Akademikern und ihnen nahestehenden Intellektuellen genießt, kann seine Ausstellung profitieren. Umgekehrt kann die Ausstellung für sich in Anspruch nehmen, die soziale Realität einer abstrakten Idee zu sein. Dann beziehen sich Ausstellungsmacher auf angebliche gesellschaftliche Entwicklungen, auf Paradigmenwechsel oder aktuelle Diskussionen. Wie objektive Sachverhalte und Zustandsbeschreibungen gehandhabt, verleihen sie ihren Projekten Gewicht. Ausstellungsmacher greifen aber nicht auf einen Wissenschaftsdiskurs zurück, der ihnen fremd ist und woanders stattfindet. Kunstwelt und Universitätsbetrieb sind als eng miteinander verflochten anzusehen. Bestimmte Kunstkreise pflegen zwar keinen Kontakt zu Akademikern, andere sind dann aber wieder von Wissenschaftlern durchsetzt, die als Künstler oder Kuratoren arbeiten und ihre Forschungsgebiete weiterverfolgen.

Interessanterweise gelangen feministische Themen immer dann in den Kunstbetrieb, wenn sie den Status einer rhetorischen Floskel erreicht haben. Spezialisten meiden sie bereits als Platitüde, und genau zu dem Zeitpunkt tauchen sie in Kunstkontexten auf.⁽¹⁴⁾ Nachdem z.B. in feministischen Readern die Einsicht zu finden war, daß der Feminismus nicht nur Frauen vorbehalten sei, gibt die Kuratorin Marcia Tucker für ihre Ausstellung *Bad Girls* (1994) bekannt, daß sie auch Männer zeige, denn eine feministische Haltung sei nicht auf Frauen beschränkt. Überhaupt könnten nicht alle teilnehmenden KünstlerInnen als feministisch bezeichnet werden, denn es gäbe nicht einen, sondern mehrere Feminismen.⁽¹⁵⁾ Das ist ein Allgemeinplatz der neueren feministischen Diskussion, der seinen Ursprung in der berechtigten Kritik an dem Universalismus des Erste-Welt-Feminismus hat, dem vorgeworfen wurde, daß er für alle Frauen sprechen wolle. Seither ist die Erwähnung von mehreren Feminismen, Sexismen und Frauenbewegungen zu einer reinen Formsache geworden, fast schon reflexhaft weist man Verallgemeinerungen als unzulässig und reduktionistisch zurück. Mit Pluralisierungen ist aber vor allem dann nichts gewonnen, wenn es bei den alten Zuordnungen bleibt.

Unter Feminismus versteht man im Kunstbereich eine Bewegung, die sich mit weiblichen Subjektivitäten befaßt. In diesem Verständnis von Feminismus werden politische Forderungen zugunsten einer Individualethik abgespalten. Wieder läuft es auf eine Gleichsetzung von feministisch und weiblich hinaus, wenn schon die Analyse des weiblichen Lebenslaufs feministisch sein soll. Bereitwillig schließen sich Kunsttheoretikerinnen der These von einem *second wave feminism* (Catherine Lupton 1994) an, der mehr die Lebenswelt von Frauen untersuche, als daß er grundsätzliche Veränderungen fordere. Die Diagnose, daß aus der politischen Orientierung der Frauenbewegung heute eine kulturelle geworden sei, ist weit verbreitet. Nur geht diese Feststellung normalerweise mit einem Bedauern einher, man beklagt die Depolitisierung. Diese Perspektive kann nicht die von Kunstvermittlerinnen sein. Ihnen kommt es nur gelegen, unter feministisch ein mit sich selbst beschäftigtes, weibliches Subjekt zu verstehen. Dadurch wird es leichter, viele Künstlerinnen als feministisch zu bezeichnen. Von den Teilnehmerinnen der *Bad Girls*-Ausstellung heißt es z.B. im Text der Kuratorin, daß sie Probleme von Mutterschaft bis zum Älterwerden behandeln würden.

Die Idee von Kunst setzt die des handlungsfähigen Individuums voraus. Künstlerische Arbeiten werden immer als individuelle Anliegen, als Leistung von Einzelkünstlern gedacht. Auch eine Kritik am Subjekt ändert an dieser Subjektorientiertheit nichts. Theorien wie die von Judith Butler oder die Psychoanalyse Jacques Lacans, denen eigentlich an einer Aufhebung des Subjekts gelegen ist, tragen im Kunstbetrieb zu seiner Stärkung bei. Das neue Subjekt tritt dann gespalten, zerrissen oder uneinheitlich auf. Bei Kunstvermittlern sind Lacan und auch Butler deshalb so beliebt, weil mit

ihnen das Subjekt als dezentriert aufgefaßt werden kann, ohne daß sein Subjektstatus wirklich gefährdet würde. Von Künstlern einer für den Kunstmarkt unumgänglichen Kategorie kann nämlich weiterhin ausgegangen werden. Poststrukturalistische Theorien ermöglichen eine Aktualisierung und gleichzeitige Konservierung der Identität Künstler. Genauso gibt es feministische Auslegungen Lacans, die es erlauben, in jeder Infragestellung von weiblicher Identität einen feministischen Akt zu sehen, auch wenn diesem jegliche gesellschaftsverändernde Perspektive fehlt. Denn schon die metaphorische Auflösung des Subjekts (wie bei Silvia Plath) kann dann (laut Jaqueline Rose) feministisch sein. Ich möchte gar nicht bestreiten, daß es Effekte von individueller Befreiung geben kann, wenn jemand Rollenspiele betreibt und sich so dem herrschenden Begriff von Weiblichkeit zu entziehen versucht. Nur zweifle ich an dem feministischen Potential dieser Methode.

Die Psychoanalyse ist für Kuratoren und Kunstvermittler auch ein praktisches Instrument, das nicht nur Künstler und ihre Subjektivitäten ins Zentrum rückt, sondern auch das Identitätsproblem zum Thema vieler Arbeiten macht. Lacans Hypothesen (wie die von der problematischen Identität) werden von Ausstellungsmachern wie Selbstverständlichkeiten gehandhabt, von denen heute einfach ausgegangen werden müsse. Sein Spiegelstadium, eigentlich als abstraktes Modell und nicht als Beschreibung einer realexistierenden Phase gedacht, läßt sich so verwenden wie ein Tatsachenbericht. In der Ausstellung Suture (1994) steht jeder Spiegel, der in künstlerischen Arbeiten vorkommt, für gespaltene Identität in ihm drücke die phantasmatische Vollkommenheit sich aus. (16) Lacans Schriften eignen sich als Zustandsbeschreibung, die die Gespaltenheit von Künstlern und ihren Produkten beweist.

Was für die Rezeption von Lacan gilt, trifft auch auf die von Judith Butlers Das Unbehagen der Geschlechter (1991) zu: Ihre Vorschläge wurden im Hinblick auf das Künstlersubjekt gelesen. Aus ihren Thesen greifen sich Ausstellungsmacher natürlich die (ohnehin umstrittenste) der Performanz heraus, weil sie sich auf künstlerische Vorhaben gut übertragen läßt. Die Ausstellung Oh boy it's a girl (1994) nahm sich Butler zur Gewährsfrau, mit der sich das Feministische der KünstlerInnen beweisen ließ. Mit Butler könne es als Aufgabe feministischer Politik angesehen werden, subversive Verirrungen und parodistische Vervielfältigungen zu betreiben. Obwohl Butler selbst oft genug die Performanz als Strategie zurückgenommen und auf deren Grenzen, institutionelle Zwänge hingewiesen hat, beruft sich der Kunstbereich weiterhin auf diese Argumentation, weil sie künstlerische Techniken (Maskerade) zu feministischen erklärt. Auch verleiht es der Aktualität von Künstlerinnen Nachdruck, wenn sich Verbindungen zu neueren feministischen Handlungsanweisungen herstellen lassen.

Glaubensdinge

Das subjektorientierte Verständnis von Feminismus im Kunstbereich läßt sich nicht nur mit kunstspezifischen Zwängen, dem Wesen der Kunst oder mit dem Status des Einzelkünstlers erklären. Die jeweils vorherrschende Meinung, das, was auch gesamtgesellschaftlich für angebracht gehalten wird, färbt auch auf den Kunstbetrieb ab. Unter Kunstkennern dominiert z.B. die generelle Einschätzung, daß die Situation von Frauen sich gebessert habe. Mir ist auch keine junge Künstlerin bekannt, die heute (wie Export 1972) gesellschaftliche Gleichberechtigung fordern würde.(17)

Politische Strategien sind nicht nur bei Künstlerinnen unbeliebt, auch engagierte Frauen haben feststellen müssen, daß mit ihnen oft das Gegenteil des Beabsichtigten erreicht wurde. Die Tatsache, daß Künstlerinnen sich heute nicht öffentlich für politische Forderungen, die Abschaffung des Paragraphen 218 z.B., engagieren, hängt aber hauptsächlich mit einer Regel zusammen, die für den Kunstmarkt wie ein ungeschriebenes Gesetz funktioniert. Als gute Künstler kommen nämlich nur weltanschaulich ungebundene in Frage. Es sei denn, es handelt sich (wie bei Jörg Immendorff) um eine Jugendsünde, die dem Frühwerk Atmosphäre verleiht. Die Phase des Protests muß irgendwann abgeschlossen sein, weil sich künstlerische Fragen nach vorne drängen. Ein Künstler gilt nur dann als ernsthaft, wenn er sich obsessiv seinem Werk verschreibt. Auch seine Kunst gewinnt an Bedeutung, wenn es so aussieht, als habe sie andere Aktivitäten nicht mehr zugelassen. War es deshalb vielen feministischen Kunstkritikerinnen so wichtig, in den 80ern festzustellen, daß die Phase des Aufbegehrens bei Künstlerinnen nun abgeschlossen sei? Margarete Jochimsen ging so weit, zu behaupten, daß es im Jahre 1981 künstlerisch nicht mehr genüge, bloß Unrecht bewußt zu machen und zu beklagen. Silvia Eiblmayr schrieb eine geschichtliche Veränderung einfach fest: der Protest sei abgeschlossen und eine Differenzierung der Strategien angebracht (Eiblmayr 1985). Selbst Export teilte die Überzeugung, daß die subversiven Strategien der 60er und 70er das Profil dieser Gesellschaft transformiert und menschlicher gemacht hätten (Export 1985). Und Peter Gorsen stellte erleichtert fest, daß es mit den didaktischen Anklagen, den Angriffen auf männliche Omnipotenz nun ein Ende habe.

Die Kunst der 70er muß unglaublich militant und angriffslustig gewesen sein, wenn man diesen Rückblicken Glauben schenkt. Ein Phantom früher Frauenkunst wird aufgebaut, von dem sich junge Künstlerinnen gut absetzen lassen. Die Frauenausstellung Kunst mit Eigensinn (1985) erfüllte diesen Zweck, Valie Export hatte sie mitkonzipiert. Vergleicht man diese Ausstellung mit Exports früheren Aktivitäten, dann sind erhebliche Veränderungen zu bemerken. Die Kunst wird von Export nun als Prozeß von Individuation bestimmt; nur ein freies Individuum wäre dazu in der Lage, individuellen Sinn, Eigensinn herzustellen. Kein Wort darüber, wie das

Individuum Freiheit erlangt und warum eine Freiheit, die sich individualistisch versteht, erstrebenswert sein kann.(18) Verkennt doch die Forderung nach Freiheit die Bedingungen der Frauen, denen Freiheit abgesprochen wird.

Valie Export geht es aber wesentlich darum, nicht auf Frau zurückgeworfen, sondern als kreatives Individuum betrachtet zu werden. Kunst mit Eigensinn präsentiert individuelle Leistungen und nicht etwa Frauenkunst. Schon der Titel gibt zu verstehen, daß der Reduktion auf Frau die Kunst entgegentritt. Die gezeigten Arbeiten sind nicht primär die von Frauen, der Schwerpunkt wird auf ihre Eigensinnigkeit gelegt.(19) Als eigensinnig präsentiert werden die Arbeiten konkurrenzfähig: originelle, singuläre Kunstwerke, die den Vergleich zu großer Männerkunst nicht zu scheuen brauchen.

Welches Interesse haben aber nun Frauen daran, die Idee des einzigartigen, irreduziblen Kunstwerks zu stützen? Ein strategisches, wenn die Alternative Frauenkunst heißt. Immer noch besser, auf fragwürdige Kunstkonzepte (Originalität) zu rekurrieren, als unter Frau subsumiert zu werden. Wenn die Alternativen weibliche Ästhetik oder irreduzibles Kunstwerk heißen und sich erstere leichter diskriminieren läßt, dann ist die Option für das Kunstwerk vorzuziehen. Dennoch bleibt fraglich, ob sich diese Anpassung bezahlt macht, ob den Vorlieben (für Werke) und Abneigungen (gegen Frauen) des Kunstmarkts wirklich entsprochen werden muß, wenn man weiterkommen will. Im nachhinein kann es sich aber auch als richtig erweisen, daß auf Gleichheit beharrt wurde, die zu einer Ernstnahme und Etablierung der Künstlerinnen beitrug.

Was nicht heißt, daß es jenseits der Pole Gleichheit und Differenz keine anderen Möglichkeiten gäbe. Im Kunstbereich dominiert jedoch ein Verständnis von guter Kunst, das an einen männlichen Künstler geknüpft ist und geschlechtsbereinigte Kunstwerke verlangt. Deshalb haben die meisten Künstlerinnen berechtigterweise mehr Interesse daran, an Kunst mit Eigensinn teilzunehmen, als unter Endlich Vierzig(20) zusammengefaßt zu werden.

(1) Ich werde im folgenden wahlweise vom Kunstbereich, Kunstmilieu oder Kunstbetrieb sprechen, um schon dadurch anzudeuten, daß es nicht nur einen gibt. Meine Vorstellung von diesem sozialen System ist durch Veranstaltungen, Publikationen, Ausstellungen und Symposien geprägt, die in Wien, Lüneburg, New York und in anderen Groß- und Kleinstädten der Ersten Welt stattfinden können.

(2) Die Kuratorinnen von Typisch Frau (1981) nahmen sich vor, als typisch geltende und negativ bewertete weibliche Eigenschaften ins Positive zu wenden. Eine früher Variante dessen, was Judith Butler heute Umdeutung nennt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich mit einem solchen Ausstellungstitel damals oder heute Sympathisanten gewinnen ließen. Genausowenig können einzelne Künstlerinnen etwas an der abwertenden Bedeutung des Begriffs Frauenkunst ändern, und das Wort feministisch weckt bei einem Großteil der Bevölkerung nach wie vor ausschließlich negative Assoziationen.

Außerdem läßt sich ein allgemeiner Prozeß der Umdeutung nicht durch Initiativen herbeiführen, die sich auf den Kunstbereich beschränken. Der Künstler allein kann noch kein gesamtgesellschaftliches Umdenken bewirken.

(3) Wie es wohl heute üblich wäre, was an der Verbreitung von gender studies liegt, die jetzt auch im Kunstbereich angekommen sind und die Überzeugung konsensfähig machten, daß Geschlecht nicht als naturgegeben, sondern als eine soziale Konstruktion betrachtet werden muß. Wobei diese Meinung natürlich nicht so allgemein vorherrschend ist, wie man glauben könnte, wenn man die Publikationen zum Thema liest. Auch ändert das in Anführungszeichen gesetzte Geschlecht nichts an der Realität vom Geschlechterkampf, an den gesellschaftlichen Mechanismen, die für Ungleichheit und Benachteiligung der Frauen sorgen.

(4) Er lud sie mit den Eigenschaften auf, die für ihn zu guter Avantgardekunst gehörten: kein traditioneller Werkcharakter, dafür unmittelbarer Selbstausdruck, Prozeßhaftigkeit und Körperzentrierung.

(5) Was nicht ausschließt, daß das Thema der männlichen Subjektivität Konjunktur haben kann. Im anglo-amerikanischen Raum gibt es seit 1990 unzählige Publikationen dazu, in New York finden Symposien (Dia Art Foundation) und demnächst auch eine Ausstellung im Whitney Museum über männliche Subjektivitäten statt. Identitätspolitik läuft nun gewissermaßen darauf hinaus, daß die Männer, ohnehin in der stärkeren Position, die Techniken der Identitätspolitik von den sog. Minderheiten übernehmen, um sich selbst zu befragen, und ihre Subjektivierungsprozesse zu untersuchen.

(6) oder an Asger Jorn im Situationismus.

(7) In Amerika scheint es heute ein paar Galerien und Museen zu geben, die feministische Kunst favorisieren und von Künstlerinnen geradezu verlangen, feministische Inhalte zu haben. Der Effekt kann genauso einschränkend sein wie das Bestehen darauf, daß Kunst unpolitisch sei. Nur wäre es übertrieben, eine neue kulturelle Hegemonie zu beschwören und wie konservative Kulturkritiker zu sagen, daß es heute für einen Künstler von Vorteil sei, sich als Frau oder feministisch oder lesbisch zu präsentieren. Eine ohnehin marginale Entwicklung wird überzeichnet, um ihre Ausweitung frühzeitig im Keim ersticken zu können.

(8) Um nur eines von vielen Beispielen zu nennen: die Ausstellung Zur Physiologie der bildenden Kunst, Künstlerinnen, Multiplikatorinnen, Kunsthistorikerinnen, Berlin 1987.

(9) Singularität ist ein haariger Begriff. Eigentlich als Anmaßung, Spiegel der Idee vom einmaligen Kunstwerk zurückzuweisen, aber dann wieder unumgänglich als Behauptung, wie man bei Künstlerinnen sieht.

(10) Siehe auch den Band Dekonstruktiver Feminismus, von Barbara Vinken (1992) herausgegeben, dessen implizite Behauptung war, daß unter feministisch auch eine kritische Auseinandernahme von Texten der Meisterdenker (Freud, Lacan, Derrida) zu verstehen sei.

(11) Export war nicht die einzige Künstlerin, die in den 70ern die Gleichberechtigung zu ihrem Ziel erhob. Nur wenige formulierten aber wie Export Programme, die ästhetische und politische Punkte miteinander verbanden.

(12) Sie zählte Photographie, Video, Film, Sprache und menschliche Körper auf.

(13) Literaturwissenschaftlerinnen haben zu klären versucht, welche Literatursorte das feministische Anliegen angemessen transportiert. Wahlweise eigneten sich Autobiographien, theoretische Essays oder experimentelle Schreibweisen am besten dafür. Das sind die literarischen Formen, die ohnehin heute am meisten interessieren. Sie haben nicht nur unter Feministinnen Konjunktur.

(14) Umgekehrt ist das natürlich genauso. Der Universitätsbetrieb nimmt von ästhetischen Programmen, Organisationsformen, Selbstverständnissen und sozialen Gewohnheiten der KünstlerInnen, wenn überhaupt, dann mit Verspätung Kenntnis und im Hinblick auf die fachinterne Verwertbarkeit dieser Informationen, die als Belege dienen.

(15) Auch die Ausstellung Oh boy it's a girl (1994) hat Feminismen in der Kunst als ihren Untertitel gewählt. Ganz abgesehen von den von mir mitzuverantwortenden Themenheften Feminismen (1993) und Sexismen (1994) von Texte zur Kunst.

(16) Die Kuratorin Silvia Eiblmayr schrieb im Katalogtext der Ausstellung, daß die künstlerischen Arbeiten Bruchstellen aufweisen würden, die die illusionären Vollkommenheitsphantasien unterlaufen könnten. Beim Spiegel ginge es nicht zuletzt auch um den Narzißmus, der dem Spektakel anhafte. Er bilde den Ausgangspunkt für die Inszenierungen der Vollkommenheitsphantasien.

(17) Wenn ich von mir bekannten Künstlerinnen spreche, dann meine ich die offiziell von der Kunstgeschichte festgehaltenen Künstlerinnen. Man muß sich klar machen, daß die einem bekannten Künstlerinnen zu den wenigen gehören, die von der Kunstgeschichte registriert wurden und heute deshalb bedeutsam sind. Die Geschichte dieser Anerkennungsprozesse habe ich in meiner Serie Wie hat die das geschafft in der Zeitschrift Artis nachzuzeichnen versucht.

(18) Auch Oh boy it's a girl weist (im Editorial) auf die sozialen, kulturellen und individuellen Freiräume hin, die das Konzept der Maskerade, der Parodie und das Spielen mit Geschlechtlichkeit verlangen würden.

(19) Diese den Werken attestierte Eigensinnigkeit ist dann aber doch wieder als Resultat von Weiblichkeit zu verstehen. Nur suggeriert Eigensinnigkeit, daß diese sich nicht nur auf Weiblichkeit zurückführen läßt und über diese hinausgeht.

(20) Endlich Vierzig war eine Frauenausstellung, die im Frauenmuseum Bonn (1994) stattfand. Preisträgerinnen des Gabriele Münter-Preises wurden gezeigt. Dieser Preis wird an Frauen über 40 vergeben. Man geht davon aus, daß er den Bedürfnissen von Künstlerinnen entspricht, von denen angenommen wird, daß sie wegen Kindern und Familie erst spät ihre Karriere beginnen. Als ob Kinder bei Künstlerinnen die Norm wären und Kinderkriegen mit dem Künstlersein nicht zu vereinbaren sei.

Literatur

Andere Avantgarde, Linz, 1983

Bad Girls, New Museum of Contemporary Art, New York, 1994

Silvia Bovenschen 1976: Über die Frage: Gibt es eine weibliche Ästhetik. In: Ästhetik und Kommunikation, Heft 25

Gen Doy 1994: Cindy Sherman Theory and Practice. In: Art has no history, London

Peter Gorsen 1985: Feminismus und ästhetische Grenzüberschreitung. Zur Konstruktion der Frauenräume. In: Kunst mit Eigensinn, Wien

Valie Export 1975: Notizen zur Entstehung der Ausstellung. In: Magna, Wien

Valie Export u.a. 1994: Anläufe. Gesprächsrunde in Texte zur Kunst Nr. 15

Margarethe Jochimsen 1977: Frauen machen Kunst, Galerie Magers, Bonn

Lucy Lippard 1975: Warum separierte Frauenkunst? In: Magna, Galerie Nächst St. Stephan, Wien

Catherine Lupton 1994: Circuit breaking Desires. Criticizing the work of Mary Kelly. In: Art has no history, London

Typisch Frau, Galerie Magers, Bonner Kunstverein 1981

Suture Phantasmen der Vollkommenheit, Salzburger Kunstverein 1994

Über feministische Intellektuelle

Sabine Grimm

"Der Zirkel läßt sich nicht auflösen

*Die Bestimmung der Intellektuellen
ist eine Selbstbestimmung."*([1](#))

Im Seminar

Irgendwann im Frühjahr 1993 besuchte ich eine feministische Veranstaltung an der Universität. Wie üblich handelte es sich um einen Vortrag, diesmal war eine bekannte Dekonstruktivistin angekündigt. Sie sprach in Englisch und hielt einen ziemlich langen philosophischen Vortrag, dessen zentrale Botschaft vereinfacht lautete, daß die Kategorie Frau nicht jenseits ihrer diskursiven Konstruktion zu fassen, also deren Effekt und nicht Ursache sei.

Die anschließende Diskussion zeigte, wie das geht. Man begab sich auf die Suche nach der weiblichen Identität, vorzugsweise unter Verweis auf den KÖRPER, die ERFAHRUNG und andere feministische Essentials. Das alles sei doch real und nicht nur Diskurs, wandten einige Frauen ein, als könnte die Vortragende ihnen ihre Körper wegreden. Plötzlich stand eine Frau im Publikum auf und griff die Rednerin heftig an. Wie sie es denn mit ihrer Verantwortung als Lehrende vereinbaren könne, die jungen Frauen, die ihre Seminare besuchten, derartig zu verunsichern in ihrer Weiblichkeit, Körperlichkeit usw. So oder ähnlich war die Argumentation oder besser: die mit professoraler Autorität vorgetragene Anklage einer Feministin der ersten Stunde. Als solche gab sie sich nämlich zu erkennen, womit sie die Auseinandersetzung gewissermaßen zum Generationenkonflikt erklärte. Die Dekonstruktivistin konterte gelassen Was sie ihren Studentinnen vermitteln möchte, sei widespread insubordination (weitgefächerte Aufsässigkeit), und wies die Verantwortung für eine Erziehung zur Weiblichkeit von sich.

Ähnliche Szenen haben sich im letzten Jahr vermutlich auch in anderen Seminaren, auf Kongressen, Symposien und Tagungen, kurz, an den momentan bevorzugten Orten des Feminismus, abgespielt mit leichten Variationen und unterschiedlicher Besetzung. Der Professorinnenstreit kam mir wieder in den Sinn, als ich versuchte, über das nachzudenken, was man die Intellektuellenfrage im Feminismus nennen könnte. Die dekonstruktivistische Grundlagenforschung hat die feministische Diskussion

zu einem Zeitpunkt erreicht, da sie in erster Linie eine Angelegenheit von professionellen Intellektuellen ist, und in gewisser Weise kann man die Dekonstruktion auch als Selbstthematisierung feministischer Intellektueller verstehen: Sie versucht die Art und Weise, wie diese selbst durch ihre Wissenspraktiken Geschlecht bzw. Weiblichkeit affirmieren oder in Frage stellen, theoretisch zu fassen. Dekonstruktivistinnen schreiben erklärtermaßen Texte über Texte, sie machen die intellektuelle Praxis (Diskurs) selbst zum Gegenstand, ohne dabei allerdings auf die gesellschaftliche Funktion der Intellektuellen zu reflektieren. Stattdessen erklären sie, etwas unbescheiden, die eigene Profession zum Ursprung des Gesellschaftlichen. Laclau/Mouffe (1991) etwa gehen konsequenterweise so weit, Gesellschaft selbst als diskursive Konstruktion zu begreifen. DekonstruktivistInnen sind, wie Eagleton feststellt, so gut wie allem gegenüber mißtrauisch, nur nicht gegenüber den eigenen historischen Möglichkeitsbedingungen (Eagleton 1993, S. 252).

Intellektuelle

Auch wenn, wie Gramsci sagt, alle Menschen Intellektuelle sind, so üben doch nicht alle diese gesellschaftliche Funktion aus. Ihm zufolge haben Intellektuelle die Funktion, die gesellschaftliche Hegemonie der bürgerlichen Klasse und ihre staatliche Herrschaft zu organisieren, das heißt, sie betätigten sich in den kapitalistischen Gesellschaften in der Regel als Funktionäre der herrschenden Klasse und des Staats (vgl. Gramsci 1992). Der Staat ist dabei nicht als anonyme monolithische Macht vorzustellen, er beruht in seinem institutionellen Aufbau nicht zuletzt auf der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in planende, organisierende, intellektuelle und ausführende, manuelle Tätigkeiten. Die Wissens-Macht-Praktiken der Intellektuellen sind demnach Teil jener sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfe, die den Staat als Verdichtung eines Kräfteverhältnisses (Poulantzas 1978) konstituieren. Poulantzas weist darauf hin, daß man die Trennung von manueller und intellektueller Arbeit nicht empirisch-naturalistisch verstehen sollte. Das zentrale Kriterium für die Bestimmung der Intellektuellen in bezug auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist ihre organisierende Funktion und ihre Rolle bei der Ausarbeitung von Konsens. Sofern kritische Intellektuelle diese Arbeitsteilung selbst nicht mehr in Frage stellen, beanspruchen sie zumeist, für andere zu sprechen und das heißt: zu führen. Foucault nannte das Regierungsdenken.

Im Prinzip treffen all jene Bestimmungen, die Gramsci mit seinem Intellektuellenbegriff zu formulieren versucht hat, auch auf feministische Intellektuelle zu, das heißt auf Frauen, die sich auf verschiedene Weise als Repräsentantinnen und Beauftragte einer bestimmten sozialen Gruppe verstehen, wobei sie diese Gruppe zugleich mit definieren. Manchen gilt der Feminismus immer noch als bevorzugtes Beispiel für die Abschaffung der

Stellvertreterpolitik, doch genau dazu ist er spätestens in den achtziger Jahren (auch) geworden. Eine verbreitete Auffassung ist dennoch die, daß Feministinnen als Frauen für sich selbst sprechen. Das mag sein, gleichzeitig jedoch beanspruchen sie zum Beispiel im Falle der Frauenforschung, ein Wissen zu repräsentieren, das die Situation aller Frauen angemessen beschreibt. Mit ihrer Wahrheitspolitik, das heißt ihren Versuchen, ein spezifisches Wissen über Frauen und Geschlechterverhältnisse zu verallgemeinern, arbeiten sie immer zugleich Konsensmuster bestimmter sozialer Gruppen aus.

Ein Großteil der feministischen Wissensproduktion ist damit beschäftigt, zu beschreiben, was Frauen sind, und ihre Bedürfnisse zu definieren. Und mittlerweile steht diese Produktion in enger Verbindung mit staatlichen Praktiken und Maßnahmen, die meistens unter dem Stichwort Frauenpolitik laufen. Die Akademie ist also nur ein Betätigungsfeld von Intellektuellen, wenn auch eines, das Wirkungen auf andere Bereiche hat (und umgekehrt), in denen heute feministisches Wissen in administrative, juristische und therapeutische Konzepte umgesetzt wird (es gibt keine dekonstruktivistischen Frauenbeauftragten). Feministische Intellektuelle sind im Sinne Gramscis also auch all jene Spezialistinnen, die heute in den verschiedensten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen organisierend tätig sind und sich selbst als feministisch oder der Frauenbewegung verbunden verstehen: Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Politikerinnen, Journalistinnen, Sozialarbeiterinnen, Juristinnen, Therapeutinnen etc.

Nancy Fraser hat ein Diskursmodell des Gesellschaftlichen entwickelt, in dem sie oppositionelle, Experten- und Reprivatisierungsdiskurse sowie jeweils unterschiedliche Formen der Öffentlichkeit unterscheidet (Fraser 1994, S. 264 f.). Diesem Modell zufolge ist die feministische Öffentlichkeit heute an Expertinnen übergegangen. Einige von ihnen sieht man abends in Talkshows sitzen, wo sie irgendwelchen Unsinn über Frauen verbreiten. Sie klären die Zuschauerinnen darüber auf, daß sie nicht einfach nur männliche Verhaltensweisen übernehmen und ihre Weiblichkeit verleugnen wollten, daß sie Interesse daran hätten, ihre familiären Neigungen mit beruflichen Interessen zu vereinbaren, daß sie friedliebender, beziehungsfähiger und daher auch weniger rechtsradikal seien, daß sie sich mehr um den Schutz der Umwelt sorgten usw. usf. Das sind nur einige feministische Konsensformeln, die mittlerweile massenmedial aufbereitet und verbreitet werden (von Mona Lisa und Ungeschminkt einmal abgesehen).

Was die praktische feministische Politik betrifft, so hat die Usurpation des Feminismus durch professionelle Intellektuelle zu einer zunehmenden Verengung geführt. Ins Zentrum rückten vor allem Verrechtlichungsstrategien: ging es in den 80ern z.B. um die Forderungen nach einem Antidiskriminierungsgesetz und nach Quotierung, versuchte zu

Beginn der 90er Jahre die Initiative Frauen für eine neue Verfassung im Zusammenhang der Wiedervereinigungsdebatte Frauenrechte im Grundgesetz zu verankern. Einen nachhaltigen Eindruck hinterließ bei mir eine Aktion im Jahr der Abtreibungsdebatte. In einem Tutorium an der Uni brachte eine Frau ein Papier mit, das sich der Arbeitskreis Hessischer Wissenschaftlerinnen ausgedacht hatte und das zum zivilen Ungehorsam in Sachen §218 aufrief: Frauen! Es ist zu befürchten, daß das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung die Reform des §218 zu Fall bringen wird! Was können wir tun? Die Wissenschaftlerinnen forderten dazu auf, wie einstmals 1948/49(2) Waschkörbe voller Briefe an das Bundesverfassungsgericht zu schicken, um den mühsam ausgehandelten parlamentarischen Kompromiß, also die Beratungspflicht, zu retten. Sie meinten das ernst und hatten bereits einen ausformulierten Musterbrief an Prof. Mahrenholz beigelegt, den die Frauen nur noch unterschreiben sollten.

Die Schwelle der Betroffenheit

Man muß keine Verfallsgeschichte entwerfen oder Verratsthese vertreten, denen zufolge das richtige und authentische Wissen und die Forderungen der Bewegung von den feministischen Intellektuellen entwendet, verfremdet und im Interesse des Patriarchats eingesetzt wurden. Auch in der Frühphase der Neuen Frauenbewegung spielten Intellektuelle eine wichtige Rolle. Allerdings wandelte sich von den 70er zu den 80er Jahren ihre Funktion. Man könnte den Institutionalisierungsprozeß der Frauenbewegung auch unter der Perspektive dieses Funktionswandels betrachten.

Theoretiker wie Foucault und Deleuze(3) sahen in den 70er Jahren unter anderem in der Frauenbewegung den Aufstand der unterworfenen Wissensarten und das Ende des Intellektuellen, wie wir ihn kennen nahen. Das war sicher eine etwas übertriebene Hoffnung, doch gab es durchaus neue Intellektuellentypen: illegitime, nicht akademisch autorisierte Theoretikerinnen, die die Verbindung zu den kollektiven Wissensformen herstellten, also zu dem, was es in der Frauenbewegung an Parolen, Diskursen, Haltungen, kollektiven Praktiken alles so gab. Die Schwelle der Schrift als sakralisierendes Kennzeichen des Intellektuellen (Foucault 1978, S. 45) wurde dabei allerdings nicht beseitigt, auch wenn zeitweise so viele Frauen schrieben, daß sie zumindest herabgesetzt war (und diese Frauen schreiben-Phase hat zum Teil schreckliche Dinge hervorgebracht). Ebenso waren viele Akademikerinnen in der Frauenbewegung aktiv, die die Verbindung zur Universität herstellten. Die erste Frauen-Sommer-Universität fand 1976 statt, und etwa zu dieser Zeit setzten bereits die Debatten um Autonomie oder Institutionalisierung ein, die bis in die erste Hälfte der 80er Jahre anhielten und dann zugunsten der Institutionalisierung entschieden waren. Die konzeptive Tätigkeit der Intellektuellen hatte damals widersprüchliche Effekte zum einen verschaffte sie bestimmten Positionen

mehr Öffentlichkeit und führte zu einer Verbreiterung der Bewegung, zugleich hatte sie eine usurpierende und verknappende Wirkung. Wie haben die feministischen Intellektuellen ihre Rolle selbst thematisiert?

Aufschlußreich ist zum Beispiel ein Text, der über die Sozialwissenschaft hinaus zur kanonischen Schrift wurde und das Selbstverständnis vieler Feministinnen, die sich Ende der 70er Jahre für die Entwicklung der Frauenforschung einsetzen, zum Ausdruck brachte: die Methodischen Postulate von Maria Mies. Mies hatte ihre Thesen im Rahmen eines Frauenhaus-Projekts (Aktionsforschung) geschrieben, und sie forderte nicht weniger als eine Neudefinition des Wahrheitsbegriffes in der Forschung (Mies 1978, S. 10). Im Zentrum ihrer Thesen stand das Betroffenheitspostulat, wie es später kurz genannt wurde, das heißt die Unterstellung einer vorgängigen Gemeinsamkeit aller Frauen als Unterdrückte, die über eine teilweise Identifikation (ebenda, S. 12) direkt in den Forschungsprozeß eingehen sollte.⁽⁴⁾ Dessen Ziel sollte die Herstellung eines kollektiven Frauenbewußtseins (ebenda, S. 15) sein. Mies übertrug so das geschichtsphilosophische Modell des Hegelmarxismus auf die Frauenbewegung und bestimmte die Funktion der Intellektuellen entsprechend: Engagierte Sozialwissenschaftlerinnen, die sich den allgemeinen Zielen der Frauenemanzipation verpflichtet fühlen, haben einen wichtigen Beitrag zur theoretischen Klärung und strategischen Weiterentwicklung dieser Bewegung zu erfüllen (Verpflichtung vor der Geschichte). (ebenda, S. 14) Damit legitimierte sie ihre Führungsrolle und leugnete die existierenden sozialen Unterschiede zwischen Frauen. Was sich durchsetzte und andere Aspekte der Postulate in den Hintergrund treten ließ, war die Identifikation von Forscherinnensubjekt und Untersuchungsgegenstand, die mit dem Betroffenheitspostulat gesetzt war.⁵ Über diese Identifikation imaginierten sich viele Wissenschaftlerinnen uneingeschränkt auf seiten der Unterdrückten. Ihre eigene Position und Tätigkeit kam ihnen so gar nicht erst in den Blick.

Wissen ist männlich

Was ihnen dagegen in den Blick kam, war der männlich zentrierte und dominierte Wissenschaftsapparat. Der historische Ausschluß von Frauen aus intellektuellen Berufen⁽⁶⁾ schien auch die Theorien der Feministinnen, die nun Zugang zur Akademie hatten, zu bestimmen: die ganzen Theorien etwa über das Gesetz des Vaters, das väterliche Wissen, den Phallogozentrismus wiederholten diesen Ausschluß auf eigenartige Weise. Sie behaupteten eine ewige, in sich geschlossene männliche Ordnung des Wissens, in die Frauen nur unter Selbstverleugnung eintreten könnten.

In dieser Vorstellung gleichen sich auch die unterschiedlichen Intellektuellenmodelle. Obwohl die feministischen Intellektuellen sich nicht selbst so definierten, kann man doch die Modelle des universellen und des spezifischen Intellektuellen, wie Sartre und Foucault sie entwickelt haben (vgl. Foucault 1978, S.44 ff.), auf ihre unterschiedlichen Kritikstrategien und Emanzipationskonzepte beziehen: Universalismus und Partikularismus. Gleichheit und Differenz.(7) Die naheliegendsten, sich scheinbar diametral entgegenstehenden Beispiele sind Simone de Beauvoir, der feministische Mandarin, und Luce Irigaray, die Mutter des Differenzfeminismus. Naomi Schor hat, dieses klassische Gegensatzpaar betreffend, auf einen interessanten Punkt hingewiesen Tatsächlich teilen beide trotz ihrer in dramatischer Weise entgegengesetzten Positionen eine grundlegende Überzeugung: unter dem als Patriarchat bekannten sozialen Arrangement ist das Subjekt ausschließlich männlich; Maskulinität und Subjektivität sind bedeutungsgleiche Bezeichnungen. (Schor 1993, S. 226)(8) Wobei beide jeweils unterschiedliche Subjekte im Blick haben: das hegelianische der existentialistischen Philosophie auf der einen und das der Lacanschen Psychoanalyse auf der anderen Seite.(9) Für beide jedoch steht fest, daß Subjektivität, Sprache, Wissen der männlichen Ordnung angehören, und beide bilden das Geschlechterverhältnis auf die Trennung von intellektueller und manueller Arbeit ab, Beauvoir in ihrer Unterscheidung von Transzendenz und Immanenz, Irigaray in der von Sprache und Körper.

Auch weniger berühmte Feministinnen haben die Trennung von Kopf- und Handarbeit mit der sexistischen Arbeitsteilung analogisiert. Entsprechend einer impliziten Gleichsetzung von Intellektualität und Männlichkeit gab es in der Frauenbewegung der 70er Jahre eine starke Strömung, die Theorie, Abstraktion, zuviel Denken überhaupt für Teufelszeug hielt. Dieser Antiintellektualismus artikuliert sich in der Regel in der Dichotomie von weiblicher Emotionalität und männlicher Rationalität. Die jeweils in den Gruppen dominierenden Frauen, die die intellektuelle Führung beanspruchten, galten dann oft entweder als männlich identifiziert (bzw. infiziert) oder sie wurden als weibliche Autorität anerkannt.

Auf meiner Suche nach Selbstbeschreibungen von Feministinnen im Wissenschaftsbetrieb fiel mir ein ziemlich kurioser Artikel in die Hände, der das Anfang der 80er Jahre (zu Friedensbewegungszeiten) verbreitete Phänomen strickender Frauen in Seminaren damit erklärte, daß diese gegen den männlichen Wissenschaftsbetrieb und damit gegen die Trennung von Hand- und Kopfarbeit protestierten.(10) Eben dies, die Aufhebung dieser Trennung, die mit einer Reihe von Dichotomien assoziiert ist, die zugleich sexistisch überdeterminiert sind (Körper/Geist, Pathos/Logos, sensibel/intelligibel etc.), versuchten feministische Intellektuelle auf der Ebene ihrer Theorien zu repräsentieren. Ende der 70er Jahre setzten sie der männlichen Ordnung des Wissens z.B. die Theorien über die unendliche Zirkulation des weiblichen Begehrens, über den fließenden und ver-rückten

weiblichen Diskurs entgegen, die den Frauen ziemlich viel abverlangten: Die Frau muß ihren Körper schreiben, ihre uneinnehmbare Sprache erfinden, die die trennenden Wände, Klassen, Rhetoriken, Verordnungen und Gesetze zerbricht; sie muß, indem sie das Unmögliche anstrebt, den Diskurs mit sich fortreißen, durchbrechen, überwinden ... (Cixous 1977, S. 145).

In den 80er Jahren versuchte die feministische Vernunftkritik entsprechend, das weibliche Denken als subversives Potential zu fassen, wobei sie zumeist in die üblichen Zuschreibungen verfiel.⁽¹¹⁾ Angesichts der Rationalitätsnormen des Wissenschaftsbetriebs, die eben zumeist als männlich und nicht als sexistisch bezeichnet wurden, glaubten viele Feministinnen, ihre Kritik und ihre alternativen Modelle mit dem Etikett weiblich versehen zu müssen. Ihre Kritikstrategien richteten sich entsprechend auf die Sichtbarmachung und Anerkennung weiblicher Fähigkeiten, Rationalitäten, Moralvorstellungen etc. Über ihre Versuche, die Aufhebung der Arbeitsteilung⁽¹²⁾ auf der Ebene ihrer intellektuellen Praxis zu repräsentieren, stellte sich die Geschlechterdichotomie immer wieder her. So war die in den 80er Jahren stärkste Strömung feministischer Theorie mit der Konstruktion von Differenz beschäftigt, der einen großen Differenz, hinter der die sozialen Unterschiede zwischen Frauen verschwanden. Währenddessen entwickelte sich auf der Ebene des Wissenschaftsbetriebs eine neue Variante der Arbeitsteilung und des Effekts Frau: Weil die Identifizierung von Forscherin und Gegenstand rapide zugenommen hat, ist der Spielraum von Frauen ... enorm eingeschränkt. Man redet und schreibt als Frau nur noch über Frauen-, egal womit man sich befaßt und wie man schreibt, alle wissen immer schon, wer Frauen- sind und was sie tun. (Hahn 1990, S. 219) Frauen waren nun mehr und mehr auf die neue Disziplin der Frauenforschung verwiesen und innerhalb des akademischen Betriebs (der Geistes- und Sozialwissenschaften) gewissermaßen zuständig für Rationalitätskritik und Körper.

Diskurspolitik

Man könnte die verschiedenen Phasen der Frauenbewegung auch danach kennzeichnen, welche Fragestellung jeweils die Praxis der Intellektuellen dominierte. In den siebziger Jahren war es die sexistische Arbeitsteilung, die die Feministinnen sich in Opposition zur Männergesellschaft begreifen ließ. Auch die Akademie trat ihnen als Männerbund entgegen. Demgegenüber wähten sie sich immer schon auf der richtigen Seite. Egal, ob sie eher dem Modell der universellen oder der spezifischen Intellektuellen entsprachen, verdeckte die Geschlechterdichotomie ihnen den Blick auf die eigene Position und Praxis als Intellektuelle.

Seit den achtziger Jahren, so könnte man sagen, sind einige von ihnen selbst an der Organisierung der geschlechtlichen Arbeitsteilung beteiligt: Der Begriff

feministisch hat durch ihre Wissenspraktiken immer mehr die Bedeutung von weiblich angenommen, und ein bestimmtes feministisches Wissen um Geschlechterverhältnisse und geschlechtsspezifische Eigenschaften ist in die sozialen Verhältnisse der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft eingegangen und selbst zu einem Element ihrer Reproduktion geworden. Das betrifft die moralphilosophischen Theorien über die weibliche Ethik der Fürsorge ebenso wie die Konzepte des weiblichen Arbeitsvermögens oder die parteienübergreifende Konsensformel von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Seit einiger Zeit bestimmen die Debatten um Erkenntnistheorie den feministischen Seminarplan. Nicht erst mit dem Dekonstruktivismus ist die Beteiligung feministischer Theorien an der Fortschreibung der Geschlechterdichotomie selbst zum Gegenstand geworden.⁽¹³⁾ Ob es sich nun um (Selbst)Kritik oder um Verteidigungskämpfe handelt, man kann die endlosen Auseinandersetzungen um die Kategorie Geschlecht (Gender) auch dahingehend verstehen, daß hier feministische Intellektuelle versuchen, ein neues Verhältnis zur eigenen Praxis auszuarbeiten. War es noch vor einigen Jahren üblich, daß Frauenforscherinnen ihre Tätigkeit unter Berufung auf eine imaginäre Frauenbewegung legitimierten, ist einigen aufgefallen, daß dieses Selbstverständnis zunehmend anachronistisch geworden ist. Welche Intellektuellenmodelle sind nun im Angebot, und worauf richtet sich die Kritik?

Die Legitimierung des eigenen feministischen Anspruchs scheint mehr und mehr über die Akademie selbst zu laufen und sich auf diese auszurichten. Bereits in den 80ern hatte die feministische Rationalitätskritik den Übergang von der Frauenfrage in der Wissenschaft zur Wissenschaftsfrage im Feminismus vollzogen (vgl. Harding 1990, S. 7).⁽¹⁴⁾ Während zuvor noch die Kritik am männlichen Wissenschaftsbetrieb im Vordergrund stand und es z.B. in den Kämpfen um Frauenlehrstühle und Frauenförderung auch um die real existierenden sexistischen Verhältnisse innerhalb der Universität ging, wurde nun die akademische Wissensproduktion selbst zum Gegenstand. Mit der Einsicht in die diskursive Konstruiertheit der Wirklichkeit erschienen die wissenschaftlichen Diskurse selbst als vorrangiges Objekt der Kritik, und das politische Interesse vieler Feministinnen richtete sich entsprechend auf deren Veränderung. Seit einiger Zeit sind sie in den verschiedensten Bereichen damit beschäftigt, den herrschenden Kanon des Wissens zu durchforsten, zu dekonstruieren und alternative feministische Wissenschaftskonstruktionen⁽¹⁵⁾ zu erdenken: auf dem Feld der Naturwissenschaften ebenso wie in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen.

Auf der Ebene der feministischen Wissenschaftstheorie und -kritik kehren die bekannten Themen wieder. Die Vertreterinnen der feminist standpoint epistemologies z.B. berufen sich auf eine in der weiblichen Sozialisation

begründete andere Form der Rationalität, die die feministische Erkenntnis fundieren soll. In neueren Ansätzen, die sich an diese Erkenntnistheorien anlehnen (jedoch ihre Ausrichtung auf Frau im Singular kritisieren und durch den Plural ersetzen), wird das geschichts- und bewußtseinsphilosophische Modell, wie es etwa Mies mit der Forderung nach der Herstellung eines Frauenbewußtseins formuliert hatte, abgelöst von räumlichen und diskurstheoretischen Kategorien: was Mies Parteilichkeit und Betroffenheit nannte, heißt nun, z.B. bei Donna Haraway, partial perspective und situated knowledges (vgl. Haraway 1991). Neben diesen Versuchen der feministischen Wissenschaftskritik, die Rationalitätsnormen der herrschenden Wissenschaft über partikuläre Strategien anzugreifen, gibt es weiterhin Ansätze, die sich in die Tradition der Aufklärung und des Liberalismus stellen und den eurozentrischen Universalismus stützen (vgl. z.B. Benhabib 1993). In dem Maße, in dem sich der akademische Feminismus von der Gesellschaftskritik zur Wissenschaftskritik entwickelt, scheinen sich viele Feministinnen in der Akademie einzurichten, ohne sich noch auf die sozialen Verhältnisse außerhalb des Seminars zu beziehen. So sind heute die einen damit beschäftigt, den akademischen Textkorpus zu dekonstruieren, Bedeutungen zu verschieben und eine Derrida-Lektüre nach der anderen zu produzieren, (16) während die anderen der Frauenpolitik die Stichworte liefern.

Feminismen?

Doch der Begriff des Feminismus selbst ist umstritten und bezeichnet keinesfalls ein eindeutiges Programm. War es in den 80ern der Streit um Gleichheit oder Differenz, hat sich in den letzten Jahren die Rede von den Differenzen unter Frauen durchgesetzt. Auch in der Bundesrepublik ist der etablierte Feminismus in seinen eurozentrischen und rassistischen Prämissen von Migrantinnen angegriffen worden. Gleichzeitig jedoch sind Formen zu beobachten, diese Kritik wiederum zu vereinnahmen, etwa wenn in den Feministischen Studien nun nicht mehr nur von Geschlechterdifferenz, sondern von kulturellen und sexuellen Differenzen die Rede ist. (17)

Das neue Paradigma der Differenzen ist in verschiedene Richtungen ausdeutbar. Bereits früher schon hatte Julia Kristeva betont, sie sei für eine Konzeption des Weiblichen, für die es so viele Weiblichkeiten- gibt wie Frauen, und Judith Butler hat jetzt das Projekt der Vervielfältigung möglicher Konfigurationen der Geschlechtsidentität (Butler 1991) ins Spiel gebracht, das von vielen Intellektuellen bereitwillig aufgegriffen wird (vgl. Graw in diesem Band). Doch das Modell der (in sich) vervielfältigten Frauen entspricht leider dem, was sowieso schon stattfindet (multiple identity = Mehrfachbelastung) und geht über die real existierenden sozialen Differenzen unter Frauen hinweg. Mit dem Übergang vom Singular zum Plural scheint sich auch unter feministischen Akademikerinnen ein Habitus zu entwickeln, den

man von Postmodernen wie Lyotard schon kennt: man behauptet immerzu, alles sei plural, nimmt selbst darin aber keine Position ein und ist im Zweifelsfall alles andere als pluralistisch. In bestimmten Kreisen des akademischen Feminismus hat man sich entsprechend darauf geeinigt, nur noch von Feminismen und nicht mehr von Feminismus zu sprechen, was allerdings nichts daran ändert, daß es immer nur bestimmte Feminismen gibt, die hegemonial sind und andere marginalisieren, mit anderen Worten, daß feministische Intellektuelle immer eine bestimmte Wahrheit über Frauen zu verallgemeinern versuchen. Auch der Feminismus ist nicht eins; es gibt herrschende und beherrschte feministische Ideologien und deren Spaltungen verlaufen gegenwärtig entlang der Fragen des Rassismus und des Nationalstaats.

Viele Frauen, die sich gegen das wenden, was auch die Autorinnen in diesem Band Staatsfeminismus nennen, sind heute in irgendeiner Weise in den akademischen Feminismus verwickelt. Meistens bewegen sie sich eher am Rande der Universität oder, mit Spivak: Outside in the Teaching Machine und sind daneben mit anderen Projekten beschäftigt (autonomen Frauengruppen, Migrantinnengruppen, Zeitschriften, Fanzines, Kunstprojekten etc.), wobei sie sich mehr oder weniger stark von dem akademischen Gestus der neueren feministischen Theorien abgrenzen oder ihn auch übernehmen. Da es nicht mehr, wie noch bis Anfang der 80er Jahre, eine autonom organisierte Szene von Frauen gibt (man kann es auch Gegenöffentlichkeit nennen), die z.B. in der Lage gewesen wäre, einen relevanten Protest gegen den §218 zustande zu bringen, hat die Akademie an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig ist sie momentan nicht mehr der Ort, von dem eine politische Bewegung ausgeht. Es ist Zeit, das Seminar wieder zu verlassen.

(1) mit leichter Abwandlung zitiert nach Alex Demirovic 1992, S. 56

(2) Sie bezogen sich auf die damalige Briefkampagne von Frauenverbänden zur Durchsetzung des Artikels 3 Abs. 2 ins Grundgesetz. Auch das parteienübergreifende Frauenbündnis zur Verfassungsreform nahm auf diese Phase Bezug und traf sich traditionsbewußt auf Frauen-Chiemsee.

(3) Vgl. etwa Deleuzes euphorische Einschätzung: Für uns hat der theoretisierende Intellektuelle aufgehört, ein Subjekt, ein repräsentierendes oder repräsentatives Bewußtsein zu sein. Diejenigen, die handeln und kämpfen, haben aufgehört, repräsentiert zu werden, sei es von einer Partei, sei es von einer Gewerkschaft, die sich anmaßen, deren Bewußtsein zu sein. Wer spricht? ... Es gibt keine Repräsentation mehr, es gibt nur Aktion: die Aktion der Theorie und die Aktion der Praxis in einem Netz von Beziehungen und Übertragungen. (Deleuze/Foucault 1977, S. 87)

(4) Zwar reflektierte Mies noch auf die klassenspezifischen Differenzen zwischen den Wissenschaftlerinnen und ihren potentiellen Forschungsobjekten: Ihre Identifikation mit den Privilegien ihrer Klasse überwiegt häufig ihre Betroffenheit als Frau (das heißt als Unterdrückte), doch verschwanden diese sogleich wieder in der These vom Primat des Sexismus.

(6) wenngleich es in der bürgerlichen Weiblichkeitsideologie immer auch das Modell der höheren Tochter und der gebildeten, den Ehemann mit ihren Kenntnissen unterhaltenden Frau gab, ebenso ausgenommen die Sparte der schönen Literatur, an die auch die Entwicklung der Frauenliteratur in den siebziger Jahren anschloß.

(7) Es gab auch in den siebziger Jahren (wenige) Ansätze, die beides im Blick hatten: die Kritik der Verselbung und der Veränderung. Kritische Theoretikerinnen wie Bovenschen verfolgten z.B. diese Doppelstrategie (vgl. ihre Unterscheidung von Reduktions- und Ergänzungstheorien), die allerdings auf den akademischen Diskurs beschränkt blieb. In gewisser Hinsicht könnte man sagen, daß Bovenschen mit dem philosophisch-literarischen Textkorpus machte, was Butler nun mit feministischen Theorien macht: Dekonstruktion.

(8) Eine Position, die heute auch in der Kritik an dekonstruktivistischen Ansätzen geltend gemacht wird. So bspw. von Rosi Braidotti: Die Wahrheit ist: ... um das Subjekt zu dekonstruieren, muß man erst das Recht gewonnen haben, als Subjekt zu sprechen (Braidotti 1990) Was heißt das aber, wenn feministische Intellektuelle sich mit dieser Kritik als Philosophinnen etablieren? Als ob die Analyse und Kritik der weiblichen Subjektkonstitution die Subjektanrufung außer Kraft setzen könnte.

(9) Daß feministische Intellektuelle sich oft an den Meisterdenkern abarbeiteten, ist ein Aspekt, der die Gefahr birgt, sie diesen wiederum unterzuordnen, der sich jedoch auch nicht leugnen läßt und ihre Positionen mit bestimmt.

(10) vgl. Ortman 1981. Der Artikel ist Teil einer feministischen Ausgabe der Beiträge zur Marxschen Theorie, die mehrere, zum Teil autobiographische Texte versammelt, in denen Wissenschaftlerinnen über ihren schwierigen Zugang zur akademischen Tätigkeit und die sexistischen Verhältnisse an der Uni schreiben. Vieles davon trifft auch heute noch zu.

(11) In diese Phase fallen auch einige wenige Texte, die ich zum Thema Frauen und Intellektualität fand, etwa Marianne Schullers Überlegungen zur Vergabe des Wissens. Doch auch sie orientierte sich am Modell der Lacanschen Psychoanalyse und deklarierte eine weibliche Intellektualität, die über die Rekonstruktion und Subversion des männlichen Wissens Wissenskritik als Machtkritik betreiben sollte (vgl. Schuller 1984).

(12) Ähnlich, wie in den Frauengruppen immer versucht wurde, nach dem Modell Alle Frauen machen alles die gesellschaftliche Arbeitsteilung in der eigenen Praxis aufzuheben, was zu den bekannten Überforderungen führte.

(13) Vgl. etwa Gildemeister/Wetterer 1992

(14) Harding zufolge waren Feministinnen zunächst damit beschäftigt, die mangelnde Objektivität der herrschenden Wissenschaft zu kritisieren, dabei die bestehenden Rationalitätsnormen übernehmend (better science-Argumentation). Mittlerweile zielen die Kritik jedoch auf diese selbst bzw. auf ihre implizit oder explizit westlichen, bürgerlichen und männlich dominierten Zielvorstellungen (feminist standpoint theories). Vgl. Harding 1990

(15) Das neue Ding ist der Science-Fiction-Feminismus von Donna Haraway. Es ist auch ein Effekt dieser Richtung des Dekonstruktivismus, daß manche Feministinnen sich nun mit Tierethik beschäftigen, denn: auch die Grenze zwischen Mensch und Tier ist eine soziale Konstruktion. Haraway etwa dekonstruiert in ihrem utopischen Cyborg-Szenario nicht nur die Grenzen zwischen Technologie und Natur, sondern ebenso die zwischen Menschen und Tieren.

(16) Dabei werden die dekonstruktivistischen Ansätze kaum auf andere Bereiche als den akademischen Kanon (vorzugsweise auf die Meisterdenker, s.o.) angewandt, was sich ja anbieten würde. Es gibt keine Artikel, die sich einmal mit so etwas Komplexem wie den neuen Tampon-Werbungen (o.b. zum Beispiel wirbt nun mit intellektuellen Frauen, die sich an der Schreibmaschine sitzend über die emanzipatorischen Qualitäten von Tampons auslassen) oder Frauen-, Mode- und Mädchenzeitschriften beschäftigen und die Popularisierung feministischer Diskurse untersuchen (mit einer Ausnahme: vgl. Grether 1994). Das einzige, was auch hier angekommen ist, sind die Sammelbände zu Madonna, in denen feministische Akademikerinnen etwas verspätet ihre Verehrung bekunden.

(17) zur Kritik des feministischen Multikulti-Diskurses vgl. Sedef Gümen 1994

Literatur

Benhabib, Seyla 1993

Feminismus und Postmoderne. In Seyla Benhabib/Judith Butler/Drucilla Cornell/Nancy Fraser
Der Streit und Differenz, Frankfurt am Main

Butler, Judith 1991: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main

Braidotti, Rosi 1990: Patterns of Dissonance: Women and/in Philosophy. In: Herta Nagl-Docekal (Hg.): Feministische Philosophie, Wien/München

Cixous, Helene 1976: Schreiben, Feminität, Veränderung. In: alternative 108/109, Das Lächeln der Medusa. Frauenbewegung, Sprache, Psychoanalyse. Berlin

Demirovic, Alex 1992: Führung und Rekrutierung. Die Geburt des Intellektuellen und die Organisation der Kultur. In: Walter Prigge (Hg.): Städtische Intellektuelle. Urbane Milieus im 20.Jahrhundert. Frankfurt am Main

Deleuze, Gilles/Foucault, Michel 1977: Die Intellektuellen und die Macht. Ein Gespräch. In: dies., Der Faden ist gerissen, Berlin

Eagleton, Terry 1993: Ideologie. Eine Einführung. Stuttgart

Eichhorn, Cornelia 1994: Zwischen Dekonstruktion und Identitätspolitik. In: Die Beute, Nr.1

Foucault, Michel 1978: Wahrheit und Macht. In: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin

Fraser, Nancy 1994: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt am Main

Gramsci, Antonio 1992: Die Intellektuellen. In: ders., Gefängnishefte, Band 3, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg

Grether, Kerstin 1994: Mädchenmagazine zwischen alten Phantasmen und neuen Paradoxien. In: Texte zur Kunst, Nr.15

Gildemeister, Regina/Wetterer, Angelika 1992: Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: G.-A. Knapp/A. Wetterer (Hg.): Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie, Freiburg

Gümen, Sedef 1994: Geschlecht und Ethnizität in der bundesdeutschen und US-amerikanischen Frauenforschung. In: Texte zur Kunst, Nr.15

Hahn, Barbara 1990: Feministische Literaturwissenschaft. Vom Mittelweg der Frauen in der Theorie. In: K.M.Bogdal (Hg.): Neue Literaturtheorien. Opladen

Haraway, Donna 1991: Simians, Cyborgs, and Women. New York

Harding, Sandra 1990: Feministische Wissenschaftstheorie. Hamburg

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 1991: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien

Mies, Maria 1984 (1978): Methodische Postulate zur Frauenforschung. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 11 (Nachdruck)

Ortmann, Hedwig 1981: Notizen zu einer Theorie der Frau (!) oder Versuch zur Beantwortung der Frage: Warum stricken Frauen? In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie

Poulantzas, Nicos 1978: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg

Schor, Naomi 1992: Dieser Essentialismus, der keiner ist Irigaray begreifen. In: Barbara Vinken (Hg.): Dekonstruktiver Feminismus, Frankfurt am Main

Schuller, Marianne 1998: Vergabe des Wissens. Notizen zum Verhältnis von weiblicher Intellektualität und Macht. In: Konkursbuch, Zeitschrift für Vernunftkritik, Nr.12

Smells Like Teen Spirit Riot Grrrls, Revolution und Frauen im Independent Rock

Joanne Gottlieb und Gayle Wald

Während Nirvana, der Inbegriff der Grunge-Bands, aus der Dunkelheit der Independent-Szene in die ruhmreichen Gefilde des Mainstream aufstieg, kursierte in den Rockkreisen landesweit ein Gerücht: daß nämlich der kryptische Titel ihres Megahits Smells Like Teen Spirit nicht von dem Sänger der Gruppe, Kurt Cobain, stamme, sondern von seiner Nachbarin Kathleen Hanna, die das irgendwann einmal, noch bevor er ein Rockstar wurde, als Witz an Cobains Hauswand gekritzelt hätte.⁽¹⁾ Diese kleine, oft erzählte Geschichte hat einige Pointen, die insgesamt genommen schon verwirrend sind. Zum einen verweist die Anekdote auf die kreative Unsichtbarkeit einer Frau, die hinter dem allgegenwärtigen, die Rockindustrie umwälzenden Top Ten-Hit einer männlichen Rockband verschwand. Gleichzeitig impliziert sie eine männliche Aneignung von Hannas ironischem Verweis auf ein Markendeodorant, dessen Zielgruppe vorwiegend junge Mädchen sind (Teen Spirit). Die Pointiertheit von Hannas Verweis geht in der Version von Nirvana verloren, denn sie bezog sich auf ein Produkt, dessen Name mit weiblicher Teenageridentität, Gruppensolidarität und gemeinsamer Aktivität [vgl. die phonetische Nähe zu team spirit, Anm. d. Ü.] assoziiert wird. Durch die mehrdeutige Verwendung des Wortes Teen, das sich hier jedoch speziell auf weibliche Teenager bezieht, erzeugt Teen Spirit eine gut zu vermarktende Phantasie weiblicher Jugendkultur. Hinzu kommt, daß Hanna, im Unterschied zu ihrer früheren Unsichtbarkeit, nun voll im Rampenlicht der Massen steht, nämlich als Frontfrau von Bikini Kill, einer Band, die sowohl in der Independent-Szene als auch in der Mainstream-Musikpresse Bedeutung erlangt hat durch ihre Unterstützung der Riot Grrrl-Bewegung junger, feministisch orientierter Frauen in der Underground-Szene. Hannas Kritzelei vereinigt also mehrere Themenbereiche, die wir nun im folgenden genauer untersuchen wollen zunächst die spezifische Stellung von jungen Frauen in Kulturindustrie und Subkultur; die historische Unsichtbarkeit von Frauen im Rockgeschäft; die neuerliche Beliebtheit von Frauenbands; das Verhältnis von Performance, gender und Sexualität und schließlich die möglichen Bindeglieder zwischen der Musikproduktion von Frauen, feministischer Politik und feministischer Ästhetik.

Wir beziehen uns dabei auf die Independent- und Underground-Rockszene, wo in letzter Zeit sehr viele reine Frauenbands oder Einzelkünstlerinnen in Erscheinung getreten sind, die ziemlich laute, aggressive Musik in alter

Punktradition machen.(2) Die Präsenz dieser Bands sowohl in der Mainstream-Presse als auch in alternativen Publikationen scheint zu beweisen, daß sich junge Frauen immer selbstverständlicher Zugang zu den rebellischen Möglichkeiten der Subkultur verschaffen, die im Rock und vor allem im Punk vorhanden sind. Und dies sollte als ein Teil der Geschichte feministischer Aneignungen und Erfolge betrachtet werden. Jedenfalls scheint diese Veränderung insofern vielversprechend, als sie die Möglichkeiten für Frauen erweitert, sich öffentlich darzustellen, ihre individuelle oder kollektive Geschlechtsidentität zu artikulieren und gegen Normen und Erwartungen zu verstoßen zumindest gilt das für Frauen der weißen Mittelklasse, aus denen sich diese Szene weitgehend zusammensetzt.(3) Die neue Sichtbarkeit von Frauen im Rockgeschäft zeigt aber nicht nur, daß sie nun besseren Zugang zu einem ehemals von Männern dominierten Bereich haben, sondern gibt den vorhandenen Ausdrucksmöglichkeiten einen explizit feministischen Rahmen. Ein Teil unserer Analyse bezieht sich also historisch auf die Interaktion von Frauen im Rockbiz, weil wir sehen wollen, wie diese spezifische kulturelle Ausdrucksweise Geschlechtsidentität geprägt hat und umgekehrt, wie Geschlechtsidentität dort artikuliert wird. Insbesondere wollen wir die Frage nach dem subversiven Potential von Subkulturen neu stellen und untersuchen, ob Rock und vor allem Punk wirklich ein Vokabular der Rebellion zur Verfügung stellt, ein Vehikel für Deformation, Transformation und Verweigerung ist, wie Dick Hebdige (1979, S. 138) meint.

Die hier gemeinten Musikerinnen kommen alle aus der Independent-Szene, die sich aus dem Punk der Siebziger entwickelt und eine ganze Reihe kleiner, unabhängiger Plattenlabels hervorgebracht hat. Mit Independent beziehen wir uns übrigens auf den Status der Plattenlabels, mit Underground meinen wir die Bewegung im ganzen. Diese Bezeichnungen ersetzen die etwas unzeitgemäßen Beschreibungen wie Punk oder Hardcore, die heute eher Sub-Genres von Underground Music darstellen. Independent Labels, die die Platten dieser neuen Frauenbands herausbringen z.B. Harriet in Cambridge/Mass. und Kill Rock Stars in Olympia, sind unabhängig von den großen Plattenfirmen wie Warner, Sony oder Geffen. Es sind oft winzige Betriebe (die nicht selten ihren Hauptsitz in der Küche von irgend jemandem haben), sie haben nie Geld, nur minimale Verbreitungsmöglichkeiten (meist durch mail order) und müssen mit den billigsten Aufnahmetechniken und Tonträgern arbeiten (Maxi-Singles und neuerdings auch Cassetten). Die kommerziellen Labels plündern die Indies auf ihrer Suche nach neuen Talenten und Trends und werden deshalb vom Underground mit Skepsis und Verachtung betrachtet. Der unglaubliche Erfolg von Nirvana, nachdem sie zu Geffen gewechselt sind, hat die großen Plattenfirmen noch weiter angespornt, nach punkgeprägtem, kämpferischem Hardrock (New York Times, 22.11.1992) Ausschau zu halten. Trotz oder gerade wegen des Prestiges und der finanziellen Vorteile, die Deals mit den Majors mit sich bringen, äußert man sich in der

Independent-Szene oft abfällig über Bands, die sich verkaufen, um bekannter und finanziell überlebensfähig zu werden. Ein Vertrag mit den Majors bedeutet häufig eine besondere Gefahr für die Integrität von Musik, Stil und politischer Haltung der dort unterzeichnenden Performerinnen, die so unter den doppelten Druck geraten, einerseits ihre Musik zu mäßigen (das heißt, softer zu klingen, weniger Gitarren-Feedback zu verwenden und ausgefeiltere, kosmetisch behandelte Produktionen zu liefern) und andererseits ihr Image aufzurüchen durch neuen Haarstil, Make-up und Klamotten.

Paradoxerweise ist das Phänomen Frauen-im-Rockbiz auch dadurch gekennzeichnet, daß die wichtigsten der reinen Frauenhardcorebands durch ihre Verträge mit den Majors in die Orte der Mainstream-Massenvermarktung (MTV, Top 40 und Kommerzradio) geschleust werden. Bands wie Hole, Babes in Toyland und L7 haben ganz klar davon profitiert und spielen nun vor mehreren tausend Leuten und verdienen genug Geld, um sich ausschließlich auf die Produktion von neuen Platten zu konzentrieren. Die Grenzen zwischen alternativer und Mainstream-Kultur sind in dieser Diskussion ausgesprochen verschwommen. Underground und Mainstream sind ständig dabei, sich neu zu definieren, und beziehen sich dabei aufeinander: Mainstream, indem er Underground und Street Culture imitiert und sich aneignet; Underground, indem er permanent von seiner Belagerung spricht. Hebdige beschreibt die warenförmige Vereinnahmung von Subkultur durch den Mainstream als einen Prozeß, durch den die ideologische Bedrohung, die von Subkultur ausgeht, handhabbar und kontrolliert wird (1979, S. 9497). Trotz aller realen Gefahren des Verlusts von Integrität oder der Reduzierung auf eine kurzlebige Die Weiber dürfen auch mal-Mode bedeutet die Tatsache, daß die drei krassesten angry women bands Verträge mit den großen Labels haben, vielleicht aber auch, daß eine neue Rolle der Frauen im Rockbiz akzeptiert wird und, ganz optimistisch gedacht, eine neue Rolle für Frauen überhaupt möglich wird.

Unser Optimismus wird allerdings durch zwei wichtige Beobachtungen gedämpft. Erstens ist das Rockbiz, trotz beachtlicher Errungenschaften von einigen Performerinnen, nach wie vor von Männern besetzt. Zweitens definiert sich die Jugendkultur der Mädchen aufgrund patriarchaler Strukturen historisch völlig anders als die der Jungs. Mädchen haben aus diesem Grund ganz andere Möglichkeiten, ihre jugendliche Sexualität auszudrücken und gegen elterliche (das heißt patriarchale) Kontrolle zu rebellieren, zwei Themen, die die Rockmusik und die Herausbildung einer Jugendidentität in der westlichen Welt seit jeher bestimmt haben.

Rock'n'Roll ist also eine potentiell, aber keineswegs inhärent feministische Ausdrucksweise. Im Gegenteil gibt es sogar eine lange Tradition im männlichen Punk und Hardcore, die Rebellion auf Kosten von Frauen und über den weiblichen Körper hinweg durchzuspielen. Die neue Generation von Musikerinnen kommt vom Punk über den us-amerikanischen Hardcore,

der lautesten, zornigsten, gewalttätigsten (zumindest in ihrer Bildlichkeit) und am meisten entfremdeten Form von Musik, die es im Augenblick gibt. Obwohl es auch Differenzierungen im Hardcore gibt, ist er für unsere Geschichte in seiner aggressiv-männlichen Ausformung Mitte der Achtziger ein Stolperstein, der verhindert, daß wir eine ungebrochene Entwicklungslinie von den ersten Frauen im Punkrock zu den heutigen Riot Grrrls ziehen können.⁽⁴⁾ In ihrem Fanzine *Satan Wears a Bra* [Der Satan trägt einen BH] zeigt Debby Wolfensohn, wie männliche Hardcorebands immer wieder als unverblünte Frauenhasser auftreten. Als ein Beispiel zitiert sie den Text eines Songs der Band Fear: I just wanna fuck some slut ... piss on your warm embrace/ I just wanna come in your face/ I don't care if you're dead [Ich will einfach bloß eine Schlampe ficken ... scheiß' auf deine warme Umarmung/ Ich wuchs dir ins Gesicht/ es ist mir auch egal, ob du tot bist]. Hardcore kann nicht nur anti-romantisierend, sondern, wie das Zitat zeigt, ausgesprochen eklig und gewalttätig sein, wobei die konventionelle Hetero-Romantik des Rock'n'Roll durch Vergewaltigung und Mord ersetzt wird. Insofern Hardcore den Wunsch der weißen Mittelklasse-Jungs ausdrückt, ihre Eltern und andere Autoritäten zu schockieren, ist die Faszination für das Abstoßende und Gewalttätige jedoch manchmal eher als ironisches Spiel denn als Plädoyer zu verstehen. Trotzdem ist es bezeichnend, daß dieser Wunsch häufig und nicht zufällig als das Verlangen, Frauen zu erniedrigen und ihnen wehzutun, artikuliert wird.

Obwohl also Hardcore und Punk ein Forum für Frauenhaß bieten, öffnet Rock und vor allem Punk durch die Herausbildung einer kraftvollen Kombination von Sex und Wut einen geeigneten Raum für feministische Vereinnahmungen und für eine Politisierung des Zusammenhangs von Sexualität und weiblicher Identität. Insbesondere die Subkultur der Riot Grrrls geht über die reine Produktion und Konsumierung von Musik oder den mit dieser Art von Lebensstil verbundenen Lustgewinn hinaus. Sie wird durch die Fanzines zur politischen Strategie und zum ständigen Versuch einer Selbstdefinition. Obwohl manchmal zu Unrecht gleichgesetzt, sind Riot Grrrls nur eine bestimmte, selbstbewußte Teilmenge des umfassenderen Phänomens der Rock-Frauen. Längst nicht alle Frauen im Independent Rock würden sich als Riot Grrrls bezeichnen. Indem sie sich um eine bestimmte Art von Musik zentrieren, bilden Riot Grrrls Netzwerke und Communities, mit denen sie versuchen, die Formen weißer Mittelklasse-Jugendkultur loszuwerden, von denen sie geprägt wurden, und aus den patriarchalen Grenzen des weiblichen Verhaltens durch ihr Auftreten auf der Straße, das Verhältnis zu ihrem eigenen Körper, zu Rockmusik und zu ihrer Lust auszubrechen. Riot Grrrl als Oberbegriff einer Bewegung hat die Verbindungen von Musik bzw. Subkultur und feministischer Politik auf den Punkt gebracht. Das bleibt nicht ohne Auswirkung auf die gewohnten Denkmuster der Rockproduktion und -konsumtion.

Im vergangenen Jahr hat der Musikjournalismus erheblich dazu beigetragen, den Glauben zu schüren, Frauenbands und Einzelmusikerinnen seien eine neue und beachtenswerte Entwicklung in der Rockmusik-Szene.⁽⁵⁾ Je nachdem, wo man heute guckt, heißt es entweder, es sei ein wirklicher Trend, daß Frauen nun das Rockgeschäft erobert hätten, oder aber das Phänomen wird als reines Medienkonstrukt beschrieben, als journalistisches Spektakel, um die Marktinteressen der Musikindustrie zu sichern. In einem der ersten Artikel, der sich mit den weiblichen Indie-Rockstars als Phänomen auseinandersetzte, schrieb Simon Reynolds im Februar 1992 in der New York Times über die beiden hervorstechendsten Bands Hole und Babes in Toyland sowie über die Leadsängerin der Nymphs, Inger Lorres, sie seien vor allem wegen ihrer noch nie dagewesenen (und ihm erfrischend unweiblich erscheinenden) Wut und Rage bemerkenswert. Doch diese Darstellung, der noch weitere in der Art folgten, halfen teilweise mit, das eigentliche Phänomen zu schmälern und ihm das so globale wie unzureichende Etikett zornige Weiber aufzukleben. Auch Thurston Moore, der Sänger von Sonic Youth und einer der einflußreichsten Männer im Independent-Geschäft, machte da mit und prägte den Begriff foxcore*, als ob diese weibliche Hardcore-Variante, die immerhin am krassesten, aggressivsten Ende des Undergroundspektrums zu finden ist, nichts anderes sei als eine bestimmte Art der Erotikshow von ein paar Frauen. Kurz und gut, obgleich also diese Berichte auf eine wichtige Neuerung in der Rockwelt hingewiesen haben, ist ihre Funktion dabei sehr ambivalent. Sie definieren zwar einen Trend, aber gleichzeitig grenzen sie ihn ein und verkürzen die Vielfalt weiblicher Musikstile auf ein Schlagwort. Schlagwörter haben natürlich eine beschreibende Funktion, aber leider laufen sie Gefahr, weiblichen Punk oder Hardcore zu essentialisieren, ihn zu verdinglichen und so als Frauenmusik zu marginalisieren.

Teilweise sind die Frauen an dem Bezeichnungsproblem selbst schuld, weil sie sich mit den Journalisten, die sie unter dem Label angry women als interessantes Phänomen zusammenschmeißen, nicht auseinandersetzen wollen. Einige Bands, darunter L7, Hole und Scrawl, haben versucht, sich öffentlich davon zu distanzieren, indem sie als Argument den Vorwand (oder die letzte Verteidigung) benutzten, daß Fragen nach dem jeweiligen Geschlecht in Kunst und Musik nichts zu suchen hätten und weder für die Produktion noch für die Rezeption eine Rolle spielten. Für sie sind solche Kategorisierungen nur eine unerwünschte Last, weil sie Trivialisierungen vermeiden möchten und weil sie fürchten, daß mit Benennung und Label ihre Musik schließlich festgelegt und klischeehaft wird (vgl. Ali 1992). In einem Interview in dem Riot Grrrl-Fanzine Girl Germs (1992), das von Molly und Allison von Bratmobile produziert wird, äußern die Frauen von 7-Year Bitch ihren Frust über die stereotype Art von Geschlechtsbezeichnungen, aber wissen gleichzeitig um deren Unvermeidlichkeit oder sogar

Notwendigkeit. Wir erweitern den Horizont [der Männer im Publikum], sagt Leadsängerin Selene, im Sinne von Oh, wow, ihr seid Frauen und ihr könnt wirklich spielen!-. Aber eigentlich ist das Scheiße! fügt Schlagzeugerin Valerie hinzu, wenn ich bloß daran denke, wie viele Männerbands wir schon durchstehen mußten!. Für sie sind Namen und Bezeichnungen, die auf das Geschlecht verweisen, einfach lästig, weil sie Respekt und Anerkennung behindern.

Punk war die Brutstätte einer Tradition von Männerbands, die sich halb ironisch nach völlig übertrieben phallischen Symbolen benannten (Sex Pistols, Revolting Cocks, Dickies, Meat Puppets, Prong, Fishbone)* und so ein bestimmtes männliches Selbstbewußtsein postulierten. Andererseits wird das nun von den neuen Frauenbands mit einem gemeinhin abwertenden Vokabular für den weiblichen Körper beantwortet: sie nennen sich Hole, Burning Bush, Thrush, Queen Meanie Puss, Snatch, Pop Smear, Ovarian Trolley und Dickless**. Es gibt auch Frauenbands, die durch ihren Namen übertriebene Männlichkeit kritisieren: Pork, Thrust, Spitboy, Weenie Roast***. In einem besonders interessanten Fall hat sich eine Band, die ursprünglich PMS hieß, in Cockpit umbenannt und damit abwertend auf beide Geschlechter referiert [cock=Schwanz, pit=Grube, Anm. d. Ü.]. Die Selbstbezeichnung wird hier zur Taktik, nicht nur, indem auf Männlichkeit verweisende Begriffe reklamiert und neu in Umlauf gebracht werden (wodurch ihnen ihre Kraft genommen wird), sondern auch, indem Frauen nun die Möglichkeit und den Mut haben, Wörter zu benutzen, die braven Mädchen ansonsten verboten sind, weil sie eigentlich nicht fluchen und in der Öffentlichkeit niemals laut reden sollten, und schon gar nicht über ihre Genitalien und was sie damit anfangen.

Vorgängerinnen dieser Form der parodistischen Selbstbezeichnung sind die Slits, eine der großartigsten und frühesten Frauenpunkbands der späten Siebziger. Hier wird gleichzeitig deutlich, daß das Phänomen der Rock-Frauen nicht unbedingt neu ist, sondern bereits seit circa fünfzehn Jahren existiert, als in den USA und Großbritannien die ersten Frauenbands aus der Punkbewegung hervorgingen. Punk ermöglichte es auch Frauen, Musik zu machen, weil es gerade da ziemlich unwichtig war, ob jemand überhaupt spielen konnte, und so auch Vorurteile, daß Frauen musikalisch inkompetent wären, keine Rolle spielten. Punk hat von Anfang an jede technische Virtuosität und Professionalität zugunsten von Diletantismus, Ikonoklasmus und Do it Yourself-Ästhetik aufgegeben. Die relativ große Zahl weiblicher Bandmitglieder in den frühen Tagen des Punk die dabei nicht bloß hübsche Statistinnen waren, um die Produzenten zufrieden zu stellen hat bei einigen Kritikern zu der Behauptung geführt, es habe das alles schon mal gegeben und werde wahrscheinlich, wie das Jahr der Frau, ohne bleibenden Einfluß

sein. Nach dieser Lesart wäre der jüngste Einzug der Frauen ins Musikgeschäft bloß eine Nachwehe der Punk- und Postpunkära, als unkonventionelle Künstlerinnen wie, neben anderen, Debbie Harry, Poly Styrene, Chrissie Hynde, Siouxsie Sioux, Laurie Anderson, Grace Jones, Lydia Lunch, Nina Hagen, die Slits, die Raincoats und die Go-Gos für einen Umbruch einstanden, der die Rollen revolutionieren sollte, die den Frauen als Künstlerinnen traditionell zugewiesen waren.

Parallel jedoch zu dieser Lesart ist es genauso möglich, davon zu erzählen, wie sich die Veränderung stetig und Schritt für Schritt vollzogen hat. Zum Beispiel spielen immer mehr Musikerinnen etwa Georgia Hubley von Yo La Tengo oder Kim Gordon von Sonic Youth in gemischten Bands, und zwar häufig nicht als Sängerinnen, sondern als Instrumentalistinnen. Sie nehmen damit eine komplett andere Rolle in den Bands ein als früher und verändern so die, wie Jean Smith von Mecca Normal es nennt, Standardformel der Vier-Männer-Band als Ausdruck dessen, was Punk eigentlich sei. Diese Formel unterstreicht zwei zentrale Widersprüche in dieser Musikgeschichte. Erstens ist Punk, obwohl er zunächst für Frauen viel mehr Möglichkeiten bot, im Verlauf seiner Geschichte rasch in den alten Strukturen der reinen Männerbands erstarrt, die Punkmusik als Ausdruck einer verallgemeinerten, männlichen Form von Zorn und Rebellion benutzten. Und zweitens wurden Frauenbands bis vor kurzem von der Musikpresse völlig übergangen, obwohl in den Achtzigern, vor allem an der Westcoast, eine Unmenge von ihnen gegründet wurden. Der jüngste Medienrummel um diese neuen Frauenbands verschweigt somit die Tatsache, daß viele von ihnen seit bald zehn Jahren existieren. Trotzdem scheint diese Geschichte nun eine neue Wendung zu nehmen: die reine Zahl der Bands nimmt zu, sie beziehen oft explizit feministische Positionen innerhalb des Rockdiskurses (dazu gehören sowohl das ausdrückliche Promoten einer Mädchen-Subkultur seitens der Riot Grrrls als auch die politischen Aktivitäten, durch die Organisationen wie Rock for Choice und Bohemian Women's Political Alliance⁽⁶⁾ gegründet wurden), und sie sind nun (teilweise medienbedingt) so unübersehbar in ihren trotzigsten, unglaublichen Bühnenshows, so unüberhörbar mit ihrem lärmenden Sound, daß wohl kaum noch von konventioneller weiblicher Erotik gesprochen werden kann.

Bevor wir uns weiter mit dem Phänomen der Riot Grrrls beschäftigen, wollen wir auf das problematische Verhältnis von Frauen und Subkultur, besonders Rock-Subkultur, eingehen. Wir beziehen uns dabei auf einen Autor und eine Autorin der britischen cultural studies: auf Simon Frith, der einen Schlüsseltext über Jugendkultur, Musik und Politik geschrieben hat, und auf Angela McRobbie, die sich speziell mit Mädchen und jungen Frauen in der Subkultur befaßt und dabei eine feministische Kritik an den von Männern geschriebenen Theorien über Subkultur geleistet hat. Die Untersuchungen zur Geschlechterdifferenz innerhalb von Subkultur können dabei teilweise erklären, warum Mädchen, historisch betrachtet, nie im

selben Maß an Rockkultur beteiligt waren wie Jungs weil es nämlich immer größere, patriarchale Zwänge und Einschränkungen für Mädchen gab und weil daher die Ausbildung ihrer Lüste und Identitäten andere Formen annahm als die der Jungs. Stärkere soziale Kontrolle der Mädchen, ihr begrenzter Zugang zur Welt der Straße und ihre besondere Rolle im Haus verwehren ihnen den Zutritt zu den Orten, an denen Subkultur gelebt wird (Clubs, die Straße, Bars) und schließen sie aus. Gerade die Straße ist oft gefährlich für Frauen, da sie dort Anmache, Belästigungen und Überfällen ausgesetzt sind. Obwohl historisch Frauen als Prostituierte am Leben der Straße teilgenommen haben, ist auch diese Teilhabe durch die patriarchale Ideologie kontrolliert, die besagt, daß Sexarbeiterinnen als für das häusliche Leben ungeeignet angesehen werden müssen. Während also die männlichen Formen von Jugendkultur öffentlich und auf die Straße ausgerichtet sind, nimmt Mädchen-Subkultur eine häuslichere Form an: zuhause wird sich geschminkt und gestylt, werden Pop-Idole angehimmelt, Fan-Magazine gewälzt, Fotos und neuerdings Videos geschaut.

Die Schlußfolgerungen der beiden Untersuchungen legen also nahe, daß Rock'n'Roll-Subkultur nicht der Ort ist, an dem nach weiblicher Beteiligung zu suchen ist, besonders nicht auf der Produktionsseite. Und auf den ersten Blick scheint das ja die Geschichte der Rockmusik zu bestätigen. Wenn Frauen in der Vergangenheit in irgendeiner Form an Rockkultur beteiligt waren, dann immer als Konsumentinnen und Fans. Ihre öffentlichen Rollen beschränkten sich auf den Groupie, die Freundin oder die Hintergrundsängerin, ihre Hauptfunktion war es, die Auftritte der Männer zu schmücken. Wenn Frauen selbst auftraten, schreibt Frith, dann fast immer als Sängerinnen, die als Aushängeschild für die Bühnenshow oder das Plattencover dienten und deren musikalische Fähigkeiten hinter ihrem Image und ihrem Styling verschwanden. Frith macht für den Ausschluß der Frauen aus der Rockmusik eine Ideologie verantwortlich, die sich in den Tagen der Bohémiens, die die Vorläufer der Rockstars waren, entwickelt hat. Rockkultur war ein Ort der Männerfreundschaften, verbunden mit einem Lifestyle, der sich gegen ein geordnetes Leben sträubte, in dem Frauen für Routine und unwillkommene Forderungen nach Lebensunterhalt und Geld für Essen und Miete standen (Frith 1981, S. 85ff.). Außerdem entwickelten sich in der Rockkultur wie in anderen kulturellen Widerstandsformen laut McRobbie Signifikationsysteme, die Maskulinität privilegieren, Systeme, in denen die Bedeutungen, die sich um Objekte wie Motorräder oder technisches Equipment abgelagert haben, es Frauen und Mädchen gleichsam unmöglich machen, sich diese anzueignen (McRobbie 1981, S. 29).

Das Erstaunlichste an dieser Geschichte ist, in welchem Maß es Hardcore geschafft hat, die Errungenschaften von Frauen im Punk wieder zu negieren. Die Schwierigkeiten der Frauen, an dieser Szene teilzuhaben,

machen sich nicht nur hinsichtlich der Bandzusammensetzung und der Songtexte bemerkbar, sondern auch auf Konzerten, wo die Mädchen aus dem Pit* an den Rand gedrängt im wörtlichen Sinne marginalisiert werden durch das aggressive Gerempel der Jungs. Die kathartischen Dimensionen einer teilweise legitimierten Gewalt, die Selbstvergessenheit in der kollektiven Bewegung, Slamdancing und Stagediving haben unterschiedliche Bedeutungen für Jungs und Mädchen. Obwohl sie sich möglicherweise auch gern als menschliche Projektile zur Verfügung stellen, haben Mädchen von Anfang an schlechtere Karten, weil sie leichter und kleiner sind. Zudem können die Gewalttätigkeiten im Pit für Frauen leicht zur Vergewaltigung werden. Oder, wie eine mal sagte, die meisten Frauen wollten nicht im Pit tanzen es tut dem Busen weh.

Wenn wir also die Parameter des antagonistischen Feldes betrachten, in dem Frauenbands um Anerkennung und Teilhabe kämpfen, stellen sich folgende Fragen: Was heißt es für Frauen, einen Platz im Rockbusiness zu haben? Was genau heißt es für die jetzige Generation von Frauenbands, zum jetzigen Zeitpunkt in der Entwicklung von Underground Musik (wie unterscheiden sie sich von ihren Vorgängerinnen)? Inwiefern ist Musik, die aggressiv, laut und hart ist, letztlich doch maskulin in ihrer Form? Und umgekehrt, welche Position können Frauen in dieser Ausdrucksform einnehmen, außer selbst einer der Jungs zu werden? Welchen Wert hat diese Ausdrucksweise für Frauen? Inwiefern verändern Frauen diese Form des Ausdrucks und wie werden sie als Frauen davon beeinflusst? Was hat sich verändert, daß Frauen heute ihre Lust an harter, lauter Rockmusik ausleben können? Die Veränderungen innerhalb der Rockmusik, die immer eng mit Sexualität verbunden war, zeigen Parallelen zu einer veränderten gesellschaftlichen Einstellung zur Sexualität.

Frith schreibt: [In den Sechzigern] wurde Rockmusik als eine neue Form des Ausdrucks von Sexualität sowohl von Frauen als auch von Männern gesehen ... In einer Zeit, in der Frauen unablässig dazu angehalten wurden, ihre Sexualität in Form von Romantik und Romanzen zu interpretieren ..., haben die Rolling Stones gerade wegen ihres Anti-Romantizismus, ihrer Lust an der dunklen Seite der Leidenschaft- und ihrem Interesse an Sexualität als Macht und rein körperlichem Feeling eine so große Faszination ausgeübt (Frith 1981, S. 239).

Als die herkömmliche Assoziation von Liebe (als Romantik) und Popmusik (und auch die Verbindung von Sex und Freude) von Punk auseinandergerissen wurde, gab es plötzlich auch Frauenstimmen, die schrill, bestimmt, dreckig und individuell klangen, Sängerinnen als Subjekte, nicht Objekte (Frith, S. 243 f). Indem Frauen im Punk auf eine neue Art und Weise beteiligt waren, warfen sie neue Fragen hinsichtlich

Sound, Konventionen und Image auf, hinterfragten die Sexualisierung der Performance und die Performanz von Sexualität ... Punk eröffnete zum ersten Mal die Möglichkeit, daß Rock gegen Sexismus sein kann (Frith, S. 244). Was aber genau sagten die Frauen-Punkbands über Sexualität und Performance?

Um das zu beantworten, müssen wir schauen, was männliche Rockmusiker darstellten, was die Bühnenperformance von Männern bedeutete. Frauen-Punkbands entstanden in einer Zeit, als männliche Rockstars wie Gary Glitter und David Bowie mit Geschlechtsidentität spielten. In den späten Siebzigern war die Zeit der Androgynität und der Ambiguisierung von Geschlechtszugehörigkeit für die männlichen Rockbands angebrochen. Das männliche gender bending der damaligen Glam-Rockstars ist ein wichtiger Punkt in dieser Geschichte: Indem nämlich mit dem Hetero-Paradigma der schnulzigen Liebesgeschichten, wie sie von Elvis oder den frühen Beatles noch gesungen wurden, gebrochen wurde, erhob Glam-Rock die Erotik der Bühnenshow in den Stand eines hochgradigen Narzißmus. Man spielte abwechselnd den Alien, Outcast, Abweichler, den Propheten, Hohepriester oder Messias. Erstmals wurde so in der Rockmusik sexuelle Abweichung zelebriert und mit den Rock'n'Roll-Ideen von Teen-Rebellion und bewußtseinserweiternden Erfahrungen verbunden. Außerdem hatte der britische Punk seine Ursprünge in der New Yorker Szene, die viel mit Geschlechtsidentität und Sexualität herumexperimentierte: die sexuell dekadenten Velvet Underground (die eigentlich als Konzeptband von Warhol ins Leben gerufen wurden), das mit Verkleidung spielende Lager der New York Dolls und die trockene Androgynität von Patti Smith. Daß ausgerechnet in diesem Moment Frauen-Punkbands auftauchen, verweist auf ein komplexes Spannungsfeld. McRobbie meint, das überwiegend von Männern getragene Spiel mit Sexualität und Weiblichkeitsformen habe den Frauen Raum für eine höhere Akzeptanz in der Rockszenen geschaffen. Im allgemeinen ist es aber so, daß sexuelle Ambiguität in männlichen Subkulturen nicht automatisch zu einer größeren Freiheit für die Sexualität und Identität von Frauen führt (McRobbie, S. 7 und 26f.). Ein Grund hierfür liegt sicher darin, daß, egal wie sehr Männer mit Geschlechtsidentitäten herumexperimentieren, egal wie aufklärerisch es gemeint ist oder wie viele Grenzen dabei überschritten werden, ihre Spielereien nur dann machbar sind, wenn sie sich permanent auf eine stabile Idee von Weiblichkeit rückbeziehen können. Mit anderen Worten: Die Transparenz des Konzepts Frau, die Unangetastetheit einer essentiellen Weiblichkeit erst hat es den Männern ermöglicht, mit Geschlechtsidentitäten zu experimentieren.

Dieses Phänomen hat natürlich schwierige Konsequenzen für weibliche Rockstars. Zum einen haben sie weniger Freiheiten, um mit transgressiven Formen von Geschlechtsidentität zu spielen, gerade weil eine stabile Weiblichkeit ein wesentlicher Bestandteil dieser experimentellen Dynamik ist. Umgekehrt formuliert Simon Frith das Dilemma der Frauen in der

Rockmusik aber als Einschränkung weiblicher Möglichkeiten und Rollen. Bezüglich der Anziehung, die anti-romantisierende Rockgruppen wie die Rolling Stones auf Frauen ausüben, schreibt er: Das Problem war nicht die Frage, ob Rockstars sexistisch waren, sondern ob Frauen in ihren Diskurs eindringen, sich ihre Musik aneignen konnten, ohne einer der Jungs- werden zu müssen. (Frith, S. 239) Und an einer anderen Stelle: Musikerinnen haben es jetzt geschafft es gibt einige weibliche Rockstars , aber die meisten sind dort angelangt, weil sie sich innerhalb eines von Männern definierten Rahmens bewegen, der vorgibt, wie Frauen klingen- sollen; weil sie einer der Jungs- wurden. (S. 86)

Obwohl es nicht ganz klar ist, wen oder was Frith genau mit weiblichen Rockstars, die einer der Jungs wurden, meint, stellt diese Formulierung die wichtige Frage, was Rockmusik für Frauen bedeutet, und nimmt gleichzeitig die Antwort vorweg. Denn demnach ist die Position weiblicher Rockstars auf zwei sich diametral gegenüberstehende und gleichsam unattraktive Möglichkeiten beschränkt: auf das Sexobjekt zum Anstarren oder die Frau mit Eiern. Diese Sichtweise schreibt die Rollen fest, die Rockmusikerinnen einnehmen können, versperrt ihnen jede Möglichkeit des Widerstands und stellt die Hegemonie von Männlichkeit im Rockgeschäft nicht in Frage.

Friths Dilemma verweist aber immerhin auf die Fragen, mit welchen Problemen Frauen in der Position als Rock-Performerinnen zu kämpfen haben und wie auf diese Position reagiert wird. Weibliche Performerinnen müssen nämlich komplizierte Verrenkungen machen, wenn sie sich die traditionell von Männern besetzte Stellung aneignen und sie gleichzeitig verwerfen wollen, wo diese doch gerade auf der Prämisse der Unterdrückung von Weiblichkeit beruht. Und im selben Moment haben sie mit einer weiblichen Rolle zu kämpfen, die sie primär als erotisches Anschauungsmaterial festklopft.

Riot Grrrl entstand aus einer Generation, die zum ersten Mal auch weibliche Pop-Idole hatte, die nicht nur auf Sex reduziert waren, sondern auch Unabhängigkeit und Macht suggerierten. Riot Grrrl entstand aus Punk via Madonna.⁽⁷⁾ MTV verbreitete einerseits viele verschiedene Bilder von weiblichen Rockstars, wie zum Beispiel Madonnas Smartness und Leichtigkeit, mit der sie ganz unterschiedliche Frauenrollen einnahm und wieder verwarf. Andererseits ermöglichte der Trotz und die Unanständigkeit von Punk den Musikerinnen, das Paradox der Weiblichkeit auf der Bühne zu verhandeln und grenzüberschreitende Formen der Weiblichkeit auszuleben, z.B. durch erschreckend unkonventionelle Frisuren, Kleider und Bühnenhandlungen (vgl. Hebdige 1983). Punk spielte mit Körperinkontinenzen angefangen mit dem legendären Auftritt der Sex Pistols auf dem Heathrow Airport, als sie spuckten und kotzten , die jedoch bei Männern mehr toleriert wurden als bei Frauen. Von den ganzen Möglichkeiten

des ungehörigen Verhaltens hat Ausspucken einen besonderen Stellenwert in bezug auf die Erwartungen, die man an das jeweilige Geschlecht stellt. McRobbie meint, wenn die Sex Pistols eine Frauenband gewesen wären, die sich ihren Weg ins Rampenlicht erkotzt und erflucht hätten, wären die Reaktionen schärfer ausgefallen und die Verurteilungen nicht so nachsichtig gewesen. Sie fügt hinzu, daß, obwohl Frauen im Punk sichtbarer sind als in irgendeiner anderen Subkultur, sie immer noch auf den Moment wartet, in dem sie auch mal eine Frau rumkotzen- sieht (McRobbie, S. 29). Auch von Gillian Gaar wird der Evening Standard so zitiert: [Patti Smith] ist die einzige Frau, die ich auf der Bühne je rumspucken sah (Gaar 1992, S. 238). Doch gerade im Verstoß gegen angemessenes Verhalten liegen neue Möglichkeiten für Frauen. Im spektakulärsten Fall von feministischer Aneignung der bislang den Männern vorbehaltenen Bühnenskupen im Punk zog ein Mitglied der Frauenband L7 bei einem Konzert in Boston im Herbst 1992, nachdem sie von einem Mann im Publikum angemacht worden war, einfach die Hose runter, riß sich ihren Tampon raus und warf ihn nach dem Typ. Neben der Frage, was geschieht, wenn eine Frau ihre Macht in Form von aggressivem und konfrontativem Ausdruck ihrer Sexualität darstellt, birgt dieser Akt als umgekehrte Vergewaltigung? auch die Vorstellung von einer Frau, die ihre Unterdrückung besiegt und sie dem Patriarchat buchstäblich ins Gesicht schleudert.

Dieses Ereignis sollte auch im Zusammenhang mit den Linernotes auf der Maxi-Single einer Frauen-Hardcoreband mit dem passenden Namen Spitboy aus L.A. gesehen werden. Eine von ihren Mitgliedern schreibt, daß Vergewaltigung in einer Gesellschaft wie der westlichen, in der die Leute ständig dazu angehalten werden, aggressiv und dominant zu sein, unvermeidlich ist. Der Anti-Vergewaltigungs- und Anti-Gewalttätigkeitsdiskurs dieser Band führt hier zu einem eigenartigen Widerspruch nämlich sich von Aggressivität und Gewalt mit musikalischer Gewalt und Brutalität zu distanzieren, die Frauen lange Zeit verwehrt blieb. Poly Styrene, die Sängerin der Punkband X-Ray Spex, formuliert das in ihrer bekanntesten Punk-Hymne so: Some people say, little girls should be seen and not heard. But I say ... OH BONDAGE, UP YOURS! [Die Leute sagen, kleine Mädchen soll man weder hören noch sehen, aber ich sag ... Steckt euch die Fesseln in den Arsch!].

Eine Antwort auf die komplexen Widersprüche der Position der Performerin im Rockbiz, angefangen bei Yoko Ono über Tina Turner bis hin zu Bikini Kill, ist die Strategie des Schreis, der eine radikal polyvalente, nonverbale Ausdrucksform ist, die gleichzeitig Wut, Terror, Jubel, Lust und/oder eine ursprüngliche Form der Durchsetzungskraft sein kann. Der Schrei ist ein

Zeichen ohne Referent außerhalb des jeweiligen Kontexts, in dem er veräußert wird. Er kann als ein Ausdruck von Sinnesfreude verstanden werden, als weibliche Körpersprache, die sich dem Bedeutungszwang innerhalb der männlich definierten Konventionen entzieht. Aber Schreie sind nicht einfach fließende Signifikanten, sie sind emotionale Ergüsse, die mit hoch aufgeladenen Ereignissen verbunden sind Vergewaltigung, Orgasmus und Geburt. Obwohl er meist mit den Momenten der höchsten Verwundbarkeit der Frau in Zusammenhang gebracht wird, steht der Schrei in der Punkmusik auch für das schockierende Nebeneinander von Sex und Wut, für den Kulturschock, wenn Frauen offen ihre Sexualität ausleben, und für den feministischen Zorn über den Ge- und Mißbrauch von Sexualität gegenüber Frauen. Während der weibliche Schrei meist mit Gewalt gegen Frauen und Vergewaltigung assoziiert wird, sind die Schreie in der Musik als eine Form der kollektiven Empörung dagegen zu verstehen. Als Mittel, um Aufmerksamkeit zu erregen, ist der Schrei in der Lage, private und innere Erfahrungen öffentlich zu machen. Diese Mädchenschreie drücken nicht nur Wut aus, sondern gerade auch Wut als Lust, der Schrei als Orgasmus. Sie stehen für etwas Neues: nicht nur für den Zorn der Frauen, sondern für die Lust an der Darstellung von Zorn und Wut auf der Bühne, oder für die Lust am Auftritt überhaupt. Der Schrei ersetzt somit die liebliche, melodiöse und letztlich zahme Emotionalität, die traditionell mit Sängerinnen verbunden wurde. Umgekehrt steht der Schrei auch für eine tiefe Ambiguität von Einwilligung und Zwang, für die feine Grenze zwischen Vergewaltigung und Orgasmus, die in den Zeilen von Babes in Toyland hervortritt, wenn Kat Bjelland in Blood singt: I'd love to/ I had to [Ich würd' gern/ ich mußte], und die anschließend mit einem gellenden Good God! pointiert wird. Der Schrei als eine Ausdrucksform, die Frauen sowohl in der Öffentlichkeit (Eine Dame schreit nicht) als auch privat (Frauen sind immer so emotional) verwehrt wurde, ist im Punk zu einem wortlosen Protest gegen eine überdeterminierte Weiblichkeit geworden, gegen die die Frauen im Punk als Performerinnen mit all ihrer Energie anschreien, um diese Beengungen aufzubrechen. Wild und unerwartet werden diese Schreie in alter Punkmanier eingesetzt, um so gegen jeden Wunsch, daß Frauen geduldig, klaglos und still sein müßten, zu verstoßen.

Noch bevor der Mainstream-Journalismus eine wiedererkennbare, kritische Masse an Frauenbands entdeckt hatte, gab es bereits Riot Grrrls in Olympia, Washington und Washington DC zwei Städte, in denen es eine ziemlich große Hardcore- und Underground-Szene gibt, die mit zwei wichtigen Indie-Labels, dem K in Olympia und Dischord in DC, in Verbindung steht. Die nun folgende Geschichte von Riot Grrrl haben wir aus der alternativen Musikpresse und sogenannten Girlcore-Zines [Fanzines von und für Frauenhardcore-Musikerinnen und Fans] zusammengestellt. Es gibt zwar sehr unterschiedliche Versionen über die Ursprünge von Riot Grrrl, aber fast alle Riot Grrrls selbst sind sich einig, daß die Idee von Frauen in und um die

Punkszene in Olympia herum angeführt wurde. Aus dieser Gruppe entstanden zwei Frauenbands, Bratmobile und Bikini Kill. Letztere haben 1990 ein zweiseitiges Manifest herausgegeben, in dem sie ihre eigene Form von feministischer Revolution beschreiben, die sie Revolution Girl-Style Now nennen. Mit dem Anspruch, Alternativen zu schaffen zur beschissenen christlich-kapitalistischen Art, die Dinge zu tun, rief das Manifest die Mädchen auf, sich gegen den Seelentod zu wehren, öffentlich zu schreien und zu heulen, Bands zu gründen, Fanzines zu betreiben, sich gegenseitig das Spielen von Instrumenten beizubringen und überhaupt einfach zurückzuschlagen. Die Riot Grrrl-Revolution verbreitete sich weiter im Sommer 1991 während der International Pop Underground Convention in Olympia, wo eine Woche lang mehr als fünfzig Bands von K-Records zusammengebracht wurden. Ein paar Frauenbands und Künstlerinnen, die teilweise noch nie öffentlich aufgetreten waren, haben damals ihren Traum vom Punk wahrgemacht (wie eine Band es formulierte) und zusammen auf der Girls-Nacht gespielt, die von Molly Newman und Allison Wolfe von Bratmobile organisiert wurde. Jetzt, fast zwei Jahre später, gibt es kleine Riot Grrrl-Netzwerke an Orten wie New York, Chicago, Philadelphia und Richmond/Virginia, wo sich College-Girls und High School-Mädchen regelmäßig treffen, um Riot Grrrl-Festivals zu organisieren, Ideen zu entwickeln und sich gegenseitig beim Versuch, zusammen Musik zu machen, unterstützen. Ein Riot Grrrl aus New York City sagt: Wir unterstützen und ermutigen sie, Fanzines zu machen, künstlerisch tätig zu sein und es auch zeigen zu können, Bands zu gründen in einem wohlwollenden, vorurteilslosen Klima und all das zu tun, was sie schon immer tun wollten. (New York Planet, 19.12.1992) Von einem solch aggressiven und hartnäckigen Optimismus getrieben, versuchen Riot Grrrls Frauengemeinschaften als einen Weg zu sehen, um alle Arten von Diskriminierung und Mißbrauch, mit dem die Macht von Frauen eingegrenzt wird, zu bekämpfen.

Von Anfang an war Riot Grrrl eine echte Subkultur, die, um mit McRobbie zu sprechen, eine Vorstellung von Oppositionsgemeinschaft, eindeutige Lust an Stilisierungen, eine provozierende öffentliche Identität und viele kollektive Phantasien vereinigte (McRobbie, S. 33). Riot Grrrl hat nicht nur die Energie und Rebellion des Punk in spezifisch weibliche und feministische Zusammenhänge gebracht, sondern auch die Do it yourself-Tradition im Punk verwendet, um die Grenzen zwischen Musikproduktion und -konsumtion zu verwischen. Wenn es, wie Frith und McRobbie meinen, stimmt, daß Mädchen bislang nur als Konsumentinnen im Rockgeschäft eine Rolle gespielt haben, ist Riot Grrrl eine echte Herausforderung. Denn dort wird potentiell jeder Frau ermöglicht, die (eigentlich männliche) Rolle einer Produzentin innerhalb der Subkulturszene einzunehmen. Darüber hinaus wird jeder Frau, unabhängig von ihrer Erfahrung als Musikerin, Legitimität als Performerin zugestanden

und so die frühe Versprechung des Punk eingelöst, der zwar als Vorgänger von Riot Grrrl gelten kann, aber den Frauen doch letztlich nicht auf breiter Ebene Zugang zur Bühne verschaffte. Das weibliche Rollenmodell hat hier nicht nur symbolischen Wert, sondern ist ganz zentral. Es ist in der Tat so, daß Frauen, die Bands gründen, sich ganz explizit auf andere Frauenbands beziehen und sich davon beeinflussen lassen, daß sie andere Frauen auf eigentlich phallischen Positionen (z.B. als Lead-Gitarristin) stehen sehen und erleben.

Riot Grrrls teilen zwar eine gewisse Punk-Ästhetik (Minimalismus, Amateurhaftigkeit und Ungeschliffenheit), dennoch unterscheiden sich die Bands sehr in ihrer Musik. Bikini Kill sind z.B. laut, schnell und direkt. Heavens to Betsy, eine andere Riot Grrrl-Band, haben letztes Jahr eine Cassette mit sehr persönlichen Songs wie My Red Self (über Menstruation) und My Secret (über Inzest) herausgebracht, die sehr lyrisch, spärlich arrangiert und manchmal laut, aber ohne große Rückkoppelungen gespielt sind. Kreviss, eine Band, die auf der Girl's Night in Olympia auftrat, hat einen aggressiv-überwältigenden Sound, der eben dann entsteht, wenn acht Mädchen Gitarre spielen. Kathleen Hanna von Bikini Kill nennt als ihre Vorbilder die feministische Schriftstellerin Kathy Acker und die Performance-Künstlerin Karen Finley, sowie die oft schlecht gemachte (aber supereinflussreiche) Yoko Ono. Der Versuch der Rehabilitierung von Yoko Ono ist ein gutes Beispiel dafür, wie Riot Grrrl generell versucht, die Rudimente einer weiblichen Rocktradition zu entbergen (oder zu zeigen, wie Frauen aus der Rockgeschichte ausgeschlossen und weggeschrieben wurden). In einer Ausgabe des Fanzines Bikini Kill steht, daß ein Teil der Revolution [von Girl Style Now] darin besteht, die wahren Heldinnen ans Tageslicht zu bringen, oder, im Fall von Ono, sie der Ungnade zu entreißen ... Dein Freund hat dir beigebracht, daß Yoko Ono die Beatles auseinandergebracht hat ... Aber sie ist nicht nur das Opfer des Die-Freundin-stört-bloß--Dings, sondern war ihrer Zeit um einiges voraus, ... in mehrerlei Hinsicht ist sie die erste echte Punk-Musikerin gewesen.

Obwohl Musik eine zentrale Rolle für die Riot Grrrl-Subkultur spielt, formt sie nicht alleine die Umrisse der gesamten Szene. Besonders die kleine Girlcore-Fanzine-Kultur, die um das Riot Grrrl-Movement entstanden ist, erlaubt es den Frauen, aktiv am Erhalt und der permanenten (Neu-)Definition dieser Form von Subkultur mitzuwirken. Wichtig in den Fanzines ist dabei vor allem die öffentliche Aussprache, die als die Möglichkeit verstanden wird, private Geschichten und Geheimnisse zu erzählen, die von der dominanten Kultur unterdrückt und verboten werden. Das beinhaltet auch Beschreibungen von Frauen, die von ihrem Coming Out als Lesben erzählen (besonders in den

Queercore-Fanzines, die bereits Mitte der Achtziger gegen den Heterosexismus und die Homophobie im Hardcore protestierten); die Enthüllung der Traumatisierungen von Vergewaltigungs- und Inzestopfern oder von Frauen mit Eßstörungen; und immer wieder eben die sprudelnde Affirmation ihrer hingebungsvollen Liebe zum Punk. Wenn solche Erzählungen publiziert werden, dienen sie nicht selten als Grundlage von politischen Aktivitäten und als Rückversicherung, daß Frauen im Bereich der Politik einen legitimen Platz haben. Die Fanzines haben aber auch eine journalistische Funktion. Sie bringen Plattenkritiken und Daten für Konzertveranstaltungen, News und Interviews mit wichtigen Bands, Adressen von anderen Fanzines, Informationen über Riot Grrrl-Aktivitäten, Tips, wo Frauen am besten abhängen können, Erwiderungen auf Riot Grrrl-Artikel, die in anderen Medien erschienen sind, Meinungen zur Abtreibungspolitik und individuelle Klagen darüber, wie gräßlich es ist, in einer Kleinstadt aufzuwachsen, wo niemand (und ganz bestimmt nicht die Dorfschönste) eine Tätowierung hat. Das letzte Beispiel zeigt gut, wie diese Fanzines mithelfen, gleichzeitig Frauensolidarität und subkulturelle Identität herzustellen. Sie heißen Sister Nobody, Girl Germs, Bitch Nation oder Quit Whining* und bieten ein Forum außerhalb von Musik (wenn auch nicht getrennt von ihr), in dem Frauen in der Riot Grrrl-Subkultur sich selbst benennen, selbst definieren und gegenseitig kritisieren können mit anderen Worten: in dem sie die Formen und Repräsentationen dieser Subkultur kommentieren und mitbestimmen können.

Statt unermüdlich darauf zu bestehen, Frau genannt zu werden, wie das im Mainstream-Feminismus der Fall ist, machen Riot Grrrls eine Mädchen-Identität stark: gleichzeitig kühn und linkisch und auch nicht bloß Girls, sondern trotzig Grrrls, die der dominanten Kultur ins Gesicht brüllen. Es ist vielleicht der wichtigste Aspekt der Riot Grrrl-Revolution, das Wort Girl innerhalb des Punk-Diskurses mit neuer Bedeutung gefüllt zu haben. Eine solche Wiederaneignung der Sprache des Patriarchats spiegelt auch das Feiern einer bestimmten Vor-Teenager-Mädchenzeit wider also genau die Jahre im Leben eines Mädchens, die nach Frith und McRobbie so wichtig sind, wenn man die bestehenden Beziehungen zu und die Teilnahme an Subkulturen von Frauen verstehen will. In ihrem Song Girl Germs machen sich Bratmobile einen Spaß daraus, sich vorzustellen, daß sie für Jungs/Männer giftig sein könnten. Im Zeitalter von Aids verknüpfen sie Bazillen ironisch mit Selbstschutz und der Möglichkeit, auf diese Weise unerwünschte sexuelle Kontakte abzuwehren. Neben Parodie und Wortspielereien, die sicher eine zentrale Rolle bei der Neudefinition und Konstruktion des Begriffs Girl spielen, haben auch bestimmte Phantasien ein starkes Gewicht. Es handelt sich dabei um eine Art Sehnsucht nach den scheinbar engen Beziehungen zwischen Mädchen vor dem Eindringen der heterosexuellen Liebesbeziehungen und ihrer Nebenprodukte wie Rivalität und Konkurrenz unter Frauen. Für Bikini Kill ist Eifersucht immer wieder

das Ziel harscher Kritik. Ihr Song Rebel Girl besteht darauf, daß es eine Solidarität unter Frauen geben muß, um der sexuellen Vermarktung, Kategorisierung und der daraus resultierenden (Selbst-)Division unter Frauen entgegen zu können. They say she's a slut, singen sie, but I know she's my best friend [Sie sagen, sie ist 'ne Schlampe, aber ich weiß, sie ist meine beste Freundin].

Indem Riot Grrrls bestimmte, traditionelle Elemente einer Mädchenkultur herausheben wie die Intensität der ersten Mädchenfreundschaften, die Wichtigkeit der beginnenden Menstruation als Zeichen von Frausein, die enorme Rolle von Geheimnissen und deren Weitererzählung als Widerstandsform gegen elterliche Kontrolle und die frühen sexuellen Berührungen unter Mädchen und sie zur Grundlage ihres politischen, sozialen und musikalischen Engagements machen, stehen sie affirmativ für eine Form der öffentlichen, weiblichen Selbstdarstellung ein, die die speziellen Erfahrungen von kleinen Mädchen und ihre kulturelle Formierung weder ausschließt noch unterdrückt und entwertet. Selbstbewußt und ironisch nehmen sie die Verkleidungen einer konventionellen Form der Sexualität und Weiblichkeit an (das heißt, sie sind abwechselnd oder sogar gleichzeitig mädchenhaft und eine Schlampe), und im selben Moment schleudern sie ihre Wut auf Gewalt gegen Frauen heraus (gegen Vergewaltigung, Inzest, Geschlagenwerden und auch gegen internalisierte Gewalt, die sich z.B. in Eßstörungen äußert), eine Wut, die letztlich das Vokabular der dominanten Kultur und ihre Ideologien in Frage stellt.

Die Band Bikini Kill ist in dieser Hinsicht repräsentativ und exemplarisch. Ein großer Teil ihrer Revolution Girl Style Now besteht aus dem Versuch, junge, vorwiegend weiße Mittelklasse-Mädchen zu ermuntern, sich gegen den kapitalistisch-patriarchalen Sexismus und Rassismus zu wehren, und zwar durch eine bestimmte Art der individuellen Überschreitung von impliziten oder expliziten Normen der Damen- oder Mädchenhaftigkeit. Die Band verbindet diese individuellen Akte der Herausforderung von privaten (also häuslichen, lokalen oder familiären) patriarchalen Autoritätsformen mit kollektiven, feministischen Widerstandsformen und Kämpfen. Auch McRobbie stützt diese These, wenn sie davon ausgeht, daß viele Mittelklasse-Mädchen ihre ersten politischen Erfahrungen sammeln, wenn sie der Familie und ihren Zwängen, sich wie ein liebes- Mädchen zu benehmen, entkommen wollen. Bikini Kill machen diese explizite Verbindung zwischen persönlichen Überschreitungsakten und progressiver feministischer Politik in einem Song wie Double Dare Ya sehr deutlich, in dem die Sängerin Hanna schreit: You're a big girl now/ You've got no reason/ not to fight/ You've got to know/ What they are/ For you can stand up for your rights/ Rights rights Rights?/ You have them, you know [Du bist jetzt ein großes Mädchen/ Du hast keinen Grund/ nicht zu kämpfen/ Du

mußt wissen/ was sie sind/ Weil du deine Rechte verteidigen kannst/ Rechte rechte Rechte?/ Du hast sie, du weißt]

Sie spielen oft auf der Bühne vor einem Hintergrund, auf dem Abtreibung auf Verlangen und ohne Entschuldigung steht und ermutigen so ebenfalls junge Frauen (und hin und wieder auch feindlich gesinnte Männer im Publikum), für die reproduktiven Rechte der Frauen und gegen jede Form von sexueller Gewalt einzutreten. Während des Songs Suck My Left One, in dem es um einen Vater-Tochter-Inzest geht, greift sich Hanna an ihre nackte Brust und verhöhnt das Publikum. Eine mütterliche Stimme imitierend, die für das Patriarchat spricht, singt sie: Show a little respect for your father/Wait until your father gets home, und das Lied endet mit einer Zeile, die Wut, Ungehorsam, Sarkasmus und sogar eine ambivalent lustvolle Unterwürfigkeit vereint: Fine fine Fine fine Fine fine Fine Fine. Inzest zwischen Vater und Tochter ist ein immer wiederkehrendes Thema in Riot Grrrls-Songs und Fanzines, und zwar nicht nur als Spiegelung der Realität, sondern auch, weil Inzest eine bestimmte symbolische Resonanz auf die fundamentale Form der patriarchalen Vergewaltigung/ Ausbeutung von Mädchen innerhalb der häuslichen Sphäre darstellt. Auf dieser symbolischen Ebene beinhaltet Inzest mehrere Schlüsselthemen: er steht für patriarchale Kontrolle, im elterlichen Haus vom Vater verkörpert; für die Sexualisierung und Verobjektivierung von kleinen Mädchen (ein Motiv, das auch von Madonna bis Courtney Love immer wieder aufgenommen wird) und für die Unterwerfung von Mädchen und Frauen unter männliche Macht und Autorität.

Bikini Kills geschickte Manipulation des Spektakels, für die die mutige und sogar schockierende Art der Präsentation von Suck My Left One steht, bringt uns zurück auf die Bühne als dem wichtigsten Ort, an dem die Problematik der Geschlechtsidentität im Rockbusiness thematisiert wird. Das Interesse der Riot Grrrls an Darstellungsformen bietet uns die Möglichkeit, die spezifischen Unterschiede und Errungenschaften dieser Generation von weiblichen Rockstars aufzuzeigen. Anhand der Beispiele von Bratmobiles Babydoll-Kleidern, ihren verschwitzten GoGo-Jungs und ihrer blutigen Grrrl-Fahne sowie Courtney Loves Spitzenkleidchen-Parodie von mädchenhafter Ungezogenheit/Unschuld will White zeigen, daß die Riot Grrrls von ACT UP und MTV gelernt haben, wie Bilder und Images manipuliert werden (White 1992, S. 20). Die Riot Grrrls haben von Madonna die permanente Selbstverwandlung übernommen und sie mit den Erfahrungen aus der Arbeit in der Sexindustrie kombiniert.⁷ Die Art, wie Riot Grrrls mit und über ihren Körper sich selbst darstellen, korrespondiert mit den Themen ihrer Songs. Der Mißbrauch des weiblichen Körpers wird von den Riot Grrrls immer wieder thematisiert, sowohl in ihrer Musik als auch in ihren Fanzines. Da ein solcher Mißbrauch im allgemeinen mit Entfremdung des eigenen Köpers verbunden wird, ist die Möglichkeit, sich zu verkörpern die Benutzung des eigenen Körpers für die Darstellung auf

der Bühne eine Art Gegengift gegen die vorausgegangenen Vergewaltigungen. Die Mädchen üben auf der Bühne nicht nur Macht über ihre Körper aus, sondern tun das auch noch in einer sehr sichtbaren Art und Weise. Diese Sichtbarkeit neutralisiert die (bzw. das Gefühl von) Auslöschung und Unsichtbarkeit, die von der permanenten Erniedrigung in einer sexistischen Gesellschaft erzeugt wird. Eine solche Form der Darstellung rehabilitiert das Angeschautwerden als etwas, das weibliche Subjektivität konstituiert und nicht abbaut oder verhindert. In dieser Hinsicht steigern (und überschreiten?) Riot Grrrls die Herausforderung des männlichen Blicks, die Hebdige meint, wenn er von den weiblichen Punks der ersten Generation spricht, die das Angeschautwerden zu einem aggressiven Akt gemacht haben (Hebdige 1983, S. 85). Die heutige Generation der Riot Grrrls übernimmt ihre Strategien von den ersten Punk-Frauen, die sich der konventionellen Ikonographie der gefallenen Frau [bedienten] der Vamp, die Prostituierte, die Schlampe, das heimatlose kleine Ding, die Ausreißerin, die sadistische Domina, das gefesselte Opfer. Punkgirls unterbrechen den Bilderfluß in der ironischen Absicht, mit Konsensdefinitionen von Attraktivität und begehrenswertem Aussehen zu spielen und diesen mit Bildern von der Frau als Ikone, als die Furien der klassischen Mythologie zu begegnen. (Hebdige 1983, S. 83)

Die gegenwärtige Generation hat die Bilderstürmerei der frühen Punks in veränderter Form übernommen. Sie haben den zornigen Masochismus von Punk durch ein Bewußtsein von Mißbrauch und eine viel stärkere Kritik am Patriarchat ersetzt und stellen eher die Zusammenhänge zu dem her, was tatsächlich geschieht, und zwar nicht nur draußen auf der Straße, sondern auch zuhause. Statt das Politische auf das Thema der Selbstachtung zu reduzieren, machen die Riot Grrrls Selbstachtung zum Politikum. Weil sie ihre Bühnendarstellung als politisches Forum begreifen, in dem Geschlechtsidentität, Sexualität und patriarchale Gewalt hinterfragt werden, stellen die Shows der Riot Grrrls eine Art feministische Praxis dar, die auf der Transformation des Privaten in das Öffentliche, der Konsumtion in die Produktion basiert oder besser gesagt: anstatt nur die traditionell männliche Seite dieser binären Pole zu besetzen, schaffen sie eine neue Synthese aus beiden.

Wir müssen hier noch kurz auf die verärgerten Reaktionen vieler Riot Grrrls auf die Medien eingehen und über unsere eigene widersprüchliche Position als Teil der Bewegung und akademische Beobachterinnen reden. Wir haben diesen Aufsatz im Frühjahr 1993 konzipiert, als die Riot Grrrl-Bewegung große Beachtung in den Medien gefunden hat und dementsprechend viel Resonanz bei den Beteiligten hervorrief. Der Widerstand der Riot Grrrls gegen eine Einverleibung durch die unterschiedlichsten Medien muß in jeder Beschreibung dieser Bewegung erwähnt werden. Der Widerstand bezieht sich auf verschiedene Bereiche: zunächst natürlich auf die Mainstream-

Musikpresse, aber auch auf die alternativen (Musik-)Zeitschriften und, ganz besonders, auf alle, die von außen (also auch von der akademischen Warte aus) die Bewegung beschreiben wollen. Es ist schwer zu entscheiden, ob der Widerstand nicht gleichzeitig dem generellen Punk-Ethos entspricht, sich gegen jeden Versuch von Definition und Festlegung zu wehren. Obwohl wir meinten, daß Berichte über provokative Frauen den öffentlichen Diskurs über Geschlechtsidentität verändern würden, haben sich Riot Grrrls immer wieder gegen die ihrer Meinung nach sexistische, ablehnende oder ungenaue Berichterstattung über die Bewegung in vielen Publikationen in den USA und Großbritannien gewehrt. Als die Medienberichterstattung seit Oktober 1992 immer mehr zunahm, kam es im Frühjahr 1993 zu einem Riot Grrrl-Blackout in den Medien. Indem sie sich den Massenmedien verweigern, so wie sich die Underground-Szene den großen Plattenlabels verweigert, plädieren Riot Grrrls eher für eine Revolution über Mund-zu-Mund-Propaganda, über Freunde und Netzwerke, durch Fanzines, Mailing-Listen und Veranstaltungen. Dennoch war die Ablehnung der Medien nie vollständig. Im Verlauf der Berichterstattung über Riot Grrrls in der Mainstream-Presse, vor allem in Spin und im Rolling Stone, gab es immer ein paar, die gerne geredet haben, während sich andere vollständig raushielten. Vielleicht gegen ihren Willen, war die Riot Grrrl-Bewegung eigentlich immer sehr medienfreundlich aufgrund ihrer Fähigkeit zur visuellen Provokation und aufgrund ihres eingängigen Namens. Man kann auch die öffentlichen Reaktionen der Riot Grrrls auf ungenaue Berichterstattung (in den Leserbriefseiten der Zeitungen etwa) durchaus als ambivalente Gesten sehen, da sie genau jene Publicity einfordern, die sie vorgeblich ablehnen. Im März 1993 sagte Courtney Love, von all dem angenervt, dem Melody Maker: Wie die Medien mit Riot umgehen, kotzt mich an ... und auch umgekehrt. Das ist ein abartiges wechselseitiges Verhältnis und es ist faschistisch. Die internen Konflikte über das Risiko der medialen Vereinnahmung führen zu großen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Riot Grrrl-Gruppen selbst, die von der Presse dann sofort wieder aufgenommen werden. Zum Beispiel interviewte im Mai 1993 das Seventeen-Magazin eine gewisse Jessica Hopper, ihres Zeichens Riot Grrrl-Abtrünnige, die sich über die Kritik, die sie einstecken mußte, weil sie mit Journalisten von Newsweek gesprochen hatte, bitter beklagte. Und unlängst publizierte der Rolling Stone einen Artikel mit der Überschrift Grrrls at War.

Riot Grrrl nervt es nicht nur, ständig von der Mainstream-Presse, sondern auch von den männlich definierten Orten der Universität und des akademischen Diskurses vereinnahmt zu werden. Die Riot Grrrl-Bewegung in New York City, der wir unser Papier gezeigt haben, hat unterschiedlich darauf reagiert. Auf einem Treffen wurde hauptsächlich Unmut darüber laut, wie wir versucht haben, die Bewegung zu beschreiben (oder sogar ihren Namen im Titel zu führen) und vehementer Widerspruch zu unserer ziemlich optimistischen Einschätzung der Riot Grrrl-Berichterstattung in Sassy geäußert, obwohl es überraschenderweise letztlich weniger um einen

möglicherweise mißlungenen Versuch ging, Street Culture in einen akademischen Diskurs zu transformieren (eine ganze Reihe der Anwesenden waren selbst Studentinnen), sondern mehr um Inhalt, Ansatz und das Recht, für sie zu sprechen. Eine andere Version dieses Aufsatzes, die wir auf einer Konferenz im Whitney Museum in New York vorgetragen haben und bei der wir auch Dias und Musikvideos gezeigt haben, stieß auf die ähnliche Befürchtung, daß Intellektuelle und Museumsbesucher sich doch bloß einen Kitzel verschaffen wollten, wenn sie wütende Frauen auf der Bühne sehen würden. Der Argwohn der Riot Grrrls, sie könnten falsch repräsentiert werden, bezieht sich sowohl auf sexistische Interpretationen als auch auf die Frage, welche kulturelle Instanz sie überhaupt repräsentieren dürfe. Nichtautorisierte Darstellungen dieser Bewegung bergen auf jeden Fall die Gefahr der Ausbeutung, der Trivialisierung und des Tourismus. Wenn man von einer zentralen kulturellen Position aus spricht, ist außerdem das Risiko groß, daß den Riot Grrrls als Randgruppe die Möglichkeit abgesprochen wird, für sich selbst zu reden und gehört zu werden, was der Art und Weise, wie die Stimmen der Mädchen in einer patriarchalen Gesellschaft zum Verstummen gebracht werden, nicht unähnlich ist. Aus diesen Gründen stehen manche Riot Grrrls jedem Versuch, die Bewegung aus einem akademischen Blickwinkel zu untersuchen, feindlich und ablehnend gegenüber, auch den feministischen und politisch linksgerichteten Ansätzen innerhalb dieses Diskurses.

Die Riot Grrrls sind sich zwar klar darüber, daß Geschlechtsidentität eine soziale Konstruktion ist, und sie versuchen, Ideologien über Weiblichkeit durch Gegenbilder zu zerstören, doch sie wollen diese Kritik nicht in einen größeren massenkulturellen Zusammenhang stellen. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Riot Grrrls nicht wüßten, wie massenhaft billige und leicht reproduzierbare Waren für ihre Revolution einzusetzen wären im Gegenteil: Sie verwenden Kopierer, Singles und Cassetten, um Selbstrepräsentationen zu verbreiten, was jedoch immer durch Repräsentationen von Riot Grrrl durch andere bedroht wird. Indem sie aber an ihrem Widerstand gegen einen diffusen Mainstream festhalten, laufen sie Gefahr, sich in Opposition zu anderen Formen von Populärkultur zu setzen. Damit perpetuieren sie die akademische Gelehrsamkeit und die elitäre Haltung der Independent-Szene allgemein. Außerdem verschwinden so die Möglichkeiten, Einfluß auf breitere kulturelle und politische Bereich zu nehmen. Jedenfalls wird das Verhältnis von Riot Grrrl zu den Versuchen, sie von außerhalb zu beschreiben, ambivalent bleiben eine Gratwanderung zwischen der Forderung nach kultureller Macht und dem Widerstand gegen verzerrte Darstellungen oder selbsternannte Sympathisanten. Es geht um das bekannte Problem von cultural justice, das selbst wieder in eine Hierarchie von Rasse, Geschlechtsidentität, Sexualität und Klasse eingebunden ist die alte Frage, wer für wen, wann und unter welchen Bedingungen und Umständen überhaupt sprechen darf. Wenn die Riot Grrrl-Bewegung tatsächlich feministisches Bewußtsein auf breiter Ebene fördern will, dann

muß sie ein Verhältnis zum Mainstream finden, das nicht einfach bloß die Opposition von Mainstream und Subkultur weiter verfestigt. Ob sie wollen oder nicht, die Girl-Style-Revolution muß im Fernsehen übertragen werden.

Leicht gekürzte Übersetzung aus dem Amerikanischen: Bettina Seifried

Titel des Originals: Smells Like Teen Spirit. Riot Grrrls, Revolution and Women in Independent Rock, in Andrew Ross, Tricia Rose (Ed.): Microphone Fiends. Youth Music & Youth Culture. New York/London 1994

(1) Hanna soll geschrieben haben: "Kurt Cobain smells like Teen Spirit" (vgl. Gina Arnold 1992, S. 46). Arnold fügt hinzu: "Am liebsten wäre es Hanna, man hätte nie darüber gesprochen."

(2) Wir sprechen als Akademikerinnen und Beteiligte gleichermaßen. Wir sind beide Diskjockeys in einer College-Radiostation und spielen dort nur Frauenmusik, nicht nur aus dem Rock- und Punk-Bereich, sondern auch aus Rap, Soul, Blues, Jazz und Dub-Poetry. Wir beschäftigen uns also mit den Problemen sowohl praktisch als auch theoretisch.

(3) Wir haben in diesem Aufsatz darauf verzichtet, auf Vorläuferinnen aus anderen Musikrichtungen zu verweisen (speziell auf schwarze Frauen im Bereich von R&B, Jazz und Blues), obwohl es dort immer schon sehr einflußreiche Frauen gab und sie sicherlich vieles von dem vorwegnahmen, was weiße Punks und HC-Girls heute für sich reklamieren.

(4) Andere beschreiben Hardcore nicht als direkten Nachfolger von Punk, sondern als Gegenreaktion auf die darauffolgende New Wave-Generation. Wir beziehen uns auf den Hardcore Mitte der Achtziger, der politisch von Neo-Nazitum bis zu politisch korrekten, Sechziger-inspirierten Bands wie Fugazi oder Nation of Ulysses reicht, wobei letztere Riot Grrrl aktiv unterstützen.

(5) Im Februar 1993 zitierte Village Voice bereits Newsweek, USA Today, New Yorker, New York Times, Washington Post, Sassy und Seventeen, die alle schon über die Riot-Grrrl-Bewegung geschrieben haben.

(6) Rock for Choice wurde von L7 und Sue Cummings, Mitherausgeberin von LA Weekly organisiert. Exene Cervenka von der Gruppe X und Nicole Panter gründeten die Bohemian Women's Political Alliance, deren Aktivitäten sich von Wahlregistration über KandidatInnen-Vorschläge bis hin zur Organisation von finanziellen Mitteln für alle möglichen Zwecke erstrecken (Ann Powers 1993).

(7) Ashley Salisbury bringt dafür viele Beispiele von Frauenrockbands, deren Mitglieder als Sexarbeiterinnen gearbeitet haben: Courtney Love von Hole und Bjelland von Babes in Toyland gründeten eine Band, nachdem sie sich in einem Striptokal kennengelernt hatten, wo beide arbeiteten. Die Frauen der Band Frightwig waren auch alle Stripperinnen. ... Hanna ging weg von zuhause und strippte, um sich ihr Studium zu finanzieren. (Salisbury 1993)

Literatur

Arnold, Gina 1992: Bikini Kill: Revolution Girl-Style. In Option 44

Frith, Simon 1981: Sound Effects: Youth, Leisure, and the Politics of Rock'n'Roll. New York

Gaar, Gillian G. 1992: She's a Rebel. Seattle

Hebdige, Dick 1979: *Subculture: The Meaning of Style*. London/New York

Hebdige, Dick 1983: Posing ... Threats, Striking ... Poses: Youth, Surveillance, and Display. In: *SubStance* 37/38

Lewis, Lisa 1990: *Gender Politics and MTV: Voicing the Difference*. Philadelphia

McRobbie, Angela 1981: *Feminism and Youth Culture*. London

Powers, Ann 1993: No Longer Rock's Playthings. In: *New York Times*, 14.2.

Reynolds, Simon 1992: Belting Out That Most Unfeminine Emotion. In: *New York Times*, 9.2.

Salisbury, Ashley 1993: Street Access and the Single Girl. In: *Nassau Weekly*, 2.2.

White, Emily 1992: Revolution Girl Style Now: Notes From the Teenage Feminist Rock'n'Roll Underground. In: *The Reader*, Chicago, 25.9.